



Plenarprotokoll

2. Sitzung

Mittwoch, 18. November 2009

Regierungserklärung	29	Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Peter Harry Carstensen, Minister- präsident.....	29	Drucksache 17/42	
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	42		
Dr. Christian von Boetticher [CDU].....	58	Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss.....	93
Wolfgang Kubicki [FDP].....	64		
Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	73	Mitbestimmung von Studierenden und Schülerinnen und Schülern	94
Ellen Streitbürger [DIE LINKE]... Anke Spoorendonk [SSW].....	82 87	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/28	
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Abge- ordnetengesetzes	93	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/54	

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	94	Lars Harms [SSW], zur Ge- schäftsordnung.....	123, 125
Heike Franzen [CDU].....	95, 101	Birgit Herdejürgen [SPD], zur Ge- schäftsordnung.....	124
Martin Habersaat [SPD].....	96	Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE], zur Geschäftsord- nung.....	124
Christina Musculus-Stahnke [FDP].....	98	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Ge- schäftsordnung.....	124
Ellen Streitbürger [DIE LINKE]...	99	Jürgen Weber [SPD], zur Ge- schäftsordnung.....	124
Anke Spoorendonk [SSW].....	99		
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	101	Beschluss: 1. Antrag Drucksache 17/23 durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt	
Jost de Jager, Minister für Wis- senschaft, Wirtschaft und Ver- kehr.....	102	2. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/24 (neu) in na- mentlicher Abstimmung	
Wolfgang Kubicki [FDP].....	103	3. Annahme des Antrags Drucksache 17/62 in namentlicher Abstimmung.....	126
Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur.....	104		
Beschluss: Überweisung der Anträge Drucksachen 17/28 und 17/54 an den Bildungsausschuss.....	104		
Gemeinsame Beratung			
a) Zukunft der HSH Nordbank AG	104		
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/23		* * * * *	
b) Vergütung der Vorstandsmit- glieder der HSH Nordbank.....	105	Regierungsbank:	
Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 17/24 (neu)		Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident	
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 17/62		Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerprä- sidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Ge- sundheit	
Jost de Jager, Minister für Wis- senschaft, Wirtschaft und Ver- kehr.....	105	Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstel- lung und Integration	
Thorsten Förter [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	107	Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur	
Lars Harms [SSW].....	109	Klaus Schlie, Innenminister	
Tobias Koch [CDU].....	111	Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirt- schaft, Umwelt und ländliche Räume	
Birgit Herdejürgen [SPD].....	114	Rainer Wiegard, Finanzminister	
Wolfgang Kubicki [FDP].....	116, 122	Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirt- schaft und Verkehr	
Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	119		
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	120	* * * * *	
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	121		
Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	122		
Dr. Christian von Boetticher [CDU], zur Geschäftsordnung..	123, 124,		

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Torsten Geerds:

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich begrüße Sie ganz herzlich und eröffne die zweite Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 5, 6, 9, 13, 18, 21, 22, 27 und 30 ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 15 und 16, Anträge zur Zukunft der HSH Nordbank sowie zur Vergütung der Vorstandsmitglieder der HSH Nordbank, weiterhin die Punkte 10 und 11, Umsetzung der Resolutionen des 7. Parlamentsforums Südliche Ostsee und der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz. Außerdem werden die Punkte 14 und 24, Anträge zur Neuordnung der Trägerschaft im SGB II sowie zur Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen, gemeinsam behandelt. Ein Antrag zur aktuellen Stunde liegt nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratungen in der zweiten Tagung.

Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss der Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist keine Mittagspause vorgesehen, da die Sitzung voraussichtlich um 13:30 Uhr enden wird. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich ganz herzlich unsere Gäste, und zwar Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte der Ernst-Barlach-Regionalschule aus Wedel. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 1 A auf:

Regierungserklärung

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Peter Harry Carstensen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

(Das Mikrofon funktioniert nicht - Zuruf von der SPD: Regierung ohne Stimme! - Weitere Zurufe)

Jetzt scheint es zu funktionieren.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Menschen in Schleswig-Holstein haben ihre Wahl am 27. September 2009 getroffen. Dieses Hohe Haus hat mich in seiner ersten Tagung im Oktober zum Ministerpräsidenten gewählt, und ich habe dieses Amt dankbar angenommen.

Heute kann ich sagen: Die neue Regierung ist mit Mut angetreten. Voller Tatkraft geht sie ihre Aufgaben an, um für Schleswig-Holstein den Aufbruch zu schaffen - Mut, Tatkraft, Aufbruch in Verantwortung für Schleswig-Holstein.

Ein starkes Team hat diese Verantwortung übernommen. Wir haben eine überzeugende Mischung aus erfahrenen und neuen Frauen und Männern am Kabinetttisch.

(Zurufe von der LINKEN: Frauen?)

- Ja, es sind ein paar mehr am Kabinetttisch, wenn Sie vielleicht mal gucken. Sie sind noch nicht am Kabinetttisch gewesen, und da werden Sie auch nie hinkommen, aber das macht auch nichts.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es sind mehr Frauen als im alten Kabinett. Viele Kompetenzen spiegeln sich wider. In dieser Koalition sind sich - ich betone das - beide Koalitionspartner der Ernsthaftigkeit der vor uns liegenden Aufgaben bewusst.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wäre auch schlimm, wenn nicht!)

Beide Partner wollen den Erfolg dieser Regierung, weil es um Schleswig-Holstein geht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir haben keine Zeit zu verlieren, und deshalb gebe ich meine Regierungserklärung bereits drei Wochen nach der Vereidigung ab.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Heute gießen wir das Fundament für die künftige Regierungsarbeit, und ich möchte Ihnen, den Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags, und den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes die ersten Ziele meiner Regierung vorstellen.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Die Partner in der Koalition sind zügig an die Arbeit gegangen. Sie haben Verantwortung für die 17. Legislaturperiode übernommen. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes können darauf vertrauen, dass CDU und FDP im Schulterschluss verlässlich und hart für das Gemeinwohl in Schleswig-Holstein arbeiten werden.

Wir haben einen Politikwechsel und einen Wandel im politischen Umgang miteinander. Ich habe meine Schlüsse aus den Erfahrungen in der Großen Koalition gezogen. Was ist der Kern dieser Erfahrungen? - Es war sicherlich nicht alles schlecht. Schleswig-Holstein hat mit der Vorgängerregierung manchen wichtigen Schritt nach vorn gemacht. Aber wir haben erleben müssen, dass breite parlamentarische Mehrheiten am Ende nicht der Schlüssel zu großen Reformen sind. Wir haben erleben müssen, dass der kleinste gemeinsame Nenner schließlich nicht eingelöst hat, was eine große Mehrheit versprochen hat. Wir haben erleben müssen, dass ein Bündnis ohne echte Partnerschaft, ohne echtes Vertrauen und ohne Aufrichtigkeit letztlich kraftlos bleibt. Als Ministerpräsident muss ich Vertrauen in die Verlässlichkeit der Führung des Koalitionspartners haben können. Das war nicht mehr gegeben. Ich sage Ihnen: Das hat sich jetzt geändert!

(Beifall bei CDU und FDP)

Unser Mandat gilt für die kommenden fünf Jahre. Unser Denken und Handeln richtet sich aber auf einen weit größeren Zeitraum.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Diese Regierung aus CDU und FDP denkt über die Legislaturperiode hinaus. Wer nur auf den nächsten Wahltermin blickt, kann mittel- oder langfristig keine Politik gestalten und dem Land für die Zukunft keine Perspektive geben.

Ich sage Ihnen zu: Das wird sich ändern! Wer nicht den Mut hat, die gewaltigen Herausforderungen für unser Land in aller Klarheit zu benennen und notwendige Reformen anzupacken, minimiert den Handlungsspielraum innerhalb kürzester Zeit. Stillstand, der zuletzt in einem Bündnis mit der SPD herrschte, weil der eine beschleunigen und der andere bremsen wollte, können wir uns nicht leisten. Auch hier sage ich Ihnen zu: Das wird sich ändern! Die Regierung aus CDU und FDP wird das ändern, und heute fangen wir damit an.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir haben diesen Anspruch erhoben, und wir werden ihn auch erfüllen. Das Bündnis von CDU und FDP ist eine Koalition des Aufbruchs.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Wir haben den Mut zum Aufbruch. Wir haben den Willen, Schleswig-Holstein für das Jahr 2020 zukunftsfest zu machen, und wir haben die Kraft dazu. Wir wollen Schleswig-Holstein gestalten.

Meine Damen und Herren, die Regierungspartner gehen gemeinsam einen sicherlich steinigen Weg, aber sie gehen ihn zusammen und in dieselbe Richtung, weil sie einem gemeinsamen Kompass folgen.

Das hat sich sehr zu meiner Freude schon in den Koalitionsverhandlungen gezeigt. CDU und FDP richten sich nach denselben Werten und Überzeugungen. Wir wollen ein modernes und selbstbewusstes Schleswig-Holstein. Wir setzen uns für die Handlungsfähigkeit dieses Landes ein, um es auch in Zukunft aus eigener Kraft gestalten zu können. Wir wollen unsere Zukunft selbst bestimmen, denn machen wir uns nichts vor: Es geht in den nächsten Jahren um den Erhalt der Handlungsfähigkeit unseres Landes. Uns eint die Überzeugung, dass es machbar ist. Wir sind genauso fest davon überzeugt, dass es auch jede Anstrengung wert ist. Wir wissen, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht das Heil vom Staat erwarten. Sterntaler fallen nur im Märchen vom Himmel. Nein, sie wollen in Freiheit und Eigenverantwortung ohne Bevormundung leben. Auch Wohlfahrt kann erdrücken.

Vom Staat erwarten die Bürgerinnen und Bürger einen verlässlichen und fairen Rahmen für ihren persönlichen Erfolg. Diesen Anspruch auf Chancengerechtigkeit haben sie zu Recht. Wir kommen ihnen dabei entgegen. Wir wollen mehr Verantwortung fordern und mehr Freiheit geben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Hier hätte die SPD gern klatschen können. Das ist ein Satz von Willy Brandt. Aber wenn er nicht mehr gilt.

Freiheit, wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit sind kein Widerspruch. Wer glaubt, derjenige sei sozial, der das meiste Geld und dann auch noch das Geld anderer ausgibt, der täuscht sich. Nein, sozial ist mehr. Sozial ist viel mehr. Sozial ist auch der, der dafür sorgt, dass es wirtschaftliches Wachstum gibt und dass es überhaupt Geld zu verteilen gibt. Leistung hat Wertschätzung verdient.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Diese Regierung wird sich darum kümmern, dass es sozial gerecht zugeht; gerecht zwischen Jung und Alt, gerecht zwischen Männern und Frauen und gerecht zwischen denen, die mehr Möglichkeiten haben, und denen, die weniger Möglichkeiten haben. Darauf können sich die Menschen in Schleswig-Holstein verlassen.

Wir wissen um den hohen Wert der Familie. Aus ihr wachsen Geborgenheit und Respekt, Rechte und Pflichten. Diese auch für Demokratie und Wirtschaft wertvollen Güter halten wir hoch. Meine Regierung wird von dieser Haltung getragen, der wir mit Herz und Verstand Ausdruck verleihen. Beides setzen wir ein, um unsere Heimat zum Wohl aller zu gestalten. Erlauben Sie mir diesen sehr persönlichen Zusatz: Das ist mir auch als Christ eine große Verantwortung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das sind Werte, auf deren Grundlage wir unseren Aufbruch begründen. Wir werden Antworten auf aktuelle, ja auf drängende Fragestellungen geben, die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft maßgeblich betreffen. Auch unser Land ist ganz wesentlich durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen. Sie wirkt sich auf alle Bereiche unseres Lebens aus. Keiner kann heute sagen, wann sie zu Ende ist. Gerade deshalb wollen wir jetzt Wegmarken setzen und eine Perspektive für das Jahr 2020 entwickeln.

Für unsere Arbeit haben wir folgende **Schwerpunkte** festgelegt: Wir werden Arbeit und Beschäftigung sichern, wir werden neues Wachstum ermöglichen, wir werden die Bildungsqualität verbessern, und wir werden die Schöpfung bewahren. Das sind klare Prioritäten für die nächsten Jahre.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir müssen uns auf das Wesentliche konzentrieren, da unsere politischen Gestaltungsmöglichkeiten erheblich eingeschränkt sind. Wir leben auf Kosten unserer Kinder. Diese können die Erbschaft nicht ausschlagen. Hier ist in unserem Land etwas nicht in Ordnung. Wir wollen nachhaltig Ordnung schaffen. Nachhaltigkeit erfasst alle Themenbereiche; von der Haushaltspolitik über die Bildungs- und Sozialpolitik bis zur Wirtschafts- und Umweltpolitik. Wir setzen auf eine Entwicklung mit einem langen Atem, die unser Land langfristig und tragfähig voranbringt. Diese Regierung wird für eine nachhaltige und solide Finanzpolitik stehen. Wir haben von der rot-grünen Regierung im Mai 2005 allein für das Haushaltsjahr einen Fehlbetrag von 1,7 Milliarden € übernommen. Das sind 1.700 Millionen €.

Diesen Fehlbetrag haben wir schon nach einem Jahr halbiert und 2008 auf unter 300 Millionen € gedrückt.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vor allem durch eigene Leistungen!)

- Ich komme noch darauf. Frau Kollegin, ich zitiere gern jemand anderen. Der Landesrechnungshof hat uns attestiert: Die Landesregierung ist mit den zusätzlichen Steuereinnahmen verantwortungsvoll umgegangen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die anhaltende weltweite Wirtschaftskrise hat uns in unseren Bemühungen um die **Haushaltskonsolidierung** deutlich zurückgeworfen. Das Haushaltsdefizit wird sich massiv erhöhen. Schleswig-Holstein wird in den vier Jahren bis 2012 rund 4 Milliarden € weniger Steuern einnehmen, als bisher geplant wurde. Das hat die November-Steuerschätzung bestätigt. Deshalb muss sich etwas ändern. Politik beginnt mit der Betrachtung der Realität, durch das Sehen dessen, was ist. Sie darf aber auch nicht die Augen vor dem verschließen, was kommt. Wenn wir nicht massiv gegensteuern, dann werden sich die Zinsausgaben und der Schuldenstand bis zum Jahr 2020 annähernd verdoppeln. Das ist zwar eine Prognose, dennoch müssen wir erkennen: Die Handlungsfähigkeit des Landes würde auf null sinken. Deshalb ist es richtig, diese Prognose jetzt in den Raum zu stellen und nicht erst 2012 oder 2016. Die Schuldenuhr läuft, und die Zeit wird knapp. Also haben wir uns ein klares Ziel gesetzt. Wir wollen den **Landeshaushalt** ab 2020 ohne neue Schulden ausgleichen. Dafür wollen wir unsere Landesverfassung ändern. Wir wollen bis Mitte nächsten Jahres das Neuverschuldungsgebot in unserer Landesverfassung verankern, das dann 2020 in Kraft tritt. Ich werbe hier um Unterstützung aus Verantwortung für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dieser Appell richtet sich nicht nur an die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Er richtet sich an alle Menschen in unserem Land. Die Haushaltskonsolidierung ist dieser Regierung per se eine moralische Verpflichtung. Selbst wenn wir keine **verfassungsrechtliche Zielmarke** 2020 für einen schuldenfreien Haushalt hätten, so müssten wir doch Einnahmen und Ausgaben in Einklang bringen. Alles andere wäre unmoralisch.

Von jetzt auf gleich geht es nicht. Der Konsolidierungspfad ist lang und steinig. Wir werden das strukturelle Defizit des Jahres 2010 von mehr als

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

1 Milliarde € bis 2020 im Durchschnitt jährlich um 10 % senken müssen, wenn wir nicht die 80 Millionen € Konsolidierungshilfen verloren geben und unser Ziel nicht verfehlen wollen. Deshalb werden wir die Haushaltsplanung umgestalten. Wir werden den gesamten Konsolidierungszeitraum bis 2020 im Rahmen einer langfristigen **Finanzplanung** in den Blick nehmen.

Ich verschweige Ihnen nicht die Fragen, die auch mich beschäftigen: Wie wird sich die Rezession auswirken? Wie wird der Bund den Finanzrahmen gegenüber den Ländern verschieben? Wie stark wird das tatsächliche Wachstum in den kommenden Jahren sein, das wir für die Konsolidierung unbedingt brauchen?

Mein Damen und Herren, unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel hat es in der vergangenen Woche gesagt: „Die Probleme werden erst noch größer werden, bevor es besser werden kann.“

Was im Bund gilt, gilt auch für uns. Schleswig-Holstein ist keine Insel. Dafür, dass es besser werden kann, müssen wir jetzt anpacken. Das werden wir tun.

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Sparen, sparen, sparen!)

- Ja, sparen, sparen, sparen. Das kommt auch. Sie haben offensichtlich meine Rede gelesen.

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Ja, die habe ich gelesen!)

- Sehen Sie! Das war gut für Sie.

Ich will Ihnen ein **Zehn-Punkte-Programm** zur Konsolidierung des Landeshaushalts vorstellen.

Erstens. Wir werden kurzfristig eine **Haushaltsstrukturkommission** einsetzen, die den Prozess der **Konsolidierung der Ressorthaushalte** zum Aufgabenabbau und zur Aufgabenauslagerung beschleunigt. In der Kommission sollen vertreten sein der Finanzminister als Vorsitzender, die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsfractionen, die haushaltspolitischen Sprecher der Regierungsfractionen und der Chef der Staatskanzlei. Ich freue mich, dass auch der Landesrechnungshof mir gegenüber bekundet hat, mitwirken zu wollen.

(Beifall bei der CDU - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben das auch angeboten! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Kommission wird alle Möglichkeiten zur Gesundung des Landeshaushalts prüfen. Erste Weg-

weisungen erwarte ich zu den Beratungen über einen Nachtragshaushalt Mitte nächsten Jahres.

Zweitens. Der zentrale Schlüssel zur Gesundung des Landeshaushalts liegt in der **Personalstärke**. Bis zum Jahr 2020 werden wir 10 % der Personalstellen des Landes abbauen. Weiter ist noch keine Landesregierung in Schleswig-Holstein gegangen. Den Stellenabbau können wir aufgrund des demografischen Wandels sozialverträglich und ohne betriebsbedingte Kündigungen machen. Rund 20.000 Beschäftigte des Landes gehen bis 2020 in Ruhestand. Davon werden rund 5.600 Stellen gestrichen. Ungefähr jeder Vierte, der in Ruhestand geht, wird keinen Nachfolger haben. Das bringt rund 280 Millionen € Entlastung für den Landeshaushalt.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Gilt das auch für den Ministerpräsidenten?)

Drittens. Ein **zentrales Personalmanagement** beim Finanzministerium wird den Stellenabbau koordinieren. Zugleich werden wir ein hohes Leistungsniveau in der Landesverwaltung sicherstellen. Die Grundsätze der Personalentwicklung und Rekrutierung der Nachwuchskräfte für die allgemeine Verwaltung mit den ressortübergreifenden Personalangelegenheiten habe ich deshalb in die Staatskanzlei geholt. Die Beschäftigten werden wir systematisch fördern und gezielt auf die veränderten Aufgaben vorbereiten.

Viertens. Wir werden die **Zuwendungen** deutlich reduzieren. Wir werden die institutionelle Förderung stärker auf Projektförderung umstellen. Mir ist sehr bewusst: Das trifft auch Vereine, Verbände und Organisationen, die wertvolle Arbeit leisten, Naturschutzverbände, Sozialverbände, Sportverbände, aber auch Kammern und Stiftungen. Aber wir haben keine Wahl. Interessen einzelner Verbände müssen zurückstehen für das Gemeinwohl.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich weiß, dass Ankündigung und Umsetzung mutig sind. Wir werden Verzicht üben. Wir werden Verzicht üben müssen, denn wir sind darin sehr ungeübt.

Fünftens. Wir werden ein **Benchmarking** etablieren, das die Leistungen Schleswig-Holsteins im Vergleich zu den anderen Ländern bewertet. Manche Leistung wird sich dieses Land in Zukunft nicht mehr erlauben können.

Sechstens. Wir bauen Aufgaben ab. **Neue Aufgaben** können nicht on top gesetzt werden. Wer neue Aufgaben und damit zusätzliche Ausgaben will,

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

muss zukünftig sagen, was dafür an anderer Stelle gestrichen werden soll.

Siebtens. Das Land kann den **Kommunen** keine zusätzlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, weil wir eine Schicksalsgemeinschaft bilden. Wir werden nur gemeinsam unser Land auf den richtigen Weg bringen. Zu unseren Verpflichtungen werden wir stehen. Notwendige Freiräume müssen durch Aufgabenreduzierung beim Land und in den Kommunen erarbeitet werden. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Achtens. Ich begrüße ausdrücklich, dass die Bundesregierung entschlossen ist, Impulse für einen dynamischen und stabilen wirtschaftlichen Aufschwung zu geben. Aber das darf nicht dazu führen, dass Schleswig-Holstein die Hände gebunden werden - gerade jetzt, wo wir anpacken wollen. Das ist auch eine Frage der Solidarität. Ich meine, wenn der **Bund** Steuersenkungen plant, muss er die **Konsequenzen** für die **Haushalte der Länder** berücksichtigen. Bei uns ist vieles auf Kante genäht. Wir haben nichts mehr zuzusetzen. Der Föderalismusreform haben wir im vergangenen Jahr zugestimmt im Vertrauen auch darauf, dass die finanzielle Situation des Landes nicht durch Entscheidungen des Bundes verschlechtert wird. Wenn sich diese Geschäftsgrundlage ändert, brauchen wir einen fairen Ausgleich. Wer anderen Schecks ausstellt, muss sie auch bezahlen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Neuntens. Zur Schaffung von **Wachstum und Beschäftigung** werden wir weiter investieren. Aber wir werden noch sorgfältiger ermitteln, ob wirklich jede einzelne Investition diesem Ziel dient.

(Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]: So richtig neu ist das nicht!)

Mit beschränkten finanziellen Mitteln müssen wir das maximal Mögliche erreichen. Deshalb werden wir die Wirtschaftsförderung des Landes konzentrieren. Nur die Investition mit der besten Rendite werden wir in Zukunft noch fördern können.

Zehntens. Nicht jedes Sonderangebot des **Bundes** und der **EU** ist für Schleswig-Holstein in Zukunft auch noch ein Schnäppchen. Mit anderen Worten: Nicht mehr jedes **Förderprogramm** wird künftig durch das Land automatisch kofinanziert werden können,

(Beifall des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

nicht jede Fremdenverkehrsmaßnahme werden wir fördern können,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nicht jede einzelbetriebliche Investitionsmaßnahme kann subventioniert werden,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nicht jedes Gewerbegebiet, nicht jeder Radweg, nicht jede Maßnahme des ländlichen Wegebbaus

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

muss finanziert werden.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sie sollten ruhig weiter klatschen. Ich werde Sie dann an Ihren Applaus erinnern, wenn es um die Einzelheiten geht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dann, wenn es in Ihren Kreisen um die Einzelheiten geht, werde ich Sie daran erinnern. Ich bin sehr dankbar, dass Sie mir diese Hilfe dazu geben.

Nicht jede arbeitsmarktpolitische Maßnahme werden wir mit Landesmitteln unterstützen können. Das wird uns leicht den Vorwurf einbringen, wir ließen Brüsseler oder Berliner Millionen liegen - davon abgesehen, dass diese Millionen zumeist auch auf Kredit finanziert sind. Wir werden das zur Gesundung der Landesfinanzen wohl oder übel aushalten müssen.

Meine Damen und Herren, das sind zehn Wegmarken auf dem Konsolidierungspfad. Damit sind wir auf dem richtigen Weg, um Schleswig-Holstein nachhaltig Handlungsfreiheit zu sichern. Die Diagnose ist klar: Schleswig-Holstein krankt an seinen Finanzen. Es wird bittere Medizin brauchen, um diesen auf Dauer unerträglichen Zustand zu heilen. Ja, wir werden zu Entscheidungen kommen, die wehtun.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

Wir werden in den Wahlkreisen erklären müssen, warum künftig bestimmte Dinge nicht mehr gehen. Doch am Ende - das kann ich voller Überzeugung sagen - wird es sich gelohnt haben. Unser Land wird gestärkt aus diesem Prozess hervorgehen. Wir arbeiten für ein finanziell gesundes Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich werbe um Ihre Willenskraft, besonders um die Willenskraft der Abgeordneten, die diese Regie-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

rung tragen. Wir werden gegen Widerstände zu kämpfen haben. Ich mache mir überhaupt keine Illusionen: Morgen noch werden wir für den Konsolidierungskurs gelobt, übermorgen schon, wenn es konkret wird, sieht die Sache anders aus. Wir werden die Menschen davon zu überzeugen haben, dass das der richtige Kurs ist.

Wenn wir durchhalten, wird Schleswig-Holstein durchatmen können. Anderenfalls liegt unser Land im Sauerstoffzelt, und andere werden über unsere Zukunft entscheiden. Jeder hier in diesem Hohen Haus ist aufgefordert mitzuwirken. Ich bin nicht hier, um zurückzublicken. Wenn ich es doch tun sollte, müsste ich feststellen: Wir haben Jahrzehnte über unsere Verhältnisse gelebt. Dass uns der Schuldenberg derart niederdrückt, ist auch das Ergebnis von 21 Jahren sozialdemokratischer Regierungspolitik in Schleswig-Holstein. Umso mehr lade ich auch Sie ein, meine Damen und Herren von der SPD, dem Konsolidierungskurs zu folgen.

(Beifall bei CDU und FDP)

- Herr Stegner, gerade Sie sollten jetzt nicht mit dem Kopf schütteln. Sie waren, wenn ich mich richtig erinnere, doch einmal Finanzminister und haben den Haushalt, von dem ich vorhin gesprochen habe, als einen Sonderhaushalt bezeichnet, weil in dem betreffenden Jahr Landtagswahlen waren. Wenn jemand einen Haushalt mit 1,7 Milliarden Nettoneuverschuldung vorlegt, würde ich mich an seiner Stelle sehr bescheiden zurücklehnen und auch nicht meinen Kopf schütteln.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sicherlich ist das ausschließliche Setzen auf „Sparen, Sparen, Sparen“ in der globalen Krise nicht zielführend. Da hat unsere Bundeskanzlerin recht. Für Schleswig-Holstein sage ich: Wir müssen einerseits für Wachstum und Beschäftigung sorgen und andererseits doch sparen, sparen, sparen. Das sind im Sinne einer klugen und verantwortungsvollen Haushaltskonsolidierung zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Das Land braucht nach der Krise steigende Steuereinnahmen. Nur so wird es in die Lage versetzt, seine Aufgaben zu erfüllen. Unser Land braucht **Wachstum**.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das wird sich wie ein roter Faden durch alle Politikbereiche ziehen: Wir werden den Rahmen für neues Wachstum schaffen.

Unser Leitbild ist die soziale und ökologische Marktwirtschaft. Sie vereint Leistungswillen und Solidarität. Sie eröffnet leistungsfördernde Anreize und Freiräume. Sie führt zu Innovation und neuen Produkten. Sie erzeugt Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, und sie kümmert sich auch um den Erhalt der Schöpfung. Für eine solche soziale und ökologische Marktwirtschaft macht diese Regierung Politik.

(Beifall bei CDU und FDP)

Neben Unternehmern und Arbeitnehmern steht die öffentliche Hand in der Verantwortung, möglichst optimale Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir schaffen sie über eine gezielte **Infrastrukturpolitik**. Dazu gehören heute neben Straßen moderne Häfen, Flughäfen und Schienenverbindungen. Ein Mix an Finanzierungen durch private Banken und staatliche Institutionen gehört genauso dazu wie eine sichere, saubere und preiswerte Energieversorgung. Ausgezeichnete Forschungseinrichtungen zählen ebenso dazu wie ein exzellentes Bildungs- und Schulsystem und nicht zuletzt ein funktionierender moderner Rechts- und Sozialstaat.

Die kleinen und mittelständischen Betriebe sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und geben in der Krise Halt. 90 % der Arbeitsplätze sind dort zu Hause. Mit unserer Offensive für Wachstum und Beschäftigung in **Mittelstand** und **Handwerk** wollen wir die wirtschaftsfreundlichsten Rahmenbedingungen in Deutschland schaffen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich freue mich auch darüber, dass sich die **Gewerkschaften** an unserer Arbeit für Wachstum und Beschäftigung beteiligen wollen.

Gerade in der Krise werden wir den mittelständischen Betrieben mit unseren Finanzierungsinstrumenten zur Seite stehen. Unsere Bürgschaftsbank, die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft und die Investitionsbank leisten wertvolle Arbeit. Die Werftarbeiter von Nobiskrug in Rendsburg wissen das zum Beispiel besonders zu schätzen. Wir helfen da, wo es ein tragfähiges Unternehmenskonzept gibt und wo ein privater Investor Eigenkapital einbringt und damit auch Risiken übernimmt. Wir gehen auch in der Krise sorgfältig mit dem Geld der Steuerzahler um.

Nach wie vor ist es richtig, dass man die Kuh, die man melken will, füttern muss. Man darf sie nicht aushungern.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Deshalb werden wir die Hemmnisse für private Investoren beiseiteräumen und das **Investitionsklima** in Schleswig-Holstein weiter verbessern. Unternehmen sollen sich darauf verlassen können, dass Genehmigungsverfahren transparent und schlank sind. Die **Aufgabenkritik** in der Landesverwaltung wird darauf ihr Augenmerk richten. Die Wirtschaft soll merken: Ihre Investitionen sind bei uns willkommen.

Wir legen Wert darauf, dass alle Teile des Landes von den Rahmenbedingungen profitieren. Stadt und Land werden in Zukunft gleichberechtigt behandelt. Der zu überarbeitende **Landesentwicklungsplan** soll nicht Chancen begrenzen, sondern neue Freiräume für Wachstum schaffen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zum Motto „Stadt und Land - Hand in Hand“ gibt es keine Alternative. Unsere Städte, vor allem Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster, aber auch die Städte im Süden des Landes, haben zum Teil massive finanzielle, wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten. Die Landesregierung wird den **Städten** helfen. Zusätzliches Geld kann ich den Städten allerdings nicht versprechen.

(Lachen bei SPD und der LINKEN)

- Zusätzliches Geld kann ich den Städten allerdings nicht versprechen, wiederhole ich. Schauen Sie doch einmal auf Lübeck! Dann werden Sie feststellen, dass zusätzliches Geld und hohe Verschuldung es offensichtlich nicht bringen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zusätzliches Geld kann ich den Städten allerdings nicht versprechen, wohl aber, dass wir gemeinsam mit den Städten überlegen, wie wir die vorhandenen Förderprogramme für nachhaltige Projekte einsetzen können. Das Wirtschaftsministerium wird zusammen mit dem Innenministerium auf die Städte zugehen.

Ich will ebenso den **ländlichen Raum** stärken. Das wird uns gelingen, indem wir die Menschen mit ihren kreativen Kräften und guten Ideen zu unternehmerischem Handeln und neuen Partnerschaften in der Fläche bewegen. Deshalb werden wir den erfolgreich eingeschlagenen Weg der AktivRegionen, der bundes- und europaweit beispielhaft ist, fortsetzen. Land, Kommunen, Unternehmen und Bevölkerung werden gemeinsam Leuchtturmprojekte schaffen, aus denen Folgeinvestitionen resultieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der ländliche Raum gehört genauso wie die urbanen Zentren zu Schleswig-Holstein.

Die Instrumente unserer Arbeitsmarktpolitik werden Chancen bieten. **Arbeitsmarktpolitik** gehört zu den Schwerpunkten der neuen Legislaturperiode. Sie muss aber zielgerichtet sein. Wir werden sie mit einer Bedarfsanalyse unterlegen.

Wir haben ein effizientes Förderinstrumentarium, das wir noch passgenauer einsetzen werden, indem wir erstens die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen durch Qualifizierung der Beschäftigten stärken, indem wir zweitens Angebote auf unterschiedliche Zielgruppen noch besser zuschneiden und indem wir uns drittens auf die Eingliederung von gering Qualifizierten und von Menschen mit Behinderung, von Migrantinnen und Migranten, aber auch von Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrern sowie Alleinerziehenden konzentrieren. Auch um ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden wir uns besonders kümmern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir treten mit Nachdruck dafür ein, das Prinzip von „Fördern und Fordern“ in der Grundsicherung für Arbeitssuchende zu erhalten. Wir sehen in der Absicht der Bundesregierung, die bestehenden Optionskommunen unbefristet weiterarbeiten zu lassen, ein ermutigendes Signal. Der Ansatz „Hilfe unter einem Dach“ hat sich bewährt. Das heißt aber auch: Die Beteiligung des Bundes an den tatsächlichen Kosten muss gewährleistet sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Schon in absehbarer Zeit werden viele Unternehmen über einen Fachkräftemangel klagen. Wir stehen deshalb auch zum Bündnis für Ausbildung. Jedem Ausbildungswilligen und Ausbildungsfähigen soll in Schleswig-Holstein weiterhin ein Ausbildungsplatz angeboten werden. Fachkräfte machen Wachstum erst möglich. Wir brauchen sie.

Moderne Unternehmen brauchen eine gute Anbindung. Diese schaffen wir mit dem **Ausbau** aller **Verkehrsträger**. In diesem Zusammenhang nenne ich den konsequenten Weiterbau der A 20 mit der festen Elbquerung als westliche Umfahrung Hamburgs,

(Beifall bei CDU und FDP)

den Ausbau der Hinterlandanbindung auf Straße und Schiene für die feste Fehmarnbelt-Querung,

(Beifall bei CDU und FDP)

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

den sechsspurigen Ausbau der A 7 bis Bordesholm,

(Beifall bei CDU und FDP)

den Ausbau der B 404 zur A 21,

(Beifall bei CDU und FDP)

den Lückenschluss der A 23 bei Itzehoe und den Ausbau der B 5 bis zur dänischen Grenze,

(Beifall bei CDU und FDP)

die Modernisierung der Bahnstrecke zwischen Kiel und Lübeck,

(Unruhe)

den sukzessiven Ausbau der Bahnstrecke zwischen Niebüll und Westerland, den Ausbau der Schienens Strecken im Hamburger Randgebiet,

(Beifall bei CDU und FDP)

den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals und den bedarfsgerechten Ausbau unserer Häfen an Nord- und Ostsee.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn ich das Gemurmel hier auf der linken Seite höre, kann das nur daran liegen, dass Sie festgestellt haben, dass sich nach einem Stillstand von über fünf Jahren in den letzten Jahren bei uns im Land wieder etwas getan hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie werden gemerkt haben, vielleicht sollten Sie sich ein bisschen dafür interessieren, wer den Ausbau von Autobahnen, Bundesstraßen und Bahnstrecken finanziert. Dann kommen solche Bemerkungen, wie Sie sie gerade eben gemacht haben, nicht ganz so häufig und drastisch.

Um möglichst viele dieser Projekte auch zeitnah zu verwirklichen, müssen sie rechtzeitig geplant werden. Wir tun das.

Ich habe es als Bundestagsabgeordneter häufig erlebt, dass in anderen Bundesländern - damals war ich noch nicht in Kiel; Sie wissen, über welche Zeit ich rede - immer etwas fertig in der Schublade war und im Herbst und Winter dann, wenn noch irgendwo Geld übrig war, die Schublade aufgemacht wurde - bloß in Schleswig-Holstein war sie immer leer, meine Damen und Herren. Und das hat sich geändert.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf)

- Ja, manche Schublade nicht, aber das ist eine andere Geschichte.

(Heiterkeit)

Ich rede hier aber von den Planungen für Straßen.

Im Hinblick auf den Bund sage ich: Der Norden hat Nachholbedarf. Hier müssen jetzt Taten folgen.

Um eine ausgezeichnete Anbindung umfassend zu gewährleisten, kümmern wir uns auch um den **Datenverkehr**. Wir sorgen für den raschen Ausbau des Breitbandnetzes. Bis spätestens 2020 soll die flächendeckende Versorgung stehen. Wir schaffen Voraussetzungen für einen topmodernen Wirtschaftsstandort.

Meine Damen und Herren, wir werden öffentliche Aufgaben da, wo sie sinnvoll sind, privatisieren.

(Zurufe)

- Wir wollen einmal gucken, was Sie gleich sagen. - Das gilt auch für die Beteiligung des Landes an der **HSH Nordbank**.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir wollen das eingesetzte Kapital zurückerhalten, und wir wollen uns von dieser Beteiligung trennen. Weitere Haftungsrisiken werden wir nicht übernehmen.

Wir werden einen Lenkungsausschuss unter Federführung des Wirtschaftsministeriums und unter Beteiligung des Finanz- und des Justizministeriums bilden. Der Lenkungsausschuss wird die **Restrukturierung** der HSH begleiten.

Wir haben vereinbart, das Sparkassengesetz zu ändern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Für öffentlich-rechtliche Sparkassen sollen die Möglichkeiten zu einer verbesserten Eigenkapitalausstattung erweitert werden. Die **Sparkassen** haben sich in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise als stabilisierender Faktor erwiesen. Ihre Verankerung vor Ort und ihre Kompetenzen bei der regionalen Finanzierung müssen insbesondere zum Wohl des Mittelstandes erhalten bleiben. Die Struktur der öffentlich-rechtlichen Sparkassen soll weiter bestehen. Die kommunalpolitisch Verantwortlichen sollen im Einzelfall über die Nutzung der neuen Möglichkeiten entscheiden.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein wird den **Glücksspielstaatsvertrag** kündigen und auf eine bundeseinheitliche Regelung drängen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Bei Alternativvorschlägen zum staatlichen Monopol, etwa in Form eines Konzessionsmodells, werden wir unser Augenmerk auf die Möglichkeiten

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

der Abgabenerhebung zugunsten des Landes und der Generierung von Mitteln für den Sport und gemeinnützige Zwecke legen. Den Spieler- und Jugendschutz werden wir dabei nicht vernachlässigen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir werden die Bedingungen für die **Schlüsselsektoren unserer Wirtschaft** weiter verbessern: Die Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft werden wir stärken. Der Tourismus soll durch Qualität, Qualifizierung und modernisierte Infrastrukturen profitieren. In der Land- und Ernährungswirtschaft werden wir uns für den Landwirt als Unternehmer starkmachen, der hochwertige Lebensmittel erzeugt, nachwachsende Rohstoffe produziert und sich um die Landschaft kümmert.

Unser Ziel ist es, den Anpassungsprozess an den Weltmarkt zu erleichtern und unsere Landwirte auf die neue EU-Förderperiode ab 2013 vorzubereiten. Wir brauchen leistungsfähige, zukunftsorientierte und nachhaltig wirtschaftende Betriebe. Darüber hinaus muss es allen Beteiligten gelingen, möglichst viel Rohstoff in Schleswig-Holstein zu verarbeiten. Denn nur durch die Stärkung unserer Veredelungswirtschaft kann eine möglichst hohe Wertschöpfung erreicht werden, und die brauchen wir.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, **Energie** ist eine Stärke des Standorts im Norden. Der Ausbau erneuerbarer Energien hat für Schleswig-Holstein als Wind- und Agrarland Priorität. Wir werden sie verstärkt nutzen: Die Flächen für die Windenergie werden wir ausweiten. Wir haben eine Vorreiterrolle im Klimaschutz: Im Jahr 2020 wollen wir mehr als 100 % des Stromverbrauchs unseres Landes rechnerisch aus erneuerbaren Energien erzeugen.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das freut insbesondere den Nordfriesen.

Sicher, sauber und bezahlbar muss Energie in Schleswig-Holstein sein, für Unternehmen und für die Bürgerinnen und Bürger. Bis die erneuerbaren Energien dies allein leisten können, setzen wir auf einen vernünftigen Energiemix.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir nutzen Kohle- und Kernenergie als Übergangstechnologien. Die Betriebssicherheit von Kraftwerken hat für uns dabei höchste Priorität.

(Beifall bei CDU und FDP)

Auch deshalb wirken wir auf die Übertragung von Reststrommengen von älteren auf jüngere Kernkraftwerke hin.

Diese Regierung steht für eine ehrliche und ideologiefreie Energiepolitik.

(Beifall bei CDU und FDP - Lachen bei der SPD)

Zur Ehrlichkeit gehört auch, dass Kernkraftwerke Strom produzieren, ohne Kohlendioxid auszustoßen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir arbeiten an einer Senkung des Energieverbrauchs und des CO₂-Ausstoßes. Deshalb werden wir den Klimapakt mit der Wohnungswirtschaft fortsetzen. Durch die Sanierung von Altbauten und den Einsatz neuer Technologien kann vieles erreicht werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die **Einlagerung von CO₂** unter schleswig-holsteinischem Grund und Boden lehnen wir ab.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Entscheidungskompetenz liegt derzeit beim **Bund**. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sie bei den Ländern angesiedelt wird.

Meine Damen und Herren, gute Bildung stellt den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt. Gute **Bildung** geht nicht allein von gesellschaftlichen Bedürfnissen oder den Anforderungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes aus. Zuerst hilft uns gute Bildung, das zu entwickeln, was in jedem Einzelnen von uns steckt. Gute Bildung ist die Basis für gesellschaftliche Anerkennung und berufliches Fortkommen. Gute Bildung ist aber auch erste Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung, und sie ist die Ressource für die Zukunft Schleswig-Holsteins. Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle erreichen, und wir wollen die Qualität der Bildung in allen Bereichen verbessern. Dabei haben wir einen festen Grundsatz: Wir wollen mit mehr Freiräumen neue Kräfte wecken.

Für die Bildungschancen junger Menschen werden bereits im Vorschulalter wesentliche Grundlagen geschaffen. Deshalb wollen wir den Bildungsauftrag der **Kindergärten** stärken. Wir werden den Ausbau der Tagesbetreuung für unter Dreijährige in einer guten Partnerschaft mit den Kommunen und den Trägern der Einrichtungen fortsetzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Diese Regierung wird den Schulen mehr Freiheit geben. Wir setzen auf mehr Eigenverantwortung der Schulen. Wir werden die **Schulen** von einem Übermaß an Vorschriften und Verwaltungsaufwand entlasten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Eigeninitiative und Arbeitskraft werden sich so stärker auf die eigentlichen Bildungsaufgaben richten können, also auf den Unterricht. So werden etwa die Grundschulen künftig selbst entscheiden können, ob im ersten und im zweiten Jahrgang Unterricht in Jahrgangsklassen oder jahrgangsübergreifender Unterricht geeigneter ist. Regional- und Gemeinschaftsschulen werden ebenfalls erweiterte Möglichkeiten zur Schulgestaltung erhalten. Die Gymnasien wollen wir als leistungsorientierte öffentliche Schulart weiterentwickeln. Sie werden die Wahl haben zwischen einer verkürzten Schulzeit, G 8, und einem neunjährigen gymnasialen Bildungsgang, und auch die Kombination beider Modelle wird möglich sein. Wir haben ein großes Interesse daran, dass der Bildungsgang G 8 ein Erfolg wird. Damit dieser Erfolg eintreten kann, darf die Arbeitsbelastung der Schülerinnen und Schüler in G 8 nicht ausufern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist unser Ziel, dass alle Kinder und Jugendlichen in der Schule ihre Begabungen und Stärken entfalten können. Jedes Kind hat den gleichen Anspruch auf Förderung. Das gilt zum Beispiel für das lernschwache ebenso wie für das hochbegabte Kind. Kein Kind darf unter die Räder kommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir sehen im differenzierten Schulangebot die Grundlage individueller Förderung. Die erforderlichen Gesetzesänderungen werden dem Parlament noch im ersten Halbjahr 2010 zugeleitet. Wir werden uns natürlich auch mit der Kritik des Landesrechnungshofs in seinem Schulbericht auseinandersetzen. Aber es ist politisch entschieden, dass wir einen Teil des demografischen Gewinns zur Verbesserung der Unterrichtssituation einbringen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich sage hier auch: Wir werden nicht an dem Grundsatz rütteln, den Schulen mehr organisatorische Freiheit einzuräumen. Zu lange sind die Schulen in diesem Land gegängelt und bevormundet worden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das **Lehramtsstudium** wird den neuen Schulstrukturen angepasst. Für das Ziel unserer Regierung, die Qualität der Bildung zu verbessern, ist eine gute Unterrichtsversorgung an unseren Schulen unerlässlich. Zudem brauchen wir auch sehr gut ausgebildete und fortgebildete Lehrerinnen und Lehrer.

(Beifall bei der CDU)

Die **berufliche Bildung** ist für einen großen Teil der Jugendlichen die Brücke zum Arbeitsleben. Um sie weiter auszubauen, wird die Landesregierung das Handlungskonzept „Schule und Arbeitswelt“ fortsetzen. Nach unserer Überzeugung ist nicht nur die berufliche Bildung, sondern Bildung überhaupt der zentrale Standortfaktor.

Schleswig-Holstein hat hervorragende **Fachhochschulen** und **Universitäten**. Mit dem Hochschulpakt werden wir für mehr Studienanfänger ein hochwertiges Studienangebot gewährleisten: Ab 2011 sorgen wir für weitere 9.700 Studienplätze.

(Jürgen Weber [SPD]: Ich dachte, die haben wir schon beschlossen!)

- Spielt doch keine Rolle, ob das vor Jahren beschlossen wurde. Wir werden das machen, lieber Herr Weber. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir haben die Ärmel hochgekrempelt. Und wir verzichten dabei auf Studiengebühren.

(Zurufe von der SPD: Oh! Oha!)

Ich habe auch Verständnis für den Unmut, wenn bei der Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen noch Startschwierigkeiten auftreten.

Meine Damen und Herren, die **internationale Wettbewerbsfähigkeit** der Hochschulen stärken wir weiterhin. In der Exzellenzinitiative waren wir erfolgreich.

(Zuruf von der SPD: Viel Fortsetzung, wenig Aufbruch! Das muss man sagen!)

- Na ja, es ist ein schweres Los, nach 21 Jahren jetzt so dazusitzen. Dafür müssen wir auch ein bisschen Verständnis haben. Das muss man nicht alles auf die Goldwaage legen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Aber ihr solltet euch schon daran gewöhnen. Das wird nämlich länger dauern.

(Beifall bei CDU und FDP)

In der Exzellenzinitiative waren wir erfolgreich. Weitere Anträge werden wir auch finanziell unter-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

stützen, damit ein forschungs- und innovationsfreundliches Umfeld geschaffen wird.

Die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft schafft Arbeitsplätze und ist ein Motor für Wachstum. Ein besonderer Stellenwert kommt hier unseren außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu.

Wir stehen zum **Universitätsklinikum Schleswig-Holstein**. Der Sanierungskurs ist auf einem guten Weg. Am Ende dieses Weges müssen schwarze Zahlen stehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir werden das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein zu einem Zentrum für Spitzenmedizin in Krankenversorgung und Forschung ausbauen. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten schon heute ausgezeichnete Arbeit.

Meine Damen und Herren, unser Land ist reich an **kulturellem Erbe**. Es trägt die Identität unserer Heimat. Wir wollen es in seiner Vielfalt pflegen. Wachstum ist Kreativität und Toleranz, und ohne Kunst und Kultur ist Kreativität nicht denkbar. Theater, Museen, Literatur, Musik, bildende Kunst und andere Kulturbereiche zu fördern, bleibt eine herausragende Aufgabe des Landes und der Kommunen. Dazu wird ein **Kulturentwicklungsplan** dienen. Kultur setzt auf die Kraft der Bürgerinnen und Bürger. Sie wollen wir ernst nehmen, übrigens auch im **Denkmalschutz**, meine Damen und Herren, der die Interessen der Eigentümer berücksichtigt und nicht dirigistisch daherkommt, sondern werbend sein soll.

(Beifall bei CDU und FDP)

Kirchen und **Religionsgemeinschaften** leisten Wesentliches für Wertevermittlung und Sinnstiftung. Die partnerschaftliche Verbindung mit ihnen werden wir erhalten und vertiefen.

Meine Damen und Herren, Sicherheit in Schleswig-Holstein soll umfassend sein. Dazu zählt ohne Zweifel die **innere Sicherheit**. Dazu zählt eine verlässliche Justiz, und dazu zählt eine profilierte Sozialpolitik. Menschen Chancen geben, ihre Potenziale zu nutzen und so Wachstumskräfte zu entfesseln, das ist unsere Devise. Für ein faires Miteinander setzen wir auf eine Sozialpolitik der Chancen. Wir wollen eine konsequent **präventive Sozialpolitik**, die Teilhabe und Selbstbestimmung ermöglicht. Sozialpolitik darf nicht länger nur Reparaturbetrieb sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Schleswig-Holstein ist das **Gesundheitsland** Nummer 1 in Deutschland. Wir haben den höchsten Anteil an Beschäftigten in diesem Wirtschaftssektor. Auch weil er so stark ist, sind wir bisher vergleichsweise stabil in der aktuellen Wirtschaftskrise. Wir nehmen die Herausforderung an, auch in Zukunft eine wohnortnahe und **dezentrale Versorgung** der Bevölkerung mit ambulanten und stationären Gesundheitsleistungen sicherzustellen. Das gilt besonders für den ländlichen Raum. Voraussetzung dafür ist eine leistungsgerechte und transparente Vergütung. Eine weitere Zentralisierung des Gesundheitssystems lehnen wir ab, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die **Pflege** ist eine der größten Herausforderungen, der sich eine älter werdende Gesellschaft stellen muss. Dabei lassen wir uns von dem Grundsatz leiten, möglichst lange die eigene Häuslichkeit zu erhalten. Das entspricht den Lebensvorstellungen der meisten älteren Menschen. Hierfür brauchen wir eine professionelle Versorgungsstruktur. Übrigens, die Pflegekräfte machen einen anspruchsvollen Job und haben deshalb unseren Dank und unsere Anerkennung verdient.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es gibt noch immer viele Felder, auf denen **Frauen** in unserem Land im Nachteil sind. Diese Regierung wird vor allem über die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf dagegen angehen.

Präventive Sozialpolitik bedeutet auch, dass der Kinderschutz und die Bekämpfung der Kinderarmut am Anfang jeder Gesellschaftspolitik stehen. **Kinder** müssen teilhaben können an Bildung, Gesundheit und Zukunftschancen.

(Beifall bei der CDU)

Das zivilgesellschaftliche Engagement ist der Kitt, der die Gemeinschaft zusammenhält. Eigenverantwortung und Selbstbestimmung gehen einher mit der Verantwortung der Gesellschaft für den Einzelnen. Daher werden wir das Ehrenamt weiter stärken.

(Beifall bei CDU und FDP)

Eine funktionsfähige **Justiz** ist eine wesentliche Voraussetzung für ein gerechtes Miteinander der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Die Ziviljustiz entscheidet nicht nur in privaten sozialen Konfliktfällen, sondern bietet auch den Unternehmen und Gewerbetreibenden zeitnahen und verlässlichen Schutz. Die Landesregierung wird einen

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Schwerpunkt bei der Streitschlichtung und der gerichtlichen Mediation setzen.

Meine Damen und Herren, wir stehen für ein faires Miteinander ein. Wir begegnen auch anderen Kulturen und Traditionen mit Respekt. Aber der Respekt vor anderen Kulturen und Traditionen muss auch dort seine Grenze finden, wo elementare Grundsätze unserer Rechtsordnung berührt sind.

(Beifall bei CDU und FDP)

Integrationspolitik ist für uns ohne Bildung, Ausbildung und Arbeit nicht denkbar. Und wir erfüllen den Anspruch unserer Bürgerinnen und Bürger, in Schleswig-Holstein frei und sicher leben zu können. Sicherheit und bürgerliche Freiheit müssen dabei stets in Balance gehalten werden. Wir werden die bestehenden Eingriffsbefugnisse neu bewerten und mit der neuesten Verfassungsrechtsprechung abgleichen. Denn klar ist auch, Eingriffsbefugnisse dürfen nicht zerstören, was sie schützen sollen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für die **Landespolizei**, und wir bedanken uns für die täglich geleistete Arbeit. Wir werden alles in unseren Kräften Stehende tun, um Leistungsfähigkeit und Motivation zu erhalten. Neue Stellen wird es in absehbarer Zeit nicht geben, aber wir werden durch organisatorische und strukturelle Veränderungen mehr Personal für den operativen Dienst zur Verfügung stellen.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sicher sein und sich sicher fühlen. Das ist auch für einen Wirtschaftsstandort ein nicht unwesentlicher Faktor. Sicherheit ist Grundbedingung für Wachstum.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Landesregierung sieht sich im festen Bündnis mit den **Kommunen** in Schleswig-Holstein. Wir führen deshalb den partnerschaftlichen Dialog mit unseren Kreisen, Städten und Gemeinden auf Augenhöhe.

(Zurufe von der SPD - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Raubritterzug, wird der beendet, die 120 Millionen € jährlich?)

- Gucken Sie doch bitte noch einmal, was die Gemeinden in den letzten Jahren gehabt haben, Frau Kollegin! Achten Sie einmal darauf, was wir früher zeitweise für eine Zeit gehabt haben! Da gab es kaum mehr einen Dialog zwischen Landesregierung und Kommunen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen den partnerschaftlichen Dialog mit unseren Kreisen, Städten und Gemeinden auf Augenhöhe. Die Gemeinden sind die Keimzellen des Gemeinwesens.

(Zurufe von der SPD)

Deshalb habe ich mich stets gegen eine Gemeindegebietsreform gewandt, und auch eine von oben verordnete **Kreisgebietsreform** wird es mit dieser Regierung nicht geben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Damit sich das **ehrenamtliche Engagement** auf kommunaler Ebene wirkungsvoll entfalten kann, bedarf es zugleich leistungsfähiger Verwaltungen. Deshalb werden wir insbesondere die Anstrengungen der Kreise und kreisfreien Städte, aber auch der Ämter und Gemeinden aktiv unterstützen: Sie können durch verstärkte **Kooperationen** oder auch **freiwillige Zusammenschlüsse** zu einer effizienteren Aufgabenerledigung kommen und neue Gestaltungsspielräume für kommunale Selbstverwaltungsaufgaben erschließen.

Vor Ort wirksame Entscheidungen sollten möglichst auch vor Ort getroffen werden, und wir werden deshalb den Prozess der **Aufgabenverlagerung** vom Land auf die Kreise und kreisfreien Städte sowie von den Kreisen auf die kreisangehörigen Ämter und Gemeinden fortsetzen. Außerdem werden wir für mehr demokratische Teilhabe und kommunale Eigenverantwortung sorgen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vielfalt bereichert uns. Die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** mit Dänemark hat in den vergangenen Jahren so gut funktioniert wie noch nie.

(Beifall beim SSW)

Hier haben die nationalen Minderheiten vorgearbeitet. Liebe Kollegin Spoorendonk, Sie können darauf vertrauen, dass **Minderheiten** in Schleswig-Holstein Chefsache bleiben.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Das war eine Drohung! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Lassen Sie das doch Frau Spoorendonk entscheiden. Ich glaube, sie ist in den vergangenen Jahren damit zufrieden gewesen.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Das ist wieder das Über-andere-Reden-und-über-andere-Bestimmen-Wollen. Das ist in dieser Regierung vorbei.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das wird Chefsache bleiben, und wir sind uns einig: Es hat sich bewährt, die Zuständigkeit für Minderheiten wird in der Staatskanzlei bleiben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall beim SSW)

Die Landesregierung bekennt sich klar zu den Minderheiten wie die der Dänen, der Friesen, der Roma und Sinti. Das Gleiche gilt auch für die deutsche Volksgruppe in Dänemark.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir denken über Grenzen hinweg, im Norden wie im Süden. Aus Nachbarschaften haben sich Partnerschaften und Freundschaften entwickelt. Die **Kooperation mit Hamburg** birgt für unser Land weiterhin enormes Potenzial: Wir werden sie ausbauen, denn sie hat Schubkraft für Wachstum.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: HSH Nordbank!)

- HSH Nordbank haben wir in dieser Regierung nicht entschieden. Das war eine andere. Vielleicht sollten Sie einmal dort rüberryufen!

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, unsere **Landesvertretung** in Berlin wird dafür sorgen, dass unser Aufbruch auch in die Hauptstadt, in Bundestag und Bundesrat hineingetragen wird. Mit dem **Hanse-Office** in Brüssel werden wir vorleben, dass Europa starke Regionen hat. Wir werden unsere Interessen in Europa selbstbewusst zur Geltung bringen. Wir werden auf dem internationalen Parkett als engagierter Sachwalter Schleswig-Holsteins auftreten.

Schleswig-Holstein ist ein schönes Land.

(Zurufe von der SPD)

- Ja, für mich ist das ein schönes Land.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich habe das Gefühl, dass die Linken noch ein bisschen durchs Land fahren, vielleicht noch das eine oder andere lernen, die Augen und die Ohren offenhalten müssen. Das kriegen Sie aber sicherlich hin, denn in der Oppositionszeit hat man für so etwas manchmal auch Zeit.

(Jürgen Weber [SPD]: Nun kommen Sie mal wieder zur Regierungserklärung!)

- Dabei bin ich, Herr Weber!

Seine Natur, seine Lebensräume und seine Artenvielfalt sind einmalig und schützenswert. Es ist unsere Aufgabe, diese Schöpfung zu bewahren. Das muss im Interesse jedes Bürgers und jeder Bürgerin liegen. Deshalb wollen wir **Naturschutz** mit den Menschen machen, bürgernah und unbürokratisch - Kooperation statt Konfrontation.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Den begonnenen erfolgreichen Weg der Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen, insbesondere im Netz NATURA 2000, werden wir vor Ort mit den Menschen fortsetzen. Wir werden die Landesstrategie Naturschutz 2020 konsequent umsetzen. Bei uns gehen Freiwilligkeit und Förderung vor Zwangsmaßnahmen und Ordnungsrecht.

Das **bürgerschaftliche Engagement** wie auch das von **Stiftungen** werden wir stärken. Über den Vertragsnaturschutz gewinnen wir Land- und Forstwirte als Partner. Gemeinsam mit den Naturschutzverbänden und lokalen Aktionsgruppen werden wir Projekte maßschneidern, um den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen. Wir werden neue Wege gehen, um auch den **Flächenverbrauch** zu stoppen. Dies gilt nicht nur für die bauliche Entwicklung, sondern auch für Ausgleichs- und Ersatzflächen. Wir stellen das Ökokonto, eine ökologische Aufwertung und eine konsequente Nutzung von Altstandorten in den Vordergrund.

(Beifall bei CDU und FDP)

Schleswig-Holstein ist wie kaum ein anderes deutsches Land von den Gefahren des Klimawandels bedroht. Ich denke dabei besonders an die Niederungsgebiete unserer Küsten. Die Auswirkungen des **Klimawandels** sind nicht regional zu begrenzen, deshalb werden wir uns auch vermehrt bundesweit und auf europäischer Ebene in die Diskussion um den Klimaschutz einmischen. Gerade der **Küstenschutz** hat Vorrang vor anderen Schutzinteressen.

Völlig klar ist, dass man Ökonomie und Ökologie zusammenbringen muss. Das geht auch. Es ist sogar ein Erfolgsrezept für mehr Wachstum und Beschäftigung. Ich bin ein Verfechter der **ökologisch-sozialen Marktwirtschaft**. Sie sollte nicht auf Schleswig-Holstein, Deutschland oder Europa begrenzt sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Regierung hat neuen Mut für Reformen.

(Zurufe von der SPD)

Diese Regierung geht mit Tatkraft Herausforderungen an. Und so wird diese Regierung für einen Aufbruch sorgen. Sie steht zusammen, in Partnerschaft, voller Vertrauen und auf der Basis einer fairen Zusammenarbeit. Sie ist sich ihrer Verantwortung bewusst und übernimmt sie mit der festen Überzeugung, Schleswig-Holstein für die Zukunft Stabilität verleihen zu können. Diese Regierung wird offen, aber auch entschlossen sein.

Diese Regierung wird offen sein für guten Rat, weshalb ich auch unter meiner Führung im kommenden Jahr einen **Zukunftsrat** einrichten werde, bestehend aus Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft. Herausforderungen der Zukunft, wie etwa die Folgen der demografischen Entwicklung, auf allen Politikfeldern möchte ich gemeinsam mit dem Zukunftsrat diskutieren. Wir werden für Lösungen arbeiten. Diese Regierung wird entschlossen sein, weil wir wissen: Unser Wohlstand ist bedroht, wenn wir nicht handeln. Diese Regierung wird handeln.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir werden uns um das Wohlergehen der Menschen in Schleswig-Holstein kümmern. Einzelinteressen werden zurückstehen müssen. Wir werden auf manch Liebgewonnenes verzichten müssen. Aber wir tun es, um etwas zu gewinnen: Wir werden Freiheit gewinnen von drückender Last. Wir werden Spielräume gewinnen für unser Land. Und wir werden Stärke gewinnen für die Zukunft.

Diese Regierung wird handeln: für das Gemeinwohl und für die Menschen in diesem Land. Ich bin der festen Überzeugung: Wir haben die Kraft, unserem Land eine Perspektive zu geben bis in das Jahr 2020. Dafür werbe ich um Unterstützung. Packen wir es gemeinsam an!

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Die Redezeiten der Fraktionen verlängern sich um jeweils vier Minuten.

Das Wort in der Aussprache hat jetzt der Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag und Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Können Sie das wiederholen? Das war so schön!)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Dies ist nach zwei Jahrzehnten die erste Rede eines sozialdemokratischen Oppositionsführers als Antwort auf die Regierungserklärung eines konservativen Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Opposition zu sein ist in einer Demokratie keine Schande. Im Gegenteil: Gerade in diesen Zeiten ist eine kraftvolle Opposition in unserem Land besonders notwendig. Regierung und Opposition haben verschiedene Rollen, aber das gleiche Ziel: Das Wohl des Landes mehren und Schaden von ihm abwenden. Wir verfolgen daher keine Sonthofen-Strategie à la Franz-Josef Strauß, sondern müssen hoffen und wünschen, dass es dieser Regierung im Interesse der Menschen dieses Landes tatsächlich gelingt, das Wohl zu mehren und Schaden abzuwenden.

Klar ist: Wir Sozialdemokraten haben uns nicht für die Oppositionsrolle in diesem Haus beworben, aber wir haben diese Wahl verloren. Das ist für uns nach 21 Jahren Regierungsverantwortung in Schleswig-Holstein schmerzlich und in der Dimension hart. Bitter ist dies jedoch nicht nur für die SPD, sondern auch für unser Land, weil die Zeit eigentlich nach sozialdemokratischen Antworten geradezu schreit.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sahen die Menschen aber anders!)

Stattdessen regieren jetzt diejenigen unser Land in Berlin und auch hier in Schleswig-Holstein, die in den vergangenen Jahren immer wieder die sozialen Bedürfnisse der Menschen und die ökologischen Notwendigkeiten dem Primat der Ökonomie untergeordnet haben und diese Prioritätensetzungen nach wie vor richtig finden. Um diese Dominanz der Ökonomie von Kindesbeinen an geht es im Kern übrigens auch den jungen Menschen, die bundesweit und heute in Kiel demonstrieren und die unsere Unterstützung in der Sache verdienen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der Parteinahme für einen immer hemmungsloseren Marktradikalismus sind die Konservativen und Liberalen die ideologischen Wegbereiter der gravierendsten Wirtschafts- und Finanzkrise der Geschichte unserer Republik. Und trotzdem haben sie die Wahlen für sich entscheiden können. Es wäre jetzt also einfach zu sagen: Die Bürgerinnen und

(Dr. Ralf Stegner)

Bürger werden schon sehen, was sie davon haben. Wir könnten es uns leicht machen und zusehen, wie sie mit ihren konservativ-liberalen Vorstellungen - wir haben es ja eben 64 Minuten lang gehört - das Land an die Wand fahren. Die Bürgerinnen und Bürger, die schließlich Schwarz-Gelb im Bund mit und in Schleswig-Holstein kurioserweise ohne Stimmenmehrheit an die Regierung gebracht haben, werden schon irgendwann die Quittung dafür erteilen. Doch, wie gesagt, eine solche Haltung wäre verantwortungslos. Gemütliche Oppositionsjahre sind unsere Sache nicht, meine schon gar nicht.

Vor allen Dingen aber würden wir so unserer Aufgabe als verantwortungsvolle Opposition in diesem Hause nicht gerecht werden. Die Aufgabe besteht nämlich darin, einerseits die Regierung zu kontrollieren und zu kritisieren, eine Notwendigkeit, die offenkundiger nicht sein könnte, wenn man Ihnen heute zugehört hat. Dies wollen wir konstruktiv ohne Oppositionsklamauk und vor allen Dingen ohne abenteuerliche Versprechungen tun. Denn die 14,9 %, die man damit erreichen kann, reichen mir nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Andererseits müssen und werden wir im Interesse unseres Landes seriöse Alternativen zur Regierungspolitik formulieren,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist aber neu!)

um mit eigenen Konzepten Perspektiven für die Zukunft zu schaffen. Es ist wichtig für unsere Demokratie, dass glaubwürdige Alternativen erkennbar sind. Die zu oft proklamierte, angeblich alternative Politik führt doch erst zu Politik- und Demokratiemüdigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Unabhängig davon will ich am Anfang selbstkritisch feststellen, dass trotz aller Zustimmung in der Bevölkerung zu unseren Positionen bei Mindestlöhnen, beim Atomausstieg, bei mehr Bildungsgerechtigkeit oder für eine gerechte Steuerpolitik wir trotzdem nicht gewählt worden sind, weil unsere sozialdemokratischen Antworten offenkundig nicht als glaubwürdig angesehen worden sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Oder die Person!)

Denn in unserer Regierungszeit hat trotz aller guten Absichten die Armut eben doch zugenommen, sind bei aller grundsätzlichen Richtigkeit der Weichenstellungen rot-grüner Sozialreformen wie der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe prekäre Beschäftigungsverhältnisse über die Maßen

gewachsen, ist die soziale Spaltung vertieft worden und haben die Abstiegssängste vieler Menschen vor Arbeitsplatzverlust und Lebensstandardeinbußen im Alter zugenommen und ist die finanzielle Notlage von Bund, Ländern und Kommunen offenkundig. Für all das gibt es vielfältige Gründe, die sicherlich nicht allein im Versagen der Sozialdemokraten liegen und die gewiss auch nicht primär in Schleswig-Holstein zu suchen sind. Aber wir tragen dafür die politische Mitverantwortung. Daran gibt es nichts zu deuteln, und deswegen will ich das auch gar nicht versuchen. Das verbietet der Respekt vor der demokratischen Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden aus dieser Niederlage aber lernen, nicht nur die Absicht, sondern auch die praktischen Wirkungen von Politik umfassender als bisher zu bedenken.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es wäre schlecht, wenn nicht!)

Wir werden unsere Fehler analysieren und korrigieren. Was sich nicht ändern wird, ist unsere Grundüberzeugung, dass Gerechtigkeit in allen Dimensionen, von der Chancengerechtigkeit über die Verteilungsgerechtigkeit, von der Geschlechtergerechtigkeit bis zur Generationengerechtigkeit, Maßstab und Kompass für die Politik bleiben oder, besser gesagt, wieder stärker werden muss, objektiv und im subjektiven Urteil der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Beifall bei der SPD)

Was sich nicht ändern wird, ist unsere Grundüberzeugung, dass sich nur die Reichen einen schwachen Staat leisten können. Alle anderen brauchen einen handlungsfähigen und leistungsstarken Staat. Was sich nicht ändern wird, ist unsere Grundüberzeugung, dass moderne Politik die ökonomischen Konsequenzen des Klimawandels nicht verweigern darf und dass hier außerdem eine riesige Chance für gutes Wachstum und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein liegt.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir diese Krise nur durch ein Mehr an Gerechtigkeit, ein Mehr an Solidarität und ein Mehr an Nachhaltigkeit zum Wohl unseres Landes lösen können. Nur wenn wir das Gemeinwohl stärken, werden wir die Zukunft unseres schönen Landes Schleswig-Holstein sichern können.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Ralf Stegner)

Wir werden also die nötigen sozialdemokratischen Antworten geben. Wir werden sie einfordern. Ich bin sicher, dass die Regierung es schwer haben wird, auf Dauer ihre offenkundige Klientelpolitik gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchzuführen.

Die SPD vermochte es leider am Ende nicht, sich dem neoliberalen Mainstream des letzten Jahrzehnts zu entziehen, auch wenn dies in Schleswig-Holstein weniger ausgeprägt war. Das bleibt für mich unser schwerster Fehler in der Vergangenheit.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist ja unglaublich!)

Genauso wenig wird es das Bündnis aus Konservativen und Egoisten schaffen, sich auf Dauer dem sozialdemokratischen Mainstream der kommenden Jahre zu entziehen.

(Beifall bei der SPD)

Verbal und mit ein bisschen Symbolpolitik hier und da betätigen Sie sich ja schon quasi als Produktpiraten, wenn auch nur scheinbar und gegen Ihre Überzeugung. Das gilt zum Beispiel, wenn Sie darauf verweisen, Sie seien doch angeblich gar nicht unsozial, der Stufentarif bei der Steuer, bei dem die oberen Einkommen am stärksten entlastet werden, sei doch viel gerechter als der linear progressive Tarif, bei dem die starken Schultern mehr tragen als die schwachen Schultern. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, Gerechtigkeit ist das nicht. Das ist das Gegenteil, was Sie hier wollen!

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Landtagsfraktion in diesem Haus - das verspreche ich Ihnen - wird helfen, den nötigen Druck aufzubauen.

Herr Ministerpräsident, Sie überschreiben Ihre Regierungserklärung mit dem Titel: „Mut. Tatkraft. Aufbruch: In Verantwortung für Schleswig-Holstein.“ - Die Chinesen sagen, die Quelle des Mutes sei die Wahrheit. Zur Wahrheit hatten Sie aber nicht den Mut. Denn Ihre Deutung der Ereignisse dieses Jahres hat mit der Wahrheit nichts zu tun. Sie sind vertragsbrüchig geworden, weil Sie Schwarz-Gelb wollten. Nach dem über Monate vorbereiteten, immer wieder öffentlich angekündigten und schließlich kalt kalkuliert vollzogenem Bruch der Großen Koalition, nach dem kurzen und harten Wahlkampf, nach dem ersten Schock für die einen und dem Erfolgsrausch für die schwarz-gelbe Partnerschaft auf der anderen Seite dürfte inzwischen genügend Zeit vergangen sein, um eine nüchterne Bestandsaufnahme zu machen.

Für die Landesregierung heißt das: Was sind die Herausforderungen, denen sie sich stellen muss? Auf welche Grundlagen kann sie zurückgreifen? Welche Antworten will sie geben? Welche Auswirkungen auf die Politik und die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande hat das? - Dazu, Herr Ministerpräsident, haben Sie heute 64 Minuten lang viel geredet, aber wenig gesagt.

Für die Opposition heißt das: Wir haben zu bewerten, wie die Landesregierung mit diesen Herausforderungen umgeht, wie sie sich für die Ressourcen unseres Landes einsetzt und wie sie die Chancen für Schleswig-Holstein nutzt. Letztlich haben wir dann zu beurteilen, was das für die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in diesem Lande bedeutet. Die SPD-Fraktion in diesem Parlament wird genau hinsehen, was Ihre sogenannte Koalition des Aufbruchs - wie Sie sie in Ihrem Koalitionsvertrag genannt haben - für das Leben der Menschen in diesem Land bedeutet und ob nicht da, wo Aufbruch draufsteht, in Wirklichkeit Abbruch drin ist.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Wir werden für Transparenz sorgen und nicht zulassen, dass Sie sich so aus der Verantwortung stellen, wie es die inhaltsleeren Formeln aus dem Koalitionsvertrag oder die treuherzig vorgetragenen Allgemeinplätze Ihrer Regierungserklärung von heute andeuten. Das Prinzip Merkel, das Sie hier kopieren und für fünf Jahre durchziehen wollen, funktioniert auch in der Amateurliga nicht, verehrter Herr Ministerpräsident. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden eine Politik für die große Mehrheit der Bevölkerung einfordern, die über den Horizont von Strande und Nordstrand hinausreicht und nicht einzelne Regionen oder Klientelinteressen bevorzugt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Kommen wir zu den Grundlagen und der Eröffnungsbilanz dieser ersten Mitte-Rechts-Regierung dieses Landes seit 1987! Als Björn Engholm der Barschel-Regierung nachfolgte, war Schleswig-Holstein Schlusslicht in jeder Disziplin -

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Was? – Unsinn!)

von der Kindergartenversorgung über Bahnstrecken, Schulen, Hochschulen und die Umwelt bis hin zu Gleichstellung und Mitbestimmung und so weiter. Kräftig verschuldet waren wir damals au-

(Dr. Ralf Stegner)

Berdem auch schon. Die SPD hat in ihrer 21-jährigen Regierungsverantwortung in Schleswig-Holstein vieles erreicht, was die Situation der Menschen verbessert hat - erst allein, später mit den Grünen und selbst in der Großen Koalition mit Ihrer Partei, Herr Ministerpräsident. Das merkt man schon an Ihrem Lamento, wonach Sie angeblich von uns gehindert worden seien. Wenn man Ihnen zuhört, hat man den Eindruck, dass Sie in den letzten vier Jahren gar nicht der Regierungschef gewesen sind. Und so ganz falsch scheint dieser Eindruck ja auch gar nicht zu sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Sozialdemokraten waren es, die die Weichen für eine moderne und innovative Wirtschaft gestellt haben, nicht nur, aber ganz besonders im Bereich der erneuerbaren Energien mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen, bei der Gesundheitswirtschaft und bei der maritimen Wirtschaft.

Wir waren es, die für großen Fortschritt und eine leistungsfähige Infrastruktur gesorgt haben, und es ist bezeichnend für Sie, wie Sie sich seit Mitte Juli für jeden noch so kleinen Bewilligungsbescheid und das Ende von Bauabschnitten feiern lassen, deren Planung nun wirklich nicht in Ihrer Hand lag, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten waren es, die für eine offene Politik mit mehr Mitbestimmung, Gleichstellung und Beteiligung gesorgt haben, für eine Politik nicht nur für alle Menschen, sondern für eine Politik mit den Bürgerinnen und Bürgern, für eine Regierung, die tatsächlich zuhört, wie Björn Engholm - jener große Ministerpräsident dieses Landes, der vor wenigen Tagen 70 Jahre alt geworden ist - das formuliert hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nur Mut, Sozialdemokraten! Es geht aufwärts!)

Wir waren es, die für Tariftreue und Mindestlöhne eingetreten sind und eine Arbeitsmarktpolitik für die Beschäftigten, nicht gegen sie gemacht haben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren es, die stets für eine solidarische Gesellschaft gearbeitet haben, in der der Kinderschutz gegen Ihren langjährigen erbitterten Widerstand schließlich Verfassungsrang bekommen hat und ein bundesweit vorbildliches Kinderschutzgesetz auf den Weg gekommen ist.

(Beifall bei SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Wir waren es, die Programme wie „Kein Kind ohne warme Mahlzeit“, „Schule und Arbeitswelt“, „Keiner soll mehr sitzenbleiben“ und „Jeder soll einen Schulabschluss haben“ konzipiert und damit Inklusion aus den Sonntagsreden heraus in die praktische Politik hineingetragen haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir waren es, die mit der Konzentration der ESF-Fördermittel auf Jugendliche und Langzeitarbeitslose, auch auf „Frau und Beruf“, mit einem vorzüglichen Pflegegesetz – im Übrigen wollen die Pflegekräfte nicht nur schöne Worte, sondern eine ordentliche Bezahlung, Herr Ministerpräsident -,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

mit Konzepten für die soziale Stadt, mit einer menschlicheren Psychiatrie und mit vielem anderen mehr dafür gesorgt haben, dass weniger Menschen zurückgelassen und aus dieser Gesellschaft ausgegrenzt werden. Wir waren es, die die Rahmenbedingungen für eine vielfältige Gesellschaft mit einer breiten kulturellen Landschaft und einer Vielzahl von Kulturschaffenden sowie von Aktiven im Sport und im Ehrenamt geschaffen haben. Die sogenannte Chefsache „Kultur“ in der Staatskanzlei war ein so offenkundiger Rohrkrepierer, dass das jetzt zu Recht klugerweise repariert wird.

(Beifall bei der SPD)

Die erste Vorstellung der Regierungskoalition bei der Tagung des Landeskulturverbandes vor Kurzem in Rendsburg ist mit „peinlich“ sehr höflich beschrieben.

Wir waren es, die beim Aufstieg durch Bildung - bei allen zu Recht kritisierten Mängeln im administrativen Detail - für viele Verbesserungen gesorgt haben - meistens gegen Ihren entschiedenen Widerstand. Ich rede vom Ausbau der Fachhochschulen, auch der regionalen Versorgung in Flensburg und ganz besonders von der größten Investitionsleistung in der Geschichte unseres Landes, nämlich der Fachhochschule Westküste, die wir eingerichtet haben.

Wir haben den Ausbau der Kinderbetreuung vorangetrieben. 1988 fanden wir ganze 600.000 DM im Landeshaushalt vor. Heute haben wir ungefähr 60 Millionen € dafür, und das reicht hinten und vorn nicht. Das ist der Unterschied zwischen konservativer und sozialdemokratischer Kinderbetreuungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Ralf Stegner)

Wir haben den Ausbau der Ganztagschulen angeschoben. Wir waren es, die mit der Gemeinschaftsschule - dem wirklich durchschlagenden Erfolg unserer sozialdemokratischen Bildungspolitik - endlich der absurden, ungerechten und elitären Selektion der jüngeren Schülerinnen und Schülern ein Ende gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Das dreigliedrige Schulsystem ist eine enorme Verschwendung von Ressourcen und bedeutet frühzeitige negative Weichenstellungen bei der Verteilung von Lebenschancen. Sie fänden es in Ordnung, wenn das mit oben und unten so bleibt. Wir wollen es aber ändern.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind damit dem internationalen Best-Practice-Beispiel gefolgt und fördern durch gemeinsamen Unterricht die Fähigkeiten der schwächeren und stärkeren Schüler.

Wir waren es, die für eine leistungsfähige und engagierte Polizei gesorgt haben und, anders als andere, weder Stellenkürzungen vorgenommen noch Hobbypolizisten eingestellt und schon gar nicht die Bundeswehr als billige Ersatzpolizei im Inneren gefordert haben, wie Sie es immer wieder getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir waren es, die bundesweit der Vorreiter für eine humanitäre Flüchtlings- und Ausländerpolitik gewesen sind und die humanitären Spielräume in Schleswig-Holstein stets maximiert haben. Auch darauf sind wir stolz.

Wir waren es, die die Energiewende in Schleswig-Holstein eingeleitet haben. 1988 betrug der Anteil der regenerativen Energien an der Stromerzeugung in Schleswig-Holstein gerade einmal 0,05 %. Heute haben wir es auf über 40 % geschafft. Wir waren es auch, die immer konsequent - trotz aller Restriktionen der betreiberfreundlichen Atomgesetze - auf den Atomausstieg gesetzt, den Atomkonsens verteidigt und eine an Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit orientierte strenge Aufsichtspolitik betrieben haben.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Und warum haben Sie jetzt die Wahl verloren?)

Wir waren es, die das Thema Umwelt und Naturschutz in Schleswig-Holstein auf die Tagesordnung gesetzt und ein bundesweit vorbildliches Naturschutzgesetz etabliert haben, das in der Großen Koalition leider schon manches seiner alten Stärke

verloren hat. Wir waren es, die die starke Tradition der Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein fortgeschrieben haben, und zwar mit wirklich unabhängigen Minderheitenbeauftragten vom Range eines Kurt Hamer, eines Kurt Schulz und einer Renate Schnack. Bei allen freundlichen Worten an die Adresse von Frau Spoorendonk muss ich sagen, dass wir niemals die Vollwertigkeit der politischen Mandate der Kolleginnen und Kollegen vom SSW in diesem Haus in Zweifel gezogen haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir waren es, die seit Björn Engholm die Chancen rund um die Ostsee genutzt und weiterentwickelt haben - mit den besten Perspektiven, die Schleswig-Holstein seit dem Zweiten Weltkrieg und der Zeit als Zonenrandgebiet jemals hatte - und mit Heide Simonis die Meerespolitik wirklich auf die Tagesordnung gesetzt haben.

All dies und vieles mehr, was sozialdemokratische Fraktionen in diesem Haus sowie die Ministerpräsidenten Björn Engholm und Heide Simonis in 21 Jahren Regierungszeit geleistet haben - aus Zeitgründen kann ich nicht auf alles eingehen -, zeigt, dass es sehr viel gibt, auf das Sie hier bauen können. Wenn Sie klug sind, werden Sie auch dabei bleiben und das nicht abbauen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden jedenfalls darauf achten, dass Sie sorgsam, verantwortungsvoll und ehrlich mit diesem Erbe umgehen. Das ist auch notwendig, denn die Herausforderungen sind wahrlich groß.

Erstens befinden wir uns noch mitten in der schlimmsten **Wirtschafts- und Finanzkrise** in der Geschichte unseres Landes. Es droht ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit, die Versorgung mit Krediten ist gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen kritisch, und die Lage der **HSH Nordbank** ist ganz anders, als sie durch Ihre vom Vorstand gereichte rosarote Regierungsbille betrachtet wird.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

- Nun regen Sie sich doch nicht ganz so auf! Immer mit der Ruhe, immer mit der Ruhe, Herr Kollege! Zu Ihnen komme ich nachher noch einmal.

(Lachen bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Zweitens. Wir haben eine **gespaltene Gesellschaft** mit Strukturen im Bildungs- und Steuersystem und anderen sozialen Sicherungssystemen, die nach wie

(Dr. Ralf Stegner)

vor trotz aller Korrekturen die Spaltung zwischen Arm und Reich vertiefen und viele Menschen zurücklassen, die nicht nur an der Politik, sondern teilweise an der Demokratie zweifeln und verzweifeln.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Drittens. Wir haben **öffentliche Haushalte**, die auf allen Ebenen massiv unterfinanziert sind, wodurch wichtige Leistungen nicht oder nur ungenügend erbracht werden können oder massive Verschuldung droht. Nach wie vor gilt: Einen armen Staat können sich nur reiche Leute leisten.

Viertens. Wir haben als dennoch reiches und hoch entwickeltes Land die Pflicht, dem **Klimawandel** und der Umweltzerstörung konsequent entgegenzuwirken, wenn wir nicht gegenüber unseren Nachkommen total versagen wollen. Mehr denn je gilt: Global denken, lokal handeln.

Fünftens. Wir haben ein besorgniserregendes Problem, was die **Legitimation von Demokratie und Politik** angeht. Die Wahlbeteiligung an den Kommunalwahlen ist in manchen Stadtteilen drastisch gesunken und ist sogar bei der Bundestagswahl zurückgegangen. Das Verständnis für die Tatsache, dass demokratische Politik auch Geld kostet, ist kaum noch vermittelbar. Obwohl es doch der Staat und die Politik waren, die Banken und außer Rand und Band geratene Märkte gerettet haben, stehen der Staat und die Politik nun in der Zielscheibe von Anwürfen der Lobbys und leider auch zunehmend großer Teile der veröffentlichten Meinung. Das ist nicht gut so, und das sage ich ohne jedwede parteipolitische Einfärbung.

(Vereinzelter bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Was plant denn diese neue „Koalition der Freundschaft“, um auf diese Herausforderungen zu reagieren?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das kennen Sie nicht!)

- Mit Ihnen Freund zu sein, das würde ich mir auch nicht wünschen, sehr verehrter Herr Kollege.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Da besteht keine Gefahr! - Heiterkeit bei CDU und FDP)

- Da das beidseitig ist, haben Sie recht.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Herr Ministerpräsident Carstensen, Ihre Regierungserklärung und Ihre sonstigen Reden über die künftige Politik klingen markig, sie sind aber eher wolkig. Es spricht wenig dafür, dass Sie einen Plan haben, wie die genannten Herausforderungen so bewältigt werden könnten, dass das Resultat solide, nachhaltig und sozial gerecht ist.

Als der Kabarettist Urban Priol vor einigen Monaten sagte, Schleswig-Holstein sei das einzige Land, das sich einen Regierungschef leiste, der sich nicht für Politik interessiert,

(Zuruf)

mag noch mancher geschmunzelt haben. In Zeiten von Wirtschaftskrise und enormen Herausforderungen für eine gute Regierungspolitik bleibt einem allerdings das Lachen im Hals stecken, wenn man bedenkt, dass das leider zutreffend ist.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Sie wissen doch gar nicht, was Lachen ist!)

Lassen Sie mich zu den beschriebenen **Herausforderungen** kommen.

Erstens: die **Wirtschaftskrise**. Fast dachte man schon, dass in dieser Krise allen eines wieder klar geworden sein könnte: Der Staat hat eine entscheidende Verantwortung für das Wirtschaftsgeschehen. Zu viel Liberalisierung, Entbürokratisierung und Deregulierung haben zu massivem **Marktversagen**, das in seinen Auswirkungen eine ungeheure Dynamik zu entfalten droht und Auswirkung auf das Leben Hunderttausender Menschen hier in diesem Land hat, geführt. Das Credo der Marktradikalen: „Wenn jeder an sich selbst denkt, ist an alle gedacht!“, wird aber schon wieder mit neuer Frechheit formuliert. Dabei müssen wir dafür sorgen, dass die Wirtschaft eben nicht ein sich selbst genügendes System auf Kosten anderer ist, sondern zum Wohle aller. Verstaatlichung der Verluste und Privatisierung der Gewinne mag für Unternehmen und Anteilseigner ein gutes Geschäft sein. Bei der **HSH Nordbank** muss man da schon Zweifel haben. Aber wenn einem Herrn Nonnenmacher 2,9 Millionen € dafür nachgeworfen werden, dass er Chef eines nur noch von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern getragenen Unternehmens bleiben darf, die Hertie-Verkäuferin aber nicht einmal einen Sozialplan bekommt, so ist das in keiner Weise in Ordnung, sondern skandalös.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

(Dr. Ralf Stegner)

Unvergessen bleibt in diesem Zusammenhang, dass Sie, Herr Ministerpräsident, in diesem Fall die Unwahrheit gesagt haben. Auch dies will ich an dieser Stelle wiederholen. Da kommen Sie nicht davon. Das ist und bleibt so.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Der Vorschlag des FDP-Fraktionsvorsitzenden im Wahlkampf, die Steuersenkungsversprechen für die Gutverdiener durch eine höhere Mehrwertsteuer der Geringverdiener zu bezahlen, zeigt das ganze Ausmaß eines solchen selbstgerechten Denkens.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist eine Lüge, Herr Stegner!)

Wenn auch noch der neue Sozialminister und stellvertretende Ministerpräsident als Allererstes - kaum im Amt - schon für Kopfpauschalen und Kapitaldeckung in der Pflegeversicherung wirbt, dann sehen wir, dass an dieser Koalition die Lehren aus der Wirtschafts- und Finanzkrise gänzlich vorbeigegangen zu sein scheinen.

(Beifall bei der SPD)

Was ist das für eine verrückte Welt, in der Barack Obama eine Krankenversicherung nach deutschem Vorbild will und die FDP in Berlin und Kiel die solidarische Krankenversicherung abschaffen möchte?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Die altbekannten Schlagworte von Entbürokratisierung, **Privatisierung** und dem Primat der Wirtschaft schimmern durch alle Poren Ihres Vertrags. Dementsprechend werden mittels fragwürdiger ÖPP-Projekte, die der letzte Landtag noch abgelehnt hatte, weil sie nicht wirtschaftlich gewesen sind, den privaten Unternehmen Gewinne gesichert, während der Staat auf seinen Risiken sitzenbleibt. Da werden beim UK S-H Bereiche ausgelagert und für den Einmal-Erlös Privaten dauerhaft Gewinne zugeschoben, die diese durch Lohndumping noch vergrößern können, egal, was die Beschäftigten davon halten. Das wird auf unseren Widerstand stoßen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Da werden - jetzt bin ich endlich bei Ihnen, Herr Arp - durch die geplante Privatisierung von **Glücksspiel** und Spielbanken den Privaten neue Gewinnmöglichkeiten erschlossen, die Einnahmen des Staates dagegen auf wacklige Füße gestellt, egal, ob die Sportförderung perdu ist und was die

anderen 15 Länder davon halten. Das ist nicht Gemeinwohl, das ist Eigennutz!

(Beifall bei der SPD)

Erinnern Sie sich noch, wie Sie damals über die Versuche von Hans Eichel gelacht haben, Steuerhinterzieher wieder ins Land zu holen?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Es hat nicht geklappt. Straffreiheit allein reichte nicht, auch nicht die Absenkung der Steuersätze. Woanders zahlen sie ja noch weniger. Wir können und wollen nicht mit Steueroasen konkurrieren. Worauf sich die Hoffnung gründet, dass jene Glücksspielanbieter, die bereits aus dem Ausland heraus tätig sind, wieder herkämen und bereit wären, eine Abgabe zu zahlen, die die jetzigen Einnahmen des Staates ausgleichen will, ist mir schleierhaft. Sie können nicht einmal auf ein schlechtes Gewissen hoffen, denn die aktuellen Aktivitäten jener Unternehmen sind fragwürdig, aber leider nicht strafbar.

Stattdessen wollen Sie einen kontrollierten Markt zerstören. Noch ist das staatliche Lotto eine ernste Konkurrenz zu anderen Anbietern. Und Sie wollen die geringen Einflussmöglichkeiten des Staates auf Suchtbegrenzung gesetzlich zunichte machen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Sie haben einfach die falschen Besucher, die zu oft bei Ihnen ein und aus gehen und dann leider die Gesetzgebung mit ihrer Mehrheit bestimmen.

(Lachen bei der CDU - Beifall bei SPD und der LINKEN- Peter Eichstädt [SPD]: Ihr und eure Zockerbande! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Man sollte mit dem DFB-Präsidenten reden! - Weitere Zurufe)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Stegner. Vielleicht können wir uns darauf verständigen, dass wir uns gegenseitig ein wenig mehr Gehör schenken. Das macht die Debatte etwas angenehmer für alle Beteiligten.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Während auf der einen Seite in Nordrhein-Westfalen die Linkspartei Programme beschließt, nach denen alles verstaatlicht werden soll, was nicht niet-

(Dr. Ralf Stegner)

und nagelfest ist, finden wir auf der anderen Seite mit dem Motto von Schwarz-Gelb: „Eigennutz vor Gemeinwohl“ das genaue Gegenteil. Beides ist falsch.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich habe nun wirklich nichts gegen private Gewinne und privates Wirtschaften, insbesondere wenn es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die schließlich unseren Wohlstand erarbeiten, zugutekommt. Wohl aber haben ich und die Sozialdemokratie insgesamt etwas dagegen, dass Gewinne privatisiert und Verluste verstaatlicht werden und dadurch wichtige Steuerungsmöglichkeiten und demokratische Kontrolle verloren gehen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich gebe zu, da haben wir manches falsch gemacht, auch in den Kommunen. Das haben wir erkannt, und der Rückweg ist angetreten, jedenfalls überall dort, wo Sozialdemokraten etwas zu melden haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Eigentum verpflichtet - so heißt es im Grundgesetz. Es gehört auch zu Ihrem schleswig-holsteinischen Amtseid, Nutzen zu mehren und Schaden vom Gemeinwesen abzuwenden. Deswegen rate ich Ihnen sehr dringend, diesen Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ auch einmal in Ihr Denken aufzunehmen. Ich habe heute bei dem, was Sie vorgetragen haben, davon nichts gehört, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Über Ihren Eigentumserwerb möchte ich hier nicht reden, ich spreche über öffentliches Eigentum, Herr Kollege Kubicki.

Zu diesen grundlegenden Steuerungsnotwendigkeiten gehört auch, wie wir aktuell sehen können, die Sicherstellung der **Kreditversorgung** der kleinen und mittleren Unternehmen. Ich halte - und manche von Ihnen in der Union hatten jedenfalls bis vor Kurzem noch die gleiche Ansicht - den öffentlich-rechtlichen Sparkassensektor für den stabilisierenden und wichtigen Sektor in einem vom Mittelstand geprägten Land. So ist es kein Geheimnis, dass der FDP-Fraktionsvorsitzende schon seit Langem die Gewinne der privaten Banken steigern und die **öffentlich-rechtlichen Sparkassen** abschaffen möchte. Der Einfluss von Herrn Kopper scheint weit zu reichen. Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie aber auf: Reichen Sie dafür nicht die Hand, machen

Sie die Sparkassen nicht kaputt, auch nicht durch die Hintertür, indem Sie Brüssel schlagende Argumente für die Privatisierung dieses Sektors liefern!

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer das bezweifelt, den möchte ich daran erinnern - das ist im Protokoll nachzulesen -, dass der Fraktionsvorsitzende der FDP in einer seiner üblichen Prahlhansreden hier im Landtag angekündigt hat, wie sicher er sich ist, dass es zwar der zweitbeste Schritt sei, den Sie jetzt unternehmen, die wirkliche Privatisierung aber nach sich ziehen werde. Wenn das passiert, erzählen Sie uns hinterher nicht, Sie hätten leider das Urteil aus Brüssel nicht vorhersehen können, wie damals die Sache mit dem Vogelschutz und NATURA 2000, Herr Ministerpräsident! Wir werden Ihnen das nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Die angekündigte Offensive für **Wachstum und Beschäftigung für Mittelstand und Handwerk** ist so selbstverständlich wie nebulös. Ich frage mich auch, was es heißt, wenn Sie, Herr Carstensen, auf dem Parlamentarischen Abend der Studien- und Fördergesellschaft der schleswig-holsteinischen Wirtschaft in Berlin sagen, dass das Land nur noch das fördern werde, was dem Land und der Wirtschaft Schleswig-Holsteins nütze. Nur wenn man glaubt, dass die Menschen für die Wirtschaft da sind und nicht umgekehrt, dann ist das ein logischer Satz. Für jemanden, der den Anspruch hat, Politik für Bürgerinnen und Bürger in diesem Land zu machen, ist eine solche Verknüpfung eher entlarvend. Was nützt denn dem Land und der Wirtschaft? - Nützen der Wirtschaft Jugendzentren, Frauennotrufe, das Kinderschutzgesetz, das Landesblindengeld, die Integration behinderter Kinder oder das Programm „Kein Kind ohne warme Mahlzeit“? - Nicht wirklich. Das müssen diese Dinge auch nicht. Wir werden aufpassen, dass Sie diesen Grundsatz nicht durchsetzen können, den Sie hier formulieren, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

In Ihre Regierungsvereinbarungen ist ein bisschen viel von der FDP hineingeraten, wie man an Ihren Ausführungen merken kann.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dazu sagen wir nichts!)

(Dr. Ralf Stegner)

Die Frage, was eine verantwortungsvolle Politik auszeichnen würde, lautet ganz anders. Sie lautet nämlich: Was nützt den Menschen hier im Land? Was nützt der Gesellschaft am meisten? Das ist die Frage, die sich die Sozialdemokraten in diesem Haus stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki
[FDP])

Wir Sozialdemokraten glauben immer noch, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist. Geld regiert die Welt, das mag Ihre Vorstellung sein. Das ist nicht unsere Vorstellung von sozialer Demokratie. Den Grundsatz werden wir nie aufgeben, egal wie laut Sie schreien und wie protzig Sie mit Ihren Motorbooten durch die Kieler Bucht fahren mögen.

(Lachen bei der FDP)

Die Frage, wie das mit der Entwicklung von steigenden Gewinnen auf der einen Seite und **sinkenden Reallöhnen** auf der anderen Seite ist, zeigt, dass dieses wirtschaftsgläubige Denken schon viel zu lange währt und dass es Zeit wäre, dem Irrglauben endlich abzuschwören. Begreifen Sie, dass die wahren Leistungsträger in unserer Gesellschaft nicht diejenigen mit den höchsten Einkommen sind, sondern die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Familien, die Rentner, die unseren Wohlstand erarbeitet haben, die Krankenschwestern, die Busfahrer, die Verkäuferinnen und die Polizisten, diejenigen, die sich für unsere Kinder oder unsere Sicherheit abrackern! Die vielen Menschen, die nachts und an den Wochenenden arbeiten, haben nichts davon, wenn Sie hier die Forderungen von Wirtschaftsfunktionären nachplappern und durch das inspiriert werden, was Sie in Ihrer neuen Traumpartnerschaft hier verkünden.

(Beifall bei der SPD)

Ihrer **Wachstumsstrategie** fehlt ein entscheidender Punkt: Wir müssen auch das kulturell-soziale Umfeld attraktiv machen. Anders ziehen wir nämlich keine Talente an. Sie bleiben in den abgewirtschafteten Floskeln vergangener Ideologien verhaftet. Statt Lehren aus der Krise zu ziehen und stärker die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzubeziehen, weil sie diejenigen sind, die mit ihren Familien ein wirklich existenzielles Interesse an dem Fortbestand von Betrieben haben, was sie immer wieder durch extreme Kooperation unter Beweis stellen, statt also die Mitbestimmung auszudehnen, empfinden Sie diese als lästiges Hemmnis, als überflüssige Bürokratie und würden sie am liebsten einschränken. Am liebsten würden Sie den Kündigungsschutz streichen. Sie setzen voll auf den **Markt**, der

so offenkundig versagt hat. Wie oft sind Sie uns in der Großen Koalition mit den Forderungen nach weniger Mitbestimmung, weniger Gleichstellung und weniger Kündigungsschutz gekommen. Immer wieder haben Sie dies vorgetragen. Das ist auch Ihr Denken, und das ist ein völlig falsches Denken. Das ist ein Denken von vorgestern.

(Beifall bei der SPD)

Immerhin haben Sie gesagt, Sie wollen die guten Ansätze der **Arbeitsmarktpolitik** fortsetzen, auch wenn mir in Ihrer Beschreibung die Langzeitarbeitslosen als Zielgruppe fehlen. Doch Arbeitsorganisation, Arbeitnehmerrechte und Integrationsbetriebe werden von Ihnen genauso wenig erwähnt wie die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen. Ihr einziger Satz über die **Gewerkschaften** war hier bezeichnend: Sie seien bereit, zu Ihren Gipfeln zu kommen. Das ist ja toll. Eine Wertschätzung dessen, was sie in den Betrieben leisten, habe ich nicht von Ihnen gehört, Herr Ministerpräsident. Das zeigt den Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der SPD)

Folgerichtig findet sich im Koalitionsvertrag zur Arbeitsmarktpolitik auch keine Aussage dahin gehend, dass ein Mensch von seinem Lohn leben können müsste, und zwar aus Gerechtigkeitsgründen, aus ökonomischer Vernunft heraus und vielleicht sogar - Herr Ministerpräsident, Sie haben auf Ihren christlichen Glauben hingewiesen -, weil es dem christlichen Menschenbild entspricht, dass Arbeit Würde und einen Wert hat. Das ist jedenfalls unsere Auffassung, die wir auf dieser Seite des Hauses haben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Das im Koalitionsvertrag des Bundes beschlossene **Verbot sittenwidriger Löhne** gibt es längst. Wo sind aber die Maßnahmen gegen Lohndumping und Hungerlöhne? Erzählen Sie uns nicht, dass **staatlich subventioniertes Lohndumping** etwas mit Marktwirtschaft zu tun hätte! Das ist staatliche Misswirtschaft, an die Sie immer noch glauben, schwarz-gelb, wie Sie sind. Deshalb haben wir leider zu befürchten, dass wir im **Bundesrat** das Trauerspiel erleben werden, dass Sie gegen Mindestlöhne, gegen Tariftreue, gegen die Auswüchse von Leiharbeit und damit gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stimmen werden. Wir werden nicht müde werden, das in diesem Haus immer wieder anzuprangern. Darauf können Sie sich verlassen.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Was die **HSH Nordbank** betrifft, ist Herr de Jager - wie dem „Handelsblatt“ vom Montag zu entnehmen war - einer der wenigen Menschen, die keinen Anlass sehen, das Konzept der HSH infrage zu stellen. Es schlummern viele Risiken. Wir werden den Untersuchungsausschuss, der von der größeren Regierungsfraktion mit immer größerer Lustlosigkeit eher geduldet als durchgeführt wird, konsequent nutzen, um herauszuarbeiten, wie katastrophal das Krisenmanagement in den letzten Jahren gewesen ist.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP], Günther Hildebrand [FDP] und Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Wir haben kein Vertrauen zu einem Vorstandsvorsitzenden wie Herrn Nonnenmacher, dem jedweder Respekt vor Parlament und Steuerzahler fehlten. Wir haben kein Vertrauen zu einem Aufsichtsratsvorsitzenden wie Herrn Kopper, der trotz aller Beschlüsse dieses Parlaments zur Begrenzung der Managergehälter weiterhin an Modellen arbeitet, die dafür sorgen, dass die Manager der HSH Nordbank mehr als 500.000 € im Jahr einstreichen können. Das halten wir für falsch. Im Übrigen hatte das ganze Parlament etwas anderes beschlossen.

(Beifall bei der SPD)

Wir hatten hier schweren Herzens schwierige Entscheidungen zu treffen, um noch katastrophalere Folgewirkungen zu vermeiden und um Arbeitsplätze zu sichern. Wir haben Ihnen aber ganz gewiss keinen Blankoscheck dafür gegeben, dass die HSH Nordbank die Regierung am Nasenring durch die Manege führt und nicht von Ihnen kontrolliert wird. Obwohl wir Anteilseigner sind und zusammen mit Hamburg über 80 % der Anteile halten, musste sogar der groteske Schritt vollzogen werden, die dem Parlament verantwortlichen Politiker aus dem Aufsichtsrat zurückzuziehen, weil das Herrn Kopper besser gefallen hat. All das zeigt, wie absurd die ganze Sache ist.

Wenn ich nun lese, dass die HSH Nordbank mitteilt, der Vorstand sei fest davon überzeugt, dass man **Bundeshilfen** nicht brauche, dann ist das nicht wirklich überraschend. Wie wir wissen, würde der Vorstand die Konsequenzen dafür nur tragen, wenn das Vabanquespiel aufgeht. Die einzige Möglichkeit, die ich sehe, dieses Risiko zu begrenzen, ist die **Kooperation** mit dem Bund und mit anderen Landesbanken. Das scheint jedoch nicht gewollt. Jeder möge das eigene Pulverfass hüten und pflegen, bis es ihm um die Ohren fliegt. Die Aussicht,

die Bank unter diesen Bedingungen verkaufen zu können, wie Sie das formuliert haben, ist abenteuerlich, denn wer wollte die HSH Nordbank zurzeit kaufen? - Sollte es solche Hasardeure geben, so möchte ich den Käufern wirklich nicht die Zukunft der Milliarden-Bürgschaften des Landes anvertrauen, ganz gewiss nicht. Insofern muss ich sagen, man versteht, wenn Sie sagen, Sie wollten nicht Banker werden, und Sie hätten auch nicht vor, das irgendwann zu werden. Verantwortung für die HSH Nordbank haben Sie aber schon. Das Parlament hat im Wesentlichen durch Mitwirkung der Parlamentsfraktionen vieles beschlossen, weil das **Krisenmanagement** so katastrophal war. Wir werden Schritt für Schritt darauf achten, dass das eingehalten wird, auch wenn die Mehrheiten sich geändert haben.

Drittens. Die **soziale Spaltung** in unserem Land ist ein zunehmendes Problem, das enorme Sprengkraft für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft beinhaltet. Wer Menschen ausgrenzt, ihnen keine Perspektive und keine Chancen bietet, der darf sich nicht wundern, wenn sie sich vom Gemeinwesen und dessen Werten abwenden. Wir sollen keinen zurücklassen und ausgrenzen, sondern jeder und jedem eine faire und wirkliche Chance bieten, ein eigenständiges Leben zu führen. Hilfe zur Selbsthilfe, Fordern und Fördern sowie Vorsorgen des Sozialstaates sind im Grunde alles richtige Maßstäbe. Allzu oft sind sie in der Praxis aber zu Floskeln geworden, die in Teilen das Gegenteil von dem bewirken, was wir wollen. **Freiheit** und **Gerechtigkeit** bedingen einander, wie uns Erhard Eppler in einer großen Rede am Wochenende noch einmal deutlich vor Augen geführt hat. Bei Ihnen bekommt aber der Satz „Freiheit, wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit sind kein Widerspruch“ eine ganz neue Bedeutung. Es ist falsch, dass das, was Arbeit schafft, sozial ist. Ich finde das falsch. Sozial ist, was gute Arbeit schafft, von der man leben kann. Das ist unsere Überzeugung, nicht: Sozial ist das, was Arbeit schafft, egal wie sie aussieht.

(Beifall bei der SPD)

Also ist dieser Satz, „sozial ist, was Arbeit schafft“, den Sie immer verwenden, falsch. Zu sagen, sozial ist der, der dafür sorgt, dass es wirtschaftliches Wachstum gibt, ist wirklich nur noch Gewäsch. Ein solcher Satz hat null Substanz. Die Dispositionsfreiheit eines Unternehmers, der es leichter haben soll, Arbeitsplätze abzubauen, Menschen vor die Tür zu setzen, damit der Börsenkurs steigt, beschreibt nicht die Freiheit, die wir meinen. Das werden wir niemals mit Ihnen teilen, und wenn Sie

(Dr. Ralf Stegner)

noch so sehr die Mehrheit haben mögen, etwas anderes hier durchzusetzen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ein Quatsch!)

Wir meinen die Freiheit, ein Leben in Würde zu leben mit einer angemessenen Entlohnung für gute Arbeit. Wir meinen ein **Leben**, das es den meisten ermöglicht, **ohne Sozialtransfers** zurechtzukommen. Diejenigen, die Sozialtransfers brauchen, müssen ordentliche Kriege, ohne zu Menschen zweiter Klasse degradiert zu werden.

Manche Sätze, die ich von Ihnen gehört habe, sind so alt, dass sie nicht nur in das letzte, sondern in das vorletzte Jahrhundert gehören, in dem die Armenfürsorge an der Tagesordnung war. Die Haltung, die Sie hier ausgedrückt haben, ist wirklich nicht zu glauben. Das ist nicht sozial, das ist eine karitative Vorstellung davon, wie ein Sozialstaat sein sollte. Das ist nicht unsere Welt, meine sehr verehrten Damen und Herren, und der werden wir immer unterschiedenen Widerstand leisten. Wir wollen Anrecht haben auf Teilhabe, auf Integration, auf ein Leben, bei dem man mit seiner Familie vernünftig zurechtkommen kann.

(Beifall bei der SPD)

Sie betonen so sehr die Eigenverantwortung und beschreiben die erdrückende Wohlfahrt. Das Wort „erdrückende Wohlfahrt“ lasse man sich wirklich einmal auf der Zunge zergehen. Was meinen Sie mit erdrückender Wohlfahrt? Herrn Nonnenmacher haben Sie wahrscheinlich nicht gemeint. Sie reden von erdrückender Wohlfahrt. Das geht an der Lebensrealität vieler Menschen radikal vorbei. Die Menschen haben nämlich Angst, ohne **soziales Netz** abzustürzen. Sie haben Angst, im Alter nicht genügend Geld zum Leben zu haben oder für neue Zähne. Viele Menschen wissen heute noch nicht, wie sie ihren Kindern Schulhefte oder die Busfahrkarte für den Ausflug oder die nächste Telefonrechnung bezahlen sollen.

So richtig es im Prinzip ist, dass es besser ist, wenn sich die Menschen selbst helfen, müssen wir uns doch über die Grenzen im Klaren sein. Es gibt Zusammenhänge, da funktioniert die Hilfe in der Familie, die Nachbarschaftshilfe, die Eigenorganisation. Es gibt aber auch Zusammenhänge in Regionen und Vierteln, da funktioniert das alles eben nicht. Da können die Probleme nicht individuell gelöst werden. Dann wird Hilfe zur Selbsthilfe eine Farce und eine fatale Entschuldigung, um soziale Angebote und Leistungen zurückzufahren, wie Sie es hier eigentlich angekündigt haben.

(Beifall bei der SPD)

Was mich trotz meiner sehr eingeschränkten Erwartungshaltung zu Ihrem Koalitionsvertrag doch erstaunt hat, ist, mit welchem uneingeschränktem Votum Sie sich für das **Betreuungsgeld** ausgesprochen haben. Wir haben in Deutschland wirklich nicht das Problem, dass zu wenige ihre Kinder zu Hause betreuen und ihnen das unnötig schwer gemacht würde. Wir haben vielmehr die Situation, dass es sich viele Eltern nicht leisten können, ihren Kindern eine qualifizierte Kinderbetreuung zu ermöglichen. Teilweise gibt es nicht einmal genügend Betreuungsmöglichkeiten.

Sie kennen unsere Forderung nach der **Beitragsfreiheit** für alle **drei Kindergartenjahre**. Das bleibt auch richtig und ist für die Familien viel besser als alle Ihre Steuersenkungspläne, zumal die Gebühren in Schleswig-Holstein so hoch sind. Wir werden daran festhalten.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Statt also den Ausbau weiterer Kinderbetreuung zu unterstützen, finden Sie es richtig, dass der Bund das Geld in eine pädagogisch und sozialpolitisch zweifelhafte und unter gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten eindeutig rückwärtsgewandte Prämie steckt, die andere treffend „**Herdprämie**“ nennen. Und dann heben Sie in Ihrer Rede den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten hervor! Das passt ja wunderbar zusammen. Eigentlich hätte mich das nicht erstaunen müssen, denn Ihr rückwärtsgewandtes Frauenbild ist hinlänglich bekannt und angesichts des männerdominierten Kabinetts auch offensichtlich.

Ihre angekündigte Prüfung, wie die bisherige Mittagessenversorgung für bedürftige Kinder langfristig sichergestellt werden kann, wäre einfach zu beantworten. Verhindern Sie die geplante finanzielle Gießkanne bei Kindergeld und Kinderfreibeträgen, die ausgerechnet jenen nicht hilft, die frei zur Verfügung stehendes Geld besonders gut gebrauchen könnten, zum Beispiel Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger! Sie machen stattdessen eine Förderung, die den Besserverdienenden die größten Vorteile verschafft. Mit steigendem Einkommen mehr Geld zu kriegen, das ist nicht nur konservativ, sondern reaktionär. Das will ich hier ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist schön, wenn Sie sagen, Sie seien gegen **Kinderarmut**. Das glaube ich Ihnen sogar, Herr Minis-

(Dr. Ralf Stegner)

terpräsident. Noch besser wäre es, wenn Sie etwas dagegen täten,

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

und mit Butter bei die Fische, wie Sie das machen wollen.

Lassen Sie mich zur Bildungspolitik kommen. Die Aussage, Sie wollen **gleiche Bildungschancen** für alle erreichen, kann man nur unterstützen, doch Sie planen genau das Gegenteil.

(Heike Franzen [CDU]: Quatsch!)

Scheinen Sie also schon im vorschulischen Bereich kein Interesse daran zu haben, wirksame Maßnahmen gegen die soziale Spaltung zu treffen, so gilt das im verstärkten Maße für die **Bildungspolitik**. Allen landesväterlichen Beschwörungen der Ruhe im Schulbereich zum Trotz haben Sie kleine, unfeine und eindeutige Regelungen vereinbart, die es den **Gemeinschaftsschulen** als reale Alternative zu den Gymnasien schwer machen, obwohl viele Eltern das als pädagogisch beste Schulform wollen. Ich sage Ihnen: Wir sind stolz darauf, dass wir in Schleswig-Holstein schon so viele Gemeinschaftsschulen eingerichtet haben. Das ist eine gute Leistung, die fortwirken wird, egal, wie sehr Sie anfangen werden, ihnen das Leben schwer zu machen. Das kennen wir ja leider. Das fängt mit der Einschränkung zur Bildung von Oberstufen an und hört mit der möglichen Wiedereinführung der Realschule auf. Da hat Aloys Altmann wirklich recht.

(Zuruf der Abgeordneten Heike Franzen [CDU])

Das ist auch fiskalisch nicht zu vertreten, und es ist schulpolitisch rückständig. Die FDP ist in dieser Frage, verehrter Herr Dr. Klug, leider noch konservativer als die Union.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und SSW)

Die plötzliche Distanzierung von den sonst geschätzten und zitierten Gremien Sachverständigenrat und Landesrechnungshof durch den Herrn FDP-Fraktionsvorsitzenden, vom Präsidenten des Landesrechnungshofs überrascht nur den, der von der FDP eine konsequente, ausgewogene Politik erwartet. Das habe ich nicht. Deswegen überrascht mich das nicht, dass Sie jetzt plötzlich so reden. Aber es spricht nicht für Sie, den Präsidenten immer zu loben, wenn Sie in der Opposition sind, und über ihn herzufallen, nachdem Sie keine drei Tage in der Regierung sind, wenn er zwischendurch etwas Richtiges zu dem sagt, was Sie da tun wollen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Aber der Herr Kubicki hat ja auch sonst keine Schwierigkeiten, das Blaue vom Himmel zu versprechen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ach ja!)

Insofern verwundert mich die Zurückhaltung bei der **Integration** behinderter Kinder und Ihre Aussage, Kinder müssten teilhaben können. Bildung, Gesundheit und Zukunftschancen werden doch zur Farce, denn Sie meinen augenscheinlich nicht alle Kinder. Fragen Sie einfach mal den zuständigen Beauftragten dieses Hauses, Herrn Hase: Nicht der Grad der Behinderung darf Grenze der Integration sein, sondern allenfalls der begrenzte Fortschritt der Bemühungen zur Integration, die es immer weiter zu verbessern gilt. Wir haben im Verhältnis zu süddeutschen Ländern schon vieles geschafft, aber im Verhältnis zu Skandinavien sind wir Entwicklungsland. Das dürfen Sie nicht zurückdrehen. Wenn Sie es tun, werden wir es kritisieren.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie planen das Rollback in der **Schulpolitik**, obwohl die Bildungschancen in diesem Land wie in kaum einem anderen vom Einkommen der Eltern abhängen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nach 21 Jahren SPD-Regierung!)

Sollen wirklich das Miteinander-und-voneinander-Lernen wieder Fremdwörter werden und der Rückwärtsgang hin zu elitären Bildungsstrukturen und Ausgrenzung und Selektion eingelegt werden? Fast könnte man Ihnen zurufen: Nehmen Sie sich wenigstens ein Beispiel an Hamburg oder dem Saarland! Man ist bei dem, was in der Schulpolitik droht, kurz davor, Jamaika herbeizuwünschen. Allerdings: Mögen, werter Herr Kollege Habeck, muss man solche Überlegungen natürlich nicht. Denn eine wirklich progressive Politik gibt es in solchen Konstellationen auch nicht, sondern mehr Kohle und Studiengebühren wie in Hamburg oder dubiose grüne finanzielle Verflechtungen mit FDP-Arbeitgebern wie im Saarland.

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

Für den Fall, dass unsere Befürchtungen in der Schulpolitik eintreffen, sage ich Ihnen den breiten Widerstand der Opposition und vieler Eltern und Schülerinnen und Schüler in diesem Land voraus. Wir werden uns gegen den Abbau der schulpolitischen Errungenschaften wehren. „Zurück in die

(Dr. Ralf Stegner)

Vergangenheit“ passt zwar als Titel für Ihre Koalition, aber es passt überhaupt nicht zu unserem Land Schleswig-Holstein.

Gleiches gilt übrigens für die **Hochschulen**, wo Studierende zu Recht erwarten, dass wir ihre Kritik an der Ausgestaltung der Bachelor- und Master-Studiengänge ernst nehmen und nicht - wie Sie das heute getan haben - mit Anfangsschwierigkeiten verniedlichen.

Lassen Sie mich zum Thema **Konsolidierung der Haushalte** kommen. In den letzten Jahren - da gibt es nichts zu beschönigen - gab es ein kollektives Versagen in einem zentralen Punkt. Wir haben es versäumt, die öffentlichen Haushalte und die Sozialversicherungssysteme auskömmlich zu finanzieren. In dem Glauben, durch Steuersenkung ein so starkes Wachstum zu generieren, dass die Steuereinnahmen die originären Verluste wieder ausgleichen würden, wurden die Staatsverschuldung in unerträgliche Höhen getragen und die Handlungsspielräume gerade der Kommunen auf ein nicht zu vertretendes Maß eingeschränkt. Ich will hier einmal den ehemaligen Bundesfinanzminister zum Thema Steuersenkungen zitieren, der übrigens für Gefälligkeitsaussagen in meine Richtung unverdächtig ist. Peer Steinbrück hat in einem Interview in Hamburg während des Wahlkampfes gesagt: „Die Steuereinnahmelaastizität von Steuersenkungen ist kleiner eins.“ Für irgendetwas war es doch gut, dass er Volkswirtschaft studiert hat. Vielleicht erinnern Sie sich auch noch vage, Herr Fraktionsvorsitzender der FDP.

Die Geschichte von den **selbstfinanzierenden Steuersenkungen** ist ein Ammenmärchen, an das Sie selbst nicht wirklich glauben und das Sie uns hier nur präsentiert haben, weil Sie nicht konkret sagen, wo Sie sparen wollen. Da helfen alle Briefe nach Berlin nichts. So nämlich ist es.

So richtig es war, die Wirtschaft mit Konjunkturpaketen zu stützen, so richtig ist es jetzt, mit staatlichen Investitionen in die Zukunftsfelder wie Bildung, Kinderbetreuung und Klimaschutz zu investieren und auch die Kaufkraft zu stärken. Es ist doch die Frage zu betrachten, welche volkswirtschaftlichen Auswirkungen dies hat. Man muss gar nicht weit in dem Kurs „Keynes für Anfänger“ vorgekommen sein, um zu wissen: Wenn wir die Besserverdienenden entlasten, die eine hohe Sparquote haben, wie Sie das wollen, Herr Kubicki, sind die Wachstumsimpulse gering und die steuersenkungsbedingten Steuermehreinnahmen noch geringer. Im vorliegenden Fall gehen sie wahrscheinlich sogar gegen null.

Was Schwarz-Gelb im Bund betreibt, ist Rosstäuscherei. **Steuersenkung** heißt heute Konsolidierung, ist aber, wie fast alle Fachleute sagen, bei unserem Schuldenstand und der finanziellen Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte völlig unvertretbar. Wir sind gegen Steuersenkungen für Besserverdienende, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir brauchen deren Solidarität für Bildung, für Kinderbetreuung, für Klimaschutz und nicht Steuersenkungen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt beim SSW)

Herr Carstensen und Herr Kubicki, Ihre phonstarken Ausführungen, wonach Sie die Steuersenkungspläne der schwarz-gelben Bundesregierung im Bundesrat ablehnen werden, sind angesichts Ihrer Wahlversprechen wenig glaubwürdig. Habe ich das geträumt, oder ist hier landesweit blau-gelb „Mehr Netto vom Brutto“ plakatiert worden? Das habe ich doch gesehen. Sie alle hier im Haus wahrscheinlich auch.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wo waren Sie eigentlich, Herr Carstensen, als die Zustimmungen der Landeschefs zum Koalitionsvertrag im Bund eingeholt worden sind? Wahrscheinlich waren Sie nicht dabei, weil Sie in Berlin kaum einer kennt. Aber ich will Ihnen sagen: Es steht darin, dass das gemacht werden soll, was die FDP angekündigt hat. Ich habe gehört, dass sich Herr Schäuble in Meseberg so geäußert hat. Frau Merkel hat sogar den Slogan von Herrn Westerwelle wörtlich auswendig gelernt und wiedergegeben, dass das mit den Steuersenkungen jetzt kommt: Einfacher, gerechter, niedriger - oder so etwas Ähnliches.

Natürlich hofft die Opposition, dass die für Schleswig-Holstein völlig inakzeptablen Einnahmeausfälle im Bundesrat ablehnt werden und dass Sie sich auf keinen Kuhhandel einlassen werden.

Ich sage Ihnen dazu: Eher legt sich der Hund des Nachbarn einen Wurstvorrat an, als dass es Ihnen gelingen könnte, einen Schleswig-Holstein-Soli durchzusetzen. Letztlich werden Sie sich wie damals bei der Unternehmensteuerreform, die Schleswig-Holstein auch viel Geld gekostet hat, auf die ominösen Refinanzierungseffekte einlassen. Derselbe Finanzminister ist ja noch im Amt. Die wolkige Formulierung, dass es einen fairen Ausgleich geben sollte, spricht Bände. Nachrechnen werden wir dann erst 2020 können. Diese Jahreszahl haben Sie heute hier mit am häufigsten verwendet.

(Dr. Ralf Stegner)

Weder das Land Schleswig-Holstein noch die Kommunen können sich weitere Einnahmeausfälle leisten. Die **Schuldenbremse** würde noch mehr zur Farce. Wie Sie wissen, sind die Sozialdemokraten der Meinung, dass wir einen fairen Altschuldenpakt von Bund, Ländern und Kommunen für notwendig halten. Anders können die Verfassungsvorgaben, die darüber hinaus auch noch in verfassungswidriger Weise geregelt sind und deswegen beklagt werden, überhaupt nicht erfüllt werden. Wenn wir nicht wollen, dass unser Land zurückfällt, dass wir schlechtere Bildung, weniger innere Sicherheit, schlechtere soziale Infrastruktur als unsere Nachbarn anbieten - mit allen Konsequenzen, die das für die Demokratie in unserem Lande hätte -, dann müssen wir hier gegensteuern. Dies gilt im Übrigen auch für eine wirkliche Lösung der finanziellen Probleme der großen Städte, die mit blumiger Unterstützung nicht weiterkommen. Interessant ist, dass Sie die Gewährung zusätzlicher Gelder - das haben Sie dreimal wiederholt - ausschließen, dies im Hinblick auf den ländlichen Raum aber nicht sagen. Ich finde, das war eine interessante Feststellung in Ihrer Regierungserklärung.

Fast noch wichtiger finde ich übrigens die Ablehnung des sogenannten Stufentarifs, der mindestens ebenso ungerecht wäre, nur ungleich teurer. Hier würde das Leistungsprinzip, dass der, der mehr kann, auch mehr zahlen muss, ins Gegenteil verkehrt. Je mehr Punkte man sich vornimmt, desto klarer wird: Weder im Bund noch hier soll an einer sozialen Gesellschaft gearbeitet werden. Das ist **Umverteilung** von unten nach oben. Das ist Klientelpolitik par excellence. Schön, dass man nun wenigstens alle Steuerberatungskosten absetzen kann. Das wird den Werftarbeiter bei HDW mächtig freuen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt beim SSW)

Solide Konsolidierung wird von der Union immer wieder als Markenzeichen für sich reklamiert. Auch die FDP hat vollmundig versprochen, wie überall so auch in diesem Bereich alles besser zu machen. Sie erwähnen das ja auch in Ihrer Regierungserklärung. Aber wo bleiben Ihre konkreten Vorschläge? Wir finden nichts Konkretes, sondern nur viele Verweise auf 2020. Verschiebebahnhof allenthalben! Sie wollen die Kofinanzierung und die einzelbetriebliche Förderung prüfen. Die Landwirtschaft haben Sie in Ihrer Aufzählung nicht erwähnt.

Eine pauschale Zahl findet sich allerdings beim **Personalabbau**, aber selbst dort ist eine Kommission sozusagen zwischengeschaltet. Ich weiß nicht,

ob der Präsident des Rechnungshofs dort noch mitarbeiten will. Sie wollten ihn dabei haben. Interessanterweise nennen Sie in Ihrer Regierungserklärung keine Tabubereiche, obwohl diese zuvor genannt worden sind. Wenn Sie aber, wie von Ihren Kabinettskollegen eingefordert - die Aussagen von Minister Dr. Klug im Bildungsausschuss zum Bildungspakt waren mutig; wir haben sie gehört; sie sind sogar protokolliert -, die großen Bereiche ausnehmen, ist auch diesem Ziel die Grundlage entzogen und Ihre erfreuliche Zusage, es gebe keine betriebsbedingten Kündigungen, ist nichts wert - wie damals, als Sie versprochen hatten, das Weihnachtsgeld nicht anzurühren.

(Widerspruch bei der FDP)

Bedenken Sie, dass die Große Koalition über 3.000 von den verabredeten 4.800 Stellen im Bildungsbereich einsparen wollte und dennoch die demografischen Spielräume in einem Umfang von über der Hälfte dazu nutzen wollte, Qualität und Quantität in der Unterrichtsversorgung zu steigern. Alle 4.800 Stellen wären durch Altersabgänge einzusparen. Das gilt für die Gesamtzahl natürlich nicht mehr, wenn Sie bestimmte Bereiche ausnehmen. In den restlichen Bereichen gibt es nicht so viele Altersabgänge. Wollen Sie denn beim Personalabbau - anders als Sie heute gesagt haben - doch betriebsbedingte Kündigungen einsetzen sowie Gleichstellung und Mitbestimmung abbauen? Wir Sozialdemokraten haben Ihnen diese Forderungen in der letzten Legislaturperiode immer wieder abschlagen müssen. Sie sind immer wieder damit gekommen. Wenn Sie es wieder tun, werden wir es hier kritisieren. Das kann ich Ihnen versprechen.

Wenn ich es richtig verstanden habe, sollen diese Personaleinsparungen ohnehin erst in der nächsten Legislaturperiode erfolgen, also weit nach einem Zeitpunkt, wo das noch Ihr Problem ist, Herr Ministerpräsident. Ich frage mich auch, wo denn die großartigen Sparvorschläge der Ressorts sind, die immerhin schon einen Tag nach der Wahl hätten vorliegen sollen, jene Vorschläge, mit deren Fehlen bei den Sozialdemokraten Sie damals den Bruch der Großen Koalition in diesem Hause begründet haben, wobei allerdings jeder gemerkt hat, dass das nicht der Wahrheit entsprochen hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben Ihnen gesagt, wie das geht, nämlich mit einer entschlossenen Verwaltungsstrukturreform - davon wollen Sie nichts wissen -, die an Ihnen gescheitert ist, mit Kürzungen bei der Gießkannenförderung der millionenschweren einzelbetrieblichen

(Dr. Ralf Stegner)

Förderprogramme, mit glasklarem Vorrang für Bildung, Kinderbetreuung und Klimaschutz gegenüber allen anderen Feldern. Bei Ihnen ist in dieser Hinsicht festzustellen: Fehlanzeige! Das einzige Konkrete habe ich einer Rede von Ihnen entnommen. Sie sagten, dass Vereine und Verbände nur noch bei Projekten gefördert werden. Was heißt das? Es bedeutet Unsicherheit für die dort Beschäftigten, Unsicherheit für die **Vereine und Verbände** und eine zunehmende Abhängigkeit vom politischen Goodwill respektive von der konservativen Grundausrichtung. Das wird es heißen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Wenn man Sie danach fragt, sagt der Ministerpräsident: Wir können uns halt leider zum Beispiel die bescheidene Hilfe für Folteropfer nicht mehr leisten, die als Flüchtlinge hier leben. Ausgerechnet dieses Beispiel, Herr Carstensen, haben Sie kürzlich genannt. Dafür würde ich mich an Ihrer Stelle schämen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vielleicht verhilft Ihnen ja der heutige Buß- und Betttag zu neuen Einsichten. Es wäre jedenfalls zu hoffen.

Sie wollen auch in der Umwelt- und **Energiapolitik** eine Wende. Ihr angeblich sicherer Mix ist aber eben nicht sicher. Mit der Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke treiben Sie Schindluder mit der Zukunft unseres Landes, wenn ich allein an die ungeklärte Endlagerung jahrtausendlang strahlenden Mülls denke. Sie verhindern mit dem Blockieren von Förder-, Forschungs- und Leitungskapazitäten den notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir können uns das nicht leisten. Der Druck der kleinen Unternehmen in diesem Bereich wird zunehmen. Ich hoffe, er wird ausreichen, um Sie zu einem Umdenken zu bewegen. Wir müssen heraus aus den Monstertechnologien, hin zu mehr Energiesparen und Energieeffizienz und dem konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien.

(Beifall bei der SPD)

Die Energiewende ist eine der zentralen Herausforderungen. Man darf nicht vor den Lobbyinteressen kuschen. Es ist schön, dass Sie bei der CO₂-Depotierung dazugelernt haben. Ihre früheren Wirtschaftsminister waren, was diesen Bereich angeht, ganz anderer Auffassung und haben die Unternehmen erst ins Land gelockt. Ich fürchte aber, dass

Sie der finanziellen Lobbymacht der großen Energiekonzerne nichts Ausreichendes entgegenzusetzen können und wollen. Ein Zukunftskonzept für die Energieversorgung, die Versorgungssicherheit und Klimaschutz wird wohl von der Opposition kommen müssen. Von der Regierung ist das nicht zu erwarten.

Ihre Ausführungen zur **Umweltpolitik** sind blumig und nicht konkret. Sie reden von Minimierung des Flächenverbrauchs und von neuen Freiheiten im Landesentwicklungsplan. Wie das alles realisiert werden soll, bleibt eines der vielen Geheimnisse der Regierung.

Wir müssen jetzt diejenigen ernst nehmen, die sich von uns abwenden. Wir müssen eine Antwort für die haben, die bei dieser Wahl geglaubt haben, mit einer dem Egoismus frönenden Partei besser zu fahren. Wir müssen eine Politik entwickeln, die deutlich und glaubwürdig die Lebenssituation der Bevölkerung verbessert. Dazu sehe ich im Koalitionsvertrag dieser Regierung und in Ihrer Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, keinerlei Ansätze.

Sie stoßen die Frauen in diesem Land vor den Kopf, indem Sie sie in die zweite Reihe verdammten und erst nach nachhaltigem öffentlichen Protest eine Landwirtschaftsministerin aus dem Hut zaubern, die ich zwar seit meiner Zeit im Finanzministerium persönlich schätze, die aber nicht den fatalen Eindruck widerlegen konnte, dass Sie Frauen in der Verantwortung nicht wollen. Was Kabinett heißt, Herr Ministerpräsident, sagt Ihnen Frau Merkel. Ich zitiere sie: Kabinett sind der Regierungschef und die Ministerinnen und Minister. - In Ihrem Kabinett gibt es eine Frau. Das ist Politik ohne die Hälfte der Bevölkerung. Gleichstellungspolitisch ist Ihr Kabinett wieder auf dem Stand von Mitte der 50er-Jahre angekommen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

All das tun Sie übrigens in feiner Eintracht mit Ihrem neuen Traumpartner. Was der neue Justizminister von **Gleichstellung** und Integration hält, hat er auf peinliche Weise beim ersten Auftritt im Innen- und Rechtsausschuss ja schon wissen lassen. Lesen Sie das Protokoll. Sie werden glauben, das sei eine Erfindung. Ich will es hier nicht vorlesen. Lesen Sie es einmal nach!

(Werner Kalinka [CDU]: Vielleicht haben Sie das falsche Protokoll gelesen!)

(Dr. Ralf Stegner)

Es ist wirklich nicht zu glauben, dass das ein Minister dieser Regierung im Jahr 2009 formuliert. Ich empfehle Ihnen die Lektüre des Protokolls.

Mit diesem Kabinett werden aber auch jene verprellt, die ein Mindestmaß an Solidität von der Regierung erwarten. Sie halten einen **Finanzminister** im Amt, der in Sachen **HSH Nordbank** kläglich versagt hat, sodass Sie ihm konsequenterweise die Zuständigkeit entzogen haben. Herr Kubicki kann sich das Lachen ja kaum verbeißen und hat Sie in einer Weise bloßgestellt, die bei Ihnen noch Sehnsucht nach früheren Kabinettskollegen auslösen wird. Wo ist eigentlich Ihr Rest an Selbstachtung, Herr Finanzminister Wiegard, dass Sie es vorziehen, auf Ihrem Stuhl sitzen zu bleiben, anstatt unter solchen Umständen zurückzutreten? Wahrscheinlich braucht Sie der Regierungschef aber noch als Deichlinie für die Zeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Das ist die Wahrheit, warum Sie hier noch sitzen, Herr Finanzminister.

Sie ernennen jemanden zum Innenminister, dessen größte Leistung der letzten vier Jahre etwa 600 Seiten leeres Papier gewesen sind.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vom Entbürokratisierungsstaatssekretär zum Innenminister: Jetzt hat man endlich einmal etwas, womit man Schülerinnen und Schülern anschaulich das Peter-Prinzip erklären kann.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Sie fürchten ganz offenkundig auch dessen rechtskonservatives Verständnis von Innenpolitik, sodass Sie ihm die Zuständigkeit für den Ausländerbereich lieber entzogen haben. Das finde ich gut. Wir werden aber darauf achten, wie es mit der Innen-, Rechts- und Ausländerpolitik in der Praxis weitergeht. Von Schwarz-Gelb in Niedersachsen wissen wir, dass die FDP dort eine reaktionäre Ausländerpolitik mit betreibt. Es war der FDP-Innenminister Wolf in der schwarz-gelben Regierung in Nordrhein-Westfalen, der bundesweit das erste Gesetz zur Onlinedurchsuchung eingebracht hat, das Karlsruhe zum Glück kassiert hat. Eine liberale **Innen- und Rechtspolitik** finden Sie auch in der baden-württembergischen schwarz-gelben Koalition nicht. Wir werden gucken, was Sie hier tun.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich sage nur: Schily, Schily, Schily!)

Sie ernennen einen Sozialminister - ich habe mir das noch einmal angeguckt, weil ich das richtig stark fand -, der noch vor Kurzem wie ein Derwisch

aufgesprungen ist - das konnte man in der „Tageschau“ sehen - und Frau Trauernicht zugerufen hat, man möge doch bitte endlich ihm die Zuständigkeit für Krümmel geben, weil er dann zeigen könne, wie man das besser macht. Dann hören wir, dass er sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt hat, dass er die Zuständigkeit bekommt, und das ins Justizministerium verlagert worden ist. Das ist schon ein Bubenstück.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden den neuen Ressortchefs natürlich die übliche 100-Tage-Frist einräumen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben wir gerade gehört!)

Herr Ministerpräsident, aber Ihr Kabinett erweckt nun wirklich nicht den Eindruck, dass wir in Schleswig-Holstein von den Besten regiert werden, wirklich nicht.

(Beifall des Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE])

Herr Dr. Klug, wenn jetzt Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler und Eltern verprellt werden, die der Zusage von Herrn Carstensen geglaubt haben, an der Schulstruktur werde nicht herumgedoktert, und nun klammheimlich eine Wende eingeleitet werden soll, dann wird Sie das noch einholen.

Sie enttäuschen jene, die die Steuersenkungsversprechen der FDP geglaubt haben. Was man dazu sagen kann, haben die „Lübecker Nachrichten“ in einem wundervollen Kommentar vor wenigen Tagen geschrieben. Da nützen auch die lautstarken Einlassungen der beiden Parteichefs Carstensen und Koppelin gar nichts. Für so vergesslich sollten Sie die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes nicht halten. Es ist immer ein Fehler zu glauben, die Menschen könnten sich nicht an das erinnern, was Sie noch vor wenigen Tagen gesagt haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das gucken wir uns demnächst mal an!)

Bei Ihnen ist es so: Sie versprechen allen und jedem, der sich laut wehrt, die Lösung seiner Probleme. So eine Taktik mag für eine kleine Oppositionspartei gefahrlos sein, für eine Regierung ist das fahrlässig. Ihr Verständnis von Hilfe zur Selbsthilfe lautet: Derjenige, der am lautesten schreit und am meisten Geld in eine Kampagne stecken kann, der bekommt recht. So scheint das bei Ihnen zu sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zuge-

(Dr. Ralf Stegner)

hört hat - wir haben das mit großer Aufmerksamkeit getan -, der stellt fest: Es ist weitgehend im Dunkeln, wohin die Reise gehen soll, doch die Zeichen, die zu sehen sind, verraten einen eindeutigen Kurs: Sie starten als eine schlecht verbrämte Rechtskoalition, und es spricht alles dafür, dass Sie eine Politik für die Besserverdienenden und Vermögenden in diesem Land machen werden.

Ich will an dieser Stelle deutlich sagen: Immer, wenn Sie etwas Vernünftiges für dieses Land und seine Menschen vorschlagen werden, wollen und werden wir das unterstützen. Eine Fundamentalopposition ist unsere Sache nicht. Aber meine Hoffnung, dass wir dazu oft Gelegenheit haben, ist trotz einiger positiver Passagen in Ihrer Regierungserklärung leider sehr begrenzt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Glücklicherweise brauchen wir Sie auch nicht!)

Ich habe in einer Zeitung einmal den Satz gelesen: Ich denke nicht an die Zukunft, sie kommt früh genug. - Herr Ministerpräsident, das wäre eine ehrliche Überschrift für Ihren Koalitionsvertrag und Ihre Regierungserklärung gewesen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Schöne Worte und die Verwendung schöner, aber falscher Überschriften verdecken vor allem die zwei zentralen Ziele Ihrer Regierung: den Rollback in vielen Politikbereichen und den Vorrang für den Eigennutz. Bei Ihnen weiß man ja nie, wie lange Legislaturperioden dauern. Ich fürchte, Schleswig-Holstein steht vor fünf verlorenen Jahren. Leisten können wir uns das nicht.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst begrüßen wir in unserem Kreis Schülerinnen und Schüler der Ernst-Barlach-Regionalschule in Wedel und Schülerinnen und Schüler der Friedrich-Hebbel-Schule in Wesselburen.

(Beifall)

Außerdem begrüßen wir das Finanzministerium mit Jahrgangsbesten der Steuerverwaltung. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat nun der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Dr. Christian von Boetticher.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 21 Jahre haben wir als CDU-Fraktion auf diese Koalition gewartet. Ich kann auch sagen: 21 Jahre habe ich, der ich 1988 in die CDU eingetreten bin, auf diese Koalition gewartet. - Herr Ministerpräsident, ich darf für die CDU-Fraktion sagen: Sie haben uns aus der Seele gesprochen, herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei CDU und FDP)

Vorbei die Zeit des Schönredens von Bilanzen, vorbei die Zeit des Bremsens und vor allem vorbei die Zeit egoistischer Eigendarstellung in der Politik. Wir haben stattdessen Schlüsselworte gehört, die für uns, für mich und gerade für eine jüngere Generation, die auch in diesem Parlament vertreten ist, ungeheuer wichtig sind. Das sind das Wort „Nachhaltigkeit“, und zwar gemeint in einer Balance zwischen Ökologie, Ökonomie und Soziologie, das Wort „Generationengerechtigkeit“, auch ganz konkret belegt - ich komme gleich dazu -, aber auch die Worte, dass Marktwirtschaft nicht nur eine soziale, sondern auch eine ökologische Komponente hat. All das sind Dinge, die wichtig sind für die Politik der nächsten Jahre, für eine moderne Politik. Darum ist das eine gute Regierungserklärung gewesen, die deutlich macht, dass es Aufbruch nur mit Mut und Tatkraft geben kann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Mühlstein, der um den Hals dieses Landes liegt, ist gigantisch. Wir haben 30 Jahre - ich spreche bewusst von 30 Jahren, weil wir alle ein Stück Anteil daran haben - hemmungslos über unsere Verhältnisse gelebt. Gerade weil dieser Staat ein Staat sein muss, der auch und vor allen Dingen für Schwache da ist, ist Verschuldungspolitik das Unsozialste, was wir tun können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich habe heute viele Worte darüber gehört, was man alles politisch gestalten möchte, viele richtige Ideen, auch vom Oppositionsführer. Nur das ist alles Makulatur vor dem Hintergrund dessen, was uns eine Generation Politik in diesem Haus als Parlament hinterlassen hat: 24 Milliarden €, die mittlerweile so schwer wiegen, dass wir in einen Strudel geraten, den wir allein durch Zins und Zinseszins, durch steigende Personalkosten überhaupt nicht mehr werden bewältigen können.

Interessanterweise wird der berühmte Wirtschaftstheoretiker Keynes immer nur in schlechten Zeiten zitiert, mit der Begründung, warum man gerade

(Dr. Christian von Boetticher)

jetzt neue Schulden machen muss. Ich habe noch nie jemanden gehört, der Keynes in guten Zeiten zitiert hat, wenn es darum geht, Geld, das da ist, für schlechte Zeiten zurückzulegen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Darum war es richtig, dass wir mit einer neuen **Finanzpolitik** in der letzten Wahlperiode gestartet sind. Ich sage das bei all den Hämerufen, die ich eben gehört habe: Die Tatsache, dass wir zum ersten Mal seit 1992 wieder verfassungsmäßige Haushaltsabschlüsse gehabt haben, ist keinem Geringeren als dem Finanzminister Rainer Wiegard zu verdanken. Lieber Finanzminister Wiegard, Ihre CDU steht auch in den nächsten Jahren fest und geschlossen hinter Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Gerade die Tatsache, dass wir heute in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise immer noch ein Drittel weniger **Neuverschuldung** haben als im Jahr 2005 zeigt, dass die „Unverantwortung“ immer noch in unseren Reihen unterwegs ist. Genauso wie Umweltsünder in der 80er-Jahren nur durch eine neue, harte Umweltgesetzgebung gestoppt werden konnten, können die Haushaltssünder von heute langfristig nur durch eine feste Schuldenbremse im Grundgesetz oder - was uns lieber ist - in unserer Landesverfassung gestoppt werden.

(Beifall bei CDU, FDP und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darum ist die Schuldenbremse nötig, und darum haben wir deutlich gemacht, dass wir uns gegen die Vorgaben aus dem Grundgesetz nicht deswegen wehren, weil wir sie für falsch halten, sondern weil wir das Grundgesetz für den falschen Ort dafür halten. Wir wollen sie in unserer Landesverfassung, und wir reichen jedem, der eine vernünftige, seriöse Haushaltspolitik in den nächsten Jahren vornehmen will, dazu die Hand. Wir brauchen die **Schuldenbremse**, wir brauchen eine Schuldenbremse, die nicht hinter den Vorgaben des Grundgesetzes zurückbleibt.

Wir kommen aus dieser Krise überhaupt nur durch drei Dinge heraus. Das Erste ist Sparen; ich sage gleich etwas dazu. Das Zweite ist aber auch wirtschaftlich Wachsen. Und das Dritte ist das Investieren in Köpfe, weil am Ende die nächste Generation, die Menschen in unserem Land, die Ideen, die wir haben, die einzigen Rohstoffe sind, auf die wir setzen und bauen können. Darum müssen wir in diesem Bereich etwas tun.

Ich nenne nur drei Zahlen, um Ihnen zu zeigen, wie schwierig die Situation ist. Nehmen wir einmal an, dass wir in den nächsten zehn Jahren ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 2,5 % haben, was nicht wenig ist. Das sind die fortgeschriebenen Zahlen der letzten 20 Jahre. Nehmen wir einmal an, wir hätten eine moderate Lohnpolitik mit 2 % Tarifsteigerungen in den nächsten Jahren. Und nehmen wir dann an, diese Regierung würde es schaffen, wozu wir uns verpflichtet haben und fest entschlossen sind, wirklich 10 % des Personals einzusparen. Bei diesen drei Parametern verdoppeln sich die Schulden annähernd in den nächsten zehn Jahren. Wir haben dann 43 Millionen € Schulden, und der Mühlstein um unseren Hals wird uns erdrücken. Dann ist all das Schöne, dann sind all die schönen Versprechungen, die wir gehört haben, auch heute wieder, reine Makulatur.

Damit das nicht der Fall ist, müssen wir heute in der Tat Weichen stellen. Das sind nicht schöne Weichen. Das ist nicht das politologische Schöngerede aus irgendeinem Lehrhandbuch, sondern es ist ganz konkrete Politik, die Antworten darauf geben muss, wie wir mit dieser Verschuldungskrise umgehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Darum sage ich Ihnen: Ich habe das vier Jahre lang im Kabinett erlebt. Ich bin vielleicht in einer zu idealisierten Form darangegangen. Ich habe gedacht, es gäbe eine Gesamtverantwortung für einen Haushalt. Jeder guckt wirklich mit harter Hand bei sich, mit seinen Möglichkeiten nach, was er zu dieser wichtigen Aufgabe beitragen kann. Das, was ich erlebt habe, war vier Jahre lang das große Weggucken nach dem Motto: Es gibt ja einen **Finanzminister**, der soll es schon irgendwie richten. Alle Ressorts sollen bitte hart sparen, aber nur nicht das eigene. Das eigene ist immer das wichtigste, das eigene ist immer das, bei dem bloß nichts getan werden darf. Kollektive Unverantwortung über viele Jahrzehnte hinweg, die dazu geführt hat, dass wir heute dort stehen!

Und das hat System. Der Finanzminister hat bestimmte Steuerungsmechanismen, die man erwarten darf, beispielsweise bei den Personalkennzahlen, gar nicht mehr gehabt, weil sie schon in den 90er-Jahren dezentralisiert worden sind, weil man schon seit den 90er-Jahren eine ganz konkrete Politik dahin gehend gemacht hat, dass man am Ende wegschaut von diesen finanziellen Entwicklungen.

Damit, meine Damen und Herren, muss Schluss sein, und damit, meine Damen und Herren, wird

(Dr. Christian von Boetticher)

auch Schluss sein. Schluss mit Tricksen, Tarnen und Täuschen!

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich nenne Ihnen ein Beispiel, das ich in meiner kurzen Verantwortung trotzdem kennengelernt habe, ein Beispiel, das wichtig ist und zeigt, wie schwierig manchmal diese Verantwortung ist. Ich habe einen Freund, der ist schwerstbehindert. Den habe ich neulich gefragt: Was meinst du, was in diesem Land für die Eingliederung benachteiligter Menschen ausgegeben wird? Er hat geschätzt, was viele so sagen, 40 Millionen, 50 Millionen €. In Wahrheit sind es 500 Millionen €. Da hat er mich angeguckt und hat gesagt: Das kann doch gar nicht sein. Wo geht denn dieses Geld hin?

Diese Frage, was genau mit dem Geld geschieht, hat der Rechnungshof seit 2002 gestellt. Er hat die Frage gestellt, eine ganz simple Frage eigentlich: Wie werden diese Gelder auf die 600 Einrichtungen verteilt? Das Interessante ist, meine Damen und Herren: Das weiß am Ende niemand so genau. Wie viel Geld am Ende bei behinderten Menschen zur Eingliederung wirklich ankommt, wie viel für Maßnahmen ausgegeben wird, kann Ihnen keiner genau sagen, weil man es nicht wissen wollte, weil man kollektiv weggeguckt hat, weil von den 600 Einrichtungen, über die es verteilt wird, innerhalb von zwei Jahren konkret fünf geprüft worden sind. Lesen Sie die Rechnungshofberichte zu diesem Thema durch. Es steht alles schwarz auf weiß drin.

Darum, und nicht weil wir etwas gegen Integration machen, gegen Eingliederung, im Gegenteil, mir wäre es lieb, wenn am Ende mehr Geld unten ankommt, muss doch die Frage bei einem solchen Haushaltsposten erlaubt sein, wie viel Geld das System an sich kostet und wie viel Geld am Ende bei Menschen, die es nötig haben, wirklich ankommt. Meine Damen und Herren, diese Fragen werden wir stellen!

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich wollte gerade den Minister Garg ansprechen. Er ist jetzt draußen, aber er weiß, dass er bei diesen schwierigen Fragen die volle Unterstützung und den Rückhalt der CDU-Landtagsfraktion hat. Es ist eine große Aufgabe, aber er packt sie sehr mutig und tatentschlossen an. Dafür herzlichen Dank!

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir haben aber gesagt, wir wollen als Fraktion in einer **Haushaltsstrukturkommission** mitgucken, in einer gemeinsamen Verantwortung, die dichter hergestellt werden muss, als das in den ver-

gangenen Jahrzehnten der Fall war. Darum eine gemeinsame Haushaltsstrukturkommission mit den finanzpolitischen Sprechern, den Fraktionsvorsitzenden, mit der Regierung, mit dem Finanzminister, weil wir genau diese Strukturweichenstellung brauchen und weil es dazu eines engen Miteinanders zwischen Regierung und den regierungstragenden Fraktionen bedarf.

Und wir haben deutlich gemacht, dass wir dann, wenn uns etwas in diesen den Koalitionsvertrag quasi überstehenden Sparbemühungen von außen stört, wenn wir das Gefühl haben, dass Dinge da sind, die uns in diesem Kurs behindern, auch offen das Wort führen. Das ist das **Wachstumsbeschleunigungsgesetz**. Es ist aber ein Unterschied, ob ich die Inhalte kritisiere, also ob ich mich jetzt dagegen wende, dass das Kindergeld erhöht wird, dass das Erbrecht geändert wird, dass die Gastronomie etwas mehr in der eigenen Tasche hat. Das ist nicht die Debatte, die wir führen, sondern wir sagen: Wenn jemand einen Wachstumspakt macht, wenn die Bundesregierung sagt, wir wollen etwas in diesem Bereich tun, dann gilt das alte Konzept: Wer die Musik bestellt, der muss sie auch bezahlen!

(Beifall bei CDU und FDP)

Da sind wir anders. Vielleicht ist das etwas Neues, dass man auch bereit ist, sich im Interesse des Landes mit der eigenen Bundesregierung einmal anzulegen, dass man deutlich macht, wo man Grenzen sieht, dass man deutlich für die Interessen dieses Landes kämpft. Am Ende ist es so, dass man uns in der Tat am Erfolg wird messen müssen. Wir wollen uns auch daran messen lassen, weil wir eben für dieses Land eine besondere Verantwortung tragen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir haben das Thema Wachstum. Ich habe deutlich gemacht anhand der Rahmendaten, dass wir ohne Wachstum, ohne eine Abkopplung von dem normalen durchschnittlichen **Wachstum** heute schon kaum noch Chancen haben, diesen **Haushalt** wieder in den Griff zu bekommen. Das sieht man daran, dass wir eine ähnliche Entwicklung nehmen, wie das in den 70er-Jahren und 80er-Jahren Bayern und Baden-Württemberg getan haben, die sich von dem ursprünglichen Trend abgekoppelt haben, Bayern ursprünglich Nehmerland aus dem Länderfinanzausgleich und heute einer der großen Einzahler. Wir brauchen einen ähnlichen wirtschaftlichen Aufbruch. Der lässt sich nur organisieren, indem man einen engen Schulterschluss mit dem Mittelstand hat, indem man das ansiedlungsfreundlichste Land dieser Republik wird. Ich freue mich, Herr

(Dr. Christian von Boetticher)

Ministerpräsident, dass in dieser Regierungserklärung dazu einige ganz wichtige Punkte genannt worden sind.

Ich nenne einmal die **Landesplanung**. Jeder von uns, der Kommunalpolitik macht, und viele haben einen kommunalpolitischen Hintergrund, wird immer wieder erlebt haben, dass es durchaus ansiedlungswillige Unternehmen gegeben hat, dass es Kommunen gegeben hat, die gesagt haben, jawohl, das wäre etwas Wichtiges für uns, auch für das eigene Wachstum, dass es dann aber die Planung war, die gesagt hat: Das passt jetzt aber hier gerade nicht hin. Es passt nicht in unsere idealisierte Vorstellung von Achsenkonzepten. Es passt nicht in das, was wir ursprünglich mal in den großen Plänen, im Landesentwicklungs- oder im Regionalplan, vorgesehen haben. Das kann so nicht weitergehen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir brauchen hier Flexibilität, wir brauchen hier ein anderes Denken. Ich habe es ja selber gemerkt: Es ändert am Ende nicht viel, wenn man Gesetze und Verordnungen ändert, sondern es muss sich etwas in den Köpfen derjenigen tun, die das beschließen, die dort sitzen und darüber walten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Auch dafür werden wir sorgen. Landesplanung darf nicht länger Landesverhinderungsplanung sein. Wir brauchen dafür die Kommunen als Partner. Das geht nur in einem engen Schulterschluss.

Darum bringt das, was wir in der letzten Wahlperiode leider ein Stück weit erlebt haben, was auch aus der Regierung heraus gepflegt worden ist, nämlich ein kräftiges Gegeneinander: Wir müssen sparen, aber sparen soll bitte der andere, bei dem kann man es sich vielleicht holen. Wir müssen vielmehr zu einer Partnerschaft kommen. Denn Aufschwung für dieses Land gibt es nur durch Partnerschaft mit unseren **Kommunen**, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich nenne einmal anhand der Planung für **Windenergie** ein Beispiel dafür, dass wir zu mehr Eigenverantwortung kommen müssen. Wir sind uns alle einig, dass wir hier wachsen wollen, und zwar über die 1 %-Grenze hinaus. Wir haben Gebiete in diesem Land, die Westküste, da ist es einfach, weil es einen großen Zusammenhalt gibt; dort wartet man auf die Zeichen. Es gibt aber auch andere Gebiete, in denen das durchaus schwieriger ist. Ich nehme einmal die Bereiche an der Ostküste, wo ich

durchaus die Schwierigkeit der Situation kenne. Deshalb müssen wir natürlich auch diese regionalen Belange mehr in unsere Erwägungen mit einbeziehen.

(Beifall der Abgeordneten Werner Kalinka [CDU] und Herlich Marie Todsen-Reese [CDU])

Deshalb stehen wir zu der **kommunalisierten Regionalplanung**. Sie ist dafür ein ganz wichtiger Schritt.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Am Ende, lieber Kollege Matthiessen, darf auch eines nicht passieren. Ich sage Ihnen einmal ein konkretes Beispiel. Da, wo wir es in Ostholstein geschafft haben, Kommunen von der Sinnhaftigkeit des Windenergieausbaus zu überzeugen, da, wo vor Ort die Kommunen zustimmen, wo wir einen ansiedlungswilligen Betrieb haben, der auch Windkraftanlagen bauen möchte, geht dann am Ende der Denkmalschutz durchs Land und sagt, dort, wo in Sichtweite irgendein historisches Gut steht, darf keine Windkraftanlage gebaut werden. Das geht auch nicht. Auch dort müssen wir für Aufbruch sorgen.

(Beifall bei CDU, FDP und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lieber Herr Minister Schlie, Sie stehen für diesen Aufbruch, Sie stehen für einen guten Kontakt zu unseren Kommunen und kommunalen Landesverbänden. Sie stehen für den Schulterschluss mit den Kommunen und den Gemeinden, für diesen Aufbruch. Deshalb haben Sie die große Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Und es geht nur mit **Verkehrsinfrastruktur**. Seit 2.000 Jahren siedeln sich Menschen, Händler, heute moderne Betriebe dort an, wo man Verkehrswege hat. Ganz früher waren das die Wasserstraßen, heute ist das eine moderne Verkehrsinfrastruktur. Darum ist es wichtig, Straßen zu bauen, auszubauen. A 20, A 7, B 5 und Fehmarnbelt-Querung als großes Jahrhundertprojekt stehen für diesen Aufbruch, den wir die letzten zwei Jahrzehnte nicht gehabt haben. Niemand kann mir aus dieser Zeit große Infrastrukturprojekte nennen, die umgesetzt worden sind. Deshalb brauchen wir dort einen Aufbruch. Wir wollen ein führender Logistikstandort in

(Dr. Christian von Boetticher)

Deutschland werden, und das geht nur, wenn in diesem Bereich auch investiert wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich sage auch ganz selbstbewusst: Wir brauchen keine Denkverbote. Ich weiß ja, wie das in Berlin manchmal läuft. Da hat ein neuer Minister irgendeine Idee, er erzählt sie gegenüber irgendeiner Zeitung, und schon ist die Idee der Maut geboren. Was passiert dann? - Dann kommen aus allen Ecken und aus allen Löchern die Ober- und Hauptbedenkenträger dieser Nation und erzählen, warum das alles nicht geht. Ich habe etwas gegen Denkverbote. Wenn wir so anfangen, wenn wir so argumentieren, dann landen wir am Ende nirgendwo. Es ist doch vernünftig, wenn man sieht, dass andere Länder um uns herum das machen - dass wir als Urlauber, die wir die Länder durchfahren, mit unseren Geldern an deren Straßenbauprojekten beteiligt werden -, dass auch wir darüber nachdenken, dass das eine Möglichkeit sein könnte, und dann über das Wie länger diskutieren und nicht einfach das Ob gleich zerreden. Darum auch hier: Denkverbote müssen der Vergangenheit angehören.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Ich sage noch eine herzliche Bitte an eine wichtige Oppositionsfraktion: Ich weiß, dass es bei diesem Thema immer die Auseinandersetzung um den **Individualverkehr** gibt, gerade wegen der Umweltbelastungen, die damit einhergehen. Ich weiß auch, dass Öl in Automotoren zu verbrennen so ungefähr das Dämlichste ist, was man mit Öl machen kann. Aber dann lassen Sie uns doch darüber reden, wie man in Zukunft Individualverkehr umweltfreundlich gestalten kann. Ich finde es falsch, immer nur das Gegenteil darzustellen. Gut ist sozusagen nur der eine Verkehr, schlecht ist der Individualverkehr. Es wird am Ende keine Systematik geben, die nicht auch Individualverkehr beinhaltet.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin sofort dabei, wenn es um moderne Antriebs-technologien geht; ich bin sofort dabei, wenn es um moderne, vernünftige Verkehrsinfrastrukturprojekte geht. Aber wir müssen akzeptieren, dass auch in Zukunft Straßen gebaut werden für dann hoffentlich bald moderne und umweltfreundliche Kfz, die diese dann befahren sollen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich nenne das Tourismuskonzept dieses Landes, das wir in der Tat mit Weichenstellungen schon im letzten Jahr, in der letzten Wahlperiode begonnen

haben. Ich spreche da ganz bewusst von einem naturverträglichen Tourismus. Dieses Land lebt davon, dass es eine reichhaltige Kultur- und Naturlandschaft hat. Dieses Land lebt auch vom **Tourismus** und von der Zusammenführung dieser beiden Komponenten, von dem Miteinander von Ökonomie und Ökologie. Mit dem Weltnaturerbe Wattenmeer haben wir dort ein Kleinod, das wir jetzt auch stärker touristisch nutzen werden. Aber noch einmal: Es geht um eine umweltverträgliche Nutzung dieses Kleinods.

Für dieses Miteinander, für das Bewahren der Natur und eine enge Verkopplung auch mit einem touristisch attraktiven Standort, dafür steht in Zukunft unsere Frau Ministerin, Frau Rumpf. Wir freuen uns, dass Sie Ökologie und Ökonomie gerade in diesen sensiblen Bereichen, eine erfolgreiche **Landwirtschaft** mit einer erfolgreichen **Umweltpolitik**, verbinden wollen. Wir haben gelernt, dass es nur miteinander geht, nicht gegeneinander. Wir unterstützen Sie bei dieser Aufgabe von ganzem Herzen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Ich möchte auch etwas zu dem wichtigen dritten Thema, der **Bildungspolitik**, sagen. Ich habe bereits gesagt, dass ich 1988 in die CDU eingetreten bin. Und ich bin 1989 noch als Schüler auf meiner ersten Demonstration hier vor dem Landeshaus gewesen. Es ist nicht so, dass sozusagen die Linken ein Vorrecht zur Demonstration haben, auch wir haben damals demonstriert. Das war nur die erste von vielen Demonstrationen.

(Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen auch, dass ich mit der Meinung, mit der ich damals angefangen habe, aus heutiger Sicht nicht immer richtig lag. Ich habe auch gelernt - allein in meiner Zeit im Europäischen Parlament, in der man viel rumkommt -, dass Gesamtschulsysteme, also Schulsysteme, in denen ein gemeinsames Lernen vorgesehen ist, durchaus erfolgreich sein können. Schweden, Finnland, viele skandinavische Länder, die immer von Ihnen zitiert werden, stehen dafür. Ich kenne aber auch die Unterschiede. Ich kenne die Unterschiede, die ein Land wie Schweden oder Finnland in der gesellschaftlichen Zusammensetzung im Vergleich zu Deutschland hat. Ich kenne vor allen Dingen auch den Unterschied in der Finanzierung. Der besteht darin, dass die Schweden fast doppelt so viel Geld für Bildung ausgeben wie wir hier in Deutschland. Darum haben Sie recht:

(Dr. Christian von Boetticher)

Ein solches System geht, aber es geht nur, wenn Sie auch erklären, wie Sie das finanzieren.

(Beifall der Abgeordneten Ranka Prante
[DIE LINKE] - Zurufe von SPD und SSW)

Es geht nur, wenn Sie bereit sind, uns zu erklären, wie man doppelt so viel Geld wie heute für den Bildungsbereich aufwenden kann.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner
[SPD])

Wissen Sie, wo Ihr Problem lag? - Sie haben immer die Theorie verkündet - ganz groß von diesem Pult aus -, haben gesagt, wie toll das alles wird, und am Ende haben Sie überhaupt keine Chance gehabt, auch nur ansatzweise für die Finanzierung zu sorgen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Henning Höppner
[SPD])

Wissen Sie, womit Sie dann getrickst haben? - Sie haben einfach das Niveau ein Stück gesenkt. Das merkte man als Schüler eines Gymnasiums relativ schnell. Da gab es nämlich die Mitschüler, die von der Nichtversetzung bedroht waren, die dann plötzlich auf die neu entstandene, benachbarte Gesamtschule gingen und schon ein halbes Jahr später statt der Fünf eine Zwei hatten. Man hatte nicht das Gefühl, dass das an den tollen, neuen Lehrmethoden lag oder an der hervorragenden Integration der Schüler, sondern Sie haben sich das relativ schnell mit der Absenkung des Niveaus erkaufte.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das war immer Ihr Problem. In der Theorie gut, in der Praxis eine Sechs. Und das ist auch heute noch ein Stück weit das Problem. Deshalb brauchen wir in der Tat einen Aufbruch in der Bildungslandschaft. Dieser besteht eben nicht in einem ständigen Gegeneinander von Systemen, sondern dieser besteht vor allen Dingen in der **Entbürokratisierung** des Schulalltags und in der Sicherung von Qualität und weniger über Systeme. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Die Durchbürokratisierung des Schulalltags, das ist das Schlimmste, was Sie in Ihrer Zeit gemacht haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das ist der Grund dafür, dass es alte „68er-Lehrer“ aus meiner Schulzeit gibt, die immer zur SPD gestanden haben, die Willy Brandt unterstützt haben, die heute sogar noch bei Bundestagswahlen SPD wählen, aber die nie wieder in ihrem Leben bei einer Landtagswahl in Schleswig-Holstein SPD wählen werden.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Brand-Hückstädt [FDP])

Davon gibt es eine ganze Menge in diesem Land. Das liegt genau daran, das liegt genau an Ihrer Durchbürokratisierung des Schulalltags, der weder den Lehrerinnen und Lehrern, noch den Schülerinnen und Schülern oder am Ende den Eltern über Mitspracherechte wirklich Möglichkeiten eingeräumt hat.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir müssen auf den demografischen Wandel eingehen. Wir werden 2025 20% weniger 10- bis 15-Jährige haben als heute. Das hat gravierende Auswirkungen auf unser Bildungssystem. Es bedeutet, dass wir gerade in den strukturschwächeren Räumen starke Verluste bei den Schülerzahlen haben werden. Das bedeutet aber nicht einheitlich starke Verluste bei den Schülerzahlen. Das ist auch ein Versäumnis in der Vergangenheit gewesen, dass man immer so getan hat, als gäbe es eine einheitliche Entwicklung in diesem Land.

Das Hamburger Umland ist am Wachsen. Wir haben Schulstandorte, an denen Ihnen die **Schulentwicklungsplanung** ganz genau zeigt, dass es noch über die nächsten Jahrzehnte hinaus hohe Schülerbestandszahlen geben wird. Das bedeutet, dass wir auch hier mehr Freiheiten und mehr Individualität im Schulbetrieb brauchen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das geht nur, wenn wir bestimmte Eckdaten im nächsten Jahr - einiges noch durch das Vorschaltgesetz in diesem Jahr - korrigieren, mehr Freiheit durch Abschaffung von EVIT, mehr Freiheiten an den Grundschulen, zu entscheiden, ob jahrgangsübergreifend in 1 oder 2 unterrichtet wird, mehr Freiheiten bei der Entscheidung. Wir haben beschlossen, dass eine Realschulumwandlung in diesem Jahr nicht Pflicht wird, sondern haben die Frist bis auf das nächste Jahr verlängert. Aber wir haben auch deutlich gemacht, dass Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen mehr selbst darüber entscheiden können, ob differenziert unterrichtet wird oder nicht. Das wird ausdrücklich von allen Schulzweigen begrüßt, von allen Lehrerverbänden, von den Elternvertretungen. Alle haben gesagt, der Schritt in Richtung mehr Freiheit ist richtig. Den müssen wir gehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dafür steht in unserer Regierung Minister Klug, der eine große Aufgabe übernommen hat. Das ist ein großes Vertrauen, das die Bevölkerung in Sie setzt,

(Dr. Christian von Boetticher)

denn gerade nach so vielen Jahren, 21 Jahren, sozialdemokratisch geführtem Bildungsministerium haben die Leute - das war sicherlich mit wahlentscheidend - die Nase voll gehabt. Wir unterstützen Sie in Ihrem kräftigen Aufbruchkurs.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich komme zum letzten Thema, das der Herr Ministerpräsident in seiner Rede ebenfalls in den Mittelpunkt gestellt hat, nämlich zum Thema **Integration**. Gerade weil wir einen demografischen Wandel haben, wird es in unserer Gesellschaft maßgeblich darauf ankommen, ob es uns gelingt, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen, die bei uns leben wollen, in diese Gesellschaft zu integrieren. Das ist eine ganz große Herausforderung. Das stellt nicht nur Bildungssysteme vor eine Herausforderung, sondern die Gesellschaft als Ganzes. Darum sind hier wichtige Schritte notwendig. Darum ist hier modernes Denken, eine moderne Integrationspolitik notwendig. Herr Minister Schmalfuß, an das Justizministerium werden, weil es ein kleines Ministerium ist, weitere Zuständigkeiten angedockt. Ich fand es richtig und gut. Beides, nämlich auch die Aufsicht über die Kernenergie, ist - das haben wir, meine Vorgängerin und ich, immer gesagt - am Ende Rechtsaufsicht und nicht in erster Linie ein politisches „Wünsch dir was“. Darum sind beide Ansiedlungen in Ihrem Ministerium klug. Wir haben großes Vertrauen in Ihre Amtsführung. Unsere volle Unterstützung haben Sie dabei.

(Beifall bei CDU und FDP)

Jetzt habe ich über vieles gesprochen, Herr Stegner. Ich habe vielleicht meine eigenen Leute ein bisschen enttäuscht, weil sie gehofft haben, dass ich mich besonders viel mit Ihrer „großen“ politologischen Rede, die Sie heute gehalten haben, auseinandersetze. Aber ich habe das aus einem Grund nicht getan: Ich wollte heute über Zukunft reden, Herr Stegner. Niemand steht - das haben Sie durch Ihre heutige Rede deutlich gemacht - so sehr für Vergangenheit und Rückwärtsgewandtes wie Sie.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich habe Helmut Kohl immer sehr geschätzt. Die Idee, dass er 1998 als Fraktionssvorsitzender auf der Oppositionsbank Platz nimmt, hätte ich trotzdem nicht gut gefunden. Sie müssen dieses Amt tragen. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg dabei. Es wird, wenn es Ihre Fraktion wünscht, noch lange dauern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich eine geschäftsführende Bemerkung machen. Für die Regierungserklärung und die Debatte sind insgesamt 270 Minuten vorgesehen. Das bedeutet, dass die Debatte um Viertel vor drei beendet wäre und die Mittagspause sich auf eine Viertelstunde reduzieren würde. Ob dies im Interesse der Fraktionen ist oder ob eine Unterbrechung nach dem nächsten Debattenbeitrag gewünscht ist, das bitte ich die Fraktionen untereinander zu klären. Das ist so Usus im Haus gewesen. Ich bitte um eine entsprechende Rückmeldung.

Zunächst einmal erteile ich das Wort dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Herrn Abgeordneten Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach meiner persönlichen Auffassung ist das Durchtagen ohne Mittagspause ein Verstoß gegen die Schlussakte von Helsinki und deshalb nicht zu akzeptieren. Aber ich möchte meinen Redebeitrag nicht mit einer solchen Bemerkung beginnen.

Ich weiß, dass eine gewisse Erwartungshaltung im Hause vorherrscht bezogen auf den Oppositionsführer, und möchte Sie enttäuschen. Heute Morgen bin ich von der Kollegin Heinold mit „Schönen guten Morgen, Herr Oppositionsführer“ begrüßt worden. Das war wahrscheinlich aus langer Gewohnheit so. Ich bin es nicht mehr, sondern es ist Herr Dr. Stegner. Nach dem Redebeitrag von Dr. Stegner kann ich sagen: Er ist es nicht. Meine ganze Hoffnung liegt auf Herrn Habeck.

(Beifall bei der FDP)

Ich hätte von Herrn Dr. Stegner eigentlich eine intelligente und nachdenkenswürdige Rede erwartet. Er hat sie nicht geliefert. Er hat eine Wahlverliererverteidigungsrede in die eigene Partei hinein gehalten. Das wird weder dem Anspruch des Hohen Hauses noch den Aufgaben der Zukunft gerecht.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Meine Rede kommt auch noch, Herr Kollege! - Heiterkeit)

- Wir gucken uns den Wettbewerb in Ruhe an. - Die Rede des Herrn Kollegen Stegner, die gespickt war mit Demagogie, Polemik und Unwahrheiten, hat es nicht verdient, dass man weiter auf sie eingeht.

(Wolfgang Kubicki)

Am 16. Juli erschien in der nicht gerade als erzkonservativ geltenden Tageszeitung „Die Zeit“ ein bemerkenswerter Artikel. Dieser beschrieb den Zustand der schwarz-roten Landesregierung zu diesem Zeitpunkt ganz hervorragend:

„Keine andere Koalition in Deutschland wurde so sehr von Verachtung und Misstrauen beherrscht wie diese.“

Herr Dr. Stegner hat noch einmal ein beredtes Beispiel dafür abgelegt, dass das zutreffend beschrieben war.

„Dass sie überhaupt vier Jahre hielt, war kein Wunder, sondern eine Frechheit für die Bürger in Schleswig-Holstein.“

Ich freue mich außerordentlich, dass die Wählerinnen und Wähler am 27. September gesagt haben: Diese Frechheit lassen wir uns nicht länger gefallen. - Wir reden ja noch einmal über das Wahlrecht, Herr Dr. Habeck. Wir sollten die Frage der Legitimität der Zusammensetzung des Landtags dem Verfassungsgericht überlassen, denn bis zum Wahltag selbst ist kein Mensch auf die Idee gekommen, dass unser **Wahlrecht** verfassungswidrig sein könnte. Ich erinnere daran, dass wir im Jahre 1992 im Landtag von Schleswig-Holstein eine SPD-Mehrheit hatten, obwohl die Oppositionsfraktionen mehr Stimmen hatten, und dass es im Jahre 2002 im Deutschen Bundestag eine rot-grüne Mehrheit gab, obwohl die anderen Parteien, die im Bundestag vertreten waren, 1,3 Millionen Stimmen mehr in die Waagschale warfen. Auch dort ist die Frage der Legitimität der Zusammensetzung nicht gestellt worden.

Ich freue mich übrigens genauso darüber, dass es bei der Wahl des Ministerpräsidenten nicht nur die durch CDU und FDP vorhandene Drei-Stimmen-Mehrheit gab, sondern sogar eine Vier-Stimmen-Mehrheit

(Peter Lehnert [CDU]: Fünf!)

- eine Fünf-Stimmen-Mehrheit -, die der schwarz-gelben Koalition den Auftrag zum Regieren gegeben hat. Ein besseres Signal für eine Koalition des Aufbruchs kann es wohl kaum geben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Aufbruch ist dringend notwendig, denn es ist unbestritten, dass die vergangenen Jahre für Schleswig-Holstein keine guten Jahre waren. CDU und FDP übernehmen die Regierungsverantwortung nicht in einfachen Zeiten. Doch wir dürfen uns darüber nicht be-

klagen. Wir müssen mutig und entschlossen die vor uns liegenden Aufgaben beim Namen nennen. Die drei größten Herausforderungen liegen sicherlich in den Bereichen Wirtschaft, Bildung und Finanzen.

Erstens. Deutschland befindet sich infolge der Weltwirtschaftskrise in der schwersten **Rezession** seiner Geschichte. Der Wachstumseinbruch ist fünfmal stärker als der bisher größte Rückgang in den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts. Wenn auch Schleswig-Holstein in dieser Phase zum Glück aufgrund seiner kleinteiligen, mittelständisch geprägten Struktur die Rezession besser verkraftet als andere Bundesländer, trifft die Krise auch unser Land stark. Die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt werden sich erst 2010 richtig zeigen.

Zweitens. Die finanzielle Belastung jedes Schleswig-Holsteiners ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Die volle Wucht der Auswirkungen der Krise wird uns im nächsten Jahr erreichen. Das gilt auch für die öffentlichen **Haushalte** der Kommunen.

Drittens. Erschwerend kommt hinzu - Herr Dr. Stegner, jetzt sollten Sie zuhören -: Nach 21 Jahren sozialdemokratischer **Bildungspolitik** belegen Studien der vergangenen Jahre, dass sich die Bildungschancen der schleswig-holsteinischen Schülerinnen und Schüler weiter verschlechtert haben.

(Günther Hildebrand [FDP]: Hört, hört!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die neue Koalition aus CDU und FDP wird diesen Herausforderungen aktiv begegnen. Die neue Koalition wird die Koalition des Aufbruchs sein, ein Aufbruch, den die CDU mit der SPD nicht geschafft hat. In dieser Koalition des Aufbruchs wird die FDP der Motor sein, der den Aufbruch ermöglicht. Es wird keine Bremse geben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Schleswig-Holstein durchbricht mit der **Koalition des Aufbruchs** den politischen Stillstand der vergangenen Jahre. Schleswig-Holstein wird mit einer gezielten investitionsfreundlichen **Wirtschaftspolitik** wieder den Anschluss an die anderen Bundesländer bekommen. Unser Land wird nicht länger der bildungspolitische Geisterfahrer der Republik sein. Wir werden zurückfinden auf den Weg der haushaltspolitischen Tugend.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dabei steht fest, dass CDU und FDP keine unhaltbaren Versprechungen machen werden. Wir sagen

(Wolfgang Kubicki)

klipp und klar, dass gerade vor dem Hintergrund der finanziellen Situation des Landes nicht alles in einer Legislaturperiode umgesetzt werden kann. Aber wir werden alles in Angriff nehmen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wir wollen den Grundstein dafür legen, dass unser Land in den kommenden Jahrzehnten im Wettbewerb der Länder und Regionen einen Spitzenplatz einnehmen kann. Wir denken - darauf hat der Herr Ministerpräsident zutreffend hingewiesen - nicht in Legislaturperioden, sondern in Projekten. Das wichtigste Projekt für uns ist die Gestaltung einer sicheren Zukunft für die Menschen unseres Landes. Genau daran wird diese Koalition unter tatkräftiger Unterstützung der regierungstragenden Fraktionen jeden Tag hart arbeiten.

Der Kompass der neuen schwarz-gelben Koalition zeigt einen eindeutigen Weg: ohne **Wachstum** keine Investitionen, ohne Wachstum keine Arbeitsplätze, ohne Wachstum keine Hilfe für die Schwachen und ohne Wachstum keine Bildungsinvestitionen. Wir müssen in Schleswig-Holstein jetzt alles tun, um Wachstum zu schaffen. Das sage ich auch in Richtung der politischen Kräfte, die Wachstum früher für eine Ausgeburt des Teufels gehalten haben. Wir müssen diejenigen stärken, die Wachstum schaffen, die Arbeitsplätze schaffen und die Steuern zahlen; wir dürfen sie nicht behindern. Schleswig-Holstein braucht Wachstum, damit in Zukunft investiert und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden kann.

Wir müssen alles tun, um Gewerbeansiedlungen zu ermöglichen. Denn das stärkt die Einnahmeseite der Haushalte von Städten und Gemeinden. Stimmen die Rahmenbedingungen für die Unternehmen, folgen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung automatisch. Das füllt die kommunalen Kassen, aber auch den Landeshaushalt, und genau darauf muss es uns ankommen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Nur durch wirtschaftliches Wachstum werden wir die Finanzen des Landes konsolidieren. Damit künftige Generationen wieder eigene politische Handlungsspielräume haben und wir heute die staatlichen Aufgaben in den Kernbereichen Bildung, Soziales, innere Sicherheit und Infrastruktur ordentlich erfüllen können, führt kein Weg an einer konsequenten **Haushaltskonsolidierungspolitik** vorbei. Sie, Herr Dr. Stegner und die SPD, aber auch Sie, Herr Habeck und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die anderen politischen Kräfte

dieses Landes, müssen uns immer wieder erklären, wo gespart werden soll.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das machen wir, Herr Habeck. Keine Sorge! Herr Habeck, es ist wirklich naiv zu glauben - aber ich sehe Ihnen als Schriftsteller das nach -, dass man in vierzehn Tagen oder drei Wochen das auf den Weg bringen kann, was andere Regierungen in fünf Jahren versaut haben.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Habeck, wenn es so einfach wäre, dass wir alle Entscheidungen in den ersten 14 Tagen treffen könnten, könnten Sie jetzt nach Hause gehen.

Für uns steht fest, dass wir einen Gleichklang aus Einnahmeerhöhungen durch Wirtschaftswachstum und Ausgabensenkung durch strukturelle Sparmaßnahmen brauchen. Wir müssen die Ausgaben den Einnahmen anpassen. Das kann nur durch Einzelmaßnahmen, durch eine Reduzierung von Subventionen und durch eine Auslagerung von Aufgaben gelingen. Es muss die Maxime gelten: Die begrenzten Haushaltsmittel müssen da ankommen, wo sie für die Erbringung der **Kernaufgaben** benötigt werden, sowie da, wo mit ihnen Wirtschaftswachstum generiert wird, welches wiederum zu höheren Haushaltseinnahmen führt.

Wir haben als Haushaltsgesetzgeber einen schwierigen Weg vor uns. Im Grunde müssen wir jede politische Handlung an den finanziellen Möglichkeiten des Landes ausrichten. CDU und FDP haben sich im Koalitionsvertrag verpflichtet, eine **Schuldenbremse** in die Landesverfassung aufzunehmen. Anfang des Jahres werden die Regierungsfractionen eine entsprechende Gesetzesvorlage in den Landtag einbringen, sodass eine solche Gesetzesänderung bis Mitte 2010 vollzogen werden kann. Damit kommt die Koalition nicht zuletzt der Forderung des Landtags der 16. Wahlperiode nach, eine entsprechende Schuldenbegrenzung in der Verfassung zu verankern. Uns liegt ja schon ein Vorschlag aus der letzten Legislaturperiode vor, und wir laden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die anderen ein, an der zielgerichteten Diskussion darüber teilzunehmen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die einfache und eindeutige Konsequenz dieser uns selbst auferlegten Regelung ist, dass wir dauerhaft nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen können.

(Wolfgang Kubicki)

Deshalb muss sich die Entwicklung der Ausgaben an der Entwicklung der Einnahmen orientieren. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes bis 2020 werden wir nur mit eiserner Disziplin und vor allem im Konsens mit allen gesellschaftlichen Gruppen erreichen. Nicht zuletzt auch der öffentliche Dienst wird seinen Beitrag dazu leisten, indem Stellen abgebaut werden.

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Sparen! Sparen! Sparen!)

- Dass Sie „Sparen! Sparen! Sparen!“ rufen, wundert mich nicht, denn Sie wollen immer nur bei anderen sparen. Sie geben gern das Geld fremder Leute aus.

(Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

- Sie werden aber sicherlich auch einiges im Hinblick darauf lernen, was die Debattenkultur in diesem Hause angeht.

(Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

- Ich sage ja nur, Sie werden lernen müssen. Die Entwicklung einer dahintrudelnden SPD hat Sie ins Parlament gespült, und wir geben die Hoffnung nicht auf, dass die SPD noch einmal zur Besinnung kommt und wieder zu einer starken politischen Kraft wird. Dann verschwinden Sie von selbst wieder.

(Beifall bei FDP und CDU)

Allerdings wird der **Stellenabbau** im öffentlichen Dienst - das ist einer der Punkte, der für die FDP in den Koalitionsverhandlungen wichtig war - nicht nach der Rasenmähermethode geschehen, bei der pauschal eine bestimmte Anzahl von Stellen bei bestehenden Aufgaben gestrichen wird. Vielmehr wird zunächst definiert, welche Aufgaben weiterhin erfüllt werden sollen. Denn nur so kann eine Personalreduzierung sinnvoll erfolgen. Im Klartext bedeutet das: Das Personal folgt der Aufgabe.

Grundlagen dieses Konsolidierungspfades wird die mit dem Koalitionsvertrag beschlossene **Haushaltsstrukturkommission** erarbeiten. Unter der Federführung des Finanzministeriums sowie unter Beteiligung der regierungstragenden Fraktionen und der Beratung des Landesrechnungshofs, um dessen Hilfe ich noch einmal nachdrücklich bitte, Herr Präsident, wird diese Kommission den Prozess zum Aufgabenabbau, zur Aufgabenauslagerung und zur Konsolidierung der Ressorthaushalte forcieren, um das Ziel des strukturell ausgeglichenen Haus-

halts zu erreichen und um den **Konsolidierungspfad** einzuhalten.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

- Herr Kollege Baasch, ich habe mich nicht entschuldigt, und ich muss mich auch nicht entschuldigen.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Wäre aber manchmal ganz angebracht!)

- Das Problem auch in der Wahrnehmung Ihres Vorsitzenden ist, dass zeitliche Koinzidenz mit inhaltlicher Koinzidenz verwechselt wird. Wenn man zwei Dinge nacheinander formuliert, heißt das nicht, dass Sie zusammengehören. Aber vielleicht werden auch Sie das noch einmal begreifen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch ein Wort zum Wachstumsbeschleunigungsprogramm der Bundesregierung sagen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir eine große **Steuerreform** brauchen, wie CDU und FDP sie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene beschlossen haben. Außerdem teile ich die Aussage des Präsidenten des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn - nachzulesen in der „Welt am Sonntag“ vom 15. November 2009 -, dass eine breite Steuerreform besser wirken würde als einzelne Wohltaten wie die Erhöhung des Kindergelds.

Ich sage ausdrücklich für die FDP, aber auch für die Koalition: Wir unterstützen alle Maßnahmen, die Wirtschaftswachstum auslösen. Die Mehrwertsteuersenkung im Beherbergungsgewerbe isoliert schafft das nicht.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Allerdings kann es nicht sein - auch diesbezüglich besteht völlige Übereinstimmung -, dass dies alles zulasten der Länder geht. Es ist nicht tragbar, dass die Länder dauerhaft **Steuerausfälle** in dreistelliger Millionenhöhe erleiden. Ich sage ganz bewusst, dass die schwarz-gelbe Koalition nicht einfach alles mitmachen wird, was im Bund beschlossen wird. Schleswig-Holstein muss seinen Konsolidierungspfad auch einhalten können. Es macht keinen Sinn, uns dafür 80 Millionen € zu geben, wenn man uns sogleich wieder 70 Millionen € wegnimmt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Herr Kollege Dr. Stegner, Sie werden lernen - das werden wir Ihnen bis zum 18. Dezember dieses Jahres noch zeigen -, dass man sich mit einer Koali-

(Wolfgang Kubicki)

tion auch bei gleichen Farben auf Bundesebene durchsetzen kann.

Der schleswig-holsteinische Landeshaushalt ist nicht zuletzt durch die Finanzhilfen für die **HSH Nordbank** derart gebeutelt, dass kaum noch eigene Handlungsoptionen bestehen. Sowohl der Vorstand der Bank, insbesondere aber der Aufsichtsrat haben die HSH durch eine unzureichende Risikobewertung der Bankaktivitäten und eine fehlende Kontrolle in eine tiefe Krise gestürzt und dem Land damit einen erheblichen Schaden zugefügt. Milliarden wurden in riskante Geschäfte - vermehrt im Ausland - investiert, ohne eine ausreichende Risikoeinschätzung, wie wir aus zahlreichen Gutachten, die uns mittlerweile zugeleitet worden sind, wissen. Bis zum heutigen Tag haben die schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürger 7,5 Milliarden € zur Stützung der Bank bereitgestellt - mit ungewissem Ausgang. Denn unter Berücksichtigung des schwer kalkulierbaren wirtschaftlichen Umfeldes bestehen nach wie vor Bedenken an der nachhaltigen Risikotragfähigkeit des neuen Geschäftsmodells.

Das Land machte als Anteilseigner einen entscheidenden Fehler. Insbesondere SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sträubten sich in der Vergangenheit gegen den von der FDP-Fraktion immer wieder geforderten Verkauf der Landesanteile an der HSH Nordbank. Wären die Landesanteile verkauft worden, wäre den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Schleswig-Holstein das jetzige Debakel erspart geblieben, und es wäre sogar ein Milliarden-erlös in den Landeshaushalt geflossen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Deshalb freue ich mich, dass CDU und FDP gemeinsam im Koalitionsvertrag vereinbart haben, dass wir uns schnellstmöglich von den Anteilen an der HSH trennen. Der Koalitionsvertrag von CDU und FDP ist in diesem Punkt sehr eindeutig. Das, was wir hierzu vereinbart haben, ist genau das richtige Signal an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Die Vertuschung und Verschleierung der Verantwortung, die in der Vergangenheit üblich waren, wird es nicht mehr geben. Wir haben uns dazu verpflichtet, dass der Untersuchungsausschuss zur Aufklärung des Fehlverhaltens von Vorstand und Aufsichtsrat fortgesetzt wird. Wir haben uns außerdem darauf verständigt, dass die ministerielle Zuständigkeit für die Kontrolle der HSH Nordbank im Wirtschaftsministerium konzentriert wird. Außerdem wird ein Lenkungsausschuss gebildet, an dem sowohl das Wirtschafts- als auch das Finanz- und

das Justizministerium - und damit beide Koalitionspartner - in geeigneter Weise beteiligt sind.

Doch damit nicht genug. CDU und FDP werden dafür sorgen, dass umfassende Konsequenzen aus dem Debakel der HSH Nordbank gezogen werden. Dabei müssen die folgenden Prämissen gelten:

Erstens. Dem Land dürfen keine weiteren Haftungsrisiken entstehen.

Zweitens. Das vom Land in die HSH eingebrachte Eigenkapital muss in den Landeshaushalt zurückgeführt werden.

(Beifall bei der CDU)

Drittens. Es werden die entsprechenden Konsequenzen für die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates gezogen, um sie für das schädigende Fehlverhalten entsprechend zu belangen.

Viertens. Es werden entsprechende Regularien geschaffen, um das in der Vergangenheit an den Tag gelegte Fehlverhalten in der Zukunft zu verhindern.

(Beifall bei FDP und CDU)

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch sagen, dass wir aus einem Gutachten, aus dem ich nicht zitieren darf, aber das ich zur Kenntnis nehmen durfte, jetzt jedenfalls wissen, dass Vorlagen für den Vorstand der Bank, Vorlagen für den Aufsichtsrat, Vorlagen für den Risikoausschuss nicht die Kriterien erfüllten, die von Gesetzes wegen an diese Vorlagen angelegt werden, weshalb man der Frage im Untersuchungsausschuss sehr intensiv nachgehen muss, was dazu geführt hat, dass diese Vorlagen nicht vollständig waren.

Mit Sparen lässt sich der marode Landeshaushalt allerdings nicht sanieren. Wir brauchen auch mehr **Steuereinnahmen**. Das gelingt nur durch ein stetiges Wirtschaftswachstum. Die neue Landespolitik ordnet sich dabei den folgenden drei Zielen unter: Verlässlichkeit, Wachstumsförderung und Arbeitsplatzsicherung.

Wachstum und Beschäftigung schafft in Schleswig-Holstein vor allem der **Mittelstand**. Wir haben relativ wenige börsennotierte Unternehmen in unserem Land. Auch und gerade in der Zeit der wirtschaftlichen Krise ist der schleswig-holsteinische Mittelstand das stabilisierende Element und trägt entscheidend zum Wachstum in Schleswig-Holstein bei. Mittelständische Unternehmer, Handwerksbetriebe und Freiberufler sind prägend für das Gesehen in unserer Wirtschaft.

(Wolfgang Kubicki)

Gerade der Mittelstand hat die Funktionsfähigkeit von Markt und Wettbewerb entscheidend gesichert. Diese Unternehmer haben durch Leistungsbereitschaft und Übernahme von Risiken - und zwar von persönlichen Risiken - und persönlicher Verantwortung maßgebliche Beiträge zur sozialen Marktwirtschaft geliefert.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

Doch gerade diese Leistungsträger sind in den vergangenen Monaten durch die gegenseitige Blockade von SPD und CDU links liegen gelassen worden. Hinzu kommt, dass die Rahmenbedingungen in Schleswig-Holstein schlicht und einfach nicht oder nicht mehr stimmen.

So muss zum Beispiel ein Handwerksmeister Tausende Gesetze und Zehntausende Einzelvorschriften der EU, des Bundes, des Landes, des Kreises und der Gemeinde beachten. Das hemmt die wirtschaftliche Entwicklung, und es hemmt vor allem das Unternehmertum.

CDU und FDP sind sich einig: Die bestehende **Regelungsdichte** muss mutig gelichtet werden. Ich sage: Wir werden sie mutig lichten. Es gibt mittlerweile viel zu viele alte Verordnungen und Vorschriften, die keinen Sinn mehr machen, die aber bei jeder Gewerbeansiedlung und bei jeder Gebäudeerweiterung bis ins kleinste Detail beachtet werden müssen. Dieser Bürokratie-Irrsinn muss endlich ein Ende haben. Die Altlasten müssen beseitigt werden.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

CDU und FDP werden ganz konkret die bestehende **Überregulierung** abbauen, schnelle Entscheidungsprozesse auf den Weg bringen und die bürokratischen Anforderungen der Verwaltung an die mittelständische Wirtschaft auf ein Minimum reduzieren. Genauso konsequent, wie wir den Bürokratie-Dschungel lichten, werden wir ein investitionsfreundliches Klima in Schleswig-Holstein schaffen. Das heißt im Klartext: Keine Investition darf dem Land verloren gehen. Alles, was Wachstum schafft, wird gemacht. Alles, was **Wachstum** verhindert, wird weggeräumt.

Ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht daran erinnern, dass die meisten Beschäftigten in privaten Betrieben beschäftigt werden und nicht beim Staat. Wenn immer der Eindruck erweckt wird, **Privatisierung** sei per se der Gang in die Sklaverei oder die Lohnverelendung, der muss sich vor Augen

führen, dass eine der großen Privatisierungsaktionen der Klinika in Schleswig-Holstein durch die SPD durchgeführt wurde, nämlich der Verkauf der Landesklinika an einen privaten Betreiber. Da habe ich nicht den Eindruck gehabt, die Sozialdemokraten würden das machen, damit Lohndumping und soziale Verelendung entstehen.

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

- Das stimmt bei den Landesklinika interessanterweise und dankenswerterweise nicht, abgesehen davon - zum UK S-H kommen wir ja noch -, dass ich gehört habe, dass es nicht privatisiert werden soll, sondern dass nur eine private Beteiligung mit 49 % Anteil möglich gemacht werden soll. Dankenswerterweise ist es den Gewerkschaften gelungen, in Tarifvereinbarungen festzuschreiben, dass jedenfalls bis zum Jahr 2015 der vorläufigen Laufzeit eine Lohnverschlechterung bei den Beschäftigten ausgeschlossen ist. CDU und FDP werden auf den Abbau der Bürokratie drängen.

Und genauso wie wir darauf drängen werden, sind die Unternehmer in Schleswig-Holstein auf eine leistungsstarke **Breitbandinfrastruktur** sowie auf gut ausgebaute **Straßen und Schienen** angewiesen. Ich habe mit großem Erstaunen vernommen, dass alles das, was ins Werk gesetzt worden ist, das Werk der Sozialdemokraten sei. Ich kann mich - in diesem Hause seit 1992 - daran erinnern, wie wir vielfältige Debatten hier mit einem Herrn Professor Heydemann über die Frage geführt haben, ob die A 20 gebaut werden darf, ja oder nein, wie vielfältige Debatten wir mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Sozialdemokraten geführt haben, die erklärt haben, man müsse den Straßenbau zurückführen. Wir haben Straßen mit viel öffentlichem Geld zurückgebaut. Was für ein Wahnsinn, die mit viel Geld um einen oder zwei Meter zu verkleinern, statt in Bildung zu investieren. Das war - wie Sie sagen - nicht ideologisch geprägt? - Was war es denn sonst?

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Eine exzellent ausgebaute **Infrastruktur** ist die Voraussetzung dafür, dass in Schleswig-Holstein Wachstum geschaffen werden kann, dass Lebensqualität gesichert wird und Zukunft gestaltet werden kann.

Allerdings muss sich grundlegend etwas an der Einstellung zu wirtschaftlicher Entwicklung in diesem Land ändern. Denn die bisherige **Landesplanung** des - bis vor Kurzem noch SPD-geführten - Innen-

(Wolfgang Kubicki)

ministeriums verhindert in ganz eklatanter Weise Ansiedlung und damit Wachstum in Schleswig-Holstein. Fahren Sie einmal durch das Land. Fragen Sie, soweit Sie noch vertreten sind, Ihre kommunalen Vertreter, und Sie werden feststellen, dass sich in Schleswig acht Umlandgemeinden auf ein gemeinsames Ansiedlungsgebiet geeinigt haben. Da sagte die Landesplanung: Das wollen wir nicht. Investoren waren da, da sagte die Landesplanung: Das wollen wir nicht. Da gibt es ein Achsenkonzept, das aus den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts stammt, wo nicht klar war, dass es eine Wiedervereinigung Deutschlands gibt. Nach wie vor soll es Entwicklungslinien nur von Nord nach Süd geben, statt auch von Ost nach West. Wo leben wir eigentlich, dass wir es erlauben, dass wenige Bürokraten Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein verhindern?

(Beifall bei FDP und CDU)

Diese völlig unverständliche wirtschaftsfeindliche, dirigistische Raumordnungspolitik des Innenministeriums wird es mit der neuen Koalition nicht mehr geben. CDU und FDP werden den **Landesentwicklungsplan** durch einen neuen oder einen völlig überarbeiteten ersetzen, der wirtschaftliches Wachstum in Schleswig-Holstein fördert.

Der bestehende Entwurf mit seinen Begrenzungen für den Wohnungsbau im ländlichen Raum, seinen Begrenzungen für touristische Entwicklungen und Gewerbeansiedlungen, seinen nicht ausreichenden Entwicklungsachsen sowie seinem Abstimmungszwang im Stadt-Umland-Bereich ist grundsätzlich zu überarbeiten.

(Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie lange noch?)

- Wir gehen da sehr schnell ran. Es dauert mit Sicherheit weniger lange, als Sie Zeit brauchten, den ersten ins Werk zu setzen. Wir schaffen es deutlich schneller, den grundlegend zu überarbeiten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir dürfen nicht weiterhin die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land verhindern. Wir müssen sie stärken, wo wir nur können. Dies gilt auch für den Denkmalschutz, der oft wichtige Investitionen blockiert.

Der Koalitionsvertrag betont ausdrücklich das Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft. Das ist gut und richtig. Denn die **soziale Marktwirtschaft** hat uns Wohlstand und soziale Sicherheit garantiert und eine große Mittelschicht geschaffen. Doch genau diese Schicht, die Mitte der Gesellschaft, ist in

den vergangenen Jahren mehr und mehr vernachlässigt worden. Es ist auch ein Zeichen des Niedergangs der Sozialdemokratie, Herr Kollege Stegner, wenn Sie sagen, Steuerentlastungen wollen Sie nicht, das würde nur die Reichen treffen. Darf ich daran erinnern, dass vor nicht allzu langer Zeit die Große Koalition in Berlin unter Federführung der Sozialdemokraten ein Bürgerentlastungsgesetz auf den Weg gebracht hat, das 14 Milliarden € Steuerentlastung beinhaltet? Das ist im Wahlkampf von Herrn Dr. Stegner und anderen begrüßt worden. Herr Steinbrück habe sich da auf einen großen Weg gemacht, Unzulänglichkeiten zu beseitigen. Der gleiche Mann, der das bis vor drei Monaten noch bejubelt hat, sagt uns heute, das sei ein Geschenk für Reiche. Wie schizophoren muss man eigentlich sein, wenn man hier so und anderswo so argumentiert?

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir wollen eine breite **Mittelschicht**. Wir wollen, dass sich die Leistungsträger in diesem Land auch wohlfühlen. Wir wollen keine Gesellschaft, die nur noch aus Arm und Reich besteht. Wir brauchen eine starke Mittelschicht. Deshalb werden wir auch alles tragen, was steuerliche Entlastung für die kalte Progression beinhaltet, was diese Mittelschicht wieder stärkt statt sie zu schwächen. Denn das sind die Menschen, die die Steuern in diesem Land aufbringen, nicht wenige Reiche und nicht große Vermögen.

Wir brauchen die **Teilhabe** vieler Menschen am gesellschaftlichen Geschehen. Das setzt vor allem voraus, dass die Menschen in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt mit eigener Arbeit zu verdienen, Herr Kollege Dr. Stegner. Und ich sage ausdrücklich: mit eigener Arbeit. Ich wiederhole mich ungern, aber es war ein sozialdemokratischer Minister aus Rheinland-Pfalz mit dem Namen Gerster, der die Aufstockung eingeführt hat, und der gesagt hat, es ist besser, wir nehmen Leute erstmal aus der Arbeitslosigkeit heraus und stocken den Lohn auf, der für die Arbeit gezahlt wird, damit ein lebenswertes Leben entsteht, statt die Leute in Arbeitslosigkeit zu lassen. Das waren übrigens Sozialdemokraten. Ich sage es noch einmal. Herr Hartz war nie Mitglied der FDP, nie!

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich höre zum ersten Mal, das sei ein Neoliberaler. Es waren Sozialdemokraten, die übrigens mit Unterstützung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag die Arbeitsgesetze auf den

(Wolfgang Kubicki)

Weg gebracht haben, die Ein-Euro-Jobs eingeführt haben, die Ich-AGs eingeführt haben.

(Zuruf von der SPD)

- Aber es war doch so, dass es den Menschen geholfen hat. Ich kann mich erinnern, dass im Bundestagswahlkampf dauernd erklärt wurde, das sei zwar zu korrigieren, aber es sei ein richtiger Weg gewesen, weil es vielen Hunderttausenden Menschen geholfen hat, wieder ein eigenverantwortliches Leben zu führen. Nun stellen Sie sich hier hin - wahrscheinlich ist das momentan Common Sense in der SPD - und sagen, das ist grundlegend falsch, das ist Ausgeburt des Neoliberalismus. Wer soll denn den Sozialdemokraten noch eine richtige Orientierung glauben, wenn Sie sich so verhalten?

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir wollen damit, dass Unternehmen wieder in die Lage versetzt werden, Geld zu verdienen, und auch die entsprechende Teilhabe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unternehmen. Wir setzen auf starke Gewerkschaften, die das im Zweifel auch durchsetzen. Unser Verhältnis zu den **Gewerkschaften** im norddeutschen Bereich ist völlig entspannt. Herr Stegner, wahrscheinlich hat es Sie gekränkt, dass wir positive Rückmeldungen von den Gewerkschaften gekriegt haben, was den Koalitionsvertrag angeht. Es scheint Sie gekränkt zu haben, dass die GdP den Koalitionsvertrag begrüßt hat, und es hat Sie wahrscheinlich auch gekränkt, dass ausgerechnet die Flüchtlingsorganisationen von einem Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik sprechen - etwas, was Sie nie erreicht haben. Ich kann sagen, dass Sie das vielleicht schmerzt, aber es ist auch ein erster Erfolg dieser Koalition, der zeigt, dass wir Akzeptanz finden. Die Akzeptanz geht deutlich über das hinaus, was Sie beschrieben haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Für CDU und FDP steht fest, dass **Sozialpolitik** nicht länger überwiegend aus der Verteilung von Fördergeldern bestehen darf. Wir wollen eine konsequent präventive Sozialpolitik, die Teilhabe und Selbstbestimmung ermöglicht. Eine gute **Arbeitsmarktpolitik** ist für die neue Koalition die entscheidende Säule einer präventiven Sozialpolitik. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit auch mit der Bundesagentur für Arbeit.

Nicht zuletzt aus diesem Grund ist es der FDP wichtig, mit Dr. Heiner Garg den Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit und gleichzeitig den stellvertretenden Ministerpräsidenten in dieser Re-

gierung zu stellen, denn eine konsequent präventive Sozialpolitik, die Teilhabe und Selbstbestimmung ermöglicht, kann Schleswig-Holstein zu einem Vorbild für ganz Deutschland werden lassen.

Die zweite wichtige Säule der präventiven Sozialpolitik ist die **Bildung**. Ich freue mich, dass mit dem neuen Bildungsminister Dr. Ekkehard Klug ein Mann in das Bildungsministerium eingezogen ist, der dafür sorgen wird, dass Bildungspolitik ein zentrales Anliegen dieser Regierung wird. Herr Dr. Stegner, vielleicht erweitern Sie einmal Ihren Horizont und fragen in den Schulen bei den Lehrerinnen und Lehrern nach. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Lehrerinnen und Lehrer das, was wir beschlossen haben, begrüßt haben, nämlich die größere **pädagogische Freiheit**, die ihnen unter Ihrer Führung versagt worden ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Bildung ist die **Schlüsselqualifikation** für ein selbstbestimmtes Leben und für gesellschaftliche Anerkennung. Doch Bildung ist nicht nur für die Lebenschancen jedes Einzelnen von überragender Bedeutung. Sie ist auch für die Zukunft unseres Landes und für die Sicherung unseres Wohlstandes von elementarer Bedeutung. Entscheidend ist, dass die Bildungspolitik so früh es irgend geht ansetzt, denn für die **Bildungschancen** junger Menschen werden bereits im **Vorschulalter** wesentliche Grundlagen geschaffen. CDU und FDP werden den Bildungsauftrag der Kindergärten stärken, aber ebenso den Ausbau der Tagesbetreuung. Der Ausbau der **Ganztagsangebote** ist eine wichtige Voraussetzung für die Verbesserung der Bildungschancen gerade auch von Kindern und Jugendlichen in sozial schwieriger Umgebung. Von daher ist es ein gutes Signal für Schleswig-Holstein, dass das Bundesprogramm zur Unterstützung von Ganztagschulen um fünf Jahre verlängert wird und dass damit auch die Arbeit der Serviceagentur „Ganztägig lernen“ in unserem Land fortgeführt werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang kurz auf die Bemerkungen des Herrn Dr. Stegner zu den Äußerungen des Justizministers im Innen- und Rechtsausschuss eingehen, der auch für Gleichstellung zuständig ist. Es wird das letzte Mal sein, dass ich das tue. Ich fand Ihre Anmerkungen stilllos, Herr Dr. Stegner. Ich würde sagen, Sie müssen selbst darüber nachdenken, ob dies der richtige Umgang mit einem Minister ist, der nicht aus der Politik kommt, sondern dieses Amt bei seinem ersten Auftritt in einem Ausschuss aus seiner Fachkenntnis heraus ausübt.

(Wolfgang Kubicki)

(Beifall bei FDP und CDU)

Was ich unerträglich finde und was Ihre frauenfeindliche Grundhaltung dokumentiert, ist die Tatsache, dass Sie die Erhöhung der Fördermöglichkeit für Frauen, die Ihre Kinder zu Hause erziehen und erziehen wollen, als „Herdprämie“ titulieren und diese Frauen dadurch in einer Art und Weise abqualifizieren, die ich für unverschämt halte.

(Beifall bei FDP und CDU)

Zu einer modernen **Familienpolitik** gehört es, dass **Frauen** selbst entscheiden können, wie sie ihre Kinder erziehen wollen, ob sie ihre Kinder in Kindertagesstätten bringen wollen oder zu Hause erziehen wollen. Das ist auch eine Frage der Akzeptanz dieser Entscheidung von Frauen, die sie eigenverantwortlich treffen.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es besteht heute für alle die Möglichkeit, Kinder in Kindertagesstätten unterzubringen, aber es entscheiden sich Familien teilweise ganz bewusst dafür, Kinder anders zu erziehen, als Sie sich das vielleicht vorstellen können, Frau Fritzen. Unterhalten Sie sich doch einmal mit Frauen, die nicht Ihrer Auffassung sind. Es gibt dankenswerterweise auch andere Frauen. Wir haben übrigens im Verhältnis mehr Frauen in unserer Fraktion als die SPD. Das sind Frauen, die sich anders entscheiden, als Sie es sich vorstellen können.

(Beifall bei FDP und CDU)

Zu diesem Alleinvertretungsanspruch, dass Sie sagen, was Frauen denken, werden Ihnen unsere Frauen noch einmal sagen, dass sie das für unverschämt halten.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber Sie wissen das?)

- Ich weiß nicht, wie Frauen denken. Ich weiß gelegentlich, wie sie fühlen, aber ich weiß nicht, wie sie denken.

Ich weiß nicht, wie Frauen denken, aber Sie können gern die Frauen aus unserer Fraktion fragen. Sie werden Sie darüber aufklären, was sie denken. Das unterscheidet sich mit Sicherheit deutlich von dem, was die Frauen bei Ihnen denken. Übrigens unterscheidet sich auch das, was ich denke, von dem, was Sie denken.

Auch für die Studentinnen und Studenten haben CDU und FDP im Koalitionsvertrag das geschafft, was Rot-Schwarz nicht geschafft hat. Beide Koalitionäre haben sich eindeutig und unmissverständ-

lich **gegen** die Erhebung von **Studiengebühren** ausgesprochen. Damit schafft die FDP in Regierungsverantwortung endlich das, was der SPD nicht gelungen ist.

(Beifall bei der FDP)

Auch im Bereich der **inneren Sicherheit** gelingt der Koalition ein gewaltiger Sprung nach vorn. Ich bin sehr fasziniert davon, wie der größte Verfassungsbrecher, den dieses Parlament je erlebt hat, der ehemalige Innenminister Stegner, heute zu einem Bewahrer von Bürgerrechten wird. Das ist eine Mutation in Lichtgeschwindigkeit. CDU und FDP orientieren sich eindeutig am Schutz der Grundrechte und der Freiheit des Einzelnen. Zugleich sind sich die Koalitionäre bewusst, dass Sicherheit eine wichtige Voraussetzung für die Lebensqualität in unserem Land ist. Klar ist: Die Bewahrung der **Freiheitsrechte** der Bürgerinnen und Bürger gelingt durch eine professionell gestaltete Sicherheitsstruktur. Nur im erfolgreichen Zusammenspiel von Prävention und Repression kann innere Sicherheit gedeihen.

CDU und FDP garantieren eine moderne, an den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen orientierte Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz. Online-Durchsuchungen wird es mit dieser Koalition ebenso wenig geben wie eine Vorratsdatenspeicherung - Herr Kollege Stegner, hören Sie gut zu -, stattdessen werden wir den **Datenschutz** stärken.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir haben uns zudem darauf verständigt, - ich zitiere -:

„CDU und FDP werden eine gute personelle und sächliche Ausstattung der Sicherheitsbehörden gewährleisten. Sie hat grundsätzlich Vorrang vor der Erweiterung rechtlicher Eingriffsbefugnisse der Ermittlungsbehörden.“

Vor diesem Hintergrund halte ich Diskussionen über Strafrechtsverschärfungen für obsolet. CDU und FDP haben sich darüber hinaus darauf geeinigt, dass der **Täter-Opfer-Ausgleich** Vorrang vor der Jugendstrafe haben soll und dass eine Anhebung der Jugendhöchststrafe und eine Absenkung der Strafmündigkeit abgelehnt werden.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt beim SSW)

Ich bin froh, dass Justizminister Emil Schmalfuß der persönliche Garant für eine liberale und zugleich effiziente Rechtspolitik ist. An dieser Stelle möchte ich zugleich dem neuen Justizminister zu

(Wolfgang Kubicki)

seiner ersten Entscheidung gratulieren, die **Blutprobenentnahme** verfassungsrechtlich korrekt zu regeln. Die Polizei muss zunächst versuchen, eine richterliche Anordnung einzuholen. Kann sie innerhalb von 20 Minuten den zuständigen Richter nicht erreichen, dann kann sie nach den Grundsätzen der Gefahr im Verzug die Anordnung selbst treffen.

Diese Entscheidung zeigt, dass die neue Hausspitze im Justizministerium nicht nur mit einem ausgewiesenen und akzeptierten Fachmann besetzt ist, sondern auch willens ist, schnelle und pragmatische Lösungswege zu beschreiten.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, CDU und FDP haben sich vorgenommen, mit dieser Regierung einen Aufbruch in eine bessere Zukunft zu beschreiten. Jetzt kommt es darauf an, den Koalitionsvertrag mit Leben zu füllen und die beschlossenen Maßnahmen gemeinsam auf den Weg zu bringen. Die heutige Regierungserklärung des Ministerpräsidenten hat deutlich unter Beweis gestellt, dass die CDU-FDP-Regierung willens und in der Lage ist, die gewaltigen Herausforderungen anzupacken. Lieber Herr Ministerpräsident, wir können sagen: Uns trägt eine sehr andere persönliche und emotionale Ebene, als sie mit Herrn Stegner - so denke ich - überhaupt möglich wäre.

Wir wollen weder die Erwartungen der politischen Mitkonkurrenten erfüllen noch die Forderungen von Medienvertretern. Wir sind ausschließlich den Menschen unseres Landes verpflichtet. Wir werden verlässlich sein und hart dafür arbeiten, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Koalition des Aufbruchs vertrauen können. Wir sind Partner für eine bessere Zukunft Schleswig-Holsteins.

(Anhaltender Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das Wort hat nun der Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Abgeordneter Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, und - vor allem - liebe über 3.500 Schülerinnen, Schüler und Studentinnen und Studenten, die vor dem Haus stehen! Wir sehen sie nicht, aber sie sind da. - Willkommen!

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die Bannmeile wurde erweitert! Sie sind weiter weg!)

- Sie sind weiter weg? - Okay. Ich muss jetzt aber fortfahren, sonst begrenzen Sie auch noch meine Bannmeile. Ich gebe zu, das zieht sich etwas hin. Vielleicht muss man aber das Sitzfleisch haben, denn es zieht sich teilweise auch wegen der Inhaltsleere hin, die wir bis jetzt erlebt haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Noch habe ich die Hoffnung auf anderes nicht aufgegeben. Einige sitzen seit 1992 im Parlament. Für mich ist es das erste Mal, dass ich hier stehen darf und muss. Ich habe die Hoffnung, dass die kritische Kraft des Arguments durchkommt. Deshalb möchte ich mit zwei Richtigstellungen beginnen. Herr Kubicki, wenn ich das richtig im Kopf habe, dann ist Frau von der Leyen die größte Gegnerin dessen, was Herr Stegner „Herdprämie“ genannt hat. Sie sollten also einmal im schwarz-gelben Lager klären, wie Sie damit umgehen wollen.

Die zweite Richtigstellung: Herr Carstensen, ich freue mich ausdrücklich darüber, dass Sie den Klimaschutz erwähnt haben. In Ihrem Koalitionsvertrag wurde Klimapolitik ja noch weitgehend mit dem Investitionsklima gleichgesetzt. Heute hat Klimapolitik ein bisschen mehr Raum gefunden, bevor sie dann als Küstenschutz abgebogen wurde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dass wir jedoch Kohlekraftwerke benötigen, wie heute wieder behauptet wurde, ist so wenig wahr wie die Behauptung, dass Atomkraftwerke CO₂-frei sind. Genau das Gegenteil ist der Fall. Bei der Urananreicherung und der Endlagerung entsteht eine Unmenge davon. 126 g CO₂ setzt ein AKW für jede Kilowattstunde frei. Das ist noch mehr als ein Gaskraftwerk, bei dem die Wärme genutzt wird. Das ist fünfmal so viel, wie eine Kilowattstunde Windstrom freisetzt.

Wir haben heute gehört, dass **Atomstrom** Ökostrom ist. Das ist faktisch falsch. Atomstrom ist auch nicht billig, wie Sie es sagten, Herr Carstensen. Die Subventionen für die AKWs belaufen sich auf die astronomische Summe von inzwischen 100 Milliarden €. AKWs sind die reinsten Gelddruckmaschinen für die Großkonzerne. 1 Million € Gewinn wirft ein abgeschriebenes AKW, wie wir einige davon hier in Schleswig-Holstein haben, ab, und zwar pro Tag. Da nützt es nichts, die **Vorratsflächen** für **Windenergie** nur auszuweiten, denn

(Dr. Robert Habeck)

die Großkonzerne verhindern schon jetzt den Netzausbau. Die ErzMan-2-Regelung sorgt dafür, dass Windanlagen sich gegenseitig kannibalisieren. Wir brauchen keine wohlfeilen Erklärungen. Wir brauchen ein **Erdkabelgesetz**. Wir brauchen **Speichermöglichkeiten** vom Viking-Cable nach Norwegen über Punktkraftspeicherwerke hier im Land.

Wir brauchen den **Ausstieg** aus Kohle und Atom, wenn nicht aus ökologischer Verantwortung, dann doch aus ökonomischer Erkenntnis.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Alternative ist einfach. Sie heißt: Kommunale Wertschöpfung hier im Land oder Dividendensteigerungen in München. Sie, Herr Ministerpräsident, als schleswig-holsteinischer Patriot entscheiden sich für München.

Erneuerbare Energien und **Großkraftwerkstechnologien** passen nicht zusammen, auch technisch nicht. Es sind keine parallelen Pfade, die sich irgendwie ergänzen, wie Sie uns einreden wollen. Das eine ist eine Sackgasse, und es ist Zeit, dass wir sie verlassen.

Deshalb ist dieser Aufbruch wirtschaftspolitisch eigentlich ein Steckenbleiben im Sumpf aus Vorurteilen und alten Ideologismen. Herr von Boetticher, Sie haben gesagt, Sie wollten es so machen wie Baden-Württemberg und Bayern in den 70er- und 80er-Jahren. - Das wäre falsch und das Schlimmste, was wir tun können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn damit - das ist Regierungshandeln - rühren Sie den gleichen alten Brei aus Beton und Asphalt an, der angeblich neue Arbeitsplätze schafft. Das tut er vielleicht auch - in Malmö, in Hamburg, in Kopenhagen oder in Cuxhaven. Statt Schleswig-Holstein zum **Transitland** zu machen, wäre es jetzt an der Zeit gewesen, endlich die Binnenstrukturen hier im Land in Ordnung zu bringen. Kluge Wirtschaftspolitik, die auf der Höhe der Zeit ist, investiert in **Klimaschutz, Bildung und Gerechtigkeit** und nicht in Beton, Benzin und Lohndumping.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Solche Politik als ökologische Marktwirtschaft zu bezeichnen, ist reines Etikettenkleben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das waren die Richtigstellungen. Jetzt zur Regierungserklärung.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben drei Regierungserklärungen gehört, die von Herrn Car-

stensen, die von Herrn von Boetticher und die von Herrn Kubicki. Drei Anläufe, uns zu erklären, was die Landesregierung eigentlich will. Je länger das alles dauerte, desto größer sind meine Zweifel geworden, dass sie es selbst überhaupt weiß. Es gab viele Widersprüche in den Reden. Auf einige werde ich zu sprechen kommen. Einige waren produktiv, die zwischen alt und modern, Herrn von Boetticher, andere, die zwischen Land und Bund, sind überhaupt nicht aufgeklärt worden. Drei Ankündigungsreden. Zweieinhalb Stunden ohne inhaltliche Festlegungen. Konkret ist diese Regierung bis jetzt nur darin, Standards zu senken, getarnt unter den Modeworten Freiheit und Eigenverantwortung, und in dem Verweis auf die Familie.

Jedes dritte Kind in Kiel lebt in Armut. Jedes dritte **Kind** lebt in **Armut**, aber Wohlfahrt kann auch erdrücken. Das ist billig, das ist destruktiv, und das ist letztlich auch kurzatmig, denn der Abbau der Arbeit der Verbände wird dazu führen, dass wir später dafür zahlen müssen, dass Sie die Finanzierung jetzt nicht sicherstellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Glauben Sie nicht, dass Sie den Haushalt sanieren können, indem Sie Umwelt-, Sport-, und Sozialverbänden die Mittel kürzen! Ist das das „näher am Menschen“, von dem Herr Carstensen immer spricht? Wenn es das ist, verstehe ich zum ersten Mal, warum der Landesverdienstorden angeschafft wurde, nämlich weil man offensichtlich symbolische statt materieller Förderung betreiben will. Hier ein Orden, da einen Strauß roter Nelken, und dafür kulturelles Hungerleiden und geschlossene Bildungseinrichtungen! Na, schönen Dank, Genosse Carstensen!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Jedes Jahr werden **Vereine und Verbände** nun einen neuen Antrag stellen, Herr Kubicki. Das müssen sie tun, wenn die Umstellung auf **Projektförderung** durchgezogen wird. Das scheint mir der sicherste Weg zu sein, Bürokratien aufzublähen. Es ist die Uneinsichtigkeit im Kleinen, in das, was uns die Finanzkrise im Großen gelehrt hat: Ein Weniger an Standards ist eben nicht automatisch ein Mehr an Ertrag. Und so atmet diese ganze Regierungserklärung, dieser ganze Koalitionsvertrag, diese ganze Debatte den Muff der Vergangenheit.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

(Dr. Robert Habeck)

Die gleiche Regierungserklärung, den gleichen Koalitionsvertrag hätten wir auch 1986 oder 1997 halten und schließen können.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Sie hätten den schließen können!

(Ursula Sassen [CDU]: Hätten wir die Regierung damals schon gestellt! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie haben „wir“ gesagt!)

Wie in der Endphase der Kohl-Regierung gilt für diese Regierung offensichtlich: Je weniger sie zu sagen hat, desto länger braucht sie dafür.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Was wir bislang hörten - die Rede von Kubicki schließe ich ausdrücklich ein -, waren eins zu eins die Satzbausteine der letzten Jahre. Wer es nachlesen möchte: Die Regierungserklärung von 2005 liegt vor Marlies Fritzen auf dem Tisch. Sie werden sich wundern. Hätte ich auch eine Stunde Redezeit, hätte ich Ihnen hier eine gemütliche Zeit machen können.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Wie bitte? Ich verstehe Sie so schlecht, Herr Kubicki.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Die waren auch so inhaltsleer. Genauso. - Gesagt wurde, was immer gesagt wurde - ich sagte es ja -, übrigens auch im Bündnis mit der SPD. Für diesen Aufschlag jedenfalls hätte man die Koalition nicht brechen müssen.

Herr Kollege Kubicki, der Unterschied ist - Sie sagten ja: „Geben Sie uns ein bisschen Zeit!“ -, dass beim letzten Mal wenigstens ein 100-Tage-Programm vorgelegt wurde und die Regierung sagen wollte, womit sie anfängt. Diesmal steht gar nichts drin.

Ich habe auch nicht verstanden, ob der **Landesentwicklungsplan** jetzt überarbeitet oder neu geschrieben wird. Noch nicht einmal da scheint Klarheit zu herrschen. Das Einzige, was da ist, ist das Beteuern, wie gut sich die CDU- und FDP-Männer verstehen und wie nett sie zueinander sind. Das ist natürlich neu. Das scheint auch angenehm zu sein. Aber genau das ist auch das Problem. Es ist nämlich erneut der Rückzug ins Private und somit Spiegelbild einer

überkommenen Politik, die darauf verzichtet, organisierend und strukturierend einzugreifen.

Diese Regierungserklärung ist konsistent nur in einem, in der Aneinanderreihung von lauter Kleinklein, immer nur das Rumschrauben an den kleinen Rädern, nie der Versuch, einmal ein großes Rad zu drehen. Ich muss zugeben: Es bedarf tatsächlich Mut, das hier heute als Aufbruch und als großen Wurf vorzustellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Ich gebe allen recht, Herr Ministerpräsident, Herr von Boetticher, Herr Kubicki: Wir brauchen einen Aufbruch. Nur leider sehe ich ihn nicht. Und ich habe den Koalitionsvertrag gelesen: Kein Aufbruch - nirgends! Der Aufbruch wurde offensichtlich vergessen zu verhandeln. Nur das Gerede davon. Das ist allerorten. Das ist im besten Fall Autosuggestion - die wäre hilfreich -, im schlimmsten Fall Täuschung und im allerschlimmsten Fall - wie ich befürchte - Selbsttäuschung.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Sehr geehrte Damen und Herren, auch wenn die Worte sich gleichen, so gibt es doch einen Unterschied zwischen dieser und der letzten Regierung. Es ist der Unterschied zwischen Verplantheit und Fadenscheinigkeit.

Denn Kern Ihrer Erklärung, das, woran Sie gemessen werden wollen, ist die **Haushaltssanierung**. Die Ausführungen dazu machten den Kern der Rede aus.

Aber wie sieht die Wirklichkeit aus? - „Alles kommt auf den Prüfstand“, hören wir. „Nur noch das wird unterstützt, was dem Land und der Wirtschaft nachhaltig nützt“. Und: „Wir werden Verzicht üben müssen“. Und der erste Beschluss der schwarz-gelben Mehrheit ist die Renovierung der alte Betonstraße an der dänischen Grenze für 28 Millionen €. Eine Straße, die für den Bundesgrenzschutz gebaut wurde. Für eine Grenze, die längst offen ist. Wissen Sie, wie viele gleichrangige Kreuzungen an der **L 192** sind? Auf 37 km hat sie eine gleichrangige Kreuzung.

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir werden noch über die **Landesmittel** für **Lübeck-Blankensee** debattieren, einem Flughafen, der noch nicht mal einen Investor hat. Gut, wie ich gestern lesen konnte, wenn das Land nicht einsteigt,

(Dr. Robert Habeck)

schlecht, wenn Investitionen - Zitat de Jager - „im Rahmen geltender Richtlinien“ bereitstehen. Gemeint ist offensichtlich der Erlass

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

für Investitionen, die über Sicherheitsmaßnahmen hinausgehen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, wir denken gleich.

Wenn die SPD noch mehr will, macht das die Sache nicht besser.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich zitiere aus Ihrer Rede, Herr Ministerpräsident:

„Nur die Investitionen mit bester Rendite werden wir weiter fördern.“

0451-1220. Das ist die Telefonnummer des Lübecker Rathauses. Rufen Sie doch mal an und fragen Sie, wie super die Rendite des Flughafens ist.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, Projektförderung, das ist nur ein anderes Wort für Willkür. Genau umgekehrt würde ein Schuh daraus werden: Eine systematische Förderung erlaubt auch eine systematische Einsparung. Stattdessen wird nach wie vor mit der Gießkanne durchs Land gezogen und mit dem Rasenmäher gedroht. Das aber ist nicht Regieren, das ist Schrebergärtnern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Sagen Sie nichts gegen Schrebergärtner!)

Weil mir Böses schwant, möchte ich gleich davor warnen, dass Ihr neues Lieblingskind ÖPP die Antwort auf all unsere Haushaltsprobleme wird. ÖPP vertagt die Schulden doch nur auf nachfolgende Generationen. Damit lassen sich vielleicht Straßen sanieren, aber gewiss keine Haushalte.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich habe eine ungefähre Ahnung davon, wie es ist, mit der SPD zu regieren. Dass ausgerechnet ich mich heute vor sie stellen muss, ist auch bezeichnend. Aber Wahrheit muss Wahrheit bleiben. Sie zeigen auf die rotgrüne Vergangenheit. Im Bündnis mit der SPD wurden 220 **Stellen im Landesdienst** abgebaut, jährlich. In der letzten Legislatur, als ein CDU-

Mann, jetzt Innenminister, Schlie, sich um die Sache kümmerte, waren es zwei. In vier Jahren!

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich glaube, sechs Stellen!)

Sie hatten den Finanzminister, Sie stellten den Ministerpräsidenten und einen Entbürokratisierungsstaatssekretär. Für so durchsetzungsstark gegen diese geballte CDU-Mannschaft halte ich die SPD nicht. Im Gegenteil. Ich halte es für billiges Schuldzuschieben. Und es wundert mich, dass Sie heute so offen sagen, dass Sie vier Jahre lang von den Sozis komplett blockiert wurden. Täusche ich mich oder hieß es nicht immer auch: „Das Kabinett arbeitet gut“? Das ist entweder Vergesslichkeit oder Schuldzuweisung.

Auch dass Sie verkünden: „Wir werden bis zum Jahr 2020 10 % der Stellen abbauen“, und weiter sagen: „So weit ist noch keine Landesregierung gegangen“, ist schlicht falsch.

Auch das hatten Sie schon mit der SPD. Bereits im Juni wurde ein **Nachtragshaushalt** beschlossen. Allerdings hat die FDP damals dagegen gestimmt. Das wirkt an einem Tag wie diesem etwas lustig. Der beschlossene Nachtragshaushalt sieht vor, **Stelleneinsparungen von 10 %** vorzunehmen.

Der Haushalt und der Beschluss dazu sind gültig. Wie haben Sie sich damals alle dafür gelobt! Seitdem ist zugegebenermaßen viel passiert. Aber im Finanzministerium scheinen mir die Leute doch jeden Tag zur Arbeit gegangen zu sein. Der Finanzminister ist auch noch derselbe.

Fast ein halbes Jahr später können Sie nicht erklären, wie die damals gefassten Beschlüsse umgesetzt werden sollen. Das werden Sie fürderhin auch nicht tun können, denn Sie von der CDU haben sich von der FDP austricksen lassen. Über die Hälfte der angekündigten **4.800 Abbaustellen** ist durch den Koalitionsvertrag längst gebunden und vor Streichungen geschützt. Nicht dass ich falsch verstanden werde: Auch wir haben gesagt, die sogenannte demografische Rendite soll im Bildungssystem bleiben. Dazu schweigt die FDP, weil sie weiß, dass ich recht habe. Wir haben aber nicht so getan, als würden wir alles gleichzeitig tun können: netto Stellen abbauen und dabei neue Stellen schaffen, Steuern senken und Standards erhöhen. Ich erwarte von Ihnen nicht, dass Sie den Bildungsbereich rasiieren. Ich erwarte schlicht Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit. Ausnahmsweise erwarte ich das auch von der FDP.

(Dr. Robert Habeck)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kubicki, als Monika Heinold vorhin dazwischenrief und fragte, was mit den 120 Millionen aus dem kommunalen Finanzausgleich sei, wäre die Antwort fällig gewesen, wie Sie damit umgehen. Sie haben vor der Wahl immer gesagt, das würde zurückgenommen.

(Zuruf von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

- Doch, das hat er gesagt, Herr Carstensen. Damals haben Sie sich sehr darüber geärgert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die FDP hat sich oft über die sogenannte **Merkel-Steuer** lustig gemacht. Sie erinnern sich: Was kriegt man, wenn man keine Mehrwertsteuererhöhung - so damals die SPD - und eine Mehrwertsteuererhöhung um 2 %, wie die CDU sie wollte, zusammen tut? - Richtig, so sagte die FDP, man kriegt 3 %. Dass sich das nun hier wiederholt, ist schon fast mehr als ironisch. Die CDU wollte 4.800 Stellen streichen. Wolfgang Kubicki hielt das im Wahlkampf für nicht darstellbar und konnte sich maximal eine Ersparnis von 800 Stellen vorstellen. Wie einigt man sich? - Richtig, indem man beides zusammenpanscht und aus 4.800 plus 800 Stellen 5.600 Stellen macht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn das Erste die Merkel-Steuer war, dann ist das gerade Dargelegte eine Kubicki-Rechnung. Sie wird allein deshalb nicht aufgehen, weil es sich um **Beamtenstellen** handelt und Beamte bekanntlich Pension bekommen. Sie bleiben dem Haushalt erhalten. Für den Moment sei das aber geschenkt.

Reden wir von Wirklichkeit und Fadenscheinigkeit. Es geht also um 5.600 Stellen - ohne Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten und den Justizbereich. Ich zitiere erneut aus der Regierungserklärung:

„Neue Aufgaben können nicht on top gesetzt werden. Wer neue Aufgaben und damit zusätzliche Ausgaben will, muss künftig sagen, was dafür an anderer Stelle gespart werden soll.“

- Die **EU** fordert eine einheitliche Anlaufstelle der Landesregierung. Sie ist mit fünf Stellen veranschlagt. Dagegen ist im Prinzip nichts zu sagen. Im Grunde sollte es stets so sein, und so sahen es auch unsere Pläne zur Verwaltungsstrukturreform stets

vor: Die Bürgerinnen und Bürger bekommen eine **Anlaufstelle**. Diese muss doch aber aus dem vorhandenen Personalbestand geschaffen werden. Das sind doch keine neuen Stellen. Wo Beratung gebündelt wird, muss sie anderenorts wegfallen. Diese Stellen sind doch alternativ statt additiv. Welche Stellen sollen denn wo wegfallen? Dazu schweigt man im Finanzministerium. 5.600 Stellenstreichungen ankündigen, und wenn es darum geht, fünf Stellen zu streichen, keinen Plan haben: Das ist wirklich große Politik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Herr Ministerpräsident, bei den **20.000 Stellen**, die bis **2020** wegfallen sollen, handelt es sich - ich habe heute Morgen noch einmal nachgeschaut - um 19.500 Stellen.

Sie haben das Jahr 2010 eingerechnet. Im Finanzausschuss habe ich die Aussagen Ihrer Parteifreunde so verstanden, dass gar nichts passieren soll. Wenn Sie das Jahr 2010, in dem es um 625 Stellen geht, wieder herausrechnen, verbleiben rund 18.900 Stellen. Von diesen Stellen sind nur 6.600 in der Landesverwaltung und den Ministerien. Der Rest steckt in Polizei, Justiz und Schulen, die ja ausgenommen werden sollen. Wie soll denn diese Rechnung bitte aufgehen? Wie wollen Sie denn 5.600 Stellen von 6.600 Stellen abbauen? - Diese Rechnung kann doch gar nicht aufgehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Statt hier so zu tun, als hätten Sie alles im Griff, hätte ich erwartet, dass Sie die Karten auf den Tisch legen und nicht immer nur Ankündigungsrhetorik betreiben, dass es bald ganz ernst wird. Das ist wie im Falle von jemandem, der eine Diät machen will und der auf die Frage, wann es losgehen solle, ein Leben lang sagt: ab morgen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Minister Klug, können Sie mir erklären, wieso ein Kulturminister eine **Kulturbeauftragte** braucht? - Das ist doch irgendwie merkwürdig. Ich finde es richtig, dass die Kulturabteilung wieder ins Bildungsministerium geht. Das wäre ein Beispiel für Aufgabenkritik, die Herr Kubicki ja anmahnt. Es wäre eine Chance für Stellenabbau. Stattdessen werden die Strukturen verdoppelt.

Ein anderes Beispiel ist der schon längst eingesparte Posten des **Leiters der Landesvertretung**. Jetzt gibt es ihn plötzlich wieder, besetzt von einem

(Dr. Robert Habeck)

FDP-Mann. Das gönne ich ihm persönlich, aber politisch ist es doch geradezu dreist, Wasser zu predigen und Wein zu saufen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und dem SSW)

Es gibt einen neuen **Mittelstandsbeauftragten** und einen **Integrationsbeauftragten**. Mir klingt dabei noch das neoliberale Wort vom Beauftragtenunwesen im Ohr. Dieses Unwesen hat jetzt offensichtlich Einzug erhalten. Alles, was angekündigt wurde, ist Schnee von gestern, wenn es darum geht, die eigenen Leute unterzubringen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Um noch einmal auf das offensichtlich doch sehr emotionale Thema zurückzukommen: Ich frage mich, was man anstellen muss, um nicht Minister in Ihrem Kabinett werden zu dürfen, Herr Carstensen.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Die Einzigen, die vor die Tür gesetzt wurden und für die es keine Gnade und kein Pardon gibt, sind die Frauen. Ich zitiere noch einmal aus der heutigen Regierungserklärung:

„Es gibt immer noch viele Felder, auf denen Frauen in unserem Land im Nachteil sind.“

- Stimmt!

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und dem SSW)

Das ist bitter. Noch bitterer aber ist es - hier spreche ich die FDP an -, wenn man gar keine findet.

(Zuruf von Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, Sie haben doch auch eine Frau gesucht - willkommen im Hause, Herr Schmalfuß! -, aber soweit ich weiß, ist Herr Schmalfuß keine Justizministerin.

Aufgabenkritik bedeutet, keine Angst vor Reformen der Verwaltung zu haben, auch nicht vor Strukturveränderungen. Deshalb braucht es eine **Verwaltungsstrukturreform**. Das wäre schon die Aufgabe der letzten Regierung gewesen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt verrate ich Ihnen, warum sie gescheitert ist. Ihr Problem waren nämlich nicht persönliche Unverträglichkeiten. Sie hatten ein Erkenntnisproblem: Die CDU hätte sich mit ihrer Lobby, etwa

den Landräten, anlegen müssen. Die Sozis hätten sich mit der Ministerialbürokratie anlegen müssen, die sie letztlich aufgebaut haben. Ein Sozialdemokrat hätte Finanzminister und ein CDU-Politiker hätte Innenminister werden müssen. Sie haben es andersherum gemacht und sind in lächerlicher Parteilichkeit untergegangen. Das Unfassbare ist, dass Sie von der CDU daraus nichts gelernt haben. Im Gegenteil!

Ich wundere mich tatsächlich, dass sich die CDU als Partei, die seit fast fünf Jahren an der Regierung beteiligt ist, von der FDP so hat übertölpeln lassen. Es ist immer von einem Motor die Rede. Faktisch würde ich von Übertölpelung sprechen. Polizei, Justiz und Bildung - ihre Lobbygruppen - zieht die FDP vor die Klammer und ruft dabei: Stellenabbau, daran soll man uns messen. Dabei zeigt sie mit dem Finger auf Sie, die Herren von der CDU, auf Schlie, Wiegard und Carstensen, ohne selbst auch nur einen Deut Verantwortung zu übernehmen. Als wäre das nicht genug, hetzt sie in Berlin gleichzeitig für Steuersenkungen - wir haben es gerade noch einmal gehört -, die dem Land endgültig den Garaus machen werden.

Noch vor wenigen Monaten, Herr Carstensen, als es darum ging, einen Grund für Neuwahlen zu finden, wollten Sie die SPD aus der Regierung werfen, weil sie sich angeblich weigerte, Sparbemühungen bis zu einem Umfang von 600 Millionen € mitzutragen. Jetzt weigert sich das Finanzministerium trotz wiederholter Mahnungen unsererseits, wenigstens eine **mittelfristige Finanzplanung** vorzulegen, und missachtet damit einmal mehr die Beschlüsse dieses Parlaments. Es ist keineswegs so, dass dieser Beschluss der Diskontinuität anheimgefallen ist. Der ist allein Ihrer Hilflosigkeit anheimgefallen. Wo sind denn die angeblich vorhandenen Pläne für die dreistelligen Einsparungen? Hat sie schon jemand gesehen? - Offensichtlich war alles nur Taktik. Diese Taktik habe ich aber erst heute richtig verstanden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ist Ihnen klar, dass wir eine neue Regierung haben?)

- Ja, ich komme jetzt auf die neue Regierung zu sprechen. Ich werde auch dazu etwas sagen, was aus Ihrer Taktik werden wird. Sie geben als Begründung für die Nichterstellung einer mittelfristigen Finanzplanung an, dass man erst die **Rahmenbedingungen des Bundes** für die langfristige Finanzplanung kennen muss. Letzteres sei zugegeben. Das rechtfertigt aber überhaupt nicht, Ersteres nicht zu tun. Das macht nur einen Sinn, wenn man bereits jetzt den geordneten Rückzug vorbereitet.

(Dr. Robert Habeck)

Ich sage Ihnen, wie es enden wird. Im nächsten Herbst werden Sie sagen: Wir hätten es geschafft, aber der Bund hat die Rahmenbedingungen so verschlechtert, dass jetzt leider alles vergebens ist. Es gibt jetzt keine mittelfristige Finanzplanung, damit keiner nachprüfen kann, ob es stimmt. Gleichzeitig werden Sie einen tollen Beschluss fassen, wie das Land ab 2014 konsolidiert werden kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich sage Ihnen: Ein Konzept, das wieder alles vertagt, ab 2014 dann aber 1.000 Stellen pro Jahr einsparen soll, braucht kein Mensch. Ich weiß nämlich nicht, was Sie 2014 vorhaben. Wir werden dann aber ein Land regieren müssen.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das Dumme ist nur, dass ich nicht weiß, mit wem wir regieren sollen.

Herr Kubicki, Sie haben im Wahlkampf allen alles versprochen. Jetzt müssen Sie die Trümmer wieder einsammeln. Sie waren 15 Jahre lang ein passabler Oppositionslautsprecher. Das gebe ich gern zu. Als Pressesprecher von Garg und Klug taugen Sie aber schlecht. Gefühlte 140 Jahre haben Sie den **Rechnungshof** zum Leumund Ihrer Argumentation gemacht. Kaum kritisiert er aber einmal einen der Ihnen, hat er plötzlich keine Ahnung.

Da sagt der Landesrechnungshof, dass die **Gemeinschaftsschulen** Oberstufenzentren brauchen, und der Bildungsminister verweigert sich mit den Worten - das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen -, die würden ja die **Gymnasien** gefährden. Was ist das denn bitte für eine Begründung? Das ist doch nicht liberal. Das ist doch zynisch.

Es mag gute und schlechte Argumente in der Bildungspolitik geben, über die man streiten und mit denen man sich auseinandersetzen kann, aber taktische Argumente sind das Allerletzte. Sie verhöhnen letztlich die Kinder, die Eltern und die Lehrer, die sich auf einen neuen Weg machen, die vielleicht ein bisschen länger oder anders lernen wollen als die Norm. Letztlich erklärt es auch nicht, wie Sie es einlösen wollen, mehr Abiturienten zu schaffen, wenn Sie den Gemeinschaftsschulen keine **Oberstufen** geben wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die FDP hat sich in der Opposition in einer Haltung eingerichtet, die wir bei uns „Fundi“ nennen. Da waren nur vollmundige Versprechungen, und jetzt haben Sie ein richtig fettes Glaubwürdigkeitsproblem.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist doch meins!)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter Dr. Habeck, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Keine Ahnung. Ist das üblich?

(Heiterkeit und Zurufe)

- Ich habe mir meine Fragen alle verkniffen, dabei hatte ich einen ganzen Bauchladen voll.

(Heiterkeit und Zurufe)

- Na klar, ja, los, Herr Kubicki!

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Habeck, ich möchte an sich auch Ihnen die 100-Tage-Frist als Oppositionsführer geben.
- Meine Frage lautet: Habe ich Sie richtig verstanden, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dieser Regierung empfiehlt, den Vorschlägen des Rechnungshofs zu folgen, alle Lehrerstellen, die im Rahmen der demografischen Entwicklung frei werden, vollständig zur Einsparung zu nutzen?

- Ist die Frage beendet?

(Heiterkeit)

Nein, das konnten Sie doch nachlesen, dass wir nicht dafür sind. Ich habe es auch gerade in meiner Regierungserklärung gesagt - -

(Heiterkeit und Zurufe)

- Einer muss es ja tun. - Ich habe das doch gerade gesagt - Sie haben offensichtlich nicht gut zugehört -: Ich will nicht falsch verstanden werden, dass wir das wollen. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass Sie, glaube ich, noch nie dem Landesrechnungshof widersprochen haben, außer wenn einer der Ihnen angezählt wird. Es ist natürlich ehrenhaft, sich vor seine Leute zu stellen, aber in der Logik ist es doch bemerkenswert inkonsistent.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darf ich weitermachen?

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Ja.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

„Fundi“ war das Stichwort. Da waren nur vollmundige Versprechungen, und jetzt haben Sie ein fettes Glaubwürdigkeitsproblem. Hier im Land gefallen Sie sich - wir haben es heute wieder ein paar Mal gehört -, Herr Carstensen und Herr Kubicki, in der Rolle des Robin Hood. Aber in Wahrheit sind Sie Prinz John und der Sheriff von Nottingham, dessen Leute das Land plündern. Es sind nämlich Ihre Leute in Berlin, die schleswig-holsteinischen Abgeordneten und die Delegierten, die für den Bundeskoalitionsvertrag die Hand heben, der den Gemeinden hier das Genick bricht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Und es sind die unhaltbaren Wahlversprechen der FDP, in deren Windschatten das Wahlergebnis eingefahren wurde, das Ihnen heute die Regierungsmehrheit sichert. Die Unwahrheiten von Westermelle haben Sie mindestens billigend in Kauf genommen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Welche Unwahrheiten denn? - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Das ist ein juristischer Ausdruck, Vorsicht!)

- Auch das darf ich nicht sagen? - Aber es ist doch unwahr, sich alles leisten zu können, ohne die Einnahmen zu erhöhen!

Herr Kubicki, jetzt ist Ihr Wahlkampflogan Vergangenheit. Es heißt: „Wir konnten, was wir taten.“ Genauer müsste es eigentlich heißen: „Wir wussten, dass wir prahlten.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Sie wollten die Partei der Wirtschaftskompetenz und der finanziellen Solidität sein, und tatsächlich ist es nun Ihre Partei, die das Land Schleswig-Holstein mit ungedeckten Schecks endgültig ruiniert.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Warten Sie doch erst einmal ab!)

- Ja, ich warte es ab, und ich habe aufmerksam zugehört, was Herr von Boetticher über Keynes gesagt hat. Er hat recht: Das Dilemma aller Regierungen war, dass sie in den guten Jahren nicht gespart haben. Keynes funktioniert so: Wenn es schlecht

läuft, muss man die Ausgaben erhöhen; wenn es gut läuft, muss man sparen. Aber ab wann sollen denn die Steuersenkungen der Regierung greifen, ab den Jahren, wo es hoffentlich gut wird? - Das gilt es zu verhindern. Deswegen warte ich voller Spannung darauf, ob Herr von Boetticher - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

- Herr von Boetticher, ich wünsche Ihnen, dass Sie Bundeskanzler werden. Dann können Sie zeigen, dass Sie es kapiert haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zeche für dieses Maulheldentum zahlen jetzt Land und Kommunen. Freibäder, Bibliotheken, Kitas, Schulen, Musikunterricht an den Volkshochschulen werden der Mär vom einfachen und gerechten Steuersystem geopfert. Mit der **Gewerbsteuer** wird die wichtigste Finanzierungsquelle der **Kommunen** infrage gestellt. Sie muss nicht abgebaut, sondern zukunftsfest umgebaut werden, indem sie zu einer kommunalen Wirtschaftsteuer entwickelt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Einen zusätzlichen Hebesatz auf die Einkommensteuer - wie angedacht - würde die Bürger weiter belasten. Das wäre nicht „mehr Netto vom Brutto“, sondern weniger.

Das Gleiche gilt für die Idee einer Kompensation durch Beteiligung der Länder an der **Mehrwertsteuer**. Deren Mittel sind doch längst alle gebunden. Das würde unweigerlich zu einer Mehrwertsteuererhöhung führen, wie sie Kollege Kubicki ja auch schon bei „Was erlauben Strunz“ angekündigt hat. Das war immerhin ehrlich, Herr Kubicki.

Wieso aber nun ausgerechnet für die Gastwirte diese Steuer gesenkt wird, damit Unternehmer in die Hotels kommen, die die Steuer doch sowieso absetzen können, das soll mir einmal einer erklären. - Das ist doch Lobbyismus und Flickschusterei! Solche Wirtschaftskompetenz ist Gastwirtschaftskompetenz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Als Antwort darauf sollen „Kompensation“ und „fairer Ausgleich“ kommen. Sie hätten heute erklären können, welche Kompensationen das sein sollen. Eine weitere Betonstraße?

(Dr. Robert Habeck)

Durch die falsche Politik in Berlin gehen dem Land und den Kommunen 130 Millionen € flöten, und Sie reden von Kompensation und verteilen hier Beruhigungsspillen. Das ist nicht Aufbruch, das ist Sand-in-die-Augen-schmeißen!

Sehr geehrte Damen und Herren - ich komme jetzt zu dem besinnlichen Teil, von Herrn von Boetticher; es tut mir leid, aber es muss einmal angemahnt werden -, Schleswig-Holstein war einmal ein Land des politischen Aufbruchs. Wir waren das Windland Nummer 1. Hier wurden Steuerkonzepte vorgedacht und Bildungspolitik erfunden. Eine Frau war Ministerpräsidentin, Kultur wurde gelebt.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Und heute: Schleswig-Holstein, Land zwischen den Affären.

(Zuruf)

Dennis Snower verlegt das Global Economic Symposium, das schleswig-holsteinische Davos, nach Istanbul. Die Leuchttürme werden abgewrackt. Fehlt nur noch, dass die Weinreben am Deich nicht anwachsen. Dann wäre Ihre Politik endgültig gescheitert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sehr geehrte Damen und Herren, Die Ausgangslage wäre für jede Regierung schwierig. Tatsächlich ist sie widersprüchlich, wenn man sie mit den Kriterien des alten Denkens versucht zu analysieren. Wir müssen investieren und sparen, wir müssen umsteuern und uns einschränken, und zwar ökologisch radikal. Und gleichzeitig müssen wir das Bruttosozialprodukt steigern.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir brauchen andere und bessere Bildung, und die Schulen ächzen unter Reformen. Das aber ist alles nicht neu, das war bekannt. Es war sozusagen die Stellenausschreibung für die Regierung in dieser 17. Legislatur. Wer sich für sie beworben hat, hätte doch mindestens eine Idee vom Umfang der Probleme haben müssen, ein paar Antworten in der Schublade.

Unsere sind - dass ich Ihnen die nicht schuldig bleibe -: Bildungssoli, Hochschullastenausgleich, Alt-schuldenfonds, Verwaltungsstrukturreform, Green New Deal und weg von Öl, Uran und Kohle.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, wir brauchen einen neuen Aufbruch, einen neuen demokratischen Anlauf - wir werden ja noch über das Wahlrecht reden -, ein anderes Investitionskriterium, ein anderes Nachhaltigkeitsverständnis. Ja, wir brauchen auch wieder Umverteilung. Sie muss zwingend mit jedem Sparbeschluss einhergehen, damit die Gesellschaft nicht immer weiter gespalten wird.

Was wir nicht brauchen, ist eine weitere Aushöhlung des Gemeinwohls durch weitere Steuersenkungen. Ich spreche da - Sie haben es ja angemahnt - sehr selbstkritisch aus rot-grüner Erfahrung. Steuersenkungen schaffen keinen Aufschwung. Das tun nur **Investitionen**, wie Herr von Boetticher richtig ausführte, und die muss sich die öffentliche Hand leisten können.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Für uns und mich beschränkt sich Opposition in diesem Parlament in dieser Grenzsituation des Landes Schleswig-Holstein nicht auf trotziges Nein-Sagen, sondern im Aufzeigen von alternativen Wegen. Deshalb möchte ich für meine Fraktion nochmals betonen, dass wir gern bereit sind, konstruktiv mitzuarbeiten, und dass wir mit unseren Anträgen heute, morgen und übermorgen genau das tun, Anträge, die auch gut aus Ihren Reihen hätten kommen können.

Es ist nicht so, dass wir uns vor Verantwortung drücken. Das haben wir nie getan. Im Finanzausschuss hat Monika Heinold für uns angeboten und beantragt, dass auch die Opposition an der angekündigten **Haushaltsstrukturkommission** beteiligt wird. Der Antrag wurde abgelehnt. Leider hat noch nicht einmal die Opposition geschlossen für ihn gestimmt. Auch das bedrückt mich.

Ich möchte dieses Angebot erneuern, auch für andere Politikbereiche: den Ausbau der erneuerbaren Energien, größere Autonomie von Schulen, Bildungsinvestitionen, richtige Wirtschaftsförderung, Haushaltskonsolidierung, Verwaltungsstrukturreformen.

Allerdings gilt das nur unter zwei Bedingungen: Erstens. Die Politik muss geleitet sein vom Bestreben, in einer auseinanderdriftenden Gesellschaft Zusammenhalt zu organisieren. Für einen Rückzug aus der Gemeinschaftsverantwortung dieser Gesellschaft werden wir nicht die Hand heben. Das miteinander, der faire Ausgleich und die Verteilung der Lasten auf viele Schultern darf nicht der Privata-

(Dr. Robert Habeck)

tisierung und Entsolidarisierung geopfert werden. Die bisher angedachten, beschlossenen oder umgesetzten Pläne zur Teilprivatisierung des UK S-H, die ÖPP-Träume oder manche Vorstellung, die sich hinter den Bildungsideen verstecken mag, die Kopfpauschalen in Gesundheit und Pflege, sie gehen in die falsche Richtung. Aber ich will versöhnlich schließen: Lieber Minister Garg, beim Kampf gegen Philip Rösler können Sie auf uns zählen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweite Bedingung für eine konstruktive Mitarbeit unsererseits ist, dass es so etwas wie ein Konzept oder einen Plan geben muss, was wie getan wird. Genau den vorzustellen, wäre heute hier Ort und Zeit gewesen. Herr Carstensen, Sie haben Ihre Regierungserklärung und die Gunst der Stunde schlecht genutzt. Die letzte Regierung endete als Bettvorleger, die neue ist als solcher gestartet.

(Anhaltender Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktionen haben beschlossen, die Debatte über die Regierungserklärung vor der Mittagspause zu beenden. Dies bedeutet, dass die Debatte voraussichtlich bis 14:45 Uhr dauern wird, und dann wird bis 16 Uhr eine Mittagspause eingelegt werden.

Ich erteile nun das Wort der Abgeordneten Ellen Streitbürger, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, und weise darauf hin, dass es nach meiner Information ihre Jungfernrede ist.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ellen Streitbürger [DIE LINKE]:

Herr Kubicki, Sie irren! - So, dann starte ich mal meine Jungfernrede.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin ja nun heute nicht die Erste, die ihre Gedanken zur Koalition des Aufbruchs, wie sie sich nennt, kundtut. Von außen betrachtet empfindet man diese Namensgebung vielleicht als mutig oder gar als vermessen, wenn man sich den Koalitionsvertrag betrachtet. Mutig insofern, als man sich viel Häme aussetzt bei einem derart hochtrabenden Titel, gemessen an den eher bescheidenen Inhalten. Aber diese Einschätzung trägt nur dann, wenn man von der üblichen Assoziation ausgeht, dass Aufbruch etwas in die Zukunft Gerichtetes wäre, wie zum Bei-

spiel Aufbruch hin zu einem modernen und zukunftsfähigen Bildungssystem, oder Aufbruch hin zu einem Schleswig-Holstein der sozialen Gerechtigkeit, oder Aufbruch hin zu einer flächendeckenden Gesundheitsvorsorge mit allen Möglichkeiten der modernen Medizin, und das für alle.

So lese ich zwar in der Präambel des Koalitionsvertrags vom „Aufbruch in eine bessere Zukunft“ und „Wir sind Partner für eine bessere Zukunft“, aber was versteht die Koalition unter besserer Zukunft? In Wahrheit vertritt diese Regierung nur genau das, was wir von einer konservativ-neoliberalen Regierung auch erwartet haben, oder, besser formuliert, was wir befürchtet haben und wogegen wir gekämpft haben. Die Wählerinnen und Wähler haben mehrheitlich unsere Sorgen um die Zukunft Schleswig-Holsteins geteilt und haben dieser Regierung nicht die Mehrheit der Stimmen gegeben.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass diese Regierung nicht auf einer demokratischen Mehrheit der Wählerstimmen gegründet ist, sondern auf nur drei Stimmen, nämlich den beiden eigenen und der Stimme der Landeswahlleiterin im Landeswahlausschuss. Dadurch fehlt dieser Regierung in meinen Augen leider die demokratische Legitimation.

(Beifall bei der LINKEN)

Das erklärt natürlich auch die Eile, mit der Koalitionsvertrag und Regierungsbildung durchgezogen wurden. Nur schnell Fakten schaffen, bevor jemand Einspruch einlegt. Die Hoffnung, dass Verfassungsrichter eine installierte Regierung nicht kippen werden, spielte dabei sicherlich auch eine große Rolle.

Dass unter dieser Eile die Qualität in mehrfacher Hinsicht gelitten hat, darüber sind sich auch alle Außenstehenden einig, egal ob sie aus den Oppositionsparteien, aus der Medienlandschaft oder aus der interessierten Öffentlichkeit kommen. Besonders befremdlich erscheint mir und offensichtlich nicht nur mir, sondern außer mir wahrscheinlich allen Frauen im Lande, dass es nur eine Frau in die Ministerriege geschafft hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Eines der großen und alle Wählerinnen und Wähler bewegenden Themen ist das Thema soziale Gerechtigkeit. Dieses Thema ist auch von der Regierung nicht völlig übersehen worden. Es taucht auf in der Leitlinie „Sozial ist, was Arbeit schafft“; wir haben das heute schon gehört. Jeder weiß, dass das in dieser Platttheit Unsinn ist. Jeder, der in einem oder

(Ellen Streitbürger)

mehreren Minijobs arbeitet oder der in einem Vollzeitjob arbeitet und damit nicht einmal genug zum Leben verdient und zum Aufstocken gezwungen ist, kann bestätigen, dass diese Art Arbeitsplätze nichts mit „sozial“ oder „gerecht“ zu tun haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Regierung hat sich auch vorgenommen, für **Gerechtigkeit** zu sorgen, indem sie gleiche Startchancen für alle schaffen will. Wie naiv und weltfremd ist das denn? Wo sind denn in dieser Gesellschaft gleiche Startchancen für Kinder aus Hartz-IV-Familien oder Kinder aus Migrantenfamilien und Kindern aus Akademikerfamilien? Deutschkurse werden uns da nicht wirklich weiterhelfen.

Nun steht eine schwarz-gelbe Regierung in der öffentlichen Wahrnehmung für die versammelte Sachkompetenz in Fragen von Wirtschaft und Finanzen. Die spannende Frage ist nun - wir haben sie heute leider nicht beantwortet bekommen -: Wo konkret zeigt sich dieser Sachverstand bei unserer Landesregierung?

Sicherlich ist durch die **Finanz- und Wirtschaftskrise** mit fehlenden Steuereinnahmen und hohen Kosten durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig unvorstellbar hohen Krediten und Bürgschaften für Banken eine ganz schwierige Situation in Bund und Ländern entstanden. Die **HSH Nordbank** hat dadurch, dass sie im Wesentlichen frei von staatlicher Kontrolle agierte, das Ihre zur Verschlechterung der Finanzsituation in Schleswig-Holstein beigetragen.

Wo sind also die Konzepte des schwarz-gelben Sachverständigen, um unser Land aus dieser schwierigen Situation zu führen? Da höre und lese ich nur vom Prinzip Hoffnung, Hoffnung auf Wirtschaftswachstum. Nur Wirtschaftswachstum kann Arbeitsplätze schaffen und Beschäftigung sichern und damit die Einnahmesituation des Landes verbessern. So lautet das Credo dieser Regierung.

Das Prinzip Hoffnung ist uns als Konzept aber zu wenig, zumal sogar unsere Bundeskanzlerin - das ist auch heute schon mehrfach zitiert worden - davor warnt, man müsse damit rechnen, dass die Situation am Arbeitsmarkt zunächst noch viel schlechter werden wird, bevor im nächsten Frühjahr vielleicht eine Tendenz zum Wirtschaftswachstum sichtbar werden könnte.

Unsere Landesregierung hat sich vorgenommen, deutschlandweit die wirtschaftsfreundlichsten Rahmenbedingungen zu schaffen, um das nötige Wachstum zu generieren. Da wirtschaftsfreundlich

ganz sicher nicht arbeitnehmerfreundlich ist, ist damit auch klar, dass in Schleswig-Holstein keine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erwarten ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern aber genau das: eine **Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen** für die Menschen im Land. Wir wollen den Aufbau eines **öffentlich geförderten Beschäftigungssektors** mit regulären versicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, von denen man leben kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese sollen im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich geschaffen werden und die entwürdigenden Ein-Euro-Jobs ersetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann haben wir die Arbeitsplätze, die Binnennachfrage und das Wirtschaftswachstum, das wir brauchen.

Neben dem Hoffen auf Wirtschaftswachstum trägt aus Sicht der Regierung ein zweiter Teil des Konzepts zur **Verbesserung der finanziellen Situation** des Landes bei. Wir haben das heute auch schon gehört: Sparen, sparen, sparen. Oder, es klingt besser: Anpassung der Ausgaben an die Einnahmen.

Um dieses Ziel zu erreichen, sollen alle Fördermaßnahmen, Zuschüsse und Zuwendungen überprüft und reduziert werden. Die Konsequenz daraus sollte allen klar sein: In allen Bereichen, in der Kunst, der Kultur, im Sport und im Sozialen wird gestrichen. Theater und Museen müssen sich auf harte Zeiten einstellen.

Andere Aufgaben sollen privatisiert werden. Was Privatisierung bedeutet, haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schon in zu vielen Bereichen in Schleswig-Holstein erleben müssen. Ein privater Investor will Profite erwirtschaften. Das ist sein Interesse. Das ist aus seiner Sicht sogar seine Pflicht. Er hat keinen Blick für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für Soziales fühlt er sich nicht zuständig. Auf Privatisierung folgt Rationalisierung, und die Arbeitsplätze, die erhalten bleiben, sind Arbeitsplätze mit schlechterer Bezahlung und höherer Arbeitsdichte. Deshalb lehnen wir auch die **Privatisierung der Service GmbH des UK S-H** ab und werden gegen weitere Privatisierungspläne kämpfen.

(Beifall bei der LINKEN)

(Ellen Streitbürger)

Zur Ankurbelung der Wirtschaft hat sich die Regierung viele Gedanken über die **Versiegelung** schleswig-holsteinischer **Landschaft** gemacht. Es sollen enorme Projekte in Sachen Straßenbau in Angriff genommen werden: Ausbau sämtlicher Autobahnen, Ausbau von Bundesstraßen zu Autobahnen und natürlich die Fehmarnbelt-Querung mit der notwendigen Hinterlandanbindung. Dafür werden auch enorme finanzielle Mittel benötigt werden, die das Land Schleswig-Holstein gar nicht aufbringen kann.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Überwiegend Bundesmittel!)

Deshalb werden die **Öffentlich-Privaten-Partnerschaften**, die ÖPPs, als Finanzierungsmöglichkeit bevorzugt. Private Investoren und nicht das Land nehmen Kredite für diese Projekte auf. Wer sich mit ÖPP-Projekten auseinandergesetzt hat, weiß, dass es sich dabei nur um verdeckte Kreditaufnahmen handelt, und dass sich Länder oder Kommunen auf Jahrzehnte mit undurchschaubaren Knebelverträgen zu viel zu hohen Abträgen verpflichten und damit ihre Haushalte belasten, überlasten oder sperren. Letztlich wird ohnehin alles viel teurer als bei Eigenfinanzierung.

Nun sind die ÖPP-Pläne leider nicht nur Überlegungen, die in die falsche Richtung zielen, sondern bereits Realität. Das hat jetzt die Umsetzung des ersten Projekts zur Finanzierung der Erneuerung der **Landesstraße 192** gezeigt. Gleichzeitig ist das auch ein gelungenes Beispiel dafür, dass man seine Überzeugung genauso schnell wechseln kann wie seinen Platz im Plenarsaal.

Während also viel Geld in Beton investiert werden soll, hält man sich in Sachen Bildung sehr zurück. Beim ersten Lesen des Koalitionsvertrages zum Thema Bildung war mein Gedanke: Na toll, das alles hatten wir schon in den vergangenen Jahrzehnten. Und für mich wird gerade beim Thema Bildung deutlich, dass mit Aufbruch niemals ein Aufbruch in die Zukunft gemeint sein kann.

Es war ja schon schlimm, was wir Lehrerinnen und Lehrer in der vergangenen Legislaturperiode unter Schwarz-Rot an Schulchaos ertragen mussten. Zwei völlig unterschiedliche Vorstellungen von Schule wurden zu völlig wahnwitzigen Kompromissen zusammengeführt und die Umsetzung unter Zeitdruck an der Schulbasis erzwungen. Viel, viel Zeit und Kraft wurden uns abverlangt, und leider lief ein großer Teil dieser Anstrengungen ins Leere, weil sich zum Beispiel die Eltern dem Chaos entzogen und ihre Kinder an den Gemeinschaftsschulen statt

an den Regionalschulen anmeldeten. Viel Ärger, Verzweiflung und Hilflosigkeit entstanden bei Eltern, Schülerinnen und Schülern und bei Kolleginnen und Kollegen bei der **Umsetzung** von **G8** und der **Profiloberstufe** an den Gymnasien ohne Lehrpläne, ohne Konzepte, dafür aber mit einer gigantischen Arbeitsüberlastung für alle.

Die Regierung möchte nun erst einmal Ruhe an der Schulbasis einkehren lassen.

(Klaus Klinckhamer [CDU]: Das ist doch richtig!)

Diese Ruhe ist auch dringend erforderlich. Aber noch wichtiger wären klare Konzepte. Nun aber läuft alles auf Beliebigkeit hinaus. Alles kann, nichts muss. Die Schulen können entscheiden: Wollen wir jahrgangsübergreifendes Lernen in der Eingangsphase, wollen wir Lernpläne in der Grundschule, wollen wir wieder Förderzentren, oder aber arbeiten wir weiter integrativ an anderen Schulen, wollen wir Binnendifferenzierung an den Gemeinschaftsschulen, wollen wir weiter Regionalschule bleiben, wollen wir G8 oder G9 oder beides? Ich kann nicht Chaos durch Beliebigkeit ersetzen und dann auch noch erwarten, dass dabei ein zukunftsfähiges Schulsystem entsteht.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ines Strehlau-Thomas [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im Gegenteil entfernen wir uns auf diesem Weg immer weiter davon, dass alle Kinder die gleichen Bildungschancen haben. Deshalb solidarisiert sich meine Fraktion auch mit den Schülerinnen und Schülern und den Studierenden, die heute hier in Kiel demonstrieren, und wir unterstützen ihre Forderungen.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ines Strehlau-Thomas [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Forderungen sind auch unsere Forderungen, nämlich die Forderung nach einem längeren gemeinsamen Lernen in Gemeinschaftsschulen, nach kleineren Klassen, nach mehr Wahlfreiheit in der Oberstufe, nach Abschaffung von G8, nach bedarfsgerechter Ausstattung in allen Kitas, Schulen, Hochschulen und Jugendeinrichtungen und nach kostenloser Bildung für alle - von der Krippe bis zur Hochschule.

Was uns dagegen die Regierung anbietet, ist - wie gesagt - Bildungspolitik aus dem vergangenen Jahr-

(Ellen Streitbürger)

tausend. Auf diese Art werden wir niemals eine auf die Zukunft orientierte Schul- und Bildungspolitik bekommen. Im nationalen wie im internationalen Vergleich wird Schleswig-Holstein im Ranking immer weiter nach unten sinken - an den Stellen, wo das überhaupt noch möglich ist.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich kann auch klatschen, Herr Kubicki.

Es ist jedem, außer offensichtlich den Mitgliedern der Regierungsparteien, klar, dass das bestehende **mehrgliedrige Schulsystem** nicht Vielfalt und Qualität sichert.

(Beifall bei der LINKEN)

- Danke schön, auf Rat von Herrn Kubicki, das finde ich großartig.

Im Gegenteil haben gerade Kinder aus problembelasteten Familien dadurch weniger Chancen auf gute Bildung, dass viel zu früh in die einzelnen Schultypen sortiert wird und anschließend kaum eine Durchlässigkeit nach oben besteht. Diese **Chancenungleichheit** vergeudet einerseits Ressourcen und zementiert andererseits eine Ungerechtigkeit in der Gesellschaft, wie wir sie ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Ungerechtigkeit erzeugt Frust, Wut und Hass auf andere oder auf die gesamte Gesellschaft.

Ein mehrgliedriges Schulsystem ist eben nicht die beste Voraussetzung für individuelle Bildung und Förderung, wie es uns die Regierung weismachen will, sondern es ist die individuelle Förderung eines jeden Kindes in einer Schule für alle, wie sie Pädagoginnen und Pädagogen seit Jahren fordern und wie sie uns viele Länder vormachen.

(Beifall bei der LINKEN)

In einer **Gemeinschaftsschule** wird eben nicht aussortiert und ausgegrenzt, sondern Schülerinnen und Schüler lernen, solidarisch miteinander umzugehen und den Schwächeren zu helfen - das, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist und gleichzeitig auch das höchste Ziel für unsere gesamte Gesellschaft sein sollte.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch der **Landesrechnungshof** bestätigt, dass das Nebeneinander der unterschiedlichen Schulformen ein pädagogisch sinnloser Luxus ist. Seinen Berechnungen zufolge hätten wir in den nächsten zehn Jahren 4.200 Lehrerstellen durch den **Rückgang**

der Schülerzahlen zu viel. Das müssen wir aber als Chance begreifen und nutzen. Grundschulen müssen wohnortnah erhalten bleiben, Klassen müssen verkleinert und mit mindestens zwei Lehrkräften integrativ oder gar inklusiv unterrichtet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann könnte Unterricht auch bei uns endlich so gestaltet werden, wie es uns die skandinavischen Länder schon lange vormachen.

Dass wir dazu auch die Veränderung des **Lehramtsstudiums** fordern, erschließt sich von allein. Wir wollen keine schulartbezogenen Profile der Lehrerbildung, die nur das mehrgliedrige Schulsystem auf Jahrzehnte verfestigen, sondern ein Studium, das zum Unterrichten an einer Gemeinschaftsschule mit Binnendifferenzierung und gymnasialer Oberstufe befähigt.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Die Regierung will Gerechtigkeit im Land erreichen, indem sie für gleiche Startchancen sorgt. Dann würde es doch Sinn machen, allen Kindern den Besuch einer Kita zu ermöglichen. Das setzt Beitragsfreiheit aller drei Kita-Jahre voraus.

(Beifall bei der LINKEN und SSW)

Denn sonst sind genau die **Kinder** ausgeschlossen, die **aus finanzschwachen Familien** kommen. Jede Erzieherin wird Ihnen aus der Praxis berichten können, dass ein Jahr zu wenig ist, um zum Beispiel Kinder mit Migrationshintergrund und ohne Deutschkenntnisse zu integrieren und schulreif zu machen. Sich für eine Vereinheitlichung der Sozialstaffel im Land einzusetzen, reicht für eine Umsetzung von Chancengerechtigkeit nicht aus. Und es reicht uns auch nicht aus, nur zu prüfen, ob die Versorgung bedürftiger Kinder mit einer warmen Mahlzeit sichergestellt werden kann. Die Versorgung aller Kinder mit einem Mittagessen muss garantiert sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Alles andere wäre beschämend in einem reichen Land wie Deutschland.

Es wird überall und nicht zuletzt in der Wirtschaft beklagt, dass in Deutschland im Verhältnis zu anderen europäischen Ländern zu wenig junge Menschen eines Jahrgangs ein Studium beginnen und dass von denen, die ein Studium beginnen, ein zu hoher Prozentsatz das begonnene Studium wieder abbricht. Nicht einmal diese relativ wenigen Studentinnen und Studenten finden ein vernünftiges

(Ellen Streitbürger)

Studiumangebot vor. Die Hochschulen sind personell und finanziell unterversorgt. Die **Bachelor- und Master-Studiengänge** sind nicht aufeinander abgestimmt. Sie sind zu verschult und bringen am Ende nicht annähernd die Qualifikation, die die alten Magister- und Diplomstudiengänge boten. Selbst ohne Studiengebühren sind viele Studentinnen und Studenten auf einen Job neben dem Studium angewiesen, um dies überhaupt finanzieren zu können.

Die **personelle Unterbesetzung** der **Unis** hat zur Folge, dass zum Beispiel Pflichtseminare zu selten angeboten werden, sofort belegt oder teilweise überbelegt sind. Volle Seminarräume und Hörsäle, Zeitdruck, wenig individuelle Betreuung der Studierenden, Doppelbelastung durch Studium und Job, erhöhter Prüfungsstress und oft fehlende berufliche Aussichten sind Alltag der Studierenden. Dass viele Studentinnen und Studenten bei diesen schlechten Bedingungen aufgeben, erstaunt nicht wirklich. Deshalb ist die Landesregierung gefordert, auch auf Bundesebene aktiv zu werden, die dringend nötigen Gelder einzufordern und sich für bessere Studienbedingungen einzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein weiteres wichtiges Thema ist für uns die **Gesundheitsversorgung** im Land. Wir stimmen mit der Regierung überein, dass wir eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung für alle Menschen brauchen. Wie kann allerdings eine medizinische Versorgung wirtschaftlich sein, wie gefordert? Und wirtschaftlich für wen? Ganz klar ist unser Gesundheitssystem wirtschaftlich für die Pharmaindustrie. Wir fordern aber, dass der medizinische Fortschritt, der ja zum Teil mit öffentlichen Mitteln finanziert wird, allen Bürgern gleichermaßen zugutekommt,

(Beifall bei der LINKEN)

und das in Stadt und Land.

Wie die **medizinische Versorgung** auf dem **Land** aussieht, wissen wir. Immer weniger Allgemeinmediziner lassen sich auf dem Land nieder, und Fachärzte sind für viele fast unerreichbar weit weg. Nichts ist also dringender zu realisieren als eine Wohnortnahe Versorgung.

Auch die Stärkung der Strukturen von **Palliativ- und Hospizstützpunkten**, die Erweiterung der **psychiatrischen Versorgung** und die **Vernetzung** von medizinischen und psychologischen Angeboten unterstützen wird. In einer Gesellschaft, in der die Menschen immer älter werden und damit auch immer stärker auf Pflege angewiesen sind, und immer

mehr Menschen psychisch erkranken, ist der Aufbau und Ausbau der angesprochenen Strukturen zwingend.

(Beifall bei der LINKEN)

Als letzten Punkt möchte ich das Thema **Energie** ansprechen. Es freut uns, dass der Ausbau erneuerbarer Energien im Zentrum der Energiepolitik der Regierung steht. Auch wir wollen den Ausbau erneuerbaren Energien, nur schneller und ausschließlicher als die Regierungsparteien.

(Beifall bei der LINKEN)

Unsere maroden **Atommeiler** gehören endgültig vom Netz. Es ist völlig indiskutabel, Reststrommengen auf andere AKWs übertragen zu wollen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei SPD und SSW)

Die Entscheidung für Atomenergie war von vornherein völlig verfehlt.

(Beifall bei der LINKEN und SSW)

Bis heute gibt es keine Lösung der **Entsorgungsproblematik**.

Ein Ausbau oder gar Neubau von **Kohlekraftwerken** in Verbindung mit der Wahnsinnsidee, CO₂ unterirdisch einzulagern, ist keine Lösung.

(Beifall bei der LINKEN und SSW sowie vereinzelt bei der SPD)

Sie würde unserer Klimaproblematik nicht gerecht werden, und daher lehnen wir das grundsätzlich ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass der Wahlkreis unseres Herrn Ministerpräsidenten als erster in der Diskussion um einen Standort für die **CO₂-Einlagerung** war, lässt mich hoffen, dass der Widerstand in unserem Land gegen die Einlagerung hier und auch in anderen Bundesländern stark genug sein wird, diese Technologie zu verhindern.

(Beifall bei der LINKEN und SSW)

Meine Damen und Herren, Herr Carstensen hat uns versprochen, dass unsere neue Regierung mit Tatkraft und Mut für einen Aufbruch sorgen wird. Tatkraft und Mut haben wir auch, und wir werden durch eine starke und, wie ich hoffe, gemeinsame Opposition dafür sorgen, dass der Aufbruch in den Abgrund verhindert wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Das Wort hat jetzt die Vorsitzende der Fraktion des SSW, Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir eine Bemerkung vorweg: Es war die Landesregierung, die darauf bestand, dass der Ministerpräsident eine Stunde Redezeit haben soll. Er hat uns also diesen Redemarathon eingebracht. Darum sage ich ganz klar und deutlich: Es ist völlig inakzeptabel, dass der Ministerpräsident jetzt keine Lust hat, den Rest der Debatte zu verfolgen.

(Beifall bei SSW, SPD und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der SSW hat nach der vorzeitigen Auflösung des 16. Landtags immer wieder unterstrichen, dass für uns das wichtigste eine handlungsfähige Regierung ist, die sich auf gemeinsame Ziele verständigen kann und Schleswig-Holstein endlich wieder weiterbringt. Der Koalitionsvertrag war ein erster Lackmustrtest, ob die Gemeinsamkeiten bei Schwarz-Gelb für eine starke Regierung ausreichen. Aber das Testergebnis fiel so schwach aus, dass es schwer war, zu einem Urteil zu kommen. Auch die heutige Regierungserklärung hat nicht die erhoffte Klarheit gebracht. Entweder reicht der Mut nicht aus, um Klartext zu reden, oder die beiden Koalitionspartner sind wirklich noch nicht weiter. Jedenfalls wurden unsere gedämpften Erwartungen heute nochmals unterboten.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Dabei hat diese Regierung als Nachfolgerin der Großen Koalition es so einfach wie noch nie, Handlungsfähigkeit und Einigkeit zu demonstrieren. Immerhin haben CDU und FDP sich auch im Rekordtempo auf einen Koalitionsvertrag verständigen können. Sein Inhalt macht deutlich, dass die ideologischen Gemeinsamkeiten der Partner ungleich größer sind. Eigenverantwortung, Leistung, Privatisierung, angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, das ganze liberale und neoliberale Vokabular sind vorhanden und zeigen die großen theoretischen Schnittmengen dieser Landesregierung. Trotzdem - das ist die wahre Überraschung - sucht man in den zentralen Fragen Handfestes vergebens. Der Koalitionsvertrag ist seichte politische Belletristik, mit dem Weichzeichner geschrieben. Es liegt an den Handelnden, daraus erst noch ein faktenreiches Sachbuch zu machen. Man darf gespannt sein, ob die Gemeinsamkeiten von CDU und FDP dafür reichen.

Gerade bei der Finanzpolitik haben beide Koalitionspartner die Latte vor der Wahl besonders hoch gehängt. Jetzt geben sie aber keine ausreichende Antwort darauf, wie sie tatsächlich darüber springen wollen. Das zeigt schon das symbolträchtigste Thema: die Reduzierung des Landespersonals. In ganzen drei dürren Sätzen des Koalitionsvertrages wird erklärt - der Ministerpräsident hat das in seiner Regierungserklärung etwas deutlicher gesagt -, dass die Koalition 10 % der **Stellen im Landesdienst** streichen will; das sind rund 5.600. Ich bin wirklich gespannt darauf, wie die konsequente Trennung von verzichtbaren Aufgaben aussieht, die uns die Koalition ankündigt. Wir können zwar davon ausgehen, dass CDU und FDP die minimalistischen Rekorde der Großen Koalition bei der Entbürokratisierung brechen werden. Aber am Ende wird sich herausstellen, dass nicht so viel überflüssig ist. Wolfgang Kubicki hat im Wahlkampf gesagt, dass allenfalls 700 Stellen, also keine 2 %, entbehrlich sind.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich gehe jede Wette ein, dass das Endergebnis näher an Ihrer Prognose als am Koalitionsvertrag liegen wird.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Egal, ob man in der Koalition nun wirklich glaubt, dass 5.600 Mitarbeiter entbehrlich sind, oder ob mit 10 % einfach ein runde Zahl gewählt wurde, von der kein Mensch weiß, wie sie erreicht werden soll: Schwarz-Gelb hat kein Bild davon, wie die Verwaltung der Zukunft aussieht, und welche Aufgaben sie erledigen soll.

(Beifall beim SSW)

Bestehende strukturelle Reformkonzepte wie die Justizreform von Uwe Döring, die Vorbildcharakter für weitere Bereiche haben könnten, bleiben unerwähnt. Das einzige, worauf CDU und FDP sich verständigen konnten, ist die Einführung eines **zentralen Personalmanagements**. Aber das ist kein Ersatz für fehlende Konzepte.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Erst wenn man eine konkrete Vorstellung davon hat, wie sich die Landesverwaltung entwickeln soll, kann man gezielt überflüssige Aufgaben und Stellen streichen oder verlagern. Solche gemeinsamen Vorstellungen haben die CDU und die FDP aber bislang nicht.

(Anke Spoorendonk)

Mit den **pauschalen Kürzungsbeschlüssen** verschiebt die Koalition die Konflikte in die Zukunft. Die Hoffnung ruht nun auf einer kleinen **Haushaltsstrukturkommission**, die mit Mitgliedern des Kabinetts und der Regierungsfractionen besetzt wird. Wir sehen dieses Verfahren sehr skeptisch. Dazu kann man auch parlamentstheoretisch etwas sagen. Denn Aufgabe des Parlaments ist es, die Regierung zu kontrollieren, nicht aber, eine Einheit von regierungstragenden Fraktionen und Regierung herzustellen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wir sehen das also sehr skeptisch. Zum einen wäre es bei einer so entscheidenden Frage ratsam gewesen, nicht allein auf den rein monetär ausgerichteten Landesrechnungshof, sondern auch auf anderen Sachverstand zurückzugreifen. Denn wir wollen nicht nur eine billige, sondern auch eine effektive, moderne und motivierte Verwaltung.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Zum anderen kann die institutionelle Einbindung der Fraktionen von CDU und FDP leicht dazu führen - da bin ich wieder bei meinem Parlamentsverständnis, lieber Herr Kollege Kubicki -, dass nach der Beschlussfassung in der Kommission kein Spielraum für Änderungen durch den Landtag mehr besteht, weil die Koalitionsfraktionen bereits mitgewirkt haben und Kompromisse eingegangen sind. Das wäre für das Parlament ein ebenso schlechtes Signal wie die Tatsache, dass in den **Bereichen Integration und Wirtschaftspolitik** unter dem Deckmantel der **Beauftragten** die Funktion des parlamentarischen Staatssekretärs wieder eingeführt wird. Dass diese Regierung das Parlament wenig ernst nimmt, hat der Ministerpräsident bewiesen, als er ausgerechnet die Bühne der Landesvertretung in Berlin und ein Publikum aus der Wirtschaft gewählt hat, um seine Sparpolitik darzustellen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Diese Landesregierung wird nicht umhinkommen, den Menschen in Schleswig-Holstein Härten zuzumuten. Soweit ich sehen kann, wird es nicht gerade die Wirtschaft sein, die darunter zu leiden hat. Deshalb sollte Peter Harry Carstensen zumindest den Mut haben, seine bitteren Wahrheiten zuerst den betroffenen Menschen selbst und ihren Volksvertretern ins Gesicht zu sagen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Aber wenn der Ministerpräsident schon in der Hauptstadt war, dann hat er hoffentlich auch die Gelegenheit genutzt, mit der Bundesregierung Klarheit zu reden. Denn das zweitgrößte Risiko für unseren Haushalt nach der HSH Nordbank ist die schwarz-gelbe Koalition auf Bundesebene.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Die treibenden Kräfte hinter der **Schuldenbremse** treiben nun eine kurzsichtige, schuldenfinanzierte Beglückung voran, und unser Land und unsere Kommunen dürfen mit 134 Millionen € jährlich zu dieser Zeche beitragen. Egal, wie sehr wir uns um Einsparungen bemühen: Dieses Wahlgeschenk der Bundesregierung bedeutet mehr Schulden für Schleswig-Holstein und schlechtere Leistungen für die Bürger. Deshalb muss die Landesregierung in Berlin an vorderster Front gegen die gemeingefährlichen Pläne der Bundesregierung kämpfen. Das hat der Ministerpräsident - wie üblich etwas später als andere Länderkollegen - jetzt auch selbst erkannt.

Diese Koalition ist als Koalition des Aufbruchs angetreten, aber sie wird als Koalition des - mir fällt leider kein anderes Bild ein - Abbruchs enden, wenn es ihr nicht gelingt, einen praktikablen Weg des Schuldenabbaus zu finden. Die Anpassung der Ausgaben an die Einnahmen wird es allein nicht bringen.

Wenn CDU und FDP sich nur auf die mehr oder weniger freiwilligen Ausgaben des Landes stürzen, bleibt vom gesellschaftlichen und sozialen Leben in Schleswig-Holstein nur noch ein Trümmerhaufen. Der einzige Weg zu einem finanziell gesunden Land ist ein systematischer **Abbau der Altschulden**, die uns jährlich Unsummen für Zins und Tilgung kosten. Deshalb ist es eine bittere Enttäuschung, dass das Wort „Altschuldenfonds“ in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten nicht ein einziges Mal verwendet wurde.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

In den nächsten Jahren wird die Finanzpolitik ein besonders hartes Brot sein. Umso bedenklicher ist es, dass dieses Topthema von einem Minister besetzt wird, der innerhalb eines Jahres das gesamte Vertrauen in seine Kompetenz und Handlungsstärke verspielt hat. Auch wenn die Große Koalition sie jetzt in ein anderes Ressort verlegt hat, bleibt die **HSH Nordbank** zuerst ein finanzpolitisches The-

(Anke Spoorendonk)

ma und das Risiko Nummer 1. An dem seidenen Faden, der die Bank bisher vor einem Absturz gerettet hat, hängt auch die Existenz des Landes Schleswig-Holstein. Es ist Aufgabe der Landesregierung, dafür zu sorgen, dass dieser Faden nicht reißt. Wir teilen das Ziel der Landesregierung, den Sondermüll HSH so schnell wie möglich loswerden zu wollen. Nur leider wird ihn uns keiner abnehmen. Auch nach der unvorstellbar großen Geldspritze im Frühling wird keine Ruhe in die Diskussion um den Betrieb unserer Landesbank einkehren. Umso unerträglicher ist es, dass die Regierung sich beflissentlich aus all dem heraushält.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Große Koalition hat sich aus dem Aufsichtsrat zurückgezogen, und Schwarz-Gelb will keine Verantwortung übernehmen. Lediglich ein regierungsinterner Lenkungsausschuss soll es richten. Die Landesregierung verzichtet freiwillig auf ein direktes Mitspracherecht, während HSH-Chef Nonnenmacher und der Aufsichtsratsvorsitzende Hilmar Kopper die politisch Verantwortlichen und die Bürger unseres Landes weiter an der Nase herumführen. Deshalb möchte ich besonders in Richtung der FDP sagen: Den starken Worten müssen auch Taten folgen - nicht nur im Untersuchungsausschuss, sondern auch im Rahmen ihrer Regierungsverantwortung.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN sowie vereinzelt bei der SPD)

Der Koalitionsvertrag trägt in den Teilen, in denen wichtige Entscheidungen schon gefallen sind, die Handschrift der FDP. Das begrüßen wir, wenn es um die Innenpolitik geht. Wir werden jetzt gespannt lauschen, wie Innenminister Schlie, den wir nicht gerade als bekennenden Liberalen in Erinnerung haben, diese neuen Töne in der Praxis anstimmen wird.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Bereich der **Polizei** gewährt der Koalitionsvertrag erste Einblicke, die für den Anfang durchaus begrüßenswert sind. Dass im operativen Dienst keine Stellen gestrichen werden dürfen und dass es keinen Rückzug aus der Fläche geben darf, sind Selbstverständlichkeiten. Die bisherigen Reformvorhaben haben deutlich gemacht, dass die schleswig-holsteinische Polizei mit ihren Kapazitäten an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stößt. Es ist

Aufgabe der Landesregierung, zu verhindern, dass die Arbeitsbedingungen für die einzelne Polizistin und den einzelnen Polizisten sich durch immer neue Aufgaben weiter verschlechtern.

Weiter verschlechtern dürften sich auch die Bedingungen des Landesentrums für den Datenschutz nicht. Es ist kein Geheimnis, dass die CDU bei diesem Thema nicht gerade in Wallung gerät - jedenfalls nicht im positiven Sinn. Aber Schleswig-Holstein hat im Bereich **Datenschutz** eine Vorreiterrolle für ganz Deutschland, und auch auf internationaler Ebene ist das ULD ein angesehener Partner. Diese Stellung müssen wir aktiv erhalten.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei CDU und SPD)

Dasselbe gilt für den Zwilling des Datenschutzes, die **Informationsfreiheit**. Hier sind die Ankündigungen der Koalition höchst beunruhigend. Eine Entbürokratisierung durch die Zusammenlegung des Umweltinformationsgesetzes und des Informationsfreiheitsgesetzes hört sich erst einmal fein an. Wenn das bedeutet, dass das IFG an die hohen Standards des Umweltinformationsgesetzes angepasst wird, dann hat das auch die volle Unterstützung des SSW. Allerdings haben die bisherigen Erfahrungen gezeigt, dass es eher um Verschlechterungen geht. Die Praxis belegt, dass der bürokratische Aufwand gering ist - im Verhältnis zum demokratischen Gewinn allemal.

Deshalb möchte ich davor warnen, dieses Wahrzeichen eines modernen Staates und einer modernen Verwaltung wieder zu opfern.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Trotzdem bleibe ich dabei: Für die Bürgerrechte ist dieser Koalitionsvertrag in weiten Teilen ein Fortschritt, den wir uneingeschränkt begrüßen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In einer Reihe anderer wichtiger Fragen wird dieses Bündnis unser Land aber nicht voranbringen. Besonders bitter ist der Kompromiss in der **Bildungspolitik**. Als Zukunft gilt nun eine „Gemeinschaftsregionalschule“, die an der frühen Sortierung der Kinder festhält und deren Gemeinschaftsschulteil durch äußere Differenzierung ausgehöhlt wird. Möglicherweise kehrt sogar die Realschule als Untote zurück. Diese Lösung, an einer halbfertigen

(Anke Spoorendonk)

Schulreform festzuhalten und möglicherweise noch ein wenig Altes zurückzuholen, mag Konflikte in der CDU und in der FDP befrieden. Für die Schulkinder und ihre Eltern ist dies eindeutig die falsche Richtung - für den Landesrechnungshof im Übrigen auch.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN sowie vereinzelt bei der SPD)

Eine ähnliche Verflüchtigung der Verantwortung finden wir auch in der **Hochschulpolitik**. Hier und da wird ein bisschen rumgeschraubt, das grundlegende Problem der fehlenden finanziellen Ausstattung wird aber großzügig ignoriert. Umso mehr sehen wir der weiteren Übertragung von Verantwortung an die Hochschulen mit Skepsis entgegen. Eine Stärkung der Autonomie der Hochschulen kann natürlich von Vorteil sein. Die Beseitigung der Probleme mit der Bologna-Reform ist aus unserer Sicht vor allem die Aufgabe der einzelnen Hochschulen. Darüber hinaus besteht aber die Gefahr, dass das Land die Probleme auf die Hochschulen abwälzt und sich zurücklehnt.

Stärkung der Autonomie muss heißen, dass das Land zunächst seine Verpflichtung erfüllt, gute Rahmenbedingungen zu schaffen - dann haben die Hochschulen die Verantwortung, diese auch mit guter Lehre und Forschung auszufüllen. Der SSW erwartet weiterhin, dass die Landesregierung den Hochschulstandort Flensburg stärkt, die **Universität Flensburg** nicht zu einer verkappten Pädagogischen Hochschule zurückentwickelt und ihre Selbstständigkeit nicht antastet.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD] und Birte Pauls [SPD])

In der **Minderheitenpolitik** haben wir heute immerhin ein Stück Klarheit bekommen. 2005 hat sich der Ministerpräsident entschieden, die Kulturpolitik in der Staatskanzlei anzusiedeln und die neue Stelle der Kulturbeauftragten mit der Stelle der Minderheitenbeauftragten bei einer Person zu bündeln. Diese Struktur wird jetzt wieder infrage gestellt. Es gibt gute Gründe dafür, die Kultur wieder mit dem Bildungsministerium zu vereinigen. Wer das Ohr an die Kulturwirtschaft in Schleswig-Holstein legt, weiß, dass sie nicht unbedingt besser schläft, seitdem die Kultur Chefsache ist. Für die Minderheiten ist es aber entscheidend, dass die Minderheitenpolitik nicht vom Tisch des Chefs fernrückt. Minderheitenpolitik ist in Schleswig-Holstein immer eine partei- und ressortübergreifen-

de Politik gewesen. Deshalb begrüßen wir, dass der Ministerpräsident weiterhin zuständig sein wird. Deshalb muss die Stelle der Minderheitenbeauftragten auch in der Staatskanzlei bleiben.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für den SSW steht die Gleichstellung der Minderheiten auch in dieser Wahlperiode ganz oben auf unserer Agenda. Wir haben in den letzten Jahren einiges erreicht. Unsere Kinder und Erwachsenen erhalten von ihrem Land aber immer noch nicht dasselbe wie ihre Gleichaltrigen in der Mehrheitsbevölkerung. Deshalb können wir nur davor warnen, hier wieder den Rotstift anzusetzen. Der SSW akzeptiert, dass die Lage des Landes so kritisch ist, dass es in den kommenden Jahren wenig Spielraum für eine weitere Annäherung an die Gleichstellung gibt. Wir werden aber keine Rückschritte akzeptieren. Wenn wir gleichgestellt sind, werden wir selbstverständlich auch solidarisch finanzielle Opfer erbringen wie der Rest der Bevölkerung. Aber solange dies in zentralen Bereichen nicht der Fall ist, werden wir das Ziel der Gleichstellung weiter verfolgen.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Minderheitenpolitik ist aber mehr als Finanzpolitik, und deshalb kann die schlechte Haushaltslage nicht als Entschuldigung dafür dienen, in diesem Bereich jetzt den Stillstand zu üben. Der SSW wird in dieser Wahlperiode Vorschläge für eine Sprachenpolitik des Landes unterbreiten, die nicht nur den kulturellen Reichtum unseres Landes herausstellt, sondern auch den Standort Schleswig-Holstein international profilieren und stärken kann. Wir hoffen dabei auf offene Ohren und tatkräftige Unterstützung durch die Landesregierung.

(Beifall bei SSW, der LINKEN und der Abgeordneten Birte Pauls [SPD])

Stillstand können wir uns ebenso wenig leisten, wenn es um die Fortentwicklung der **grenzüberschreitenden Zusammenarbeit** mit unseren dänischen Nachbarn geht. Ich möchte ausdrücklich anerkennen, dass Ministerpräsident Carstensen in dieser Frage wesentlich mehr geleistet hat als seine sozialdemokratische Vorgängerin.

(Beifall bei der CDU)

(Anke Spoorendonk)

Allerdings müssen wir auch erkennen, dass die neuen Jahrespläne im Jahrestakt nicht erfüllt werden. Die Hauptschuld hierfür trägt die Landesregierung, die gern Pläne schmiedet, aber die Umsetzung auf andere Ebenen abwälzt und sich vor der Finanzierung der konkreten Projekte drückt. Die Zusammenarbeit mit unseren dänischen Nachbarn ist die entscheidende strategische Perspektive, um Wachstum und Arbeitsplätze im Norden zu schaffen. Deshalb muss die Landesregierung hier endlich Butter bei die Fische tun.

Eine Voraussetzung für die grenzüberschreitende Entwicklung ist, dass die Infrastruktur stimmt. Deshalb begrüßen wir, dass der Ausbau der B 5 und der Ost-West-Verbindungen auf dem Plan der Koalition stehen. Große Projekte für den Norden wie den Ausbau der A 7 bis zur dänischen Grenze oder die Erneuerung der Rendsburger Hochbrücke werden aber nicht erwähnt. Es ist ganz offensichtlich, dass die feste Fehmarnbelt-Querung im Zentrum der **Verkehrspolitik** steht und für lange Zeit die Aufmerksamkeit und die Gelder in den Südosten des Landes lenken wird.

Dies lässt sich auch nicht dadurch beheben, dass beim Straßenbau nun die öffentlich-private Partnerschaft forciert wird. Der Fall **L 192** - Betonstraße - hat ja gezeigt, dass selbst der Landesrechnungshof einen wirtschaftlichen Gewinn durch ÖPP nicht klar belegen kann. Trotzdem habe ich keine Zweifel, dass in den kommenden Jahren die Privatisierungsprojekte wie Pilze aus dem Boden schießen werden. Die große Vorliebe von CDU und FDP für Privatisierungen ist weder rational noch empirisch, sondern ideologisch begründet - und sie ist überholt.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Die **Privatisierung von öffentlichen Aufgaben** ist eine Lösung der 80er- und 90er-Jahre. Die Praxis hat längst bewiesen, dass sie alles andere als ein Allheilmittel ist. Die Vorteile haben nicht zuerst die Bürger, sondern die Unternehmer, die damit Profit generieren. Die Politik gibt ihre Steuerungsmöglichkeiten für elementare öffentliche Aufgaben ab, trägt aber weiterhin die Risiken. Das ist ein Holzweg.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Von einem anderen Holzweg sind wir glücklicherweise abgekommen: Das Ergebnis der Landtags-

wahl hat sehr deutlich gemacht, dass die Menschen kein **CO₂-Endlager** wollen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Sie wollen es nicht hier, und sie wollen es nicht anderswo in Deutschland. Gerade weil wir uns in Schleswig-Holstein so intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt haben, hat unsere Landesregierung nun eine besondere Verpflichtung, dafür zu kämpfen, dass in ganz Deutschland

(Johannes Callsen [CDU]: Weltweit!)

die unterirdische CO₂-Endlagerung verboten wird.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Denn es geht nicht um Verhinderungspolitik nach dem Sankt-Florians-Prinzip. Die protestierenden Bürgerinnen und Bürger sind Mitstreiter für eine moderne Energiepolitik. Sie sind nicht nur gegen die Verlängerung der Kohlekraft, sondern für die Ausweitung neuer Energieformen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kreativität und das Engagement dieser Menschen sind ein Gewinn für unser Land. Die Bürgerbewegung könnte das Fundament für eine Vorreiterrolle Schleswig-Holsteins in der **Energie- und Klimapolitik** sein. Die schwarz-gelbe Koalition hat in diesem Bereich alles andere als einen Aufbruch vor. Zum Klimaschutz fallen CDU und FDP nur ein, dass der Aktionsplan Klimaschutz weitergeführt wird und dass eine Modellregion zur dezentralen Energieversorgung gefördert werden soll. Wer sich im Jahr 2009 Koalition des Aufbruchs nennt und dürre drei Sätze zur Klimapolitik findet, der hat entweder die Zeichen der Zeit verpennt, oder er gibt anderen Interessen den Vorrang.

(Beifall beim SSW)

Nicht nur in der Energiepolitik, auch im **Umweltbereich** werden CDU und FDP in der Praxis ihrem Image als Parteien gerecht werden, die im Zweifel wirtschaftliche Interessen bevorzugt bedienen. Wir hören zwar die weihevollen Worte des Ministerpräsidenten zur Bewahrung der Schöpfung, und auch die entsprechenden Passagen im Koalitionsvertrag klingen wohlfeil. Allein, angesichts der bisherigen Erfahrungen und angesichts des Mangels an konkreten Zielen fehlt uns hier der Glaube.

(Anke Spoorendonk)

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der jüngste Bericht zum Artensterben hat deutlich gemacht, dass dringend gehandelt werden muss. Unser Vertrauen in die Umsetzung dessen, was wir gerade gehört haben, ist aber noch schwächer als die Population der Feldhamster in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Eine andere Frage der Gewichtung bereitet mir bei dieser Koalition besonders große Sorgen. In Zukunft soll nur noch das finanziert werden, was dem Land und der Wirtschaft nachhaltig nützt, wie der Ministerpräsident es vor den Wirtschaftsvertretern in Berlin formulierte. Heute haben wir es gehört: Die wesentlichen Prioritäten liegen bei Bildung und Wirtschaftsförderung. Alles andere steht zur Disposition.

Wir stimmen völlig darin überein, dass Bildung, Arbeitsplätze und Wachstum die zentralen Zukunftsthemen sind. Das heißt aber nicht, dass alles andere vernachlässigt werden kann. Der Koalitionsvertrag und die Regierungserklärung erwecken den Eindruck, dass die Koalition das wirtschaftspolitische Konzept der Leuchtturmprojekte auf die gesamte Gesellschaft übertragen will und dass man sich voll und ganz auf einige wenige Bereiche konzentrieren kann, den Rest liegen lassen kann und so allen hilft. Dabei wird mutwillig übersehen, dass wir auch Menschen in unserem Land haben, denen nicht durch Bildung und Wirtschaftsförderung geholfen ist. Peter Harry Carstensen ist nicht nur der Ministerpräsident der Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Peter Harry Carstensen ist auch der Ministerpräsident jener Menschen, die nicht mehr die Chance haben, eine gute grundständige Bildung zu bekommen oder einen auskömmlichen Arbeitsplatz zu finden. Er ist auch Landesvater der HIV-Positiven, der Obdachlosen, der Drogenabhängigen oder der psychisch Kranken, um nur einige der Schwächsten in unserer Gemeinschaft zu nennen. Sie haben nichts davon, dass die CDU und die FDP dafür kämpfen, dass sie „in Freiheit und Eigenverantwortung ohne Bevormundung leben können“. Sie brauchen unsere Solidarität und unsere Unterstützung.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Eine **Sozialpolitik** der Chancen, die durch Bildung und durch mehr Arbeitsplätze Perspektiven und soziale Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet, erreicht

nicht alle Menschen, die Hilfe benötigen. Deshalb muss es auch weiterhin eine Politik geben, die sich um die anderen in unserer Gesellschaft kümmert. Alles andere wäre unsolidarisch. Ebenso wäre es auch extrem unsozial, die sozialen Hilfen, die in unserem Land nun einmal vielfach von Dritten erbracht werden, durch Projektförderung auf ein wackeliges, unstetes Fundament zu stellen oder gar der Selbsthilfe zu überlassen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Viele der vom Land geförderten Aufgaben oder Angebote, die jetzt infrage gestellt werden, brauchen wir dauerhaft. Deshalb bereitet es uns allergrößte Sorgen, wenn der Ministerpräsident den Unternehmen verspricht: Abgesehen von dem, was sie brauchen, wird alles andere auf den Prüfstand gestellt. Das nährt unsere Befürchtung, dass Schwarz-Gelb in Ermangelung eines Konzepts zu Kürzungen mit dem Rasenmäher quer durch Gesellschaft und soziale Hilfen ansetzt. Ich bin mir sicher, dass eine solche soziale Kälte den Urhebern derart eisig zurück ins Gesicht wehen wird, dass auch die Koalition brüchig wird. Wir werden auf jeden Fall das Unserige dafür tun, und ich bin mir sicher, dass wir in der Opposition engagierte Mitstreiter finden.

(Beifall bei SSW, der LINKEN und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der verkorksten letzten Wahlperiode hätten diese Koalitionsbildung und dieser Koalitionsvertrag sowie diese Regierungserklärung eigentlich ein fulminanter Neustart werden müssen. Dass dem nicht so ist, liegt vor allem an den Altlasten der CDU. Die Probleme der Großen Koalition waren eben nicht nur die Probleme der Union mit der SPD und ihrem Landesvorsitzenden. Den heutigen Versuch Peter Harry Carstensens, sich selbst als Turbo und Ralf Stegner als Bremse darzustellen, kauft ihm niemand ab.

(Beifall bei SSW, SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Die CDU hat seit 2005 ebenso versagt und dafür bei der Landtagswahl auch die Quittung bekommen. Der Ministerpräsident und seine Mannschaft tragen eine große Verantwortung für das Scheitern seiner ersten Regierung. Die Unfähigkeit, dieses aufzuarbeiten und die Konsequenzen daraus zu zie-

(Anke Spoorendonk)

hen, hat die Flitterwochen von CDU und FDP zu einem eher unspektakulären Ereignis gemacht, das nicht nur politisch, sondern auch personell nichts mit der versprochenen Koalition des Aufbruchs zu tun hat.

(Beifall bei SSW, der LINKEN und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die neuen politischen Impulse und die neuen Köpfe kommen nahezu ausschließlich von der FDP. Erst nach langem Hickhack und nach öffentlichem Druck gelang es der Koalition, noch eine einzige Ministerin zu finden. Das ist und bleibt ein Armutszeugnis sondergleichen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vieles wird davon abhängen, ob die CDU es schafft, das kulturelle Erbe der Großen Koalition abzustreifen. Wenn die Arroganz der Macht weiterhin waltet, dann wird es schwierig. Wenn diese Landesregierung es aber lernt, die Opposition ernst zu nehmen und einen starken Landtag als Bereicherung zu sehen, dann hat dieses Bündnis durchaus eine Chance, neue Wege zu gehen und auch jenseits der **Koalition** sachbezogen für Mehrheiten zu werben. Das wäre wirklich mutig.

Der SSW steht für eine solche konstruktive **Zusammenarbeit** von Fall zu Fall bereit. Wir werden kritische Oppositionsarbeit leisten, uns aber nicht verschließen. Wir werden zuhören und unsere eigenen Argumente vortragen. Wenn diese gehört werden, dann werden wir auch Entscheidungen der Mehrheit mit unseren Stimmen mittragen. Das ist gute SSW-Tradition, und das bleibt so. In diesem Sinne hoffe ich auf eine gute Zusammenarbeit mit allen in diesem Hause.

Erst einmal muss die Koalition aber den Beweis antreten, dass sie all das in überzeugende Konzepte gießen kann, was der Ministerpräsident heute angekündigt und versprochen hat. Wenn der Alltag beginnt und die verdrängten Konflikte zu Tage treten, dann wird sich zeigen, ob beide Partner wirklich dasselbe gemeint haben, als sie in Sektlaune den Koalitionsvertrag verfassten. Die gemeinsame Regierungsgrundlage ist in den entscheidenden Konfliktthemen vage und ohne politischen Tiefgang formuliert. Nur so war eine schnelle Einigkeit möglich.

Der Konflikt über die Deutungshoheit des Koalitionsvertrags, der in Berlin schon zwischen der CDU und der FDP entbrannt ist, steht uns noch bevor. Auch in Schleswig-Holstein bleibt die Koalition

den Nachweis schuldig, dass sie sich bei den wichtigen Zukunftsthemen wirklich auf konkrete Konzepte und Maßnahmen verständigen kann. Dass CDU und FDP damit seit der Verabschiedung des Koalitionsvertrages keinen Millimeter weitergekommen sind, hat die Regierungserklärung von Peter Harry Carstensen heute jedenfalls eindrucksvoll belegt.

(Anhaltender Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit erkläre ich den Tagesordnungspunkt Regierungserklärung für erledigt. Bevor ich zu einem weiteren Tagesordnungspunkt, Tagesordnungspunkt 6, erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, komme, bitte ich, dass wir gemeinsam auf der Tribüne unsere Besucherinnen und Besucher begrüßen. Es sind Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Pinneberg Nord. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 17/42](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 17/42 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen, der, soweit ich informiert bin, morgen Mittag tagen wird. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die erste Lesung beendet und die Überweisung einstimmig beschlossen.

Mir wurde eben gesagt, dass sich die Fraktionen, weil wir in der Zeit ein bisschen fortgeschritten sind, darauf verständigt haben, dass die Tagesordnungspunkte 17, Schließung von Bundesbankfilialen in Schleswig-Holstein, und 19, Keine Landesmittel für den Ausbau des Flughafens Lübeck-Blankensee, heute nicht mehr aufgerufen werden, sondern morgen nach Tagesordnungspunkt 2. Ich bitte alle, dass Sie sich darauf einstellen, und unterbreche die Sitzung jetzt bis 16 Uhr. Um 16 Uhr fahren

(Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese)

wir mit Tagesordnungspunkt 20, Mitbestimmung von Studierenden und Schülerinnen und Schülern, fort.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 14:52 bis 16:05 Uhr)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Meine Damen und Herren! Wir setzen unsere Sitzung fort. Ich möchte zu Beginn zunächst die Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Marlene Löhr, begrüßen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir freuen uns, dass die Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Pinneberg-Nord ihren Besuch hier noch weiter fortsetzen. Noch einmal herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich möchte bekanntgeben, dass die Kollegin Sandra Redmann uns inzwischen als krank gemeldet worden ist. Wir wünschen ihr von dieser Stelle alle gemeinsam gute Besserung.

(Beifall)

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 20 auf:

Mitbestimmung von Studierenden und Schülerinnen und Schülern

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/28

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/54

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich stelle fest, das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Rasmus Andresen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weise darauf hin, dass dies die Jungfernrede von Herrn Andresen, unserem jüngsten Kollegen, ist.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist wieder so weit: Viele Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten sowie Auszubildende machen ihrem Ärger über die Bildungspolitik in Deutschland Luft.

Durch Demonstrationen, Streiks und Veranstaltungen haben sich auch hier in Schleswig-Holstein viele junge Menschen für ein besseres Bildungssystem engagiert. Gestern waren in Heide, Flensburg und Lübeck und heute waren hier vor dem Landeshaus mehrere Hundert, in Kiel sogar über 5.000 junge Menschen auf der Straße.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Warum tun sie dies? Prüfungs- und Lernstress, mangelnde Wahlfreiheit, marode Bildungseinrichtungen und Entdemokratisierung charakterisieren das Bildungssystem anno 2009. Als ob all dies noch nicht genug wäre, kommt die Arroganz vieler Politikerinnen und Politiker hinzu. Die Bereitschaft von Regierungsvertretern, sich mit Studierenden und Schülerinnen und Schülern an einen Tisch zu setzen, war in den letzten Jahren nicht vorhanden. Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, Sie haben jetzt die Chance, es besser zu machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Meine Fraktion begrüßt das demokratische Engagement vieler junger Leute und unterstützt ihre Forderungen. Für uns zeigen die **Proteste** und die Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern sowie Studentinnen und Studenten im Wahlkampf, dass bei Betroffenen ein großes Interesse an der **Bildungspolitik** besteht. Meine Fraktion ist davon überzeugt, dass die wertvolle Praxiserfahrung, die Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten haben, ein Gewinn für die schleswig-holsteinische Politik sein kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag hingegen bleibt in diesen Punkten perspektivlos. Die **Demokratisierung von Schule und Hochschule** wird in keinem Satz genannt. Schauen wir uns beispielsweise den Schulbereich an. Herr Minister Klug, sehr geehrte FDP-Fraktion, uns eint, dass wir für mehr Autonomie im Bildungsbereich und insbesondere im Schulbereich streiten. Einige der ersten Äußerungen in der Presse sind als positiv zu verstehen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Allerdings ist es umso unverständlicher, dass die Demokratisierung von Schulen im Koalitionsvertrag und in den ersten Wochen Ihrer Amtszeit keine Rolle gespielt hat. Für uns als grüne Landtagsfraktion gehen Demokratisierung und eine verstärkte Autonomie Hand in Hand.

(Rasmus Andresen)

Die Forderungen, die das Landesschülerparlament im Rahmen seiner Grundsatzdebatte verabschiedet hat, sind unterstützenswert. Hier kann man zum Beispiel die Einführung von Lehrerbewertungen, von wirklichen Etats für die Schülervertretungen oder auch das Rederecht in Bildungsausschüssen auf kommunaler Ebene oder auch hier beim Landtag nennen. Ansätze dazu - das ist mir wohl bewusst - gibt es bereits im Schulgesetz. Allerdings sind diese längst nicht ausreichend und müssen ausgeweitet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun noch kurz zum Hochschulbereich. Sehr geehrter Herr Minister de Jager, sehr geehrte CDU Fraktion, leider finden sich im Koalitionsvertrag überhaupt keine Sätze zur **Hochschuldemokratie**. Externe Beratungsstrukturen sind schön und gut, aber die Universitäten müssen selbst wieder die Hoheit über eigenes Handeln und echte Kompetenzen bekommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lehrende und Studierende und auch der Mittelbau müssen gleichberechtigt beteiligt werden. Herr Minister de Jager, als zuständiger Staatssekretär hat Ihr Ruf aufgrund der Entdemokratisierung und Ihrer teilweise sehr herablassenden Art gegenüber den Studierenden und vielen Lehrenden jahrelang gelitten. Ich fordere Sie auf, Ihre bisherige Rolle zu überdenken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gehen Sie in einem ersten Schritt auf die Studierenden zu, und treten Sie in einen offenen Dialog mit den Hochschulen dieses Landes ein! Sie könnten dabei an der Uni Flensburg anfangen, wo es nicht nur bei Studierenden Unmut über die Zukunft der Uni gibt.

Sehr geehrte Oppositionsfraktionen und Regierungsfractionen, setzen Sie sich gemeinsam mit uns dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten bei jeder Schul- und Hochschulreform beteiligt werden! Demokratie muss vor allem vor Ort gelebt werden. Sonst macht sie keinen Sinn. Deshalb müssen gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die **Mitbestimmung** von Schülerinnen und Schülern sowie Studentinnen und Studenten an den einzelnen Standorten ausweiten.

Wer den Aufbruch im Bildungsbereich will, der muss sich für ein demokratischeres Bildungssystem einsetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Unser Antrag bietet Ihnen die Chance zu beweisen, dass Sie es mit diesem Aufbruch ernst meinen. Die Politik der Lippenbekenntnisse und der Sonntagsreden muss ein Ende haben. Ich fordere Sie deshalb auf, unseren Antrag zu unterstützen.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich noch kurz etwas zu dem Antrag der Linkspartei sagen. Wir begrüßen inhaltlich sehr viele Punkte in diesem Antrag. Wir glauben aber, dass es jetzt erst einmal darum geht, Demokratisierung und Mitbestimmung zu erreichen. Wir sollten also nicht mit Schulreformen anfangen, bevor wir die Mitbestimmung sichergestellt haben. Deshalb werden wir uns bei der Abstimmung über Ihren Antrag in der Sache enthalten. Wir würden uns aber freuen, wenn der Antrag durch Überweisung an den Bildungsausschuss noch einmal überarbeitet würde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die CDU-Landtagsfraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Heike Franzen das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir einen neuen jungen Kollegen unter uns haben, der sich für die Mitbestimmung von jungen Menschen in Schule und Hochschule engagiert und einsetzt.

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da er selber noch so herrlich jung ist und studiert, tritt er hier auch als Sprecher in eigener Sache auf. Ich gratuliere Ihnen herzlich zu Ihrer Jungferrede in diesem Haus.

Meine Damen und Herren, die **Mitbestimmung** von Schülerinnen und Schülern und Studierenden bei der Ausgestaltung ihrer Schule oder Hochschule ist ein wesentlicher Aspekt, wenn wir mit jungen Menschen gemeinsam in unserem Land Bildung entwickeln wollen. Junge Menschen müssen ihre eigenen Sichtweisen und Belange in die Entscheidungsprozesse einbringen und sich an den Entscheidungen auch aktiv beteiligen können. Dazu brauchen sie gesetzliche Rahmenbedingungen, die ihnen das ermöglichen und sie auch eventuell vor Benachteiligungen schützen, die aus dieser Tätig-

(Heike Franzen)

keit erwachsen. Ich kann Ihnen von den Grünen garantieren, dass das bereits gesetzlich verbrieft ist.

Wenn man sich das **Schulgesetz** und auch das **Hochschulgesetz** dieses Landes einmal genau unter dem Fokus der Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden anschaut, dann kann man feststellen, dass sowohl die Schülervertretungen als auch die Studierendenvertretungen in allen Bereichen ein hohes Maß an gesetzlich verbrieften Mitbestimmungsrechten haben, insbesondere in den Schulen.

Zu den Punkten 1 und 3 des Antrags möchte ich Folgendes anmerken: Die **Schulkonferenzen** der Schulen sind drittelparitätisch besetzt aus Lehrkräften, Elternvertretungen und Schülervertretung, alle als gleichberechtigte, vollwertige Mitglieder dieser Konferenz, die das oberste Beschlussgremium einer Schule ist. Was dort beschlossen wird, muss laut Schulgesetz umgesetzt werden, und hier haben Schülerinnen und Schüler ebenso ein Vetorecht, wie es auch die Elternvertreter und die Lehrer haben. In der Regel werden dort Mehrheitsbeschlüsse gefasst, bei denen die Schülervertretungen ein vollwertiges Stimmrecht haben. Das heißt, Schülerinnen und Schüler entscheiden an ihrer Schule verantwortlich über alle wesentlichen Aufgaben der Schule, beispielsweise über die Anwendung von Lehrplänen, über die Grundsätze für Hausaufgaben und Klassenarbeiten, über die Einführung von Ganztagsangeboten, über die Ausgestaltung von Schulausflügen und Betriebspraktika. Der Katalog hat eine ganze Menge von entscheidenden Dingen vorzuweisen. Die Schulen sind verpflichtet, die Schülerinnen und Schüler bei dieser Aufgabe aktiv zu unterstützen und sie über alle grundsätzlichen, die Schülerinnen und Schüler gemeinsam interessierenden Fragen zu unterrichten.

Ähnliches gilt auch für die **Studierendenvertretungen**, die ebenfalls stimmberechtigte Mitglieder in den Senat entsenden und umfangreiche gesetzliche Mitbestimmungsrechte haben, die sicherstellen, dass Organisationsmöglichkeiten unter anderem auch im Rahmen der Asten stehen. Darüber hinaus bilden die **Schülervertretungen** Kreis- und Landesschülervertretungen. Die Landesschülervertretung ist Mitglied des Landesschulbeirats, der laut Schulgesetz vor Erlass und vor Reformen, vor allem vor Schulgesetzreformen und Hochschulreformen, gehört werden muss. Somit ist gesetzlich sichergestellt, dass die Schülervertretungen in alle schulrelevanten Entwicklungen eingebunden sind.

Darüber hinaus gibt es in diesem Haus bei Gesetzgebungsverfahren ein Anhörungsverfahren, an dem

bisher, das will ich deutlich sagen, Herr Andresen, auch immer Schülervertretungen und Studierendenvertretungen beteiligt waren, womit sich in meinen Augen Punkt 2 Ihres Antrags erledigt hat.

Die von Ihnen in Punkt 4 geforderte Anrechnung von ehrenamtlichen Tätigkeiten von Schülerinnen und Schülern und Studierenden hat uns in der letzten Legislaturperiode schon einmal beschäftigt. Schülerinnen und Schüler können sich auf Wunsch ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten in ihren Abschlusszeugnissen dokumentieren lassen, sowohl die in der Schule als auch außerschulische. Ich glaube, das macht sich nicht schlecht in einem Bewerbungszeugnis.

(Beifall bei der CDU)

Auch das Hochschulgesetz nimmt das ehrenamtliche Engagement sehr ernst. Die Prüfungsordnung sieht Erleichterungen vor, wenn Studierende aufgrund ihres ehrenamtlichen Engagements in den Gremien der Hochschulen oder in den satzungsgemäßen Organen der Studierendenschaft oder des Studentennetzwerkes daran gehindert sein sollten, die Prüfung innerhalb der Regelstudienzeit abzulegen. Ein solches Engagement beispielsweise wird mit dem sogenannten Freiversuch belohnt.

Darüber hinausgehende Vorschläge können wir gerne im Ausschuss diskutieren. Ich beantrage für die CDU-Fraktion, die vorliegenden Anträge in den Bildungsausschuss zu überweisen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Das Wort hat jetzt für die SPD-Fraktion Herr Abgeordneter Martin Habersaat. Ich ergänze gern: Auch dies ist die Jungferrede.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Zuruf: Mikrofon!)

- Die Zeit läuft hier schon!

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Die kriegen Sie nachher obendrauf.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was wir hier eben erlebt haben, ist teilweise symptoma-

(Martin Habersaat)

tisch für die Debatte, die wir gerade führen. Deswegen möchte ich das gern noch einmal kurz verdeutlichen.

Der Abgeordnete Andresen stellt im Namen der Fraktion der Grünen berüchtigte Forderungen aus der Perspektive von Schülern und Studenten, und die CDU stellt sich hier hin und sagt: Das ist ja toll, dass sich junge Leute engagieren, herzlichen Glückwunsch. Dann wird die Welt erklärt, ohne dass irgendwie auf die Forderung eingegangen wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das ist genau das, was die Schüler und Studenten gerade draußen, auch mir, vorgeworfen haben für den Umgang mit der Politik.

80.000 Schülerinnen und Schüler und Studierende waren gestern auf der Straße. Heute in Kiel, so hat es mir die Polizei erzählt, waren es zunächst 4.000, mit zunehmendem Regen dann ein paar weniger. Aber die stehen ja nicht ohne Grund auf der Straße. Die stehen da - das müssen wir auch selbstkritisch einräumen -, weil sie bisher keine oder zumindest nicht genug konkrete Reaktionen auf ihre Aktion wahrnehmen konnten.

Hier - das kann ich nur wiederholen - passiert das Gleiche. Gestern aus allen Fraktionen, auch von mir, wohlfeile Grußadressen an die Studenten, Solidaritätsbekundungen, alle stimmen irgendwie zu. Und nun?

Der Herr Ministerpräsident sagt: Ja, es gibt Fehler im System. Und nun?

(Heike Franzen [CDU]: Sie vergleichen Äpfel mit Birnen!)

Wir halten nicht jede Forderung, die bei dieser Aktion erhoben wird, für richtig, aber wir unterstützen es, dass die **Studierenden** und **Schüler** für ihre Interessen aktiv werden. An dieser Stelle will ich nur mal sagen: Größere Probleme haben wir mit denen, die das nicht mehr tun. Auch solche wurden ja in den letzten Tagen an Schulen und an Universitäten reichlich interviewt, die sagten: Wir wollen lieber studieren und setzen uns nicht mehr ein. Das führt in eine Richtung, die über kurz oder lang betrüblicher wäre.

(Beifall bei der SPD)

Schleswig-Holstein ist übrigens unter der Verantwortung von vier sozialdemokratischen Kultusministerinnen bundesweit ein Vorreiter der **Mitbe-**

stimmungsrechte auf allen Ebenen, gerade auch im Bildungssystem, geworden.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, ich hatte mich schon gefragt, ob Sie bei meiner Jungfernrede darauf verzichten oder ob Sie bei mir auch schon das Koreferat simultan halten. Ich beglückwünsche Sie zu der Schnelligkeit, mit der Ihnen das gelingt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Es gibt in unserem Land starke Schülerinnen- und **Schülervertretungen** auf Landes-, Kreis- und Schulebene. Es gibt Schülervereine im **Landeschulbeirat**. Über die Drittelparität haben wir eben schon gesprochen.

Anders als in mehreren unionsgeführten Bundesländern wurde in Schleswig-Holstein die Existenz der verfassten Studierendenschaft mit weitgehenden Kompetenzen nie infrage gestellt, einschließlich der Beitragshoheit. Auch die Vertretung der Studierenden in den Kollegialorganen geht sehr weit.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Jetzt wird die Welt erklärt! - Heiterkeit bei der CDU)

Hoffen wir, dass es so bleibt.

(Werner Kalinka [CDU]: Wissen Sie eigentlich, wer das Selbstbestimmungsrecht eingeführt hat?)

- Das können Sie mir hinterher erklären.

Was wir nicht wollen - das lassen Sie mich an dieser Stelle sagen -, sind Experimentierklauseln, die es den Hochschulen freistellen würden, unter dem Deckmantel einer effizienten Verwaltung mit schnellen Entscheidungen Mitbestimmungsregelungen außer Kraft zu setzen. Das gilt nicht nur für die Studierenden, sondern auch für die wissenschaftlichen und nicht wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Mit Recht betont der Antrag der Grünen, dass gesellschaftliches Engagement auch zeitintensiv ist. Die Studienorganisation nach Bologna hat die Möglichkeiten für eine längerfristige Arbeit im AStA sicher erschwert. Hier wäre eine Bestandsaufnahme hilfreich, mit der wir aus dem Bildungsausschuss heraus bei den **Studierendenvertretungen** abfragen und erörtern, wie die Lage aussieht und wie sie gegebenenfalls so modifiziert werden kann, dass sich die Möglichkeit Engagement nicht

(Martin Habersaat)

am Geldbeutel der Eltern oder an großzügigen Stipendien ablesen lässt.

Einige weitere Fragen sollten wir sorgfältig klären. Sehen wir Bildung primär als ökonomisches Gut oder als Menschenrecht? Sind übervolle Stundenpläne an unseren Schulen und starre Stundenpläne an den Universitäten wirklich das, was wir uns wünschen? Reicht ein Bachelorabschluss heutiger Prägung, wenn man damit weder weiter studieren noch einen Job finden kann? Und falls nein - davon gehe ich aus -, wie entwickeln wir diesen Abschluss mit Studierenden und Lehrenden weiter? Letztlich stellt sich aber auch die Frage: Warum werfen die Grünen die finanziell eigentlich gut ausgestatteten ASten in ihrem Antrag mit den Schülervvertretungen in einen Topf?

Darüber und über die Möglichkeit, gemeinsame Formulierungen zu finden, würde ich gern im Bildungsausschuss weiter reden. Deshalb beantragen auch wir die Überweisung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Das Wort hat jetzt für die FDP-Fraktion Frau Abgeordnete Christina Musculus-Stahnke. Auch das ist eine Jungferrede.

(Beifall bei FDP und CDU)

Christina Musculus-Stahnke [FDP]:

Sehr geehrtes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern an Schulen und von Studentinnen und Studenten an Hochschulen ist auch für die FDP ein hohes Gut. Die Überweisung in den Ausschuss ist bereits beantragt worden. Dazu kann ich sagen, wir sind ergebnisoffen für eine Debatte im Ausschuss, in welchen Punkten wir die **Mitbestimmung** an den **Schulen** und **Hochschulen** verbessern können.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns ist auch bewusst, dass insbesondere die Schülerinnen und Schüler nach den Jahren der Führung des Bildungsministeriums durch die SPD dem Ministerium gegenüber ein gewisses Misstrauen entwickelt haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dort ist einfach zu oft und zu schlicht aus dem Ministerbüro direkt in die Schulen „durchregiert“ worden. Sie werden einen ganz anderen offenen, vertrauensvollen Stil unter dem liberalen Bildungsminister Dr. Klug erleben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Und wo es Vertrauen in die Verhandlungspartner gibt, da werden die Rufe nach zwingend mehr Mitbestimmung dann auch etwas leiser werden.

Ich bin bei beiden vorgelegten Anträgen - insbesondere nach eifrigem Durchlesen der Begründung - nicht sicher, ob Sie durch die Anträge wirklich die Ziele erreichen, die Sie laut Begründung vorgeben erreichen zu wollen. In der Begründung ist nicht umsonst Ziel beider Anträge, unter anderem dem Prüfungsstress zu begegnen, der durch die Verkürzung der Schulzeit an den Schulen entstanden ist.

Auch wir kennen die **Proteste** aus den **Universitäten**. Auch uns sind die Schwierigkeiten bekannt, die manche Studentinnen und Studenten mit der Einführung von Bachelor und Master sowie den damit verkürzten **Studienzeiten** haben. Uns sind ebenfalls die Schwierigkeiten bekannt, die mit der Umsetzung von G8 an den Gymnasien in der Schülerschaft eingetreten sind. Deshalb haben wir ja im Koalitionsvertrag - und darauf hat der Ministerpräsident heute in seiner Regierungserklärung bereits hingewiesen - vereinbart, dass CDU und FDP den Gymnasien die Wahlfreiheit zwischen verkürzter **Schulzeit**, G8, und einem neunjährigen gymnasialen Bildungsgang einräumen oder auch eine Kombination beider Modelle ermöglichen werden.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Gibt es nicht noch ein paar mehr Möglichkeiten?)

Deshalb werden wir als Koalition gemeinsam mit den Hochschulen darauf hinwirken, dass die zum Teil in massivem Widerspruch zu diesen Zielen stehenden Probleme bei der Einführung der zweistufigen Studienstruktur möglichst rasch beseitigt werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dies gilt für uns insbesondere in jenen Fällen, in denen eine übermäßige Arbeits- und Prüfungsbelastung der Studierenden die Studierbarkeit der neuen Studiengänge erheblich beeinträchtigt.

Das haben wir vereinbart, und damit gehen CDU und FDP die Probleme der Studentinnen und Studenten, der Schülerinnen und Schüler konkret nach dem Motto an: Mitbestimmung ist wichtig, aber die **Qualität der Lehre** ist noch wichtiger. Ob der vor-

(Christina Musculus-Stahnke)

liegende und aus unserer Sicht noch reichlich unbestimmte Antrag für diese Probleme wirklich die richtigen Lösungen anbietet, das darf man doch bezweifeln.

Es gibt - darauf hat die Kollegin Franzen bereits hingewiesen - heute an den Schulen ein hohes Maß an Mitbestimmung der Schülerschaft. Es gibt bereits die verpflichtende Vertretung der Schülerschaft in der **Schulkonferenz**. Eine ganze Reihe von Aufgaben hat sie dort zu erfüllen. Die Schülerschaft hat Stimmrecht in den Klassenkonferenzen, beratende Stimme in den Fachkonferenzen und Drittelparität in den Schulkonferenzen. Die **Landesschülervertretung** wird bei Reformvorhaben des Landes bereits heute gehört - und bei CDU und FDP wird sie nicht nur angehört, sondern auch beachtet. Wir werden als Koalition auch die Tradition fortsetzen, die Landesschülervertretung frühzeitig über Reformvorhaben zu informieren, damit sie hierzu frühzeitig Stellung nehmen kann.

Meine Damen und Herren, fünf Minuten Redezeit sind zu kurz, um zu diesem Thema in angemessener Form entgegen zu können. Aber auf einen letzten Punkt möchte ich noch gern kurz eingehen. Es geht dabei um die Frage, inwieweit ehrenamtliches Engagement nicht zum Nachteil von Schülerinnen und Schülern gereichen soll. Dabei ist aus unserer Sicht die Frage der Finanzen untergeordnet. Durch die Anpassung von G8 und die Wahlfreiheit an den Gymnasien zu G9 wollen wir die dortigen Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, überhaupt wieder vermehrt Ehrenämter wahrzunehmen, beispielsweise in Sportvereinen aktiv zu sein. Das ist wichtig für unser Gemeinwohl und für die Persönlichkeitsentwicklung unserer Kinder.

(Beifall bei FDP und CDU)

Im Übrigen gibt es bereits jetzt Möglichkeiten, ehrenamtliches Engagement im Zeugnis oder im Berufswahlpass ausdrücklich aufführen zu lassen.

Mitbestimmung ist wichtig. Die Lösung der Probleme von Schülern und Studenten ist aber nicht nur eine Frage der Mitbestimmung. Ich denke, eine Regierung, die die Interessen beider Gruppen ernst nimmt, ist schon ein gewaltiger Fortschritt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt Frau Abgeordnete Ellen Streitböcker.

Ellen Streitböcker [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Schülerinnen und Schüler und die Studierenden, die heute hier in Kiel demonstriert haben, haben nicht nur für mehr **Mitbestimmung** demonstriert, sondern auch für eine Verbesserung der aktuellen **Ausbildungssituation** in **Schule** und **Hochschule**. Deswegen geht unser Änderungsantrag noch ein klein wenig über den Antrag der Grünen hinaus, den uns Herr Andresen hier ausreichend begründet hat. Ich möchte das deshalb hier nicht alles wiederholen. Ich möchte Sie bitten, auch den Änderungen, die wir in unserem Antrag vorschlagen, zuzustimmen.

Was uns noch ein ganz wichtiges Anliegen ist, das ist unser letzter Punkt, Punkt fünf. Denn bei dem letzten **Bildungsstreik** sind durchaus Sanktionen gegenüber beteiligten Schülerinnen und Schülern verhängt worden. Wir haben deshalb diesen Punkt in unseren Antrag mit aufgenommen. Denn wir möchten, dass diesmal denjenigen, die demokratisches und gesellschaftliches Engagement zeigen und sich für andere einsetzen, keine Nachteile entstehen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind uns mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einig, dass es wichtig ist, ein Konzept zu entwickeln, wie ehrenamtliches Engagement innerhalb und außerhalb von Schulen und Hochschulen in eine Leistungsbewertung einfließen kann, nicht nur in ein allgemeines Zeugnis, dass er oder sie sich engagiert hat. Das finde ich zu wenig.

(Beifall bei der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion des SSW gebe ich das Wort an die Fraktionsvorsitzende, Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Bemerkung vorweg: Die heutige Debatte zur aktuellen Situation der Studierenden und der Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein ist auch eine Fensterdebatte, weil sich viele tausend junge Menschen vor dem Landeshaus versammelt haben oder hatten, um gegen Missstände in unserem Bildungssystem zu demonstrieren. Daran ist nichts Verwerfliches. Im Gegenteil: Es ist wichtig und po-

(Anke Spoorendonk)

sitiv, dass junge Menschen für ihre Bildung demonstrieren und ihre Meinung zum Ausdruck bringen.

Wir sollten aber auch bedenken, dass wir als Landtag noch eine andere Aufgabe haben. Unsere Aufgabe ist es, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen mit dem Ziel, gute Bildung und demokratische Mitspracherechte zu ermöglichen. Da gibt es immer noch genug zu tun.

Die Forderung nach mehr **Mitbestimmung von Studierenden und Schülern** ist wichtig, aber muss aus Sicht des SSW differenziert betrachtet werden. Insgesamt sind die Probleme im Bildungsbereich vor allem finanzielle Probleme, die auf eine fehlende politische Prioritätensetzung hinweisen und kaum durch mehr Mitbestimmung der jungen Menschen gelöst werden können. Auch muss zwischen den Rahmenbedingungen für die Mitbestimmung im Hochschul- und Schulbereich unterschieden werden. Die Schleswig-Holsteinischen Landesschülervertretungen der Hauptschulen, Realschulen, Berufsschulen und der Gymnasien und Gesamtschulen - so heißen sie nämlich - werden derzeit in politische Prozesse um geplante Schulreformen eingebunden. Beispielhaft sei hier der Entwurf des Gesetzes der Lehrerbildung, die Einführung von Vergleichsarbeiten in der Sekundarstufe II und die Überarbeitung der Lehrpläne genannt. Außerdem werden die **Landesschülervertretungen** seit vielen Jahren finanziell vom Land bei ihren Aktivitäten unterstützt.

(Beifall der Abgeordneten Heike Franzen
[CDU])

So bekommt zum Beispiel die Landesschülervertretung der Gymnasien und Gesamtschulen jährlich 67.000 € für ihre Arbeit. Ich sage daher ganz nachdrücklich: Es geht auch darum, diese finanzielle Grundlage für die Arbeit der Schülervertretungen für die Zukunft zu sichern.

(Beifall bei SSW und der LINKEN sowie
vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Denn sonst könnten sie ihr Mitspracherecht nicht ausüben.

Aber auch an den Schulen ist die Einbindung und Mitbestimmung der Schülerinnen und Schüler verbindlich gesichert. Die Beteiligung der Schülerschaft in den verschiedenen Gremien wie Klassenkonferenzen, Fachkonferenzen und die Einrichtung von Schülervertretungen ist gesetzlich festgeschrieben. Außerdem ist die **Schulkonferenz** seit vielen Jahren drittelparitätisch besetzt. Wenn die Mitbe-

stimmung der Schüler nicht klappen sollte, ist dies also nicht in erster Linie eine Frage des Gesetzes, sondern der Umsetzung vor Ort.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Hier wären es also eher die Schulleitungen, die etwas über demokratische Mitbestimmung lernen sollten. Ich stimme dem Kollegen Andresen zu - das möchte ich nachträglich betonen -, dass wir in unserer Gesellschaft ein „mehr Demokratie wagen“ brauchen. Das gilt aber genauso für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Denn wenn wir uns umgucken, dann wissen wir, dass Mitspracherechte von Arbeitnehmern heute in vielen Bereichen mit Füßen getreten werden.

Für den Schulbereich lässt sich daher festhalten, dass die Mitbestimmung der Schülerschaft bei schulrelevanten Themen gesetzlich gesichert ist.

Im Hochschulbereich sieht dies allerdings ganz anders aus. Aus Sicht des SSW reicht die im Hochschulgesetz verankerte Förderung der Studierendenschaft nicht aus, um die Studierenden auch an der Gestaltung der Hochschulen zu beteiligen. Die Einbeziehung der **Studierendenvertretungen** wie AStA, StuPa oder die Fachschaften in hochschulrelevante Themen ist selten bis gar nicht vorhanden. Der alltägliche Kampf um Gehör bei hochschulpolitischen Themen scheint zum einen stark von den Führungspersonlichkeiten an den Universitäten abzuhängen und zum anderen von der politischen Konformität der Arbeit der Studierendenschaft. Mit anderen Worten: Je nachdem wie politisch harmlos die Aktivitäten der Studierendenvertretungen sind, werden diese mehr oder weniger anerkannt. Dabei finanzieren sich die ASten der Hochschulen zu 100 % selbst über den Semesterbeitrag der Studierenden. Pro Semester kommen so sehr unterschiedliche Budgets zusammen: Für den AStA der Flensburger Universität zum Beispiel 40.000 €, für den AStA der CAU Kiel gut 190.000 €.

Für den Hochschulbereich gilt also, dass es bisher keine ausreichenden rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die **Mitbestimmung der Studierenden** gibt. Das neue Hochschulgesetz ist dabei das große Hindernis, da mit der Einführung der Präsidialverfassung Universitäten wie Wirtschaftsunternehmen geführt werden sollen.

Die Anerkennung von studentischen Belangen darf nicht vom Wohlwollen der Politik oder der Universitätsleitung abhängen. Mitbestimmung bedeutet nicht Bürokratie und Mehrarbeit, sondern ist ein Grundpfeiler der demokratischen Kultur in den Bildungsinstitutionen. Diese muss auch an den Hoch-

(Anke Spoorendonk)

schulen gesetzlich gesichert werden. Daher ist es vernünftig, beide Anträge im Ausschuss zu beraten.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für einen Dreiminutenbeitrag gebe ich das Wort an Frau Abgeordnete Anke Erdmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Eine Jungfernrrede!)

- Der Abgeordnete Kubicki erklärt, dass auch dies die Jungfernrrede ist. Vielen Dank, Herr Kubicki.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bei mir ist das die Greenhornrede. „Jungfernrrede“ ist ein Scheißwort.

(Heiterkeit)

- Das ist unparlamentarisch. Entschuldigung!

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich wollte nur Herrn von Boetticher aufwecken. Ich finde es gut, dass wir im Bildungsausschuss über beide Anträge weiter beraten. Morgen geht es auch um **Bildungsfinanzierung**. Sie hatten ja nach Vorschlägen gefragt. Wir werden das morgen vorstellen. Im Wahlprogramm der Grünen zur Bundestagswahl finden sich dazu gute Vorschläge. Steuerenkungen gehören nicht dazu, Herr Kubicki.

Frau Franzen und Frau Musculus-Stahnke, zur Wahrnehmungslücke, also Realität und Wirklichkeit, möchte ich Folgendes sagen: Ehrenamt lohnt sich. Fragen Sie einmal Frau Amtsberg. Frau Amtsberg war viele Jahre AStA-Vorsitzende in Kiel. Sie können sie einmal fragen, was das im Hinblick auf ihre BAföG-Zahlungen bewirkt hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist vertraulich!)

- Das wird Frau Amtsberg Frau Musculus-Stahnke wahrscheinlich ganz vertraulich erzählen.

Zur Wahrnehmungslücke hier im Raum und draußen! Frau Franzen, Sie haben gesagt: Eigentlich ist alles klasse geregelt. Im Schulgesetz steht alles drin. Es ist prima. Herzliche Grüße, Deine Elli. - Das glaube ich nicht. Es gibt ein Wahrnehmungsproblem. Wenn Sie vorhin draußen im Regen waren und mit den Leuten gesprochen haben, dann haben Sie festgestellt, wie schwierig es für die Schü-

lerinnen und Schüler ist. Es mag Rechte geben, aber die Frage ist, ob man sich wahrgenommen fühlt oder nicht. Das ist einer der Gründe, warum Minister Klug gesagt hat, man wolle die obrigkeitsorientierte Bildungspolitik ein wenig auflockern.

Vor dem Hintergrund möchte ich gerne, Herr Klug, eine Frage stellen. Ich bitte Sie, diese zu beantworten, wenn Sie gleich nach vorne kommen. Sie haben gesagt, wir sind gegen die Obrigkeitsstaatlichkeit im Schulbereich. Die Schülerinnen und Schüler haben mir draußen gerade erzählt, dass das Ministerium einen Erlass herausgegeben hat - den kennen Sie vielleicht nicht, weil er zu der Linie nicht unbedingt passt -, in dem steht, dass die Schülerinnen und **Schüler** Sanktionen bekommen, wenn sie heute an den **Demonstrationen** teilnehmen. Nun kann man fragen, ob man das gut findet, wenn die Leute draußen vor dem Parlament stehen. Sie alle haben gesagt, dass es toll ist, wenn sich die Leute engagieren und einsetzen. Meine Frage ist, wie Sie das einschätzen, ob Sie es wussten und wie Sie damit umgehen wollen. Ich würde es gut finden, wenn es keine Sanktionen gäbe. Das wäre ein schöner erster Akt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Ich gebe das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag an Frau Abgeordnete Heike Franzen von der CDU-Fraktion.

Heike Franzen [CDU]:

Sehr geehrte Frau Erdmann! Mein Vorname ist Heike und nicht Elli. Sie sind noch neu im Parlament. Vielleicht bekommen Sie es noch hin, sich das zu merken.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein Sprichwort!)

Elli wäre aber auch schön. Darüber müssen Sie mit meinen Eltern reden. Die haben sich etwas anderes ausgedacht.

Frau Erdmann, ich möchte Ihnen gern sagen, warum ich diese Rede so gehalten habe, wie ich sie gehalten habe. Frau Erdmann, ich wollte klarmachen, dass wir bereits umfangreiche **Mitbestimmungsrechte** haben. Es ist wirklich zu überlegen, ob wir in Gesetzen über Mitbestimmungsrechte das regeln, was vor Ort nicht umgesetzt wird. Es ist immer wieder die Frage, ob man eine neue gesetzliche Regelung trifft, wenn sie vor Ort nicht wahrgenommen wird. Sie dürfen mir gerne glauben - ich kom-

(Heike Franzen)

me aus der Elternvertretung; ich habe das 14 Jahre lang gemacht -, dass ich weiß, wie teilweise mit Mitbestimmungsrechten in Schulen und auch in Hochschulen umgegangen wird. Es wird aber nichts ändern, wenn wir gesetzlich verbriefte Rechte weiter ausweitern, sondern wir müssen ein vertrauensvolles Verhältnis schaffen zwischen Politik, Kindern und Jugendlichen, den Studierenden und denjenigen, die an den Hochschulen arbeiten.

Ich glaube, dass das unsere Aufgabe in den nächsten Jahren sein wird. Im Hinblick auf das ehrenamtliche Engagement habe ich selbst gesagt, dass wir offen weiter diskutieren müssen, wie wir solche Möglichkeiten eröffnen können. Da bin ich ganz nah an Ihrer Seite. Aber ich glaube nicht, dass wir durch weitere gesetzliche Regelungen das hinbekommen können, was eigentlich auf zwischenmenschlicher Ebene stattfinden muss.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Das Wort hat jetzt die Landesregierung. Es spricht der Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herr Jost de Jäger.

Jost de Jäger, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vorab darf ich mir vielleicht die Bemerkung erlauben, dass ich mich freue, nach viereinhalb Jahren Abstinenz wieder hier im Landtag reden zu können. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, für die Landesregierung einige Worte zu den **Protesten** der Studierenden zu sagen, die heute auch Kiel erreicht und vor dem Landeshaus stattgefunden haben.

Die **Studierenden** sowie die **Schülerinnen** und **Schüler** fordern mehr Geld für Bildung, mehr Mitbestimmung, eine Abkehr von der 12-jährigen Gymnasialzeit sowie die Wiedereinführung von Diplom-Studiengängen, also den Stopp des Bologna-Prozesses. Ich gebe an dieser Stelle gerne zu, dass es offenkundig ist, dass es bei der Einführung des neuen Systems von Bachelor- und Masterstudiengängen Startschwierigkeiten gegeben hat. Egal, ob man das Startschwierigkeiten oder Kinderkrankheiten nennt: Tatsache ist, dass es sie gegeben hat. Die Landesregierung und ich sind der Auffassung, dass man diese Startschwierigkeiten sehr schnell angehen muss. Es ist wichtig, pragmatische Änderungen mit den Hochschulen zu besprechen und diese von den Hochschulen dann auch umsetzen zu lassen.

Ich darf - weil in den Anträgen auch von Autonomie die Rede ist - daran erinnern, dass es die Hochschulen waren, die diese Studiengänge - wenn auch mit gewissen Vorgaben - eigenverantwortlich neu eingeführt haben. Wir stellen übrigens fest, dass es im Hinblick auf die Schwierigkeiten bei dieser Umstellung Unterschiede von Hochschule zu Hochschule und von Studienfach zu Studienfach gibt. Insofern bin ich für pragmatische und schnelle Veränderungen.

Man sollte das Kind aber nicht mit dem Bade ausschütten. Denn die Gründe, die seinerzeit für die Studienstrukturreform gesprochen haben, sind auch weiterhin gültig. Ich darf daran erinnern, dass es die ehemalige Bundesbildungsministerin Bulmahn in einer rot-grünen Bundesregierung gewesen ist, die den Bologna-Prozess und damit die Umstellung auf **Bachelor- und Masterstudiengänge** angestoßen hat.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Die Ziele der Umstellung waren unter anderem, die internationale Vergleichbarkeit deutscher Hochschulabschlüsse zu erhöhen, eine höhere Mobilität der Studierenden zu erreichen und den schnelleren Erwerb eines ersten berufsqualifizierenden Abschlusses zu ermöglichen. Ich glaube, dass diese Ziele nach wie vor richtig sind.

Nach zehn Jahren Bologna-Prozess stellt sich nun aber die Frage, ob all diese Ziele erreicht wurden und ob wir nicht in einigen Punkten nachbessern müssen. In erster Linie sind die Hochschulen diesbezüglich in der Pflicht. Ich verweise aber auch darauf, dass sich die Kultusministerkonferenz in ihrer Oktober-Sitzung mit dieser Frage beschäftigt hat, an dem Bologna-Prozess festhalten will und ebenfalls die Notwendigkeit gewisser Veränderungen anerkennt.

Die Anträge von heute beschäftigen sich aber nicht nur mit den neuen Studienstrukturen, sondern auch mit der Möglichkeit der **Partizipation von Studierenden** im Rahmen der Hochschulbinnensteuerung. Aus meiner Sicht ist dabei aber zu bedenken, dass es aufgrund verfassungsrechtlicher Vorgaben - Artikel 5 des Grundgesetzes gewährleistet die Freiheit von Forschung und Lehre - immer eine institutionelle Mehrheit von Forschenden und Lehrenden im Senat geben muss. Das heißt, dass diese Gruppe bei einheitlicher Abstimmung nicht überstimmt werden darf.

Es wurde auch auf das neue Hochschulgesetz, das in der vergangenen Legislaturperiode verabschiedet

(Minister Jost de Jager)

wurde, Bezug genommen. An den diesbezüglichen Bestimmungen hat die Landesregierung allerdings gar keine Veränderungen vorgenommen. Allein das Konsistorium wurde abgeschafft, das in der Tat eine etwas andere Stimmengewichtung hatte. Allerdings hat niemand in den Hochschulen diesem Gremium eine Träne nachgeweint. Und übrigens fordern auch die Grünen heute nicht die Wiedereinführung des Konsistoriums.

Im Hinblick auf die Schulen darf ich sozusagen als Amtshilfe für den Kollegen Klug anmerken, dass die Schülerinnen und Schüler in den weiterführenden Schulen ab dem 7. Jahrgang in allen relevanten Gremien vertreten sind, insbesondere in Schul-, Klassen- und Fachkonferenzen. Außerdem möchte ich hervorheben, dass es in Schleswig-Holstein eine Drittelparität in den **Schulkonferenzen** gibt; das ist nicht überall der Fall. Dadurch können die Schülerinnen und Schüler über alle Grundsatzentscheidungen und vor allem über das Schulprogramm mitentscheiden und auf diese Weise erheblichen Einfluss ausüben.

Darüber hinaus wird die **Landeschülerversammlung** bei Reformvorhaben des Landes angehört. Die Regelungen zu den Schülerversammlungen an den einzelnen Schulen ermöglichen den Schülerinnen und Schülern entsprechend den Bildungszielen des Schulgesetzes das selbstständige Einüben von demokratischer Mitwirkung und Partizipation. Im Ergebnis sind damit die Voraussetzungen für eine wirksame Mitbestimmung auf allen Ebenen gegeben.

Es stellt sich insofern die Frage, die auch in dem Antrag eine Rolle gespielt hat, ob es eine weitergehende Vertretung geben kann. Ich weise darauf hin, dass solche Reformen sowohl im Schul- als auch im Hochschulbereich in der Regel durch Gesetz oder Verordnung erfolgen. Bei Gesetzgebungsverfahren oder beim Verfahren zum Erlass von Verordnungen ist die vom Antragsteller geforderte Beteiligung ohnehin über das obligatorische Anhörungsverfahren sichergestellt; das gilt sowohl für den Schul- als auch für den Hochschulbereich.

Auch wenn ich glaube, dass das von Ihnen vorgelegte Anliegen richtig ist, glaube ich, dass es gegenwärtig diesbezüglich keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf gibt.

Zu der Forderung nach einer weitergehenden Finanzierung, die auch in den Anträgen eine Rolle spielt, haben wir morgen noch einen eigenen Tagesordnungspunkt, bei dem wir das besprechen werden. Diese Forderung hat auch auf den Demon-

strationen eine Rolle gespielt. Bund und Länder haben sich durch den Hochschulpakt I, der bereits läuft, sowie den Hochschulpakt II, der auf den Weg gebracht wurde, verpflichtet, in erheblichem Maße mehr Geld dafür zur Verfügung zu stellen, dass mehr Studierende an den Hochschulen aufgenommen werden können. Für Schleswig-Holstein bedeutet das, dass zwischen den Jahren 2011 und 2015 9.700 **zusätzliche Studierende** aufgenommen werden. Das bindet immerhin Landesmittel in Höhe von 98 Millionen €. Gerade an einem Tag wie heute ist das ein richtiges Signal, dass Bund und Länder ihre Verantwortung für bessere **Studienbedingungen** wahrnehmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag gebe ich das Wort dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Erdmann, der Kollege von Boetticher und ich sind hochofret über die heutigen Beiträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Das bringt neuen Schwung und Lebhaftigkeit in das Parlament; es ist nicht mehr ganz so trist wie früher. Darüber freuen wir uns sehr.

(Heiterkeit bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- In der Tat, gegenüber Frau Erdmann sehe ich alt aus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt will ich aber zu dem von Ihnen angesprochenen Punkt kommen, Frau Erdmann. Der von mir sehr geschätzte Herr Minister hat mir erklärt, ihm sei im Hinblick auf einen solchen Erlass nichts bekannt. Es scheint sich dabei um das Fortbestehen des Ungeistes von Ute Erdsiek-Rave im Ministerium zu handeln. Dagegen werden wir aber etwas tun.

(Beifall der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Selbst wenn es einen solchen Erlass geben sollte, verspreche ich Ihnen für die regierungstragenden Fraktionen, dass wir dafür Sorge tragen werden, dass er nicht umgesetzt wird.

(Wolfgang Kubicki)

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Denn wir halten es nicht für vertretbar, die Wahrnehmung demokratischer Grundrechte durch Schülerinnen und Schüler mit Sanktionsmaßnahmen zu bedrohen, jedenfalls nicht in der von Ihnen geschilderten Form. Ich gehe davon aus, dass es eine vernünftige Lösung geben wird.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Kubicki, gestatten Sie noch eine Frage des Herrn Abgeordneten Jürgen Weber?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Immer gern.

Jürgen Weber [SPD]: Herr Kollege Kubicki, mit großer Freude habe ich gehört, dass Sie die demokratische Kultur unterstützen wollen. Ich habe Sie so verstanden, dass Demonstrationen auch während der Schulzeit - ich habe durchaus Sympathien dafür - künftig nicht mehr nur erlaubt, sondern erwünscht sind. Ich habe Sie so verstanden, dass die demokratische Partizipation durch Demonstrationen während der Schulzeit Ihre Unterstützung finden. Könnten wir das noch einmal von Ihnen als Teil der Regierungsparteien verbindlich hören? Ja oder nein?

- Zunächst einmal bin ich für die Entscheidung des Ministeriums nicht zuständig.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe: Oh, oh!)

Es ging konkret um die Einzelfrage der heute stattfindenden Demonstration. Die kann ich beantworten. Ich kann das nicht generalisieren. Aber da wir schon späten Nachmittag haben: Wenn Sie mir versprechen, dass die sozialdemokratischen Lehrer während der Schulzeit demonstrieren, dann werde ich mich dafür einsetzen, dass sie nicht mit Sanktionen belegt werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Jetzt erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu der Frage, die Frau Abgeordnete Erdmann gestellt hat, eine kurze Antwort: Es gibt keinen Erlass, schon gar keinen neuen. Der hätte ja über meinen Schreibtisch gehen müssen. Die Recherche hat ergeben: Es gibt ein Schreiben vom Frühjahr 2009 zu den ersten Bildungsstreikaktionen zu Beginn des Jahres. Dieses Schreiben aus dem Bildungsministerium sagt im Kern inhaltlich in etwa aus, dass die Teilnahme an Streikaktionen, die mit Fernbleiben vom Unterricht verbunden ist, als unentschuldigtes Fehlen gilt.

Das ist im Kern die Aussage dieses Briefes. Das halte ich auch für absolut gerechtfertigt, denn es ist klar: Jeder hat ein Streikrecht, aber wenn dadurch Teilnahme an Unterrichtsveranstaltungen wegfällt, dann ist das eben unentschuldigtes Fehlen. Das ist aus meiner Sicht in Ordnung. Sanktionen - das hat man mir eben noch einmal aus dem Hause bestätigt - sind damit nicht verbunden. Wir können über alles Weitere gern und über Ihre Fragen im Bildungsausschuss im Detail weiter diskutieren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Durch den Beitrag des Ministers für Bildung und Kultur Dr. Klug und das Überziehen durch Minister de Jager stehen nun den Fraktionen jeweils noch drei Minuten Redezeit zur Verfügung. Ich sehe, die werden nicht ausgeschöpft. Dann liegen jetzt keine Wortmeldungen mehr vor.

Es ist von der antragstellenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Überweisung an den Bildungsausschuss beantragt worden. Ich bitte um das Handzeichen, wer dem zustimmt. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig an den Bildungsausschuss überwiesen worden. Dazu gehört dann auch der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

Ich rufe die Tagesordnungspunkt 15 und 16 zur verbundenen Debatte auf:

Gemeinsame Beratung

a) Zukunft der HSH Nordbank AG

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/23

(Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese)

b) Vergütung der Vorstandsmitglieder der HSH Nordbank

Antrag der Fraktion des SSW
Drucksache 17/24 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 17/62

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich stelle fest, das ist nicht der Fall.

Der Antragsteller des Antrags Drucksache 17/23 beantragt einen mündlichen Bericht in dieser Tagung. Deshalb lasse ich zunächst über diesen Berichtsantrag abstimmen. Wer dafür ist, dass der Bericht jetzt gegeben wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit wird einstimmig der Bericht erbeten, und ich bitte den Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Jost de Jager, um den mündlichen Bericht.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Antrag des SSW stellen im Wesentlichen drei Themen zur Diskussion: Einmal das Geschäftsmodell der HSH Nordbank, dann die Verantwortlichkeit von Vorständen und die Vergütung des Vorstandes. Ich darf zunächst zum Geschäftsmodell kommen. Auf die Fragen, die in dem Berichtsantrag gestellt werden, möchte ich in drei Punkten antworten.

Erstens. Die Sanierung und die **Restrukturierung der HSH Nordbank** entwickelt sich nach dem vom Vorstand vorgelegten Plan. Solange dieser Plan, solange dieses Konzept, das vom Vorstand vorgelegt worden ist, funktioniert und solange die Plandaten dafür eingehalten werden, hat die Landesregierung aus meiner Sicht auch keinen Grund, in dieses Konzept einzugreifen. Ich sehe deshalb auch gegenwärtig keinen Grund, auf die Kritik - etwa an dem Geschäftsmodell oder am Shipping-Bereich - in dieser Phase einzugehen, die zum Teil übrigens auch von interessierter Seite immer wieder angebracht wird.

Ich sage an dieser Stelle, dass die Landesregierung die Geschäftsentwicklung der HSH Nordbank aufmerksam und in der Tat auch nicht unkritisch beobachtet. Aber ich sage auch, dass sich diese Haltung auch an objektiven Maßstäben orientieren muss und nicht ständig auf Zuruf reagieren kann.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Meinen Sie Herrn Marnette?)

Zweitens. Dass die HSH Nordbank im Plan liegt, ist aus meiner Sicht eine positive Entwicklung und stimmt zuversichtlich. Es ist auch ein Hinweis darauf, dass der seinerzeit vorgelegte Plan des Vorstandes funktionieren kann. Die Bank sowie die beiden Ländervertreter aus Hamburg und Schleswig-Holstein führen derzeit auf der Grundlage dieses Sanierungsplanes Gespräche mit der Europäischen Kommission im Zusammenhang mit dem Beihilfeverfahren. Den erfreulichen Verlauf dieser Gespräche deute ich so, dass auch in Brüssel die **Tragfähigkeit des Geschäftsmodells** der HSH Nordbank erkannt und akzeptiert wird.

Damit komme ich drittens dazu, dass es richtig ist, dass die **Schiffsfinanzierung** eine große Rolle bei der HSH Nordbank spielt und dass die Schifffahrt zurzeit unter der Weltrezession in besonderer Weise leidet. Wir alle verfolgen dies sehr aufmerksam, nicht zuletzt übrigens auch auf Basis einer regionalen Verbundenheit. Aber es gilt auch hier, was ich eingangs sagte: Die Entwicklung der Bank verläuft bislang nach Plan, und wir werden alle gemeinsam Gelegenheit haben, das zu überprüfen, denn Anfang Dezember wird die Bank den Bericht für das dritte Quartal vorlegen und dort zum Ergebnis sowie zur allgemeinen Risikovorsorge auch in diesem Bereich Stellung nehmen.

Meine Damen und Herren, ich komme damit zu dem Teil des Berichts, der sich mit der Verantwortlichkeit, aber auch der Verantwortung von Vorständen für die Verluste der Bank befasst. Sie wissen aus der Berichterstattung, dass der Aufsichtsrat die Verlustgeschäfte durch die Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer begutachten ließ. Sie wissen ebenfalls, dass sich der Aufsichtsrat aufgrund dieses Gutachtens von zwei Mitgliedern des Vorstands der HSH Nordbank getrennt hat, und Sie wissen, dass bei diesen und zwei bereits früher entlassenen Vorstandsmitgliedern geprüft wird, ob von ihnen Schadenersatz zu beanspruchen ist.

Die Landesregierung begrüßt, dass der **Aufsichtsrat** Aufklärung veranlasst hat, und sie begrüßt, dass er zügig die Konsequenzen daraus gezogen hat. Das ist ein klares Signal - übrigens nach innen wie nach außen: Wer seine Pflichten verletzt, muss dafür geradestehen.

(Beifall bei der CDU sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen aber noch ein weiteres Signal. Wir brauchen auch das Signal, dass es dem Aufsichtsrat

(Minister Jost de Jager)

gelingt und gelingen können muss, in dieser in der Tat schwierigen Zeit für die Bank neue **Vorstände** für die HSH auch tatsächlich gewinnen zu können. Es ist eine Herkulesaufgabe, die **HSH Nordbank** wieder auf eine sichere Erfolgsspur zu bringen. Dafür werden gute Leute an der Spitze gebraucht. Und gute Leute - das ist eine Binsenweisheit - müssen gut bezahlt werden.

Ich betone an dieser Stelle, dass wir hinsichtlich der Vergütungsstruktur, über die wir reden, über ein **Vergütungssystem** für neue Verträge reden. Aus rechtlichen Gründen ist es nicht möglich, in dieser öffentlichen Sitzung zu dem Vergütungssystem der Vorstände ins Detail zu gehen. Es gibt morgen sowohl eine Sitzung des Beteiligungsausschusses als auch eine nicht öffentliche Sitzung des Finanzausschusses, in der wir diese Dinge genauso vertieft behandeln können wie auch das Gutachten von Freshfields, das - das ist vom Aufsichtsrat angekündigt worden - sowohl den Beteiligungsausschüssen als auch den Untersuchungsausschüssen beider Bundesländer zugeleitet wird.

Die Eckpunkte des Vergütungssystems hat das Aufsichtsratsmitglied Koopmann dem Unterausschuss für Unternehmensbeteiligung am 5. November 2009 dargelegt und im Einzelnen erläutert. Die Kritikpunkte aus der Ausschlussdiskussion habe ich nochmals prüfen lassen, und so viel ist auch in öffentlicher Sitzung mitzuteilen. Das Ergebnis lautet: Es gibt keine Kollision mit den Beschlüssen des Landtags, was ich dem Vorsitzenden des Beteiligungsausschusses auch noch einmal ausführlich geschrieben habe.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist falsch!)

Ich führe das ausführlich aus, damit wir das im Protokoll hinterlegt haben und wir alle darauf Bezug nehmen können. Gemäß der Selbstverpflichtungserklärung der Vorstandsmitglieder zum Garantievertrag vom 2. Juni 2009 gilt Folgendes: Die monetäre **Gesamtvergütung** wird auf 500.000 € pro Jahr als Festgehalt beschränkt, solange die HSH nicht dividendenfähig ist. Die Gesamtvergütung ist am **langfristigen Erfolg** der Bank auszurichten.

Darüber hat das seinerzeit zuständige Ministerium dem Finanzausschuss am 3. September berichtet. Der Finanzausschuss hat dann eine Woche später auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hin, Umdruck 16/4628, einstimmig beschlossen, dass die monetäre Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder den Betrag von 500.000 € pro Person und Jahr nicht übersteigen soll, solange die Ge-

samtdividendenfähigkeit des konsolidierten Konzerns der HSH Nordbank nicht gegeben ist. Das entspricht dem, was damals auf der Grundlage des Garantievertrags bereits Status quo war. Die Abgeordnete Spoorendonk vom SSW erklärte in der Sitzung, dass sie diesen Antrag ausdrücklich unterstütze. Insofern erstaunt es, dass der SSW sich nicht mehr daran halten will.

Der SSW will nun, dass die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder der HSH unter Einschluss aller geldwerten Vorteile und Versorgungsleistungen auf 500.000 € begrenzt wird, und zwar bis die Eigenkapitalhilfe des Landes Schleswig-Holstein in Höhe von 1,5 Milliarden € durch die HSH Nordbank zurückgezahlt worden ist und solange das Land Schleswig-Holstein Garantien für die HSH Nordbank übernimmt. Boni sollen dann weder ausgezahlt werden, noch soll ein Anspruch auf solche Leistungen angesammelt werden.

Meine Damen und Herren, wir haben eine gemeinsame parlamentarische Grundlage für die **Begrenzung** von Vorstandsvergütungen. Ich sehe keinen Grund, diese gemeinsame Position wieder aufzugeben. Wir wollen, dass sich die HSH Nordbank schnell erholt und erfolgreich restrukturiert wird. Dann müssen wir auch wollen, dass die Bank eine stabile und qualifizierte Führung hat und in der Lage ist, neue Vorstandspositionen auch tatsächlich zu besetzen. Würden wir dem SSW-Antrag folgen, dann würden wir dies verhindern. Wir brauchen ein **Vergütungssystem**, das am Ende auf nachhaltigen Erfolg zielt. Dann ist es folgerichtig, die Erlangung der Dividendenfähigkeit zu belohnen, und zwar entsprechend dem Beitrag, den jedes Vorstandsmitglied persönlich geleistet hat, um dieses Ziel auch tatsächlich zu erreichen.

Ich komme zum Schluss und fasse zusammen: Umstrukturierung und Sanierung der HSH Nordbank kommen planmäßig voran. Es gibt gegenwärtig keinen Anhaltspunkt dafür, dass diese Entwicklung nicht anhält. Pläne, die funktionieren, haben zunächst einmal keinen Veränderungsbedarf. Für die großen Aufgaben bei der Bank brauchen wir gute Vorstände, die für den nachhaltigen Erfolg belohnt werden. Dem entspricht das neue Vergütungssystem, und es berücksichtigt die Begrenzungen, die der Landtag gefordert hat. Insgesamt erwarten wir, dass die HSH Nordbank mit dem bereitgestellten Kapital auch in Zukunft auskommt. Die Landeshaushalte dürfen nicht weiter belastet werden. Diese Maxime gilt auch bei der Frage, wann und wie wir den weiteren Rückzug des Landes aus der HSH Nordbank gestalten.

(Minister Jost de Jager)

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Thorsten Fürter von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister de Jager, bevor ich hier in den Landtag gekommen bin, habe ich in Hamburg gearbeitet. Der erste Teil Ihrer Ausführungen hat mich sehr stark an das erinnert, was Herr Senator Freytag einmal gesagt hat und inzwischen stark bereut, nämlich dass die HSH Nordbank eine im Kern gesunde Bank sei. Ich finde, etwas mehr Kritikfähigkeit wäre im ersten Passus - was das Geschäftsmodell angeht - angebracht gewesen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Die HSH Nordbank hat infolge windiger **Spekulationsgeschäfte** im Jahr 2008 einen Verlust von 2,8 Milliarden € erlitten. Nur mit Milliardenhilfen der Steuerzahler konnte sie am Leben gehalten werden. Auf der Suche nach Verantwortlichen für dieses finanzielle Desaster sind nunmehr schon viele Monate ins Land gezogen. Wir Grüne begrüßen es deshalb, dass mit der Abberufung der Vorstände Peter Rieck und Jochen Friedrich endlich überfällige Konsequenzen aus den Milliardenverlusten der Bank gezogen wurden. Mit der Entlassung der beiden Vorstandsmitglieder ist es aber nicht getan. Für die Steuerzahler besteht jetzt endlich die Möglichkeit, zumindest ein paar der vielen Steuermillionen zurückzufordern, die bei den Investmentpannen der HSH in den Sand gesetzt wurden. Die entlassenen Vorstandsmitglieder dürften allesamt haftpflichtversichert sein. Aus unserer Sicht ist es jetzt endlich an der Zeit, dass diese Herren ihre Versicherungen in Anspruch nehmen müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Dafür muss die Landesregierung die rechtlichen Schritte aber auch zügig in Angriff nehmen. Herr Ministerpräsident Carstensen, Sie müssen dafür sorgen, dass die **Schadensersatzansprüche** gegen die entlassenen **Vorstandsmitglieder** konsequent verfolgt werden. Eine klare Aussage darüber, wie Sie hier vorgehen wollen, habe ich in der Erklärung von Ihnen, Herr Minister de Jager, leider vermissen müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Eines muss eigentlich selbstverständlich sein: Dort, wo es ein Fehlverhalten der ehemaligen Vorstände gegeben hat, dürfen keine Abfindungen gezahlt werden. Wer auf der Arbeitsstelle ein halbes Mettbrötchen für zu Hause einpackt, kann - das haben wir in den letzten Wochen gelernt - fristlos entlassen werden. Dann kann es aber erst recht nicht sein, dass Bankmanager, die mit ihren Hasardeurgeschäften Milliarden Schäden angerichtet haben, auch noch eine Entschädigung bekommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Zum goldenen Handschlag darf es nicht kommen. Das ist - wie gesagt - eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Angesichts des Einfallsreichtums, den es bei der Bank gibt, sobald es um die Vergütung der Vorstände geht, möchte ich diese Selbstverständlichkeit an dieser Stelle ausdrücklich zur Sprache gebracht haben.

Es hat ungewöhnlich lange gedauert, bis das **Gutachten** der Anwaltskanzlei Freshfields endlich vorgelegt wurde. Jetzt kommt es - natürlich nach der Wahl - auf den Tisch. Wir Grüne haben von Anfang an kritisiert, dass mit der Erstellung des Gutachtens die gleichen Anwälte beauftragt wurden, die die HSH über Jahre bei ihren Spekulationsgeschäften beraten haben. Der Verdacht, hier solle ein Gefälligkeitsgutachten bestellt werden, steht damit automatisch im Raum.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bis heute ist dieser Zweifel für mich nicht ausgeräumt: Für mich als Jurist erschließt sich beispielsweise nicht, wieso Herr Nonnenmacher einwandfrei gehandelt haben soll, obwohl er doch einen der Omega-Deals selbst gegengezeichnet hat. Beim **Omega-55-Geschäft** handelte es sich um ein sogenanntes Competence-One-Geschäft, das heißt um ein Geschäft, das wegen seiner Bedeutung und Tragweite für die Bank vom gesamten Vorstand gegenzuzeichnen war. Wenn Herr Nonnenmacher eines dieser fatalen Millionengeschäfte gegengezeichnet hat, dann kann er sich jetzt nicht allen Ernstes darauf berufen, er habe nicht gewusst, was er da unterschreibt. Jedem Rentner, der bei seiner Versicherung einen Vertrag unterschreibt, wird es doch um die Ohren gehauen, wenn er sich anschließend auf fehlende Sachkenntnis beruft. Mit seiner Unterschrift dokumentiert ein Mensch, dass er für etwas einstehen will. Wer den Vertragsvorgang nicht überblickt, der muss seine Unterschrift verweigern.

(Thorsten Fürter)

Das ist die Kehrseite der Rechts- und Geschäftsfähigkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dass ausgerechnet für Bankvorstände bei der Gegenzeichnung hochriskanter Geschäfte ein Maßstab der Milde, der Nachsicht und der Barmherzigkeit angelegt werden soll, überzeugt mich nicht, auch nicht kurz vor Weihnachten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Um den Verdacht eines Gefälligkeitsgutachtens gar nicht erst aufkommen zu lassen, haben wir Grüne in diesem Haus schon mehrfach dafür geworben, dass bei der HSH endlich eine **Sonderprüfung** nach Aktienrecht durchgeführt wird. Um den Verdacht zu entkräften, dass die beiden entlassenen Vorstände nur als Bauernopfer dienen, damit Herr Nonnenmacher aus der Schusslinie kommt, brauchen wir eine unabhängige Sonderprüfung. Die Sonderprüfung würde zudem auch die Arbeit des **Risikoausschusses** beleuchten und deshalb einen weiteren Erkenntnisgewinn bringen. Herr Kubicki, warten Sie nicht auf die Hamburger GAL, bis sie die Sonderprüfung im Hamburger Senat durchsetzt. Bleiben Sie Ihrer öffentlichen Wahrnehmung als Chefaufklärer treu, und tragen Sie die Landesregierung zum Jagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, es ist traurig, aber wahr: Nach nunmehr schon monatelanger Diskussion muss sich der Landtag immer noch mit der Frage befassen, welche **Boni**, Sonderzuwendungen, Extraleistungen und Zusatzvergütungen sich die Vorstände der HSH genehmigen dürfen. Dabei ist die **Beschlusslage** ganz eindeutig: Mehrfach schon - zuletzt am 10. September - hat der Landtag beschlossen, dass die monetäre **Gesamtvergütung der Vorstände** einschließlich aller Boni und Zusatzleistungen den Gesamtbetrag von 500.000 € nicht übersteigen darf, solange die Gesamtdividendenfähigkeit des konsolidierten Konzerns HSH Nordbank nicht gegeben ist.

Umso unerträglicher empfinde ich die jüngsten Presseberichte. Schon wieder werkelt die Bank offensichtlich an einem neuen, höchst kreativen Vergütungsmodell. Dessen tieferer Sinn scheint mir zu sein, die Beschlüsse dieses Hauses auszuhebeln und den Vorständen ein höheres Gehalt zu sichern. Es kann nicht angehen, dass sich bei der Bank ein ganzer Mitarbeiterstab nicht mit dem operativen Ge-

schaft, sondern mit der Ausarbeitung eines komplexen Vergütungsmodells beschäftigt, nur damit die paar Herren im Vorstand mehr als die vom Landtag vorgesehenen 500.000 € verdienen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Die HSH Nordbank braucht die Kreativität ihrer Mitarbeiter nicht für den Entwurf neuer Bonusregelungen, sondern vielmehr für die Entwicklung eines tragfähigen Geschäftsmodells. Herr Carstensen, an dieser Stelle ein für allemal, ganz klipp und klar: Sorgen Sie dafür, dass dieser Unsinn aufhört!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Immer wieder wird vorgebracht, für ein „jämmerliches“ Jahresgehalt von nur 500.000 € bekomme man keine fähigen Banker. Etwas verklausulierter, aber so ähnlich, klang es bei Ihnen, Herr de Jager, eben auch durch. Wenn damit gemeint ist, dass wir auf so gut bezahlte Vorstände wie die Herren Rieck, Friedrich, Strauß und Dettinger-Klemm in Zukunft verzichten müssen, kann ich nur sagen: Gut so.

Nein, meine Damen und Herren, wenn die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland bereit ist, für weniger als 500.000 € Verantwortung für das Land zu tragen, muss es auch Herrn Kopper möglich sein, für das Gehalt fähige Banker auf dem Arbeitsmarkt zu finden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und der Abgeordneten Ranka Prante [DIE LINKE])

Allerdings, wenn höhere Gehälter Führungskräfte motivieren, mehr Verantwortung zu übernehmen, frage ich mich natürlich schon - eher im Scherz -: Sollen wir auf dem nächsten Parteitag der Grünen ein wenig sammeln für die Mitglieder der Landesregierung, damit sie endlich erkennbar Verantwortung bei der HSH Nordbank übernimmt?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wenn etwas dabei herauskommt!)

Die zukünftige finanzielle Gestaltungsfähigkeit des Landes hängt wesentlich vom Erfolg oder Misserfolg der HSH Nordbank ab. Herr de Jager, nachdem Finanzminister Wiegard die HSH-Zuständigkeit wegen erwiesener Inkompetenz entzogen wurde, liegt hier noch immer einiges im Argen. So leid es mir tut, aber bei der HSH können Sie keine hunderttägige Schonfrist in Anspruch nehmen.

(Thorsten Fürter)

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch im April lobte der Vorsitzende des **SoFFin**, Herr Rehm, hier im Landtag das **neue Geschäftsmodell**. Derselbe Herr hat laut Presseberichten nunmehr Bedenken, ob das Geschäftsmodell noch zukunftsfähig ist. Entweder Herr Rehm lügt - warum drängt die Landesregierung dann nicht auf ein klares Dementi von Herrn Rehm? -, oder Herr Rehm - was ich befürchte - hat recht. Dann muss die Landesregierung einen Plan, eine Zeitschiene entwickeln, mit welchem Geschäftsmodell die Bank wirklich aus der Krise kommen soll.

Dafür ist der Lenkungsausschuss, den Sie hier angesprochen haben, doch genau das richtige Gremium. Deswegen verstehe ich nicht, warum Sie sich an dieser Stelle zurücklehnen. Dieser **Lenkungsausschuss** muss dann lenken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Den geschäftlichen Erfolg der Bank, die Einhaltung der Landtagsbeschlüsse zur Vorstandsvergütung und die Verfolgung von Schadensersatzansprüchen gegen ehemalige Vorstände werden wir sehr genau verfolgen. Im Interesse des Landes wünsche ich Ihnen und der Bank viel Erfolg und gutes Gelingen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Lars Harms von der Fraktion des SSW.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erst einmal möchte ich die Gelegenheit nutzen, auf das einzugehen, was Herr Minister de Jager gesagt hat, nämlich Frau Spoorendonk habe einen Beschluss mitgetragen. Das ist richtig. Da geht es auch um die **monetäre Gesamtvergütung**. Allerdings, wer sich die Diskussion im Ausschuss anschaut, konnte sehen, was eigentlich gemeint war. Monetär bedeutet zum Beispiel auch Rentenzahlungen. Das ist auch Geld, auch wenn es erst später fließt.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Tobias Koch [CDU]: Mitnichten!)

Gerade weil es darum ging, die 2,9 Millionen € „Rente“ für Herrn Nonnenmacher zu diskutieren, hat man gesagt: Darüber diskutieren wir noch ein-

mal, und wollen etwas einziehen. Es wurde dann gesagt: Die monetäre Gesamtvergütung soll nicht 500.000 € übersteigen. Das hat meine Kollegin wie alle anderen auch mitgetragen. Genauso war es von allen anderen auch gemeint.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Daran halten wir uns heute noch. Wir haben die Befürchtung, dass dies nicht passiert. Deswegen haben wir heute einen Antrag eingebracht.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach den großartigen Ankündigungen der FDP im Wahlkampf, dass die HSH Nordbank schnellstens verkauft werde und Herr Nonnenmacher nicht länger tragbar sei, ist es knapp zwei Monate nach der Landtagswahl still um dieses Thema geworden. Im **Koalitionsvertrag** gibt es zur **HSH Nordbank** nur eine klare Aussage: Das Land wird keine weiteren Haftungsrisiken übernehmen. Der SSW begrüßt dies. Uns ist schon lange klar, dass Schleswig-Holstein keine weiteren finanziellen Belastungen durch die HSH Nordbank tragen kann und - das füge ich hinzu - in der Vergangenheit eigentlich auch gar nicht tragen konnte.

Darüber hinaus sind die Angaben im Koalitionsvertrag eher vage gehalten. So wäre es schön, wenn man die HSH Nordbank in absehbarer Zeit loswerden könnte und wenn wir die geliehenen Milliarden bei Gelegenheit auch zurückbekämen. Nur leider ist die Welt kein Wunschkonzert, auch ein Koalitionsvertrag nicht, sodass es an der Zeit ist, sich mit den Tatsachen auseinanderzusetzen.

Weder der Verkauf der HSH Nordbank an einen Investor noch ein Börsengang sind in der momentanen Lage der Bank realistisch -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und nun?)

auch dann nicht, wenn die EU das möglicherweise in Kürze von uns fordert.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und nun?)

Wir alle wissen, wohin der letzte geplante **Börsengang** der Bank geführt hat: zu Geldgier, hochrisikanten Geschäften und zu der heutigen katastrophalen Lage der Bank. Laut der Ratingagentur Fitch hat außerdem derzeit keine einzige der Landesbanken ein funktionierendes Geschäftsmodell, auch unsere eigene nicht. Nach wie vor müssen die Banken stark umgebaut werden, sodass private Investoren - sagen wir mal - nicht gerade scharf darauf sind, die HSH Nordbank zu besitzen. Von der Landesregie-

(Lars Harms)

rung hört man dazu viele Sätze, die mit „wenn“ beginnen und die Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass alles wieder gut wird.

Darüber hinaus vollzieht die Landesregierung Tippschrittchen in Sachen HSH Nordbank. Die **ministerielle Zuständigkeit** für die Bank wurde ins Wirtschaftsministerium verlagert. Ganz still und leise und doch sehr deutlich wird so zum Ausdruck gebracht, dass Herr Wiegard als Finanzminister in Zukunft lieber die Finger von diesem Thema lassen sollte. Nicht nur, dass Herr Wiegard schon den Aufsichtsrat der Bank verlassen hat, nun muss er die gesamte Zuständigkeit abgeben. Für den SSW ist aber klar, dass Herr Wiegard mitverantwortlich für die Fehlentwicklungen bei der HSH in der Vergangenheit ist, da er die politische Verantwortung für diesen Bereich getragen hat.

Dass die Bank - trotz eines Milliardenverlustes von 2,8 Milliarden € - 200 Millionen € Dividende auszahlen wollte und erst von der Europäischen Kommission gestoppt werden konnte; dass Herrn Nonnenmacher eine Bleibeprämie von 2,9 Millionen € ausgezahlt wurde; dass die HSH hochriskante Geschäfte tätigte, die zur katastrophalen Lage der Bank führten, in all diese Geschehnisse hat Herr Wiegard Einblick gehabt und die Entscheidungen für die gesamte Landesregierung mitgetragen. Welche Erkenntnisse der Finanzminister zum Beispiel bei den Omega-Geschäften hatte, ist heute noch zu klären. Aus Sicht des SSW steht aber jetzt schon fest, dass wir Herrn Wiegard nicht aus der Verantwortung lassen können, auch wenn er formell in Zukunft nicht mehr für die HSH zuständig ist.

Formell ist auch das Land Schleswig-Holstein nicht mehr im **Aufsichtsrat** der Bank vertreten. Trotzdem tragen wir noch eine moralische und eine politische Verantwortung für die Geschäftspolitik dieser Bank, die uns zusammen mit Hamburg immerhin zu 85 % gehört.

Aus diesem Grund hat der SSW heute einen **Antrag zur Vergütung der Vorstandsmitglieder** der HSH Nordbank eingebracht. Wir fordern den Landtag dazu auf, an der Begrenzung der Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder auf 500.000 € festzuhalten. Dieser Antrag mag überraschen, da der Landtag doch bereits eine Resolution zur Deckelung der Managergehälter beschlossen hat.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die halten sich ja nicht dran!)

Der SSW hat dieser Resolution damals nicht zugestimmt, da uns die Formulierungen nicht verbindlich und weitgehend genug waren. Die personalpo-

litischen Entwicklungen der letzten Woche haben gezeigt, dass wir mit unserer Einschätzung richtig lagen. Auch der Finanzausschuss hat seinerzeit kurz danach versucht, noch etwas einzuziehen.

Nicht nur, dass Hilmar Kopper als Aufsichtsratsvorsitzender ein **neues Boni-Modell** vorschlägt, in dem die neuen Vorstände Sonderzahlungen ansammeln, die dann bei Dividendenfähigkeit der Bank ausgezahlt werden. Aus Sicht des SSW ist erst einmal völlig schleierhaft, wieso Herr Kopper überhaupt ein neues Vergütungsmodell erarbeiten lässt. Die **Deckelung** der Managergehälter ist beschlossene Sache. Darüber hinaus hat die Bank im Frühjahr bewiesen, dass man eine Dividendenfähigkeit trotz eines Milliardenverlustes auch rein rechnerisch herstellen kann. Soll heißen, es ist nur eine Frage der Ausgestaltung der Bilanzen, ab wann die neuen Vorstände die Boni bekommen. Da ist Trickserei Tür und Tor geöffnet.

(Beifall beim SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]:
Das kriegen die schon hin!)

Für den SSW steht aber fest, dass nicht in schlechten Zeiten imaginäre Ansprüche angesammelt werden dürfen, die dann in guten Zeiten ausgezahlt werden können. Für uns gilt: Wenn schlechte Zeiten sind und kein Geld da ist, kann auch kein Geld ins Sparschwein kommen. Punkt. Ende. Aus.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heindl
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darüber hinaus scheint unser Ministerpräsident doch gewitzter zu sein, als so mancher meint. In einem Schreiben der Landesregierung an die Fraktionen vom 10. Juli dieses Jahres hat Herr Carstensen nochmals darauf hingewiesen, dass die **Begrenzung der monetären Vergütung** - die Landesregierung meint etwas anderes damit als der Finanzausschuss - der Vorstandsgehälter gilt, solange die Dividendenfähigkeit der Bank nicht wiederhergestellt wird. Ich muss zugeben, dass wir nach den Erlebnissen mit unserem Ministerpräsidenten in den letzten Monaten an Misstrauen und Skepsis dazugelernt haben, sodass ich mir doch - besonders nach den Sonderzahlungen von 2,9 Millionen € an den unbelehrbaren Herrn Gierhals Nonnenmacher - die Frage stelle, wieso Herr Carstensen die monetäre Vergütung so betont. Er deutet definitiv das, was wir gemeint haben, anders und versucht, das in der Öffentlichkeit so darzustellen, als hätten wir schon immer gesagt, **hohe Rentenzahlungen** seien okay. Wir haben immer gesagt: Hohe Rentenzahlungen sind nicht okay. 500.000 € und nichts anderes sind die Begrenzung.

(Lars Harms)

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Um sicherzugehen, dass die beschlossene Deckelung der Managergehälter hinter unserem Rücken nicht wieder einkassiert wird, indem den Vorständen womöglich andere geldwerte Vorteile gewährt werden, stellt der SSW heute diesen Antrag. Wir wollen ganz sichergehen, dass die Gesamtvergütung für Vorstandsmitglieder unter Einschluss aller geldwerten Vorteile, Versorgungsleistungen und sonstiger Zahlungen 500.000 € im Jahr nicht überschreitet. 500.000 € sind, wie ich glaube, auch auskömmlich.

Außerdem dürfen aus Sicht des SSW die Vorstände der HSH Nordbank erst dann wieder mehr als 500.000 € verdienen, wenn sie eine gute Arbeit geleistet haben. Diese gute Arbeit bezieht sich nicht auf die mehr oder weniger willkürliche Dividendenfähigkeit der Bank, sondern darauf, dass die **Eigenkapitalhilfe Schleswig-Holsteins** in Höhe von 1,5 Milliarden € zurückgezahlt und die **Garantien** in Höhe von 5 Milliarden € nicht angerührt wurden. Erst dann kann die Deckelung der Managergehälter aufgehoben werden.

Herr Rehm, der Chef des SoFFin, wurde am 3. November in der „Welt“ mit dem Satz zitiert: Wir müssen den Zustand überwinden, in dem Gewinne privatisiert werden und Verluste sozialisiert. - Genau aus diesem Grund ist es an der Zeit, das vorgeschlagene Vergütungsmodell von Herrn Kopper eben nicht nur wegen rechtlicher Bedenken zu stoppen, sondern vor allem wegen moralischer und politischer Bedenken. Stimmen Sie deshalb für unseren Antrag! Da schon in Kürze ein neues Vergütungsmodell beschlossen werden soll - wir werden uns ja schon morgen in den Ausschüssen darüber unterhalten -, ist es für uns ganz wichtig, dass wir heute in der Sache abstimmen. Wir möchten keine Überweisung an die Ausschüsse, sondern heute ein deutliches Signal an die Bank senden. Deshalb bitte ich um Abstimmung in der Sache.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die CDU-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema HSH Nordbank hat uns in die-

sem Jahr bislang in jeder Plenartagung beschäftigt. Viele Fragen waren dabei offen und sind es zum Teil auch heute noch. Neue Fragen kommen hinzu. Das ist aber auch ganz selbstverständlich, weil wir uns hier in einem Bereich bewegen, der von Unsicherheit und ständiger Veränderung geprägt ist. Gleichzeitig gilt es an dieser Stelle aber auch zu würdigen, welche **Fortschritte** bislang erreicht wurden. Nur wenige Wochen nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers hat der Aufsichtsrat Ende 2008 die KPMG als bestellten Abschlussprüfer mit besonderen Prüfungsschwerpunkten beauftragt, unter anderem im Hinblick auf das Credit Investment Portfolio. Der umfassende Prüfbericht wurde im April 2009 fertiggestellt und ist auch dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zugänglich gemacht worden.

Unmittelbar anschließend beauftragte der damalige Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Peiner die Sozietät Freshfields Bruckhaus Deringer damit, die Tätigkeit der Vorstandsmitglieder auf Pflichtverletzungen hin zu überprüfen. Im Juli dieses Jahres wurde ein neuer Aufsichtsrat der HSH Nordbank gewählt. Unter der Leitung von Hilmar Kopper konnte dafür ein anerkanntes Expertengremium gewonnen werden.

Der im August vorgestellte **Halbjahresbericht** zeigt, dass sich die Bank bei ihrer Restrukturierung im Plan befindet und sogar geringfügig besser abgeschlossen hat als erwartet. Ob das für das ganze Jahr durchgehalten wird, wird sich noch zeigen müssen. Mit Spannung sehen wir deshalb den Zahlen für das dritte und vierte Quartal entgegen. Im Oktober gelang es dem Aufsichtsrat, zwei bis dahin vakante Vorstandsposten neu zu besetzen. Dieser Neubesetzung kommt im Hinblick auf die entsprechenden Forderungen der **Bankenaufsicht** besondere Bedeutung zu.

Im November wurde schließlich das Rechtsgutachten zur Frage möglicher Pflichtverletzungen fertiggestellt. Auch dieses liegt dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss mittlerweile vor. Aufgrund der darin enthaltenen Aussagen hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 10. November die Bestellung von zwei Vorständen widerrufen. Bei diesen und zwei ehemaligen Vorständen wird geprüft, ob Schadensersatz geltend gemacht werden kann.

Die dargestellten **Vorgänge** umfassen gerade einmal einen Zeitraum von zwölf Monaten, also einem Jahr. Unter Berücksichtigung der Komplexität und der gebotenen Sorgfalt wird insofern deutlich, dass von der Bank, vom Aufsichtsrat und von der Lan-

(Tobias Koch)

desregierung als Gesellschafter zielstrebig und konsequent eine Aufarbeitung der Vorkommnisse betrieben wird und die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Allen, die an der Bewältigung dieser wahrlich nicht leichten Aufgabe mitwirken, gilt deshalb an dieser Stelle mein besonderer Dank.

Ohne das vom Aufsichtsratsvorsitzenden entwickelte **Vergütungsmodell** wäre es vermutlich nicht gelungen, für einen der beiden neu besetzten Vorstandspositionen einen externen Fachmann zu gewinnen. Ohne Klarheit über das Vergütungsmodell dürfte auch die Wiederbesetzung der durch die Abberufung frei gewordenen Vorstandsposition kaum gelingen. In diesem Fall würde die HSH Nordbank in der Tat einer höchst ungewissen Zukunft entgegengehen.

Der Landtag hatte in seiner Resolution im Februar beschlossen, dass für die **Vorstandsgehälter** die restriktiven **Regelungen des SoFFin** Anwendung finden müssten. Demnach darf keine unangemessene Gesamtvergütung gewährt werden. Dabei umfasst die **Gesamtvergütung** drei **Bestandteile**: die monetäre Vergütung, Versorgungszusagen und sonstige Leistungen. Versorgungszusagen sind eben keine monetären Vergütungen, Herr Kollege Harms. Der Bestandteil der monetären Vergütung darf nach den Regelungen des SoFFin 500.000 € pro Jahr nicht übersteigen. Das ist in § 5 der Verordnung zur Durchführung des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes nachzulesen. In Umsetzung des Landtagsbeschlusses hat die Landesregierung im Rahmen des ausgehandelten Garantievertrages die monetäre Vergütung deshalb auf ein **Festgehalt** von 500.000 € pro Jahr begrenzt, solange die Bank nicht dividendenfähig ist.

Die **Einbeziehung** von **geldwerten Vorteilen, Versorgungsleistungen** und **sonstigen Zahlungen** in den Betrag von 500.000 € ist nicht Gegenstand der SoFFin-Regelung und war damit zu keinem Zeitpunkt politische oder rechtliche Vorgabe.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Kollegin Heinold, zu Ihrem Antrag komme ich jetzt. Auch der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 10. September auf Ihren Antrag, Frau Kollegin Heinold, lediglich beschlossen, dass die monetäre Gesamtvergütung den Betrag von 500.000 € nicht übersteigen darf.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich habe Ihnen die Rechtslage vorgetragen. Die monetäre Vergütung ist auf 500.000 € begrenzt. Deshalb wäre eine Beschlussfassung, wie jetzt vom SSW beantragt, eine nachträgliche Veränderung der Spielregeln.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter Koch, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Harms? - Bitte.

Lars Harms [SSW]: Herr Kollege Koch, teilen Sie meine Auffassung, dass, wenn man Geld für die Altersversorgung zurücklegt, dies durchaus auch als monetär angesehen werden kann, und dass man nicht davon ausgehen kann, dass Banker vom 65. Lebensjahr an vom Land möglicherweise nur noch Freispakete zur Verfügung gestellt bekommen?

(Heiterkeit und Beifall bei SSW, SPD und der LINKEN)

Tobias Koch [CDU]:

Herr Kollege Harms, diese Auffassung teile ich nicht. Ich habe auf die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen verwiesen, wo explizit zwischen monetärer Vergütung und Versorgungszusagen entschieden wird. Eine Versorgungszusage ist keine monetäre Vergütung. Es kommt zum jetzigen Zeitpunkt zu keiner Auszahlung. Bei dem, was jetzt gewährt wird, handelt es sich um eine Vorsorge für das Alter und nicht um eine monetäre Vergütung.

Da wir gerade bei diesem Punkt sind, möchte ich mich hier auch noch an die Adresse des Kollegen Fürter wenden. Auch die **Bonuszahlungen** waren nicht Bestandteil des Beschlusses des Finanzausschusses. Auch die Bonuszahlungen sind in den 500.000 € nicht enthalten.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Der kriegt den Hals nicht voll! Das ist das Problem!)

Der Passus aus dem Antrag der Grünen lautete: einschließlich aller Prämien und Vergütungen auch von Tochtergesellschaften der HSH Nordbank. Damit sollte - so die Kollegin Heinold damals - sichergestellt werden, dass die Grenze von 500.000 € nicht dadurch umgangen wird, dass von verschiedenen Tochtergesellschaften etwas gezahlt wird. Damit waren nicht die Bonuszahlungen gemeint, Herr Kollege Fürter.

(Tobias Koch)

Gerade in diesen turbulenten Zeiten - wir merken das auch jetzt wieder - muss die Politik für Klarheit und Verlässlichkeit sorgen.

(Beifall bei SSW und der LINKEN sowie vereinzelt bei der SPD)

Genau das. Herr Kollege Stegner, es mag ja sein, dass Sie das alles selber für sich hineininterpretiert haben. Fakt ist: Es ist nicht Beschlusslage. Es war so nicht gemeint. Sie können sich hier auf keine Quelle berufen, um Ihre Position, die Sie jetzt gerade vertreten, zu rechtfertigen.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Aber Sie!)

Ich habe Ihnen das genau vorgetragen. Ich stelle auch gern jederzeit alle Unterlagen zur Verfügung, alle Rechtsverordnungen, alle Beschlüsse inklusive der Resolutionen, die wir damals gemeinsam getroffen haben.

Kommen wir zu den Bonifikationen. Ich gehe darauf etwas näher ein. Im **Garantievertrag** wurden die **Bonifikationen** an die Bedingung geknüpft, dass sie an den langfristigen Erfolg der Bank gekoppelt sind. An den langfristigen Erfolg der Bank! Der Finanzausschuss hat dazu in seiner Sitzung am 29. Mai einstimmig festgestellt, dass dieser Garantievertrag mit den darin enthaltenen Vorgaben die Resolution des Landtags erfüllt.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Warum entschuldigen Sie das jetzt alles?)

- Frau Kollegin Spoorendonk, ich trage hier vor, was wir alle gemeinsam beschlossen haben.

(Zurufe von der SPD)

Auch bei der HSH Nordbank geht es um nichts anderes, als die richtigen Anreize für ein nachhaltiges oder am langfristigen Erfolg orientiertes Handeln zu setzen. Mit der dafür vorgesehenen Kopplung der variablen Vergütung an die Dividendefähigkeit, der gestaffelten Auszahlung über mehrere Jahre und dem Vorbehalt von Rückgriffsmöglichkeit stellt sich dieser **Vergütungsplan** genauso restriktiv dar, wie der **SoFFin** das vorsieht und wie das Beispiel Commerzbank zeigt.

Hinzu kommt, meine Damen und Herren, wenn Ihre Prophezeiungen, die Prophezeiungen der Opposition, zuträfen, dass die HSH Nordbank bereits in diesem Jahr auf weiteres Kapital angewiesen ist

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann gibt es keine Bonifikationen!)

- genau -, dann stünde jede variable Vergütung nur auf dem Papier. Sie würde angesichts derartig

schlechter Zahlen überhaupt nicht zum Tragen kommen. Wenn es aber den neu berufenen Vorständen gelingt, dafür zu sorgen, dass die Planzahlen eingehalten werden, die Garantie des Landes nicht in Anspruch genommen wird und die Bank 2012 wieder dividendenfähig ist, dann, muss ich sagen, bin ich gern bereit, für diese Leistung auch einen Bonus zu zahlen.

(Zurufe)

Noch einmal: Es geht nicht darum, den Managern - -

(Lars Harms [SSW]: Ich bin es leid, dass wir alle für diesen Unsinn bezahlen müssen!)

- Herr Kollege Harms, wenn es uns allen erspart bleibt, dass die Garantie des Landes in Höhe von 10 Milliarden € in Anspruch genommen wird, wenn die Manager das hinbekommen, dann ist das, glaube ich, auch eine variable Vergütung wert.

Noch einmal: Es geht nicht darum, den Managern, die die HSH Nordbank in die Krise geführt haben, einen Bonus zu zahlen, sondern ausschließlich denjenigen, die jetzt neu in die Bank eintreten, die sich dieser Herausforderung stellen, und nur dann, wenn sie dabei erfolgreich sind.

Lassen Sie uns daher an dieser Stelle bitte keine billigen Neiddebatten führen!

(Lachen bei SPD und der LINKEN)

Ich versuche gerade, es Ihnen zu erklären. Das ist schon schwer genug, Herr Kollege Stegner. Es geht nicht um Neid auf hohe Einkommen, sondern um die Interessen des Landes und seiner Steuerzahler. Es geht darum, unser Landesvermögen zu sichern und Schaden vom Land abzuwenden.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte um etwas Ruhe, denn die Redezeit ist gleich abgelaufen.

Tobias Koch [CDU]:

Auf dem Höhepunkt der Krise stand das Menetekel von 65 Milliarden € Gewährträgerhaftung an der Wand.

(Zuruf von Ministerpräsident Peter-Harry Carstensen)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Ministerpräsident Carstensen, Zwischenrufe von der Regierungsbank sind nicht erlaubt.

Tobias Koch [CDU]:

Liebes Präsidium, vielen Dank für die Unterstützung. Das hätte ich mir früher auch schon gewünscht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter Koch, diese Kommentierung der Arbeit des Präsidiums ist unüblich.

Tobias Koch [CDU]:

Noch einmal: Auf dem Höhepunkt der Krise stand das Menetekel von 65 Milliarden € Gewährträgerhaftung an der Wand, wenn wir die Bank in die Insolvenz hätten gehen lassen. Noch immer liegen unsere **Haftungsrisiken** im zweistelligen Milliardenbereich. Daran, bitte schön, sollten wir unsere Debatte ausrichten und nicht an plakativen Diskussionen über Managervergütung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir begrüßen in unseren Reihen den ehemaligen Abgeordneten Günther Neugebauer.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die SPD-Fraktion hat nun – bitte, Herr Kollege Arp, und bitte, die anderen Kolleginnen und Kollegen! - die Kollegin Herdejürgen das Wort.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

Birgit Herdejürgen [SPD]:

So weit würden wir doch nicht gehen, Hans-Jörn!

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich ausdrücklich beim Kollegen Koch für diesen Redebeitrag; den werden wir noch oft zitieren können.

(Beifall bei der SPD)

Frau Präsidentin, ich beginne mit einem Zitat. Das fängt so an:

„Ich halte dieses Geschäftsmodell auch nach der Befassung mit diesem Modell für alternativlos, und zwar bezogen auf die Investition der Träger, bezogen auf das Know-How, das die Bank verkörpert und das sonst zerstört würde, und auch bezogen auf die Kundenbeziehungen, weil ansonsten das Investment zerstört würde“,

sagte Dr. Rehm, SoFFin, am 19. März 2009 in der gemeinsamen Sitzung von Finanz-, Wirtschafts- und Innen- und Rechtsausschuss. Optimismus ist etwas anderes. So erstaunt es auch nicht, dass Herr Sanio von der BaFin in derselben Sitzung mit Bezug auf seine 68er-Wurzeln bemerkte:

„Nimm das Schlechteste an, und bereite dich darauf vor, enttäuscht zu sein. Das dürfte die richtige Einstellung für die Zukunft sein.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Land kann es sich definitiv nicht leisten, enttäuscht zu werden. Wir müssen davon ausgehen, dass mit den **Personalwechsell** auf der Führungsebene und mit der **Restrukturierung der Bank** die wesentlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Situation der HSH Nordbank stabil bleibt, dass das aufs Kerngeschäft reduzierte Geschäftsmodell greift, dass die Bank bald Gewinne macht, dass mittelfristig die Dividendenfähigkeit wiederhergestellt wird. Das war die Grundlage für unsere Entscheidung vom März dieses Jahres, trotz massiver Bedenken, zusätzliche Mittel und Garantien zur Verfügung zu stellen, und das ist unsere Erwartung. Wenn sich die Zuversicht des Ministers bestätigt, dann kann es uns alle ja nur fröhlich stimmen.

Es ist erfreulich, dass nun auch Bank und Anteilseigner auf unsere Forderung eingeschwenkt sind, bei den Pflichtverletzungen des Spitzenpersonals **Schadenersatzforderungen** zu prüfen. Und es ist dringend notwendig, dass die Defizite in der Steuerung und der Kontrolle, deren Ausprägung, folgt man den Presseberichten, teils so absurd ist, dass ein Fernsehfilm-Drehbuch des gleichen Inhalts kaum Chancen auf Realisierung hätte, nun, wo sie endlich aufgedeckt sind, aufgearbeitet werden. Unsere Fraktion wird das auch im Rahmen des Untersuchungsausschusses machen. Inwieweit CDU und FDP das tun, wird sich zeigen. Die CDU hat aber offenbar weniger Angst vor dem Aufklärungseifer der FDP, als dies in der alten Koalition gegenüber der SPD der Fall gewesen ist. Getrennte Beweisanträge wollte die CDU in der Vereinbarung mit uns nicht zulassen.

(Birgit Herdejürgen)

Bezogen auf die Rahmenbedingungen, die wir als Anteilseigner politisch gestalten, erwarten wir - das ist hier auch schon zum Ausdruck gekommen -, dass unsere Beschlüsse und unsere Bedingungen an die weitere Entwicklung respektiert und umgesetzt werden. Und eine kleine Zwischenbemerkung sei mir gestattet: Es erstaunt schon, wenn der neue Wirtschaftsminister, an dessen Fachlichkeit zu zweifeln ich im Moment keinen Grund habe, ausdrücklich als Fachmann in Sachen HSH Nordbank bezeichnet wird mit der Begründung, er sei bislang Wirtschaftsstaatssekretär gewesen, während sein früherer Chef, Wirtschaftsminister Marnette, in nichts einbezogen worden sein will. Da fragt man sich durchaus, ob die Kommunikationsstrukturen der Bank Vorbild waren für die innerhalb der Landesregierung oder umgekehrt

(Beifall bei der SPD)

und ob das eine für das andere spricht.

Die Landesregierung muss den Willen des Parlaments umsetzen. Sie muss aufhören, die Abgeordneten mit schönen Formulierungen in die Irre zu führen, zu täuschen und mit geschickt verpackten Halbwahrheiten zu arbeiten. Die Landesregierung ist dem Landtag gegenüber verantwortlich. Es ist bekannt - wir haben das ja verschiedentlich gesagt -, dass die SPD dagegen war, die **Regierungsmitglieder** aus dem **Aufsichtsrat** der Bank abzuziehen. Wir halten diese Entscheidung nach wie vor für falsch. Schon bisher war es ausgesprochen schwierig, die Anforderungen des Landtags umzusetzen. Das wird in der neuen Konstruktion nicht besser.

Drei **Resolutionen** hat der Schleswig-Holsteinische Landtag verabschiedet: am 25. Februar, am 25. März und am 3. April 2009. Zwei dieser Resolutionen bezogen sich auch auf die **Vorstandsvergütungen**. Es wurde sowohl im Landtag als auch in den Sitzungen des Finanzausschusses überdeutlich, was die Fraktionen wollten. Kollege Koch, das war eine Beschränkung der Gesamtvergütung auf maximal 500.000 € pro Person und Jahr. Der damalige Finanzminister Wiegard beschied uns im Finanzausschuss: „Ein Beschluss des Landtags ist für den Vorstand der Bank nicht verbindlich.“ Es gibt jedoch einen Unterschied zwischen Rechtsverbindlichkeit und klugem Verhalten gegenüber einem Hauptanteilseigner. Unsere Aussagen waren und sind sehr deutlich: keine Abfindungen und Halteprämien, keine zusätzlichen Leistungen, mögen sie noch so „üblich“ sein, und Boni allerfrühestens dann, wenn das Land Schleswig-Holstein keine Verpflichtungen aus den gegebenen Garantien mehr zu erfüllen hat.

(Tobias Koch [CDU]: Wann haben wir das beschlossen?)

Landtag und Finanzausschuss haben dies schon vorher gefordert, mit Unterschieden in Details, aber im Grundsatz eindeutig. Ich zitiere aus dem Protokoll der Finanzausschusssitzung vom 3. September 2009, Herr Kollege Koch:

„Abg. Herdejürgen nimmt auf die Resolution des Landtags Bezug und legt Wert darauf, dass die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder unabhängig von der Frage der Dividendenfähigkeit generell die Summe von 500.000 € nicht überschreiten dürfe ... Abg. Kubicki erwartet, dass es, solange die Gesamtdividendenfähigkeit der Bank (Bad Bank und Good Bank) nicht wiederhergestellt sei, keine zusätzliche Vergütung über die Grenze von 500.000 € hinaus gebe ... Abg. Heinold beantragt, ... dass die monetäre Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder und anderer Mitarbeiter der HSH Nordbank AG - einschließlich aller Prämien und Vergütungen ... - den Gesamtbetrag von 500.000 € pro Jahr nicht übersteige ... Es solle ausgeschlossen sein, dass Bonuszahlungen oder variable Vergütungen ... im Nachhinein gezahlt würden.“

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Tobias Koch [CDU]: Sie müssen schon richtig zitieren!)

Viel deutlicher kann man den Willen des Parlaments nicht machen. Minister Wiegard hat in dieser Sitzung des Finanzausschusses ziemlich herumgeieert. Herausgekommen ist, dass die Regierung nicht die Absicht hat, das, was immer wieder und überdeutlich betont wurde, durchzusetzen. Die Missachtung dieses Willens ist aus meiner Sicht ein Unding. Es kann nicht angehen, dass der Wille des Parlaments durch kreative Interpretation und Selektion verändert wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

In einer Situation, in der Banken durch unsere Steuern beschirmt werden, sind überschießende Vorschussvergütungen nicht hinzunehmen. Wir finden sie unverantwortlich gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die letztlich für die Risiken, die die Bank eingegangen ist, eintreten müssen.

Ein wirtschaftlicher Zustand, der - soweit öffentlich bekannt - durch erhebliche Mängel in Management und Organisation der Bank zumindest mitverschul-

(Birgit Herdejürgen)

det wurde, ein Geschäftsmodell, das durchgezogen werden muss, weil es keine Alternativen dazu gibt, jahrelanges Laisser-faire im Vorstand, sodass sogar Schadensersatz gefordert wird - all das schreit nicht gerade danach, es auch noch durch Extras und Boni zu belohnen, gleich ob sie jetzt oder später gezahlt werden.

Und wenn der Ministerpräsident - wie im Sommer geschehen - bei Herrn Nonnenmacher anruft, um ihn zu bewegen, freiwillig auf seinen Bonus zu verzichten, ist das zwar niedlich, zeugt aber keineswegs von Souveränität.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!)

Er hätte sich doch nur ein gutes halbes Jahr zuvor genau der Vertragsgestaltung verweigern müssen, die die Prämienzahlung erst möglich gemacht hat.

Der SSW fordert nun abermals klipp und klar:

„Die Gesamtvergütung für Vorstandsmitglieder unter Einschluss aller geldwerten Vorteile, Versorgungsleistungen und sonstigen Zahlungen darf 500 € im Jahr nicht überschreiten.“

(Zurufe von der SPD: 500.000 €!)

- 500.000 €. Habe ich nur 500 € gesagt? Gut, wir setzen noch drei Nullen dahinter.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die SPD-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das Wort hat nun der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Einwurf des Kollegen Baasch: „Hier kommt der große Nonnenmacher“, nehme ich zur Kenntnis.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Nein, ich habe gesagt, Nonnenmacher-Jäger!)

- Aha.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt keine Taugung, an der wir uns nicht über die HSH Nordbank

unterhalten müssen. Das wird auch künftig so sein, und das ist auch gut so, weil die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ein massives Interesse und ein großes Recht darauf haben, dass die Vorwürfe um die HSH Nordbank, die zu erheblichen Verlusten geführt haben, restlos aufgeklärt und Verantwortlichkeiten benannt und nachvollzogen werden.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Herr Kollege Fürter, ich könnte fast alles von dem, was Sie gesagt haben, unterschreiben. Das will ich ausdrücklich sagen. Aber Sie sind ja im Hauptberuf Richter, wie ich vernommen habe. Auch Sie wissen wie ich, dass es sich bei der HSH Nordbank um eine Aktiengesellschaft handelt und dass es eine ganze Reihe von Beschlüssen des Landtages gibt, die rechtlich keinerlei Auswirkungen haben, weil wir nicht Alleingesellschafter sind. Deshalb haben wir mit der Umsetzung einige Probleme. Ich sage Ihnen auf Ihren Einwurf hin ausdrücklich zu: Wenn es den Grünen in Hamburg gelingt, dort die Sonderprüfung durchzusetzen, wird Schleswig-Holstein in der Hauptversammlung die Mehrheit dafür herstellen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn auch ich glaube, dass es neben KPMG und Freshfields - ich habe wahrscheinlich als einziger das Gutachten wirklich gelesen - eine dringende Notwendigkeit gibt, die Verantwortlichkeiten anders, als wir das im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss machen können, aufzuklären. Freshfields habe ich gelesen. Man muss sich nur die Zusammenfassung angucken, dann kann man sagen: Herr Nonnenmacher hat sie selbst geschrieben, mit dem Ausblick auf die Zukunft und dem Vergessen der Vergangenheit. Ich finde es tatsächlich bemerkenswert - das sage ich ganz offen, ohne dass ich etwas Verraten muss - dass es - wie wir öffentlich gelesen haben - bei dem **Omega-55-Geschäft** ausschließlich darum ging - es gab sonst keinen anderen ökonomischen Sinn -, die Bilanz schön zu machen; und ich frage mich, warum der Financial Chief Officer damit nur am Rande befasst gewesen sein soll. Es ist übrigens auch Gegenstand der **Ermittlungen der Hamburger Staatsanwaltschaft**, die wir im Übrigen auch abwarten sollten.

Was ich nicht hinnehmen werde und ertrage, Frau Kollegin Herdejürgen, ist, dass ausgerechnet Sie sich jetzt hier hinstellen, Sie, die Sie mir noch im September des Jahres 2008 persönlich vorgeworfen haben, mit meinen öffentlichen Erklärungen zur

(Wolfgang Kubicki)

HSH Nordbank zeigte ich, dass ich kein Vertrauen zum Vorstand habe, kein Vertrauen zum Aufsichtsrat, und ich würde damit die Bank schädigen und damit das Vermögen des Landes Schleswig-Holstein. Und Sie stellen sich jetzt hier hin und geben öffentliche Erklärungen ab, die Ihresgleichen suchen.

Herr Kollege Dr. Stegner, Ihre Wandlungen werden noch einmal einer gesonderten Überprüfung zugeführt werden müssen. Denn in den entscheidenden Phasen der Entwicklung der Bank haben Sie komplett versagt. Das kann man jetzt schon feststellen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dass Sie geeignet wären, eine Bank als Aufsichtsrat zu begleiten oder als Vorstandsvorsitzender zu führen, das mögen nicht einmal mehr Ihre eigenen Parteifreunde glauben.

Ich bin kein Freund von Hilmar Kopper, im Gegenteil. Aber es waren Sozialdemokraten, Herr Stegner, die bei seiner Berufung erklärt haben, das sei ein Glücksfall für Schleswig-Holstein, die sei ein Glücksfall für die Bank. Das waren Sozialdemokraten, der damalige Justizminister Döring, der das damals öffentlich erklärt haben - was mich gewundert hat. Jetzt stellen Sie sich hier hin - für wie dumm halten Sie die Menschen eigentlich? - und versuchen, auf einer Person herumzutrapeln, die wir brauchen, um die Bank wieder in ein Fahrwasser zu bringen, das es uns ermöglicht, die Anteile des Landes zu verkaufen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es waren Sie, die versagt haben, Sie, die Sozialdemokraten, die versagt haben. Die Grünen sind relativ spät, aber nicht zu spät eingeschwenkt. Sie haben bei der Frage versagt, ob wir es uns als kleines Land überhaupt leisten können, eine **Bank** zu unterhalten und daran beteiligt zu sein, die sich als **Global Player** versteht, die mit einer Bilanzsumme von 200 Milliarden € Risiken eingeht, die das **Land Schleswig-Holstein** als **Anteilseigner** nicht mehr tragen kann. Sie wollten doch - klein wie Sie sind - Global Player spielen. Sie haben immer von unserer Bank gesprochen und nicht von der Anteilseignerstellung. Sie sind der Letzte, der sich hier hinstellen und dazu aufrufen dürfte, mit dem Mist der Vergangenheit aufzuräumen!

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen wir den **Untersuchungsausschuss** seine Arbeit tun. Ich glaube, der Untersuchungsausschuss wird die Arbeit gut tun - mit unserer Mitwirkung. Was wir vor

der Wahl gesagt haben, gilt auch nach der Wahl. Das war der Grund, warum wir uns gemeinsam hingesetzt haben, um einen Antrag zu formulieren, den wir auch ohne Ihre Mitwirkung eingebracht hätten. Lassen Sie die Staatsanwaltschaft ermitteln, und lassen Sie uns dazu vielleicht den Versuch unternehmen, eine **Sonderprüfung** durch eine ausgesuchte gute WP-Gesellschaft - wenn es denn überhaupt eine gibt, die bisher mit Banken noch nichts zu tun hatte - ins Werk zu setzen. Dann werden wir feststellen, ob und wie wir die Schäden, die definitiv entstanden sind, wiedergutmachen können, auch dadurch, dass wir Persönlichkeiten, die dafür verantwortlich sind, in Anspruch nehmen.

Ich möchte mich eigentlich mit dem Antrag des SSW näher beschäftigen. Das ist die Frage der **Vergütung der Vorstandsmitglieder**. Denn nicht nur für die FDP steht fest, solange die Gesamtdividendenfähigkeit des konsolidierten Konzerns nicht gegeben ist und es keine nachhaltige Sicherstellung der Gewinne der zu konsolidierenden Bank gibt, dürfen keine Gesamtvergütungen über 500.000 € gewährt werden. Ich bringe dazu gleich ein Zitat. Sie müssen einen kleinen Moment warten, vielleicht auch noch einen Moment nachdenken, weil es ein bisschen komplizierter ist, als dass wir schnell mit unseren Emotionen versuchen, Dinge ins Werk zu setzen. Diese Auffassung, die meine Fraktion vertritt, teilt im Grunde genommen auch der Finanzausschuss des Landtags, der im September folgenden einstimmigen Beschluss gefasst hat - ich zitiere noch einmal -:

„Der Finanzausschuss fordert die Landesregierung auf sicherzustellen, dass die monetäre Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder und anderer Mitarbeiter der HSH Nordbank AG - einschließlich aller Prämien und Vergütungen auch von Tochtergesellschaften der HSH Nordbank AG - den Gesamtbetrag von 500.000 € pro Person und Jahr nicht übersteigt, solange die Gesamtdividendenfähigkeit des konsolidierten Konzerns HSH Nordbank (sog. „Bad Bank“ und „Good Bank“) nicht gegeben ist.“

Mein Verständnis dieser Beschlusslage ist, dass damit all-inclusive gemeint war.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Das ist ausdrücklich von der Kollegin Heinold im Ausschuss erklärt worden, das ist auch ausdrücklich von mir erklärt worden. Ich kann mich an den Be-

(Wolfgang Kubicki)

griff „all-inclusive“ deshalb genau erinnern, weil ich ihn verwandt habe.

Selbstverständlich müssen wir der Frage nachgehen, wie geht man mit einem Beschluss des Landtages in dieser Frage um. Da sage ich - Herr Kollege Koch, Sie können mit dem Kopf schütteln so viel Sie wollen -: Der Landtag befasst sich und muss sich mit der Frage befassen, mit der wirklich sehr ernsthaften Frage, ob diejenigen, die wir neu für die Bank gewinnen müssen, damit die Gesamtdividendenfähigkeit überhaupt wiederhergestellt werden kann, die wir dringend brauchen, ob wir sie tatsächlich bekommen, das heißt, ob der Aufsichtsrat solche Mitglieder tatsächlich bekommt. Da sagt man einfach: Wer will nicht für 500.000 € arbeiten, da kann sich ja jeder anstellen, der eine Banklizenz hat, und kann versuchen, das zu tun.

Aber ich habe mit einigen Menschen gesprochen, die mir sagen, Abteilungsleiter bei der Deutschen Bank verdienen 750.000 €. Warum sollen sich Menschen, die sich in der jetzigen Situation möglicherweise öffentlicher Kritik ausgesetzt sehen, durch die Medien gezogen werden, von uns hier im Parlament angegriffen werden, mit einer Vergütung zufrieden geben, die deutlich unter der liegt, die diejenigen verdient haben, die die Karre in den Dreck gefahren haben? Jetzt steht die spannende Frage im Raum: Wollen wir so lange warten, bis die BaFin uns den Laden zumacht, weil wir nicht ausreichend Vorstände haben, oder wollen wir - dann sage ich, was passiert - eine Androhung der BaFin, innerhalb einer Woche wird der Gesamtvorstand hergestellt, oder sie machen den Laden zu? Das wird eine Bewegung in Marsch setzen. Dann fragen wir nicht mehr nach Vergütungssystemen.

Es muss doch die Frage im Raum stehen, ob wir Menschen gewinnen können, denen wir dann sagen, wenn es tatsächlich funktioniert, wenn Kriterien, die wir definieren, eingehalten werden, ob wir Erfolgsprämien ausloben wollen oder nicht. Wir haben doch Interesse am Erfolg. Wenn Menschen bereit sind, für 500.000 € zu arbeiten und sich an Erfolgskriterien zu messen, dann wäre es doch sinnvoll, darüber zu diskutieren und eine andere Entscheidung auf den Weg zu bringen als die, die der Landtag beschlossen hat. Meine Fraktion ist bereit, diesen Weg zu gehen, denn wir wollen, dass die Bank wieder in ein Fahrwasser gerät, in dem wir sie verkaufen und unser eingesetztes Kapital zurückerhalten können.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe heute gelesen - Frau Heinold hat ja darauf sofort reagiert -, dass die **Europäische Kommission** unter Umständen Zweifel an der dauerhaften Tragfähigkeit des Geschäftsmodells hat. Ich erinnere mich an die Debatte, Frau Heinold, über den europäischen Aspekt. Ich habe das hier eingebracht. Ich habe gesagt: Die Beihilfe darf nach Europarecht nur gewährt werden, wenn die dauerhafte Tragfähigkeit des Geschäftsmodells sicher ist. Ich weiß, dass mich damals der Kollege Stegner als Oberlehrer titulierte, weil ich gesagt habe, dass das einmal überprüft werden sollte, bevor man sich darauf einlässt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das nehme ich zurück; dafür sind Sie nicht qualifiziert!)

- Herr Dr. Stegner, wie qualifiziert Sie sind, haben Ihnen die Menschen dieses Landes dokumentiert.

(Beifall bei FDP und CDU)

Als Spitzenkandidat einer Partei, der das schlechteste Ergebnis aller Zeiten eingefahren hat, wäre ich etwas zurückhaltender und nicht mehr ganz so blasiert, wie Sie es gegenwärtig sind.

(Zurufe von der SPD)

- Wir können so weiter machen. Ich kann nur sagen, Herr Dr. Stegner: Machen Sie so weiter. Wenn Sie die SPD in unsere Größenordnung bringen oder mit uns tauschen wollen, dann machen Sie so weiter. Ich habe es nach der Europawahl gesagt und sage es jetzt wieder: Machen Sie so weiter. Das wird die SPD ins Nirwana der politischen Bedeutungslosigkeit führen.

(Zurufe von der SPD)

- Ich weiß ja, Sie, Herr Dr. Stegner, spüren schon wieder Aufwind. Ich kann Ihnen sagen: Aufwind verspürt nur, wer im freien Fall ist.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und CDU)

Wir sollten im Ausschuss die Gelegenheit wahrnehmen, uns über die Frage, wie diejenigen entlohnt werden, die den Karren aus dem Dreck ziehen sollen, ernsthaft zu unterhalten. Ich habe es im Rahmen der Koalitionsverhandlungen gesagt und bleibe dabei: Für die alten Vorstandsmitglieder kann nichts anderes gelten, als das 500.000 € all-inclusive die Deadline ist. Ich habe keine Lust, weder Herrn Dr. Nonnenmacher noch andere Beteiligte aus der Vergangenheit, die mit Sicherheit für die Misere der Bank Mitverantwortung tragen, anders zu dotieren, als wir es beschlossen haben.

(Beifall bei der FDP)

(Wolfgang Kubicki)

Es liegt in unserem Interesse, gute, qualifizierte Leute zu finden, die bereit sind, eine Erfolgsprämie zu akzeptieren, wenn der Karren aus dem Dreck gefahren worden ist. Lassen Sie uns im Ausschuss darüber sachlich diskutieren! Den Rest erledigen Untersuchungsausschuss, Staatsanwaltschaft und möglicherweise ein Sonderprüfer.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion DIE LINKE hat der Herr Abgeordnete Ulrich Schippels das Wort.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Moin, Frau Präsidentin! Moin, meine Damen und Herren! Das ist ja heute wirklich lustig. So hatte ich mir das nicht vorgestellt. So geht das nicht einmal auf Parteitag und wohl auch nicht auf dem der anderen Parteien zu.

Als ich zum ersten Mal den Antrag der Grünen und den Antrag des SSW gelesen habe, habe ich mich gefragt, was das Ganze soll. Ich habe mich das gefragt, weil ich selbstverständlich davon ausgegangen bin, dass die Landesregierung dazu Stellung bezieht, was in der Öffentlichkeit diskutiert wird, zum Beispiel das **Geschäftsmodell** der **HSH Nordbank**. Es gibt dazu die Position des SoFFin, dass dies nicht mehr das Gelbe vom Ei ist.

Ich habe einmal geschaut, ob es von der Landesregierung irgendetwas gegeben hat, als die **SoFFin** diese Kurskorrektur vollzogen hat, und musste leider feststellen, dass von der Landesregierung, auch von der neuen Landesregierung, nichts kam. Das hat mich gewundert. Auch der heutige Bericht des Wirtschaftsministers überzeugt nicht wirklich. Das sind Durchhalteparolen, die wir schon aus den Jahren 2007 und 2008 kennen. Damit kommen wir nicht viel weiter.

Selbstverständlich müssen wir - das steht im Antrag der Grünen - über die Ergebnisse des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses diskutieren: Welche Erkenntnisse gibt es, und wie bringen wir diese ins parlamentarische Verfahren ein? Auch hierzu gibt es bisher keine Aktivitäten der Landesregierung.

Nun habe ich in meiner Naivität als neuer Abgeordneter gedacht, dass der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung, die immerhin mehr als 60 Minuten gedauert hat, das eine oder andere Wort zu dieser ganzen Problematik verliert. Aber das Einzige, was in Ihrer Regierungserklärung, Herr Carsten-

sen, vorgekommen ist, war die Botschaft, die HSH Nordbank **privatisieren** zu wollen. Sie, Herr Carstensen, wollen das eingesetzte Kapital von der HSH Bank zurückerhalten und sich dann von den Beteiligungen trennen. Hierfür bekommen Sie sogar die Grünen mit ins Boot. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass Prof. Dr. Franz-Christoph Zeidler, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, vor drei Tagen mit Blick auf 2010 von einem schwierigen Bankenjahr gesprochen hat. Ich fürchte, dass Sie auf der Regierungsbank die Lage der HSH Nordbank etwas zu rosig zeichnen, wie auch Herr Nonnenmacher.

In der Regierungserklärung, die heute Gegenstand der Debatte war, tauchte die HSH Nordbank als Steuerungsinstrument gar nicht mehr auf. Wenn die Bürgschaftsbank, die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft und die Investitionsbank reichen, um die Finanzierung der mittelständischen Bereiche zu realisieren, dann frage ich mich, wozu es eine Doppelstruktur geben soll. Warum haben Sie als Ministerpräsident die HSH Nordbank machen lassen, wie sie wollte?

Die Freiheit und Eigenverantwortung der HSH Nordbank hat uns im Jahre 2008 immerhin 2,8 Milliarden € gekostet, 2,8 Milliarden € Minus im Geschäftsjahr 2008. Das ist in unseren Augen auch das Ergebnis der politischen Fehlentscheidung von 2003 bis in die jüngste Vergangenheit.

(Zuruf von der CDU: Wiederholen Sie das!)

Tochtergesellschaften in Steueroasen auf Jersey oder in Liechtenstein, das ist die Realität unserer ehemaligen Landesbank. Dafür tragen auch, aber nicht nur, SPD und Grüne eine Mitverantwortung.

Die **HSH Nordbank** hat in ihrer Erklärung vom 7. September - ich gehe darauf ein, weil ich nicht aus Internem vom PUA berichten möchte, sondern ich gucke mir nur die öffentlich zugänglichen Dokumente an - darauf hingewiesen, dass sie sich im Rahmen ihrer **Kreditersatzgeschäfte** auf **Ratingagenturen** verlassen hat. Es wurden nur wenige eigene oder gar keine Analysen durchgeführt. Die hektischen Veränderungen im Bereich des **Risikomanagements** von 2007 lassen ja wohl darauf schließen, dass vorher ein wenig zu lax gehandelt worden ist. Die HSH Nordbank selbst räumt ein, dass sie die Finanz- und Wirtschaftskrise weder organisatorisch noch prozessual ausreichend bewältigen konnte. Veränderungen im Marktumfeld hätten früher erkannt werden müssen. Eine Gegensteuerung erfolgte nicht zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Im Nachhinein sind Schwächen in der Ge-

(Ulrich Schippels)

schäftsorientierung, dem Risikomanagement und sogar in der Rechnungslegung dafür verantwortlich, so die Bank selbst. Nichts als Versagen eigentlich, würde ich zusammenfassen, bei den Bankern in Nadelstreifen.

Hinzu kommt das Schnellankaufverfahren. Kurz vor Auslaufen der Gewährträgerhaftung werden Kredite aufgenommen und hochriskante Papiere gekauft.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Das verstehe ich schon. Aber das war ein falscher Wechsel in die Zukunft. Es ging darum, die **Gewährträgerhaftung** für eine preiswerte Kapitalausstattung zu nutzen, um anschließend das Geld mit einer guten Zinsdifferenz anzulegen. Dieses Geschäftsmodell, mit zinsgünstigen Anleihen Geld aufzunehmen, um aus strukturierten Finanzprodukten höhere Zinsen einzulösen, war weder seriös - Herr Kubicki sagte gerade, dass Herr Stegner dabei eine Rolle spielte; so mag es sein - noch nachhaltig. Es wurde lediglich eine spekulative Grundkonstellation der Finanzmärkte seit Anfang 2000 genutzt.

Zusammengefasst: Die politisch Verantwortlichen haben versagt. Der Aufsichtsratsvorsitzende, das weitere Führungspersonal haben keine Risikoanalyse durchgeführt. Es wurde nach dem Umkippen des Marktes zu spät auf die Krise reagiert. Bei der Kapitalerhöhung im Juli 2008 wurde den öffentlichen Eigentümern nicht die schwierige Lage der Bank mitgeteilt. Nicht nur der Vorsitzende, sondern der gesamte Aufsichtsrat hatte eine Vermögensfürsorgepflicht, die offenkundig im Bereich des Krediteratzgeschäfts nur unzureichend wahrgenommen wurde.

Und als hätte es keine Finanz- und Wirtschaftskrise gegeben, geht es jetzt schon wieder los. Die Zeit der Scham ist vorbei, und die Gehälter sollen wieder steigen. Wir haben in der Fraktion kontrovers über den Antrag des SSW diskutiert, weil wir der Meinung sind, dass 500.000 € - für Sie sind das wahrscheinlich nur Peanuts - für die Leistungen der Banker viel zu viel sind. Herr Kubicki, Sie sagen auf der einen Seite, dass Sie für 500.000 € keine fähigen Leute finden, wissen aber auf der anderen Seite, dass Herr Nonnenmacher, den auch Sie sehr stark kritisieren, 2,9 Millionen € kostet. Daher frage ich Sie: Wie viel wollen Sie noch bezahlen, um entsprechendes Personal zu bekommen? Wie viel wollen Sie bezahlen, um Gewähr zu haben, dass die Höhe des Einkommens tatsächlich etwas mit der Qualität der Leistung zu tun hat? Wie gesagt, wir

fanden, dass 500.000 € zu viel sind. Aber um Schlimmeres zu verhindern, wollen wir zumindest diese Grenze ziehen.

Im Übrigen verstehe ich nicht die Debatte darüber, was der Landtag in welcher Sitzung welcher Legislaturperiode wie entschieden hat. Es geht hier um eine ethische Frage. Viele Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner leben in Armut, und jedes dritte Kind in der Landeshauptstadt Kiel ist von Hartz IV betroffen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Herr Koch, ich wünsche Ihnen viel Spaß dabei, Ihrer Basis zu erklären, warum Sie in dieser Situation dieses Geld locker machen wollen. Wir werden dem Antrag des SSW zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN und bei SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für einen Dreiminutenbeitrag erhält Frau Abgeordnete Monika Heinold von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Koch, Ihr Beitrag lässt einen nicht ruhig auf dem Stuhl sitzen. Dieser Beitrag ist an Peinlichkeit nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Vor der Wahl haben wir alle gemeinsam einen Beschluss im Ausschuss gefasst, und Sie wissen genauso gut wie ich, wie dieser Beschluss gemeint war. Dieser Beschluss besagte - Herr Kubicki hat das noch einmal bestätigt -: 500.000 €, all-inclusive.

Jetzt hat die Landesregierung unter Zuhilfenahme von viel rechtlichem Beistand vor, diesen Beschluss nicht umzusetzen. Ich finde, es ist eine Frechheit, sich Juristen zu holen, um einen Parlamentsbeschluss auszuhebeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und vereinzelt beim SSW)

Jetzt versucht die Landesregierung, den Willen des Parlaments umzuinterpretieren. Sie, Herr Koch, haben aber nichts Besseres zu tun, als hier zu sagen, dass Sie das auch so sehen. Das ist peinlich und spricht nicht vom Selbstbewusstsein eines Parla-

(Monika Heinold)

ments, das zu Recht einen sehr harten Beschluss gefasst hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Das, was jetzt geschieht, macht die Bevölkerung politikverdrossen. Vor der Wahl wurde gesagt: 500.000 €, und das ist es. Nach der Wahl findet der Ministerpräsident in der Regierungserklärung zwar warme Worte für die Pflegekräfte, aber keine drei Stunden später wird hier gesagt, die 500.000 € Grenze müsse gerissen werden, weil man keine guten Leute findet, die für dieses Geld arbeiten. Das ist eines Parlaments unwürdig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Wir können in dieser Debatte gar nicht misstrauisch genug sein. Wir haben mehrere harte Beschlüsse gefasst und der Landesregierung sowie der Bank gesagt, was wir wollen. Im Hintergrund wird dann wieder versucht, diese Beschlüsse auszuhebeln, wie es schon bei der Halteprämie, der Altersversorgung für Herrn Nonnenmacher sowie bei all den anderen Dingen, die die Bank zusätzlich haben wollte, der Fall war. Dabei handelt es sich um eine Bank, die nur noch existiert, weil der Steuerzahler sie stützt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

In dieser Situation - da waren wir uns einig - darf es keine **Boni** geben. Es war nie der Wille des Parlamentes und ist auch nicht der Wille meiner Fraktion, jetzt eine Marge für 2012 festzulegen, bei deren Erfüllung rückwirkend Boni gezahlt werden können, obwohl in diesen Jahren vielleicht Verluste gemacht wurden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich appelliere an Sie, heute über den Antrag des SSW abzustimmen. Kommen Sie nicht auf die Idee, heute den Antrag zu vertagen und morgen in nicht-öffentlicher Sitzung Beschlüsse zu kippen! Wenn Sie Beschlüsse kippen wollen, dann bitte öffentlich. Das müssen Sie dann aber auch verantworten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner von der SPD das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den bemerkenswerten Beitrag des Herrn Kollegen Koch in dieser ersten Arbeitssitzung des Parlaments sollten wir veröffentlichen. Anfang dieses Jahres haben wir einen extrem schwierigen Beschluss gefasst. Herr Wadephul hat zu mir damals gesagt, dass, wenn er gewusst hätte, dass der Vertrag so ausgestattet worden ist, wie Herr Wiegard das im Präsidialausschuss besorgt hat, die CDU nicht zugestimmt hätte. Die Art und Weise, wie hier mit einem Parlamentsbeschluss umgegangen wird, den die Mehrheit erzwungen hat - die Regierung wollte ihn ja gar nicht unbedingt; der Finanzminister war davon überhaupt nicht begeistert -, und wie den Menschen mit juristischer Rabulistik erzählt wird, 500.000 € seien gar nicht unbedingt 500.000 € - so als würden sie Naturalien für die Altersversorgung bekommen -, führt die Öffentlichkeit hinteres Licht und ist in keiner Weise akzeptabel.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Damit wird nur Politikverdrossenheit erzeugt. Wenn Sie, Herr Kollege Koch, das unter Koalition des Aufbruchs verstehen, dann haben wir uns auf einiges einzurichten. Sie erzählen der Bevölkerung, dass der Wohlfahrtsstaat einen auch erdrücken könne. Nach dem, was Sie hier vorgetragen haben, wissen wir jetzt auch, was Sie damit meinen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Dies wird auf Sie zurückfallen. Denn im Grunde genommen kann man das, was Sie hier gesagt haben, folgendermaßen übersetzen: Niemand hatte die Absicht, die Beschlüsse des Parlaments einzuhalten.

Die SPD-Fraktion wird nicht nur beantragen, in der Sache abzustimmen, sondern sie wird auch namentliche Abstimmung beantragen. Denn in dieser Frage sollte jeder Abgeordnete deutlich machen, wie er sich verhält. Ich bin gespannt, wie Sie der Öffentlichkeit Ihr Abstimmungsverhalten erklären wollen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erhält das Wort Herr Abgeordneter Heinz-Werner Jezewski für die Fraktion DIE LINKE.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist keine drei Monate her, dass ich mit Kollegen aus den anderen Fraktionen in Bad Segeberg auf einer Bühne saß. Dort sollten wir unsere Wahlversprechen notariell beglaubigen lassen. Wir haben das nicht getan, und mittlerweile weiß ich auch, warum. Von Herrn Kubicki habe ich damals gehört, dass Herr Nonnenmacher mit der FDP in Regierungsverantwortung nicht Vorstandsvorsitzender der HSH Nordbank bleiben wird.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Hat er gesagt! Da war ich dabei!)

Sie haben etwas Ähnliches gesagt, Herr Stegner, sind aber nicht in die gleiche Verlegenheit gekommen wie Herr Kubicki. Man sieht, wie schnell man seine Meinung ändern kann. Herr Kubicki, sonst bin ich aber oftmals sehr zufrieden mit Ihnen. Ich sage auch, dass Leistung sich lohnen muss. Aber wenn wir die Bankmanager in Deutschland nach Leistung bezahlen würden, wären sie schon gestorben, weil sie alle verhungert wären.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber man soll nicht verallgemeinern. Vielleicht gibt es noch den einen oder anderen, der überleben würde; vielleicht würde manch einer sogar ganz gut leben. Natürlich brauchen wir Menschen, die Ahnung vom Fach und Rückgrat haben, um diese Bank wieder zu sanieren. Aber es steht zu befürchten, dass wir es unter dieser politischen Führung nicht hinbekommen werden. Denn die Stimme der Opposition, die auch Fachkenntnis mitbringt, wird in dieser Sache nicht gehört.

Aber worum geht es eigentlich? Wir wollen 500.000 € und mehr zahlen, sobald die Bank wieder dividendenfähig ist. Das bedeutet aber, dass Sie niemanden suchen, der die Bank saniert und wieder in Ordnung bringt, sondern jemanden, der die Bilanzen so verbiegen kann, dass die Bank wieder dividendenfähig ist.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben heute einiges gehört, zum Beispiel über Schecks, die ausgestellt und dann auch bezahlt werden müssen, und von Initiativen, die nach Ansicht der Regierung sehr sinnvoll sind, aber in Zukunft weniger Geld bekommen werden.

Ich möchte einfach, dass der Ministerpräsident, die Minister und die Abgeordneten der Regierungsko-

alition zu den Gemeinden hingehen und sagen: Es tut uns leid, aber für eure Grünflächenpflege und für eure Schulen ist nichts mehr übrig, weil wir die HSH-Nordbank-Vorstände bezahlen müssen. Wir müssen auch den Initiativen erklären, dass Vogelschutz und dies und das auch nicht mehr gemacht werden kann, weil das Geld für die HSH-Nordbank-Manager ausgegeben wird, die die Bilanzen so frisieren können, dass sie so aussehen, als arbeite diese Bank wieder wirtschaftlich. Da spielen wir nicht mit. Wir freuen uns über den Antrag der SPD auf namentliche Abstimmung. Wir möchten anschließend den Leuten sagen können, wer ihnen das Geld aus der Tasche zieht.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter Kubicki, ich erteile Ihnen das Wort für einen Dreiminutenbeitrag.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss auf zwei Punkte hinweisen. Ich bitte die Antragsteller vom SSW, den Antrag etwas umzustellen, weil er die ursprüngliche Beschlusslage des Landtags nicht wiedergibt. Und zwar lautet die ursprüngliche Beschlusslage des Landtags:

„Der Finanzausschuss fordert die Landesregierung auf sicherzustellen, dass die monatliche Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder und anderer Mitarbeiter der HSH Nordbank AG - einschließlich aller Prämien und Vergütungen auch von Tochtergesellschaften der HSH Nordbank AG - den Gesamtbetrag von 500.000 € pro Person und Jahr nicht übersteigt,“

- jetzt kommt es -

„solange die Gesamtdividendenfähigkeit des konsolidierten Konzerns HSH Nordbank (sogenannte ‚Bad Bank‘ und ‚Good Bank‘) nicht gegeben ist.“

Es wäre ein darüber hinausgehender Antrag zu sagen: bis wir die die 1,5 Milliarden € wiederbekommen haben und die Garantien ausgelaufen sind. Ich will das deshalb sagen, weil wir dem insoweit sonst zustimmen würden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Henning Höppner [SPD] - Wolfgang Baasch [SPD]: Tricky!
- Weitere Zurufe von der SPD)

(Wolfgang Kubicki)

Ich denke, es geht um die Bekräftigung eines Beschlusses des Landtags, den wir bereits gefasst haben.

Meine Fraktion bringt darüber hinaus einen Ergänzungsantrag ein, über den auch namentlich abgestimmt werden kann. Der lautet wie folgt:

„Für neu zu verpflichtende Vorstandsmitglieder soll die Möglichkeit eröffnet werden, Erfolgsprämien vorzusehen.“

(Peter Eichstädt [SPD]: Wie bitte? Noch mal langsam!)

- Die Bitte ist zunächst, den Beschluss des Finanzausschusses zu bestätigen, weil wir dem zustimmen würden. Wir würden als Ergänzungsantrag folgende Passage aufnehmen wollen - diesen Antrag stelle ich hiermit -:

„Für neu zu verpflichtende Vorstandsmitglieder soll die Möglichkeit eröffnet werden, Erfolgsprämien vorzusehen.“

Wir können das dazunehmen. Es würde dann lauten:

„Solange die Gesamtdividendenfähigkeit der Bank - Good Bank und Bad Bank - nicht hergestellt wird, dürfen weder Boni noch Sonderzahlungen geleistet werden.“

Das wäre die Wiederholung des Beschlusses, den wir im Finanzausschuss getroffen haben.

Ich denke, dass es jedenfalls in diesem Punkt darauf ankommt, eine möglichst breite Mehrheit herzustellen. Dafür sollte man vielleicht werben.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. von Boetticher das Wort.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Für die CDU-Fraktion beantrage ich an dieser Stelle Ausschussüberweisung. Soweit ich weiß, ist eine Überweisung an den Ausschuss - so wie sie vorgeesehen war - der weitergehende Antrag.

(Zurufe)

- Es ist überhaupt kein Problem, über den Antrag abzustimmen - also über den Inhalt des Antrags -, und diesen Antrag dann an den Ausschuss zu überweisen.

(Zurufe)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Tat ist es etwas unübersichtlich. Aber die Lage ist klar.

Zunächst einmal müsste sich zum Antrag des Herrn Abgeordneten Kubicki die Fraktion des SSW erklären. Deshalb erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat ist es natürlich eine verwirrende Lage, aber ich will versuchen, etwas dazu zu sagen, um das Ganze aufzuklären.

Ich habe in meiner Rede deutlich gemacht, dass wir ein großes Problem mit der **Dividendenfähigkeit** haben, weil wir sehen, dass die Dividendenfähigkeit dazu führen kann, dass man sich seine Bilanz so hinbiegt, wie man es gern hätte. Das haben auch andere Redner deutlich gemacht. Ich sehe aber auch, dass es für uns als Parlament wichtig ist, schnellstmöglich eine Stellungnahme abzugeben, damit entsprechende Entscheidungen getroffen werden können - so wie wir als Parlament es beschließen. Deswegen sind wir als SSW damit einverstanden, die Formulierung aus dem Finanzausschuss komplett mit einem Zusatz zu übernehmen: Da gehört die Altersvorsorge mit rein, die ist dort noch nicht enthalten. Wenn die mit drin ist, haben wir kein Problem damit. Dann würden wir sagen: Lasst uns das so beschließen, damit wir ein Signal für morgen und für die nächsten Tage herausgeben. Dann bitte ich aber auch darum, über diesen Vorschlag in der Sache abzustimmen, und zwar nach dem Verfahren, das Herr Stegner vorhin schon vortragen hat.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde jetzt versuchen, etwas zu sortieren. Zunächst einmal ist der SSW einverstanden damit, dass dem Ergänzungsantrag der FDP entsprochen wird. Dieser müsste allerdings noch einmal so formuliert werden, dass wirklich alle Abgeordneten im Haus genau wissen, wie der so geänderte Antrag beziehungsweise der Ergänzungsantrag lautet.

Dann ist über diesen Antrag in der Sache abzustimmen. Da aber Herr Abgeordneter Dr. von Boetticher beantragt hat, über Ausschussüberweisung abzustimmen, ist dieser Antrag vorrangig. Wenn er

(Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht)

seinen Antrag zurücknimmt, haben wir wieder Klarheit. Dann können wir nämlich eine Abstimmung in der Sache über einen Änderungsantrag - so wie von der FDP vorgeschlagen - durchführen, die dann namentlich stattfindet. - Zunächst einmal Herr Abgeordneter Dr. von Boetticher zur Frage des Vorrangs der Ausschussüberweisung!

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Das ist kein Problem. Den Antrag auf Ausschussüberweisung ziehen wir zurück.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das ist wichtig für den weiteren Ablauf.

Frau Abgeordnete Herdejürgen, Sie haben sich zum Verfahren gemeldet.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Wenn ich das richtig verstanden habe, hat die FDP zwei Teile beantragt. Ich bitte, darüber getrennt abzustimmen, und zwar zu dem ersten Punkt in der Variante, die der Antragsteller in Teilen übernommen, aber dann auch angepasst hat, also die Variante des SSW für den Teil eins, und getrennt davon über den Antrag, den die FDP eingebracht hat.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Wir hatten das gerade noch ziemlich gut im Griff. Meine herzliche Bitte an diejenigen, die den Ergänzungsantrag formuliert haben, ist, das erst zu klären. Wir brauchen Klarheit darüber, über welchen Antrag wir abstimmen.

Herr Abgeordneter Jezewski, ich erteile Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Ich schlage vor, die Sitzung für zehn Minuten zu unterbrechen, damit der Antrag schriftlich formuliert vorgelegt werden kann. Wir werden darüber nicht nach Vorlesen abstimmen. Das tut mir leid. Wir wollen sehen, was darin steht; dann können wir entscheiden. Es müsste machbar sein, dass sich die beiden zusammensetzen, das in fünf Minuten aufschreiben und kopieren lassen.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das ist ein nachvollziehbarer Antrag. Es ist jedenfalls ein Antrag, über den abgestimmt werden muss. Es ist ein guter Vorschlag, weil Klarheit über den Text herrschen muss. Hier soll über verschiedene

Abschnitte unterschiedlich abgestimmt werden. Dann sollte darüber Klarheit herrschen. In jedem Fall wäre es eine namentliche Abstimmung, weil mehr als 18 Abgeordnete diese beantragt haben.

Vor diesem Hintergrund bitte ich um das Handzeichen, wer damit einverstanden ist, dass wir eine zehnmütige Sitzungsunterbrechung zur Formulierung des Antragstextes machen. - Das ist die Mehrheit. Damit unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung: 18:20 bis 18:44 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet. Der zweite Antrag liegt noch nicht schriftlich vor. Wir müssen darauf warten. Mir wurde gesagt, es könne sich nur noch um wenige Minuten handeln, bis er vorliegt.

Ich will die Zeit nutzen, um für Klarheit darüber zu sorgen, wie jetzt die Abläufe sind. Es wird eine Drucksache 17/24 (neu), vom SSW formuliert, geben. Es wird eine weitere Drucksache geben, die formal einen Änderungsantrag enthält. Es ist in der Sache aber vernünftig, diesen Antrag als eigenständigen Antrag zu behandeln. Das findet meines Erachtens die Zustimmung aller. Wir werden somit hintereinander über diese beiden Anträge abstimmen. Für den Antrag Drucksache 17/24 (neu) ist namentliche Abstimmung beantragt.

Frau Heinold hat sich zu Wort gemeldet.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin, ich beantrage auch für den zweiten Antrag namentliche Abstimmung.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das ist bei uns angekommen. Entschuldigung, dass das Mikrofon auf der linken Seite zurzeit nicht funktioniert. Es ist also auch für den zweiten, von der FDP neu formulierten Änderungsantrag namentliche Abstimmung beantragt.

Zur Geschäftsordnung hat nun der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Herr Abgeordneter Weber, das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin, wir schließen uns dem Antrag auf namentliche Abstimmung über den zweiten Antrag an, damit das nötige Quorum erreicht wird.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Damit ist das nötige Quorum erreicht. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung muss von mindestens 18 Abgeordneten unterstützt werden.

Zur Geschäftsordnung und zum Verfahren hat sich der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Abgeordneter Dr. Christian von Boetticher, zu Wort gemeldet.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Frau Präsidentin, ich möchte erklären, dass die CDU-Fraktion dem Antrag der FDP-Fraktion beiträgt. Ich sage an dieser Stelle ausdrücklich, dass ich es bedauere, dass wir nicht die Möglichkeit gehabt haben, uns im Ausschuss weiter zu verständigen, weil das unseres Erachtens notwendig gewesen wäre.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Die CDU-Fraktion schließt sich dem Änderungsantrag der FDP an.

Ich bitte nochmals um Entschuldigung, dass offensichtlich links und rechts die Mikrofone ausgefallen sind, was etwas unpraktisch ist, weil wir gleich zu namentlichen Abstimmungen kommen. Ich werde dann mein Mikrofon zur Verfügung stellen.

Die Anträge sollten nun verteilt sein. Ist das so?

(Widerspruch)

- Sie werden soeben verteilt.

Bevor wir in die Abstimmung über den Antrag Drucksache 17/24 (neu) eintreten, frage ich, ob alle diesen Antrag haben. - Das ist noch nicht der Fall. Ich bitte noch um etwas Geduld.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es wäre schön gewesen, wir hätten beide Anträge auf dem Tisch gehabt!)

Wir haben uns die Zeit genommen, beide Anträge schriftlich zu formulieren, damit alle Abgeordneten wissen, über welchen Text sie abzustimmen haben. Deswegen werden diese Anträge jetzt verteilt. Die Zeit dafür nehmen wir uns. Dann treten wir in die namentliche Abstimmung über diese Anträge ein.

Wir hatten uns über die Reihenfolge verständigt. Herr von Boetticher, möchten Sie jetzt einen anderen Vorschlag machen? - Ich hatte es bereits gesagt: Wir stimmen über zwei Anträge ab. Es ist klar, dass der eine Antrag ein Änderungsantrag ist. Dennoch behandeln wir ihn - so haben wir uns verständigt -

¹ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 1 bei

wie einen eigenständigen Antrag. - Herr Kubicki nickt.

Vor diesem Hintergrund und dem Hintergrund der Debatte stimmen wir zunächst über den Antrag 17/24 (neu) ab.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unserer ist der weitergehende!)

- Das ist jetzt wieder eine neue Diskussion. Natürlich kann man die Diskussion wieder aufmachen. Wir hatten uns aber verständigt. Dazu meldet sich jetzt Herr Abgeordneter Herr Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin, wir hatten uns darauf geeinigt, dass in der ersten Abstimmung über den Antrag des SSW abgestimmt wird und dann über den der FDP.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Einverstanden!)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Genauso ist es. Von der Geschäftsordnung her ist es so, wenn eine Fraktion widerspricht, dann ist dies auch die richtige Reihenfolge, nämlich dass wir zunächst über den Antrag Drucksache 17/24 (neu) abstimmen und dann über den Antrag Drucksache 17/62.

Das ist die Geschäftsordnung, mit der ich mich intensiv befasst habe. Insofern glauben Sie mir das.

Ich gehe davon aus, dass der Antrag Drucksache 17/24 (neu) jetzt auf allen Plätzen vorliegt. Das ist der Fall. Ich bitte um etwas Ruhe und Aufmerksamkeit auch in der SPD-Fraktion. Wir stimmen jetzt namentlich über den Antrag Drucksache 17/24 (neu) ab. Wir beginnen mit der namentlichen Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung)¹

- Herzlichen Dank. Wir müssen jetzt die Stimmen zusammenzählen. Ich bitte um einen Moment Geduld.

Ich teile nunmehr das Abstimmungsergebnis mit. Abgegebene Stimmen 94. Mit Nein haben 49 Abgeordnete gestimmt, mit Ja haben 45 Abgeordnete gestimmt. Damit ist der Antrag Drucksache 17/24 (neu) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SSW, der LINKEN, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt worden.

(Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht)

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 17/62. Ich bitte um die Durchführung der namentlichen Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung)²

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Der Änderungsantrag der Fraktionen von FDP und CDU ist mit 49 Jastimmen von der CDU- und von der FDP-Fraktion gegen 45 Neinstimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW angenommen worden.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Übergroß ist die Freude aber nicht!)

Soweit zur Abstimmung über die Anträge zur Vergütung der Vorstandsmitglieder.

(Zurufe)

Ich bitte noch einmal um etwas Aufmerksamkeit und stelle fest: Der Berichts Antrag Drucksache 17/23 hat durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden.

Damit sind wir am Ende der Beratungen des Landtags am heutigen Tag. Die Tagung wird morgen früh um 10 Uhr fortgesetzt werden. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19:08 Uhr

² Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 2 bei

² Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 2 bei

Anlage 1

Namentliche Abstimmung
 2. Sitzung am 18. November 2009
Vergütung der Vorstandsmitglieder der HSH Nordbank
 Antrag der Fraktion des SSW
 Drucksache 17/24 (neu)
 (Seite 125 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Dr. Ralf Stegner	Ja
Michael von Abercron	Nein	Siegrid Tenor-Alschausky	Ja
Hans-Jörn Arp	Nein	Dr. Gitta Trauernicht	Ja
Dr. Axel Bernstein	Nein	Jürgen Weber	Ja
Dr. Christian von Boetticher	Nein	FDP	
Johannes Callsen	Nein	Ingrid Brand-Hückstädt	Nein
Peter Harry Carstensen	Nein	Carsten-Peter Brodersen	Nein
Astrid Damerow	Nein	Cornelia Conrad	Nein
Heike Franzen	Nein	Jens-Uwe Dankert	Nein
Torsten Geerds	Nein	Kirstin Funke	Nein
Hauke Göttsch	Nein	Dr. Heiner Garg	Nein
Daniel Günther	Nein	Günther Hildebrand	Nein
Hartmut Hamerich	Nein	Anita Klahn	Nein
Niclas Herbst	Nein	Dr. Ekkehard Klug	Nein
Marion Herdan	Nein	Gerrit Koch	Nein
Susanne Herold	Nein	Wolfgang Kubicki	Nein
Karsten Jasper	Nein	Oliver Kumbartzky	Nein
Werner Kalinka	Nein	Katharina Loedige	Nein
Klaus Klinckhamer	Nein	Christina Musculus-Stahnke	Nein
Tobias Koch	Nein	Christopher Vogt	Nein
Peter Lehnert	Nein	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Jens-Christian Magnussen	Nein	Luise Amtsberg	Ja
Markus Mattheießen	Nein	Rasmus Andresen	Ja
Hans Hinrich Neve	Nein	Dr. Marret Bohn	Ja
Petra Nicolaisen	Nein	Anke Erdmann	Ja
Barbara Ostmeier	Nein	Marlies Fritzen	Ja
Mark-Oliver Potzahr	Nein	Thorsten Fürter	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Nein	Dr. Robert Habeck	Ja
Heiner Rickers	Nein	Monika Heinold	Ja
Ursula Sassen	Nein	Detlef Matthiessen	Ja
Klaus Schlie	Nein	Ines Strehlau	Ja
Peter Sönnichsen	Nein	Andreas Tietze	Ja
Herlich Marie Todsens-Reese	Nein	Bernd Voß	Ja
Wilfried Wengler	Nein	DIE LINKE	
Rainer Wiegard	Nein	Antje Jansen	Ja
SPD		Heinz-Werner Jezewski	Ja
Wolfgang Baasch	Ja	Ranka Prante	Ja
Andreas Beran	Ja	Ulrich Schippels	Ja
Detlef Buder	Ja	Ellen Streitbürger	Ja
Dr. Kai Dolgner	Ja	SSW	
Peter Eichstädt	Ja	Lars Harms	Ja
Rolf Fischer	Ja	Silke Hinrichsen	Ja
Martin Habersaat	Ja	Flemming Meyer	Ja
Lothar Hay	Ja	Anke Spoorendonk	Ja
Bernd Heinemann	Ja		
Birgit Herdejürgen	Ja		
Dr. Henning Höppner	Ja		
Anette Langner	Ja		
Serpil Midyatli	Ja		
Hans Müller	Ja		
Birte Pauls	Ja		
Regina Poersch	Ja	Zusammenstellung:	
Sandra Redmann	-	Abgegebene Stimmen	94
Thomas Rother	Ja	davon	
Bernd Schröder	Ja	Jastimmen	45
Olaf Schulze	Ja	Neinstimmen	49
Marion Sellier	Ja	Enthaltungen	-

Anlage 2

Namentliche Abstimmung
 2. Sitzung am 18. November 2009
Vergütung der Vorstandsmitglieder der HSH Nordbank
 Änderungsantrag der Fraktion der FDP
 Drucksache 17/62
 (Seite 126 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Dr. Ralf Stegner	Nein
Michael von Abercron	Ja	Siegrid Tenor-Alschausky	Nein
Hans-Jörn Arp	Ja	Dr. Gitta Trauernicht	Nein
Dr. Axel Bernstein	Ja	Jürgen Weber	Nein
Dr. Christian von Boetticher	Ja		
Johannes Callsen	Ja	FDP	
Peter Harry Carstensen	Ja	Ingrid Brand-Hückstädt	Ja
Astrid Damerow	Ja	Carsten-Peter Brodersen	Ja
Heike Franzen	Ja	Cornelia Conrad	Ja
Torsten Geerds	Ja	Jens-Uwe Dankert	Ja
Hauke Göttsch	Ja	Kirstin Funke	Ja
Daniel Günther	Ja	Dr. Heiner Garg	Ja
Hartmut Hamerich	Ja	Günther Hildebrand	Ja
Niclas Herbst	Ja	Anita Klahn	Ja
Marion Herdan	Ja	Dr. Ekkehard Klug	Ja
Susanne Herold	Ja	Gerrit Koch	Ja
Karsten Jasper	Ja	Wolfgang Kubicki	Ja
Werner Kalinka	Ja	Oliver Kumbartzky	Ja
Klaus Klinckhamer	Ja	Katharina Loedige	Ja
Tobias Koch	Ja	Christina Musculus-Stahnke	Ja
Peter Lehnert	Ja	Christopher Vogt	Ja
Jens-Christian Magnussen	Ja		
Markus Mattheießen	Ja	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Hans Hinrich Neve	Ja	Luise Amtsberg	Nein
Petra Nicolaisen	Ja	Rasmus Andresen	Nein
Barbara Ostmeier	Ja	Dr. Marret Bohn	Nein
Mark-Oliver Potzahr	Ja	Anke Erdmann	Nein
Katja Rathje-Hoffmann	Ja	Marlies Fritzen	Nein
Heiner Rickers	Ja	Thorsten Fürter	Nein
Ursula Sassen	Ja	Dr. Robert Habeck	Nein
Klaus Schlie	Ja	Monika Heinold	Nein
Peter Sönnichsen	Ja	Detlef Matthiessen	Nein
Herlich Marie Todsens-Reese	Ja	Ines Strehlau	Nein
Wilfried Wengler	Ja	Andreas Tietze	Nein
Rainer Wiegard	Ja	Bernd Voß	Nein
SPD		DIE LINKE	
Wolfgang Baasch	Nein	Antje Jansen	Nein
Andreas Beran	Nein	Heinz-Werner Jezewski	Nein
Detlef Buder	Nein	Ranka Prante	Nein
Dr. Kai Dolgner	Nein	Ulrich Schippels	Nein
Peter Eichstädt	Nein	Ellen Streitbürger	Nein
Rolf Fischer	Nein		
Martin Habersaat	Nein	SSW	
Lothar Hay	Nein	Lars Harms	Nein
Bernd Heinemann	Nein	Silke Hinrichsen	Nein
Birgit Herdejürgen	Nein	Flemming Meyer	Nein
Dr. Henning Höppner	Nein	Anke Spoorendonk	Nein
Anette Langner	Nein		
Serpil Midyatli	Nein		
Hans Müller	Nein		
Birte Pauls	Nein		
Regina Poersch	Nein		
Sandra Redmann	-	Zusammenstellung:	
Thomas Rother	Nein	Abgegebene Stimmen	94
Bernd Schröder	Nein	davon	
Olaf Schulze	Nein	Jastimmen	49
Marion Sellier	Nein	Neinstimmen	45
		Enthaltungen	-